

**Mediale Linksverzerrung:  
Waage der Wahrnehmung im Kaleidoskop  
politisch-kommunikativer Milieus**

Eine systematische Untersuchung anhand von „Value Frames“ zur Ermittlung  
der Positionsvielfalt in der Medienberichterstattung

Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.)  
durch die Philosophische Fakultät der  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

vorgelegt von  
**Julia Spatz**  
aus Holzkirchen

Erstgutachter:  
Prof. Dr. Olaf Jandura  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Zweitgutachter:  
Prof. Dr. Florian Haumer  
Macromedia Hochschule München

Düsseldorf Juni 2024

D61

## Vorwort und Danksagung

Die vorliegende Dissertation entstand während und nach der weltweiten Covid-19-Pandemie, während der andauernden Flüchtlingskrisen, während des Ukraine-Krieges und während der Kämpfe in Gaza. In vielen europäischen Staaten waren diese Krisen mit Maßnahmen verbunden, die noch vor einigen Jahren sowohl aus politischer als auch aus demokratischer Perspektive undenkbar gewesen wären. Vehemente staatliche Eingriffe in das gesellschaftliche Gefüge stellten das Vertrauen der Bevölkerung während der Pandemie auf die Probe, die sozialen Spannungen durch die Flüchtlingskrise und die Auswirkungen der Kriege sind in Deutschland und ganz Europa spürbar und geben Anlass zu Debatten über die außen- und innenpolitischen Entscheidungen der Regierung. Diese Unsicherheit und teilweise Unzufriedenheit der Bevölkerung zeigte sich in den letzten Jahren vermehrt in Protestmärschen und Demos, aber auch in beispielsweise dem Aufstieg der AfD durch sogenanntes Protestwählen sowie durch die Entstehung gänzlich neuer Parteien mit neuen Ausrichtungen, wie der BSW-Partei (Bündnis Sarah Wagenknecht). Dies waren in der Zeit des Entstehungsprozesses dieser Arbeit große Themen in der medialen Berichterstattung, welche die Untersuchung der Qualität medialer Berichterstattung umso spannender, interessanter und relevanter machten, da sich die Medien im Zusammenhang mit fast allen diesen Themen regelmäßig dem Vorwurf (links-) verzerter Berichterstattung konfrontiert sahen.

Ich möchte anmerken, dass diese Krisenthemen nicht nur fachlich einen Einfluss auf meine Arbeit genommen haben, sondern auch privat Spuren hinterlassen haben. Eine Dissertation fernab der Universität im Homeoffice, abgeschnitten von der Außenwelt, zu verfassen mag zu dem Bild strebsamer Doktorand\*innen passen, schlägt sich aber definitiv in der Psyche nieder, wenn dies nicht aus Eigenantrieb, sondern aufgrund der krisenhaften und streckenweise pandemischen Situation der (Um-) Welt geschieht. Es ist grundsätzlich nicht einfach, eine gesunde Balance zwischen Promotionsstudium und psychischer Gesundheit (Mental Health) zu finden und die Ausnahmesituation der Pandemie und der Kriege sowie die damit dauerhafte emotionale und mentale Belastung, haben es nicht leichter gemacht. An dieser Stelle möchte ich daher betonen, dass die psychische Belastung einer solchen Promotion nicht unterschätzt werden darf und dass es wichtig ist, dies zu thematisieren und offen zu kommunizieren. Umso stolzer bin ich dieses Projekt zu Ende gebracht und erfolgreich abgeschlossen zu haben.

Mein Dank richtet sich in diesem Zusammenhang zuerst an meinen großartigen Betreuer Prof. Dr. Jandura. Danke, dass Sie immer an mich geglaubt haben und mir jederzeit mit Rat und Tat zur Seite standen; sich auch meine Unsicherheiten und Zweifel angehört haben und immer versucht haben mit mir gemeinsam Lösungen zu finden. Danke, dass Sie auch die menschliche Seite des Begriffes „Doktorvater“ sehen und den pädagogischen Aspekt des Lehrens und des Betreuens ebenfalls schätzen und leben.

Ich möchte mich von ganzem Herzen bei meiner Familie bedanken. Mama, Papa, Basti - ohne euch und eure Unterstützung hätte ich dieses Projekt mit all seinen Ups and Downs, mit allen Phasen des Zweifelns und Hinterfragens, niemals abgeschlossen. Danke, dass ihr immer für mich da seid und mich bei allem unterstützt! Ihr seid das Wichtigste in meinem Leben. Ich liebe euch von ganzem Herzen.

Geliebte Amy, bei dir möchte ich mich auch bedanken. Danke, dass du all die Jahre an meiner Seite warst, du hast mich durch das Abitur, das Bachelor- und das Masterstudium getragen und eigentlich hast du einen kleinen Doktorhut verdient, da ich es ohne dich niemals geschafft hätte. Ich widme dir diese Arbeit und ich vermisse dich ganz wahnsinnig, kleine Maus.

Mein Dank gilt auch meinem Freund Maikel. Du hast keine Vorstellung, wie sehr du mir in den letzten Jahren geholfen hast... ich bin dir so unendlich dankbar für deine Unterstützung, dein Verständnis und deine Geduld. Danke, dass du an meiner Seite bist und danke, dass du mich siehst und sein lässt, wie ich bin. Du bist wundervoll. Ich liebe dich!

Last but never ever least möchte mich bei meiner besten Freundin Annie für die immerwährende Unterstützung, die endlosen Gespräche, das Mutmachen und das Empowern bedanken!

## Generalklausel

In dieser wissenschaftlichen Arbeit sollen sich alle Lesenden gleichermaßen angesprochen und vertreten fühlen, daher wird großer Wert auf eine gendergerechte Sprache gelegt. Dies gilt für alle Geschlechter und auch für geschlechtsneutrale Personen. Zur Kenntlichmachung wird hierfür in der gesamten Arbeit das Stern-Symbol verwendet. Der Stern hat viele Strahlen und symbolisiert damit vielfältige Gestaltungsspielräume und Begriffsbestimmungen. Er symbolisiert einen Freiraum der Entfaltung der eigenen Geschlechtsidentität und macht damit Raum auch jenseits der binären Geschlechterteilung in weiblich und männlich kenntlich. Diese Form der Ansprache beinhaltet insofern alle Menschen gleichermaßen (Beispiel: Wissenschaftler\*innen).

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort und Danksagung .....	2
Generalklausel .....	4
Tabellenverzeichnis .....	7
Abbildungsverzeichnis .....	8
1. Einleitung.....	9
1.1. Problemstellung und Forschungsziel.....	9
1.2. Einordnung in den Forschungsstand.....	14
1.3. Ablaufstruktur und Aufbau der Arbeit .....	16
2. Öffentlichkeit als Arena für politischen Diskurs .....	18
2.1. Öffentlichkeit in modernen Demokratien.....	18
2.2. Ebenen von (medialer) Öffentlichkeit .....	23
2.3. Dimensionen öffentlicher Kommunikation.....	25
2.3.1. Funktionen von Öffentlichkeit.....	25
2.3.2. Qualitätsmerkmale von öffentlicher Kommunikation .....	28
2.3.3. Heterogenität als Herausforderung einer integrierten Öffentlichkeit .....	31
2.3.4. Medienbias und Polarisierung .....	34
3. Die mediale Berichterstattung in Deutschland .....	41
3.1. Zentrale Rolle der (Massen-)Medien im öffentlichen Diskurs.....	41
3.2. Qualität medialer Berichterstattung.....	48
3.2.1. Medienqualität als vielschichtiges Konzept .....	48
3.2.2. Messung von Medienqualität.....	54
3.3. Mediales Repräsentationsgefühl und Wahrnehmungsphänomene .....	58
3.3.1. Mediales Repräsentationsgefühl.....	58
3.3.2. Wahrnehmungsphänomene.....	63
4. Empirische Befunde der Linksverzerrung.....	69
5. Politisch-kommunikative Milieus.....	78

5.1. Gesellschaftliche, politische und mediale Heterogenisierung.....	79
5.2. Milieuforschung.....	82
5.2.1. Soziale Milieus .....	82
5.2.2. Politische Milieus .....	85
5.3. Der Ansatz politisch-kommunikativer Milieus.....	88
5.4. Bestimmung und Beschreibung politisch-kommunikativer Milieus.....	91
6. Valueframes als mögliches Analyse-Tool.....	99
7. Forschungsfrage.....	104
8. Methodisches Vorgehen.....	106
8.1. Methode .....	106
8.2. Operationalisierung .....	107
8.3. Analyselogik.....	108
9. Ergebnisse.....	116
10. Schlussbetrachtung.....	154
10.1. Zusammenfassung und Einordnung der Ergebnisse.....	154
10.2. Interpretation der Ergebnisse.....	168
10.3. Beurteilung des methodisch-konzeptionellen Vorgehens und Ausblick.....	175
Literaturverzeichnis.....	179
Anhang.....	210

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Tableau der politisch-kommunikative Milieus. ....	89
Tabelle 2: Harmonisierung der politischen Grundhaltungen auf der sozio-ökonomischen und der politisch-kulturellen Konfliktlinie .....	114
Tabelle 3: Harmonisierung der politischen Grundhaltungen auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie .....	114
Tabelle 4: Verteilung der Konfliktlinien in der Tagesschau.....	118
Tabelle 5: Intermedialer Vergleich.....	119
Tabelle 6: Vergleiche mit politisch-kommunikativen Milieus.....	121
Tabelle 7: Verteilung der Konfliktlinien auf tagesschau.de .....	124
Tabelle 8: Verteilung der Konfliktlinien in der Bild Zeitung.....	128
Tabelle 9: Verteilung der Konfliktlinien auf bild.de .....	131
Tabelle 10: Verteilung der Konfliktlinien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.....	135
Tabelle 11: Verteilung der Konfliktlinien auf faz.net. ....	139
Tabelle 12: Verteilung der Konfliktlinien im Spiegel.....	141
Tabelle 13: Verteilung der Konfliktlinien auf spiegel.de .....	144
Tabelle 14: Verteilung der Konfliktlinien in der Jungen Freiheit. ....	147
Tabelle 15: Verteilung der Konfliktlinien auf t-online.de.....	150
Tabelle 16: Ergebnisübersicht Tagesschau .....	157
Tabelle 17: Ergebnisübersicht tagesschau.de.....	159
Tabelle 18: Ergebnisübersicht Bild Zeitung .....	160
Tabelle 19: Ergebnisübersicht bild.de.....	161
Tabelle 20: Ergebnisübersicht Frankfurter Allgemeine Zeitung.....	162
Tabelle 21: Ergebnisübersicht faz.net.....	163
Tabelle 22: Ergebnisübersicht Spiegel.....	164
Tabelle 23: Ergebnisübersicht spiegel.de.....	165
Tabelle 24: Ergebnisübersicht Junge Freiheit.....	166
Tabelle 25: Ergebnisübersicht t-online.de. ....	167

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Drei Ebenen von Öffentlichkeit. Quelle: Wessler et al. (2022).....	23
Abbildung 2: Vergleich der Tagesschau mit den politisch-kommunikativen Milieus.....	122
Abbildung 3: Vergleich von tagesschau.de mit den politisch-kommunikativen Milieus. .	126
Abbildung 4: Vergleich der Bild Zeitung mit den politisch-kommunikativen Milieus.....	130
Abbildung 5: Vergleich von bild.de mit den politisch-kommunikativen Milieus. ....	133
Abbildung 6: Vergleich der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit den politisch-kommunikativen Milieus.....	137
Abbildung 7: Vergleich von faz.net mit den politisch-kommunikativen Milieus.....	140
Abbildung 8: Vergleich des Spiegels mit den politisch-kommunikativen Milieus. ....	143
Abbildung 9: Vergleich von spiegel.de mit den politisch-kommunikativen Milieus. ....	146
Abbildung 10: Vergleich der Jungen Freiheit mit den politisch-kommunikativen Milieus. ....	149
Abbildung 11: Vergleich von t-online.de mit den politisch-kommunikativen Milieus. ....	152
Abbildung 12: Übersicht aller Medien im Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus.....	153

## 1. Einleitung

In dieser Dissertation mit dem Titel „Mediale Linksverzerrung. Waage der Wahrnehmung im Kaleidoskop politisch- kommunikativer Milieus“ wird die Debatte über den Vorwurf einer (links-) verzerrten Berichterstattung in der Medienlandschaft in Deutschland thematisiert. Hierzu wird sich des Konzeptes der sogenannten Value Frames bedient, um die Positionsvielfalt in der Medienberichterstattung zu untersuchen. Die Arbeit will einen Beitrag zur Erforschung der inhaltlichen Ausgewogenheit der Berichterstattung als Teilbereich der Medienqualitätsforschung leisten und die Frage beantworten, ob der Vorwurf einer Linksverzerrung in der Berichterstattung aus Perspektive des Publikums und im Speziellen aus Perspektive politisch-kommunikativer Milieus gerechtfertigt ist. Ziel der Arbeit ist dabei die Verbindung von Medienqualitätsforschung und Publikumsforschung. Der bestehenden Forschungsstand der Medienqualitätsforschung soll um die Komponente einer Publikumperspektive erweitert werden. Zu Beginn der Arbeit wird in diesem einleitenden Kapitel die Relevanz des Themas, sowie die konkrete Problemstellung und das Forschungsziels der Arbeit abgesteckt und beschrieben (1.1.). In einem weiteren Schritt werden das Thema und die hierzu für die vorliegenden Dissertation angestellten Überlegungen in den Forschungsstand aus dem Fachbereich eingeordnet, um einen Überblick zu geben und ein erstes Gefühl für die Thematik zu entwickeln (1.2.). Anschließend werden der Aufbau und die Vorgehensweise dieser Arbeit erläutert (1.3.)

### 1.1. Problemstellung und Forschungsziel

„Vielfalt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Linksgrün-versiffet [...]?“ schreibt die Süddeutsche Zeitung im August 2023. Der Artikel thematisiert die in der letzten Zeit häufig gestellte Frage, ob die Öffentlich-Rechtlichen „systematisch“ ihren Auftrag zur ausgewogenen Berichterstattung verfehlen (Janisch, 2023). Dabei wird der Vorwurf einer „Schlagseite in Politik und Programm“ von ARD und ZDF erhoben (Janisch, 2023). Ähnlich ließ das auch die Süddeutschen Zeitung anklingen, als sie im April 2024 in einem Artikel zur Debatte um die Akw Files schrieb: „Dass die zwei wesentlichen abendlichen Nachrichtensendungen nicht [über die Akw Vorwürfe gegen die Grünen-Minister\*innen Robert Habeck und Steffi Lemke] berichteten, wirkte auf viele irritierend – zumal ARD und ZDF sich regelmäßig gegen den Vorwurf verteidigen müssen nicht ausgewogen genug zu berichten.“ (Süddeutsche Zeitung (mmä/cd) vom 27./28. April 2024). Diese beiden Beispiele

greifen einen gravierenden, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk anprangernden Diskurs auf (Scheufele et al., 2023). Der Diskurs kann deswegen als gravierend bezeichnet werden, da dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Aufgabe zukommt, mit seiner ausgewogenen Berichterstattung die Grundlage einer, auf der Kenntnis verschiedener gesellschaftlicher Perspektiven zu relevanten Themen basierenden, freien Meinungsbildung in der Gesellschaft zu schaffen. Denn nur wenn die Menschen andere Positionen und Standpunkte zur Kenntnis nehmen und akzeptieren, ist eine politische Integration möglich. Das Vorhandensein einer „Linkslastigkeit“ (Fleischhauer, 2019) oder einer „linken Schlagseite“ (Janisch, 2023) in dessen medialer Berichterstattung kann allerdings Zweifel an der Informations- und Integrationsleistung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sähen und zu Legitimationsproblemen führen. Linksverzerrung meint in diesem Kontext, dass die mediale Berichterstattung auf der *Links-Rechts-Skala* des politischen Spektrums in Deutschland eine Neigung hin zu dem linken politischen Pol aufweist. Über die Links-Rechts-Skala werden die Positionen der Parteien in Deutschland beschrieben. Sowohl die politische Soziologie als auch die Kommunikationswissenschaft arbeiten mit dieser Skala, um Parteien für die Allgemeinheit zu klassifizieren und einzuordnen. Diese Skala hat sich lange Zeit empirisch bewährt (Fletcher, 2022). Das Gegenteil einer linksverzerrten Berichterstattung wäre dementsprechend eine Berichterstattung, welche den rechten politischen Pol präferierende Meinung verstärkt wiedergibt. Als neutral wäre eine mediale Berichterstattung anzusehen, welche ausgewogen und alle politischen Seiten im gleichen Umfang abbildend berichtet.

Laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Sommer 2023 hielten nur 34 Prozent der Bevölkerung in Deutschland die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für „ideologisch ausgewogen“ (Maurer et al., 2024). Fast ebenso viele (29 Prozent) hielten sie für „zu links“, immerhin 10 Prozent aber auch für „zu rechts“ (Wachs, 2023). Die Bürger\*innen scheinen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zwar weiterhin deutlich mehr zu vertrauen als allen anderen Mediengattungen (Maurer et al., 2024), dennoch ist der Anteil der Bevölkerung, welcher dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk „eher/sehr vertraut“ laut der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen zuletzt auf den niedrigsten Wert (62 Prozent) seit dessen Erfassung zurückgegangen (Schultz et al., 2022).

Der Vorwurf einer Linksverzerrung bei der Nachrichtenauswahl ist ein wiederkehrender und wohl auch der markanteste den öffentlich-rechtlichen Rundfunk anprangernde Diskurs. Dabei ist dieser Vorwurf der verzerrten Berichterstattung weder neu, noch beschränkt er sich

nur auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Es wird immer wieder von einer grundsätzlichen Linksverzerrung der Medienlandschaft in Deutschland gesprochen und Studien können zeigen, dass das Vertrauen der deutschen Bevölkerung nicht nur in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern auch in die Medien generell gesunken ist (Schultz et al., 2022). Hatte das Gesamtvertrauen in die Medien während der Corona-Pandemie noch Spitzenwerte erreicht, ist es seitdem gesunken (Schultz et al., 2022). Nun lässt sich argumentieren, dass der Vorwurf einer verzerrten Berichterstattung in Bezug auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wesentlich schwerer wiegt als in Bezug auf die restlichen Medien Deutschlands. Ist die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks doch klar so definiert, eine ausgewogene Berichterstattung zu liefern, in der sich alle Teile der Bevölkerung wiederfinden. Diesen Auflagen unterliegen die anderen Medien nicht und es ist daher auf den ersten Blick legitim, dass diese ihre eigenen Ansichten vertreten oder ihren wirtschaftlichen Zielen folgend die Berichterstattung passend zu der jeweiligen Zielgruppe auslegen. Dennoch wird im Laufe der Arbeit deutlich werden, dass der Vorwurf einer Linksverzerrung in der gesamten Medienlandschaft Deutschlands einen ernstzunehmenden und untersuchungswürdigen Fall darstellt. Öffentlichkeitstheoretisch aufgearbeitet wird die Arbeit darlegen, inwiefern die Öffentlichkeit normativen Ansprüchen unterliegt, welche es zu erfüllen gilt, und welche Rolle die Medien dabei spielen. Die Arbeit lässt sich dabei in der Tradition des normativen Verhältnisses von Medien und Politik verorten. Medien haben demnach eine öffentliche Aufgabe und eine demokratiedienliche Funktion (Bergsdorf, 1982; Patterson, 1993). Als Vertreter im öffentlichen Diskurs kommt den Medien die Aufgabe zu, eine transparente und allumfassende Aufklärung zu leisten, um alle Bürger\*innen dazu zu befähigen, sich eine eigene Meinung zu bilden, um auf Basis dieser am politischen Diskurs teilnehmen zu können. Hegen Teile der Bevölkerung Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit und der Ausgewogenheit der Berichterstattung in den Medien kann dies zu Vertrauensverlusten in die Öffentlichkeit als Institution führen und damit als Folge die politische Situation in Deutschland gefährden.

Begründet werden die Vorwürfe der Linksverzerrung in der Medienberichterstattung oft mit der Aussage, deutsche Journalist\*innen seien vorwiegend politisch links orientiert. „Das Herz des deutschen Journalisten schlägt links“ titelte 2018 beispielsweise die „Neue Zürcher Zeitung“. Neutralen Journalismus gebe es kaum, heißt es weiter und für den „NZZ“-Redakteur ist das Problem klar: Die deutschen Journalist\*innen seien zu links und berichteten auch dementsprechend (Rasch, 2018). Ähnliche Aussagen finden sich nicht nur in rechtspopulistischen Medien, sondern auch in zum Beispiel Artikeln des „Cicero“

(Kissler, 2019). Auch Springer-Chef Mathias Döpfner (Neff & Scheu, 2019) und Ex-„Spiegel“-jetzt „Focus“-Kolumnist Jan Fleischhauer (2013) argumentierten bereits ähnlich (Ophoven, 2020). Nur neun Prozent der Politikjournalist\*innen neigen zur CDU/CSU, zu der FDP sogar nur etwas über sieben Prozent. Etwa ein Viertel hingegen fühlt sich den Grünen verbunden (Lünenborg & Berghofer, 2010). Gerade Politiker\*innen aus dem konservativen Spektrum beklagen oftmals eine „linke Meinungsvorherrschaft“ in den deutschen Medien. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt stellte etwa fest, Medien, Kunst und Kultur seien von linken Eliten besetzt und „zu Meinungsverkündern, selbst ernannten Volkserziehern und lautstarken Sprachrohren einer linken Minderheit“ geworden (Dobrindt, 2018). Ob es jedoch angemessen ist, aus der Beobachtung, dass Journalisten\*innen mehrheitlich eher links verortet seien, abzuleiten, dass die deutsche Presse gänzlich links eingestellt sei und die Bevölkerung nicht repräsentiere, ist fraglich. Erstens lässt sich zunächst einmal von der politischen Orientierung der befragten Journalist\*innen nicht unmittelbar auf deren Berichterstattung schließen und zudem sollten sich die politischen Präferenzen der Redakteur\*innen im besten Fall ohnehin nicht in ihrer Berichterstattung niederschlagen. Ein größerer Faktor dürfte eher die Reichweite und die politische Linie der Medien darstellen, denn die persönliche Orientierung der Journalist\*innen und die redaktionelle Linie des zugehörigen Mediums unterschieden sich laut Lünenborg und Berghofer (2010) zum Teil sehr deutlich. Bei der Forschung zu diesem Thema sollte man sich daher eher darauf fokussieren, die politischen Linien der Medien selbst zu untersuchen. Bislang kann die Kommunikationswissenschaft wenig zur Entkräftung oder Bekräftigung des Vorwurfs der Linksverzerrung in der Medienberichterstattung beitragen, da die Angebote (1) zu wenig systematisch untersucht wurden und (2) bisher keine Vergleiche zwischen den verschiedenen Studien ermöglichendes Standardinstrument vorhanden ist. Um einen Beitrag zur Untersuchung des Vorwurfs zu leisten, wird in dieser Arbeit die Leistungsfähigkeit der Messung der Positionsvielfalt über „Value Frames“ diskutiert und anhand einer Inhaltsanalyse der nationalen Politikberichterstattung aus dem Jahr 2018 am Beispiel zehn ausgewählter Medien illustriert. Die Positionen der Medien werden anschließend in Relation zu den Positionen politisch-kommunikativer Milieus gesetzt. Die Summe der politisch-kommunikativen Milieus bildet die Gesellschaft Deutschlands ab. Die Arbeit beginnt hierfür mit einer Aufarbeitung der Aufgaben und Funktionen öffentlicher Kommunikation und der Rolle der Medien in diesem Konstrukt. Öffentlichkeit lässt sich dabei als Plattform für öffentlichen Diskurs beschreiben. Zu ihren Hauptaufgaben gehört es, öffentliche

Kommunikation und Berichterstattung in einer Art und Weise zu ermöglichen, dass alle Meinungen abgebildet werden und die gesamte Bevölkerung die Möglichkeit hat, Zugang zu erlangen und sich allumfassend zu informieren. So soll gewährleistet sein, dass sich die Bürger\*innen eine eigene Meinung bilden können, auf Basis derer sie dann am politischen Diskurs teilnehmen können. Dabei soll die Öffentlichkeit einige Funktionen erfüllen, um den an sie gestellten Ansprüchen gerecht zu werden. Sind diese Funktionen nicht (mehr) erfüllt und kann die Öffentlichkeit die an sie gestellten Anforderungen und die Erwartungen nicht (mehr) erfüllen, können Zweifel in der Bevölkerung entstehen, welche zu einem Vertrauensverlust und Misstrauen gegenüber der Öffentlichkeit als Plattform und der Medienberichterstattung, welche ein wichtiger Teil dieser öffentlichen Kommunikation ist, führen können. Zu den Funktionen und Qualitätsmerkmalen von Öffentlichkeit zählen die Transparenzfunktion, die Validierungsfunktion und die Orientierungsfunktion. Die drei Leistungsfunktionen öffentlicher Kommunikation, die Transparenz-, die Validierungs- und die Orientierungsfunktion, lassen sich dabei in die Begriffe Legitimierung, Forum und Integration übersetzen und ermöglichen es, zusammen mit dem Anspruch auf Ausgewogenheit, Responsivität und Vielfalt objektiv messbare Qualitätskriterien für Medien aufzustellen (Stark, 2019). Als die vier wesentlichen Dimensionen von medialer Berichterstattung werden Professionalität, Einordnungsleistung, Relevanz und Vielfalt genannt (Stark et al., 2021). Massenmedien nehmen in demokratischen Gesellschaften bei der Herstellung von Öffentlichkeit eine zentrale Rolle ein, denn aufgrund ihrer Reichweite weisen sie ein hohes Potential auf, die Leistungsansprüche öffentlicher Kommunikation zu erfüllen. Bürger\*innen können sich durch die massenmediale Öffentlichkeit über verschiedene politische Akteure und Prozesse informieren, sich eine eigene Meinung bilden und haben so die Möglichkeit, sich mit konträren Positionen auseinanderzusetzen und diese im Diskurs wahrzunehmen. Das ist gerade in der politischen Sphäre von großer Relevanz. Doch auch Massenmedien bergen potenzielle Probleme. Zu Zeit der Digitalisierung, in der außerdem der Begriff Fake News immer häufiger Verwendung findet, birgt gerade der Bereich von Social Media das Potential für negative Entwicklungen, wodurch die Anforderungen an die Öffentlichkeit nicht mehr erfüllt sein könnten (Habermas, 2022, S. 43). Dies könnte massive Folgen haben und zu großer Unsicherheit in der Bevölkerung führen, wie eingangs beim Aufgreifen der Vorwürfe der (links-) verzerrten Berichterstattung illustriert wurde. Es stellt sich die Frage, inwieweit neben den massiven Veränderungen im Journalismus und in der Medienberichterstattung, die erforderlichen Funktionen von Öffentlichkeit überhaupt noch gewährleistet werden können oder inwieweit es sich bei der

Berichterstattung der deutschen Medien um eine verzerrte Darstellung handelt, in der einige Meinungen nicht präsent sind.

## 1.2. Einordnung in den Forschungsstand

Der Vorwurf der unzureichenden Ausgewogenheit ist nicht neu, sondern vielmehr zeitlos. Er begleitet den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Prinzip bereits seit seiner Gründung (Sehl, 2020). Besonders häufig tritt der Vorwurf im Kontext mit Wahlen auf. In diesem Zusammenhang wird vom Kanzler\*innenbonus oder -malus (Schulz, 1997), von einer unfairen Bevorzugung oder Benachteiligung einer Partei sowie von medialen 5-Prozent-Hürden gesprochen (Knoche & Lindgens, 1990). Das Thema bewegt dabei Politik (Kubicki & Schäffler, 2022), Journalismus (Niemeier, 2018; Fleischhauer, 2019) und Wissenschaft (Schiller & Klügel, 2021; Karidi, 2018) gleichermaßen. Interessant ist, dass dabei teilweise auf dem gleichen Datenmaterial beruhend einerseits eine Überbevorteilung in der Berichterstattung und andererseits eine Minorisierungsstrategie gegenüber verschiedenen Parteien attestiert wird (u. a. Kranenpohl, 1999; Roemheld, 1982; MediaTenor, 2013). Dieser Diskurs zieht eine Debatte um das Fehlen angemessener Maßstäbe zur Beurteilung einer Ausgewogenheit in der Berichterstattung nach sich.

Die fortwährende Relevanz des Themas liegt allerdings nicht nur an der Widersprüchlichkeit der Befunde sowie den Wirkungen (Sichtbarkeitseffekt, Thematisierungseffekt; Eberl, 2020) und akteurseitigen Wirkungsvermutungen (Peter & Brosius, 2013) der Medienberichterstattung, sondern auch an der zentralen Bedeutung des Themas in Hinblick auf den demokratischen Prozess der Willensbildung und Legitimierung der Politik. Denn erst durch ein Auseinandersetzen mit verschiedenen konkurrierenden Positionen kann die Bevölkerung ein konsistentes Urteil über politische Entscheidungen treffen. Dafür sind mediale Angebote und besonders auf Ausgewogenheit verpflichtete Angebote wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk, welche die pluralistische Konkurrenz der politischen Positionen verdeutlichen, von großer Relevanz. Donsbach (2007) erachtet die „Bandbreite der Perspektiven, aus denen Themen betrachtet werden“ als Voraussetzung dafür, dass „der Mensch in der modernen Gesellschaft ‚frei‘ [ist], weil ihm die notwendigen Grundlagen und die Alternativen für verschiedene Entscheidungssituationen dargelegt werden“. Vor allem in einer zunehmend heterogenen Gesellschaft (Reckwitz, 2021) ist eine plurale und ausgewogene Berichterstattung Grundvoraussetzung für eine demokratietheoretisch

wünschenswerte, aufgeklärte Parteinahme und damit für die Legitimierung politischer Entscheidungen.

Diese aktuell nicht nur in Deutschland intensiv geführte Debatte um eine ausgewogene Berichterstattung in den Medien (Schiller & Klügel, 2021; Barwise & York, 2020) lässt sich unter anderem auch auf die zunehmende Polarisierung des politischen Diskurses zurückführen, welche unter anderem auch in einer zunehmenden Polarisierung im Parteiensystem zum Ausdruck kommt. In den letzten Jahrzehnten wurde in ganz Europa eine Veränderung in den Parteiensystemen sichtbar (Alemann et al., 2018; Kriesi et al., 2006), welche mit dem Begriff der Polarisierung beschrieben werden kann. Bei dieser Entwicklung verlieren einerseits etablierte Parteien an Bedeutung und andererseits entstehen neue Parteien, welche es schaffen, schnell machtrelevante Stimmenanteile zu erringen. Diese Entwicklung wird für Deutschland besonders deutlich, wenn man an diese Veränderungen den von Sartori (1976) bereits vor knapp 50 Jahren beschriebenen Kriterienkatalog zur Messung von Polarisierung anlegt. Von den acht beschriebenen Indikatoren treffen dabei fünf auf die Veränderungen im Parteiensystem in Deutschland zu (Jandura et al., 2022). Mit der Linkspartei und der Alternative für Deutschland, kurz AfD, sind nun beispielsweise dauerhaft Oppositionsparteien im Parlament vorhanden, die links und rechts der Regierungsparteien positioniert sind. Entstanden sind zwei entgegengesetzte ideologische Lager, die Grünen und Linken auf der einen und die AfD auf der anderen Seite. Mit der Linkspartei und der AfD sind dabei zwei systemfeindliche bzw. -kritische Parteien vorhanden, deren Erfolg zur Delegitimierung des politischen Systems beiträgt (Arzheimer & Berning, 2019). Die ideologische Polarisierung führt dazu, dass die Debatte über fundamentale politische Werte die politische Diskussion dominiert. Zudem sind Stimmenverluste der beiden Volksparteien evident (Jandura et al., 2022).

### 1.3. Ablaufstruktur und Aufbau der Arbeit

Die sich als öffentliche Wissenschaft verstehende Kommunikationswissenschaft (Trotha & Morcillo, 2017) könnte mit der Bereitstellung empirischer Forschungsergebnisse einen Beitrag zu einer Versachlichung der Debatte um die Berichterstattung der Medien leisten. Jedoch liegen bislang kaum kontinuierlich durchgeführte Analysen zur Qualität der Berichterstattung vor (Stark et al., 2021) und es existiert bislang noch kein Standardinstrument, anhand dessen der Vorwurf einer Linksverzerrung objektiv geprüft werden kann. Anliegen dieser Arbeit ist es, mit dem Konzept der Value Frames einen Baustein für ein solches Instrument aufzuzeigen und dessen Leistungsfähigkeit anhand einer Analyse der Positionsvielfalt der Berichterstattung in zehn untersuchten Medien aus dem Jahr 2018 zu demonstrieren. Grundannahme der Arbeit ist es, dass die medienvermittelte Öffentlichkeit verschiedene Funktionen erfüllen soll (Jarren & Donges, 2011). Sie soll es allen Bürger\*innen ermöglichen, Zugang zu allen wichtigen Informationen und Kenntnis über die Positionen der anderen zu erlangen, um sich auf Basis dessen eine Meinung bilden und am politischen Diskurs teilnehmen zu können. Es gibt einen gewissen Norm- bzw. Soll-Zustand, der erfüllt sein soll. Werden diese Funktionen nicht (mehr) erfüllt und ist der gewünschte Soll-Zustand entsprechend nicht (mehr) vorhanden, führt dies zu Verunsicherung und Unzufriedenheit in der Bevölkerung (Habermas, 2022). Basierend auf dem immer wieder laut werdenden Vorwurf einer Linksverzerrung der Berichterstattung, scheinen einige Teile der Bevölkerung sich und ihre Positionen in der medialen Berichterstattung nicht ausreichend repräsentiert zu fühlen.

Darauf eingehend wird im Theorieteil der Arbeit zunächst aus der Öffentlichkeitstheorie der Norm-Zustand öffentlicher Kommunikation sowie die Funktionen, die Öffentlichkeit erfüllen soll, hergeleitet. Anschließend wird der Forschungsstand zum tatsächlichen Ist-Zustand der öffentlichen Kommunikation betrachtet, um zu analysieren, ob die Öffentlichkeit die an sie gestellten Forderungen ausreichend erfüllt. Hierzu wird die Literatur zu inhaltlichen Untersuchungen der medialen Berichterstattung betrachtet. Die empirischen Befunde zur medialen Berichterstattung werden anschließend nach den von verschiedenen Demokratietheorien übereinstimmend akzeptierten Qualitätskriterien (Weiß et al., 2016) der Themen-, Akteurs- und Positionsvielfalt sowie jeweils der Valenz der Darstellung von Themen, Akteuren und Positionen systematisiert (Loecherbach et al., 2020). Nach der Aufarbeitung der medialen Berichterstattung in der deutschen Medienlandschaft werden politisch-kommunikativen Milieus als Bezugsgegenstand zur Abbildung der

Gesellschaft vorgestellt sowie Value Frames als mögliches Erhebungsinstrument diskutiert. Ziel dieser Arbeit ist es, das Konzept von Value Frames als Analyse-Tool zu nutzen und diesen Ansatz mit dem Konzept politisch-kommunikativer Milieus als Bezugsgegenstand zur Abbildung der Gesellschaft zu kombinieren. Anders als in anderen Studien (vgl. Hasebrink et al., 2021) soll die Gesellschaft nicht als Ganzes, sondern in Teile anhand von politisch-kommunikativen Milieus untersucht werden, um den Aspekt der Heterogenisierung der Gesellschaft miteinzubeziehen. Das soll anhand der von Jandura et al. (2018) definierten zwölf politisch-kommunikativen Milieus geschehen.

Anschließend werden die Methode, die Operationalisierung und die Analyselogik beschrieben, an der sich auch die Ergebnisdarstellung orientiert. Um die forschungsleitende Frage dieser Arbeit *„Liegt in der Medienberichterstattung in Deutschland eine Linksverzerrung vor?“* zu untersuchen und zu beantworten, wird im praktischen Teil der Arbeit eine Sekundärdatenanalyse der Daten aus dem ländervergleichenden Projekt *„Media Performance and Democracy“* aus dem Jahr 2018 durchgeführt. In der Studie haben Forscher\*innen an verschiedenen Universitäten und Forschungseinrichtungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz die Qualität der politischen Berichterstattung von Nachrichtenmedien im D-A-CH-Raum untersucht. Die Daten aus dem Projekt werden mit dem Ansatz der politisch-kommunikativen Milieus kombiniert und anhand von Value Frames für Deutschland analysiert. Die ausgewählten Medien werden dabei anhand der drei verbreiteten Konfliktlinien (sozio-ökonomische, politisch-kulturelle und globalisierungsbezogene Konfliktlinie) analysiert. Hierbei werden sie am Vergleichsmaßstab der Gleichverteilung, anhand eines intramedialen Vergleiches und in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus betrachtet.

Die Ergebnisse werden anschließend diskutiert und kontextualisiert. Abschließend findet eine Auseinandersetzung mit der Vorgehensweise und den Limitationen der Untersuchung statt. Ziel der vorliegenden Dissertation ist es, einen öffentlichkeitstheoretisch fundierten, multiperspektivischen, methodisch innovativen Beitrag zu leisten, der mit dem Konzept der Value Frames als Analyse-Tool in Verbindung mit dem Konzept politisch-kommunikativer Milieus als Bezugspunkt einen neuen Ansatz zur Erforschung der inhaltlichen Ausgewogenheit der Berichterstattung als Teilbereich der Medienqualitätsforschung liefert.

## 2. Öffentlichkeit als Arena für politischen Diskurs

Das Kapitel zur Öffentlichkeit und Öffentlichkeitstheorie soll die Basis der Erforschung der Ausgewogenheit von Medienberichterstattung bilden. Das Kapitel befasst sich mit dem Konzept der Öffentlichkeit und ihrer Rolle für die politische Kommunikation. Es wird erläutert, wie die Öffentlichkeit definiert ist und welche Funktionen und Qualitätsstandards sie erfüllen muss. Es werden auch die Herausforderungen aufgezeigt, mit denen sich die Öffentlichkeit in der heutigen Medienlandschaft konfrontiert sieht, und die Frage nach ihrer Glaubwürdigkeit und Ausgewogenheit aufgeworfen. Dabei wird der Idealzustand der Öffentlichkeit betrachtet, um zu zeigen, wie die Öffentlichkeit beschaffen sein muss und welche Funktionen sie erfüllen muss, um die an sie gestellten Erwartungen zu erfüllen. Zu den Funktionen von Öffentlichkeit gehören die Transparenzfunktion, die Validierungsfunktion und die Orientierungsfunktion (Neidhardt, 1994; Imhof, 2003) sowie die Qualitätskriterien Ausgewogenheit, Responsivität und Vielfalt (Stark et al., 2021). Wenn diese Funktionen nicht (mehr) gegeben sind und die Öffentlichkeit die Anforderungen und Bedürfnisse der Bürger\*innen und der anderen Stakeholder (z.B. Wirtschaft, Politik) nicht mehr erfüllen kann, kann dies zu Misstrauen und Vertrauensverlusten in Bezug auf die Öffentlichkeit als Plattform und die Medienberichterstattung, die Teil dieser öffentlichen Kommunikation ist, führen (Weiß & Jandura, 2017). Gerade durch die Digitalisierung und das Aufkommen von Social Media im Speziellen, stellt sich die Frage, inwieweit neben den massiven Veränderungen im Journalismus und in der Medienberichterstattung, die erforderlichen Funktionen überhaupt noch gewährleistet werden können.

### 2.1. Öffentlichkeit in modernen Demokratien

Neidhardt (2001) definiert Öffentlichkeit als „ein im Prinzip frei zugängliches Kommunikationsforum für alle, die etwas mitteilen, oder das, was andere mitteilen, wahrnehmen wollen“. In den bildlich gesprochenen „Arenen“ dieses sogenannten Forums befinden sich die Öffentlichkeitsakteure, die zu bestimmten Themen Meinungen von sich geben oder weitertragen: Sprecher\*innen („Quellen“) und Vermittler\*innen („Medien“) (Neidhardt, 2001). Auf den Galerien versammelt sich eine mehr oder weniger große Zahl von Beobachtenden: das Publikum (Neidhardt, 2001). So die bildlich vorstellbare Theorie hinter der Begrifflichkeit, bei welcher sich vor dem inneren Auge direkt Arenen wie jene zu den römischen Zeiten Cäsars formen. Auf der Bühne, dem Forum, in Roben gekleidete

Sprechende (zu dieser Zeit tatsächlich vorwiegend männliche Sprecher), die im Stile der alten Philosophen ihre Meinung lautstark kundtun. Auf den Rängen und Galerien das Volk, welches in Scharen den Meinungen einiger Weniger lauscht. Veraltetes Bild oder im Großen und Ganzen nach wie vor aktuelle Allegorie?

Kurt Imhof beschreibt die Öffentlichkeit als eine Schlüsselkategorie der Moderne (Imhof, 2003). Laut Imhof verbindet sich mit dem Begriff der Öffentlichkeit die „wirksamste Utopie der Menschheit: Die Idee, dass die freie öffentliche Kommunikation dem Menschen den ‚logos‘, also die Vernunft, Sinn und eine entsprechende Gesellschaft ermöglicht“ (Imhof, 2003, 9). Seit der Aufklärung sind zwei Prinzipien entscheidend für die gesellschaftliche und politische Gestaltung moderner demokratischer Gemeinschaften (Imhof 2003, 193f.). Das Prinzip der Volkssouveränität erfordert, dass die politischen Machthaber\*innen als Vertreter\*innen des Willens der Regierten oder zumindest einer Mehrheit von ihnen handeln (Weiß & Jandura, 2017). Dazu braucht es einen Raum öffentlicher Kommunikation, in der die politischen Machthaber\*innen Rechenschaft vor der Bevölkerung ablegen und ihre Politik begründen müssen und in dem die Bevölkerung dann diese Gründe anhand seiner lebensweltlichen Vorstellungen prüfen und bewerten kann (Marschall & Weiß, 2011). Diese Legitimierung von Politik versteht sich als fortwährender, unabschließbarer Prozess (Sarcinelli, 1998). Damit dieser Prozess gewährleistet ist, müssen die dafür nötigen kommunikativen Voraussetzungen, das Beschaffen, Prüfen und Bereitstellen von Informationen, die für Transparenz und kritische Bewertung sorgen, durch darauf spezialisierte Organisationen dauerhaft bereitgestellt werden (Jarren, 2006). Außerdem sollen sie für alle Teile der Bevölkerung zugänglich, verfügbar und nutzbar sein, da das Prinzip der Legitimierung auf dem Einschluss aller Bürger\*innen mit dem gleichen Recht an der Regelung der Belange aller fußt (Weiß & Jandura, 2017). Sobald große Teile der Bevölkerung von diesem Prozess ausgeschlossen werden, weil sie sich als ausgegrenzt empfinden oder keinen Zugang haben bzw. keinen Zugang für sich sehen, ist eine Demokratie „defekt“ (Weiß & Jandura, 2017).

Das zweite entscheidende Prinzip, auf dem eine Demokratie fußt, ist laut Imhof (2003) die Rationalisierung. Das Konzept der Freiheit der Bürger\*innen impliziert nämlich auch, dass sie keine anderen Geltungsansprüche akzeptieren müssen als solche, die ihnen aus Gründen der Vernunft um ihrer selbst willen einleuchten (Weiß & Jandura, 2017). Handeln gilt dabei als rational, sobald es auf objektivem Wissen um die Voraussetzungen und den Inhalt gründet und sich jedes Individuum subjektiv und frei über das eigene Handeln bewusst ist

(Schneider, 2008). Auch politische Entscheidungen und politisches Handeln, von welchem alle Bürger\*innen betroffen sind, müssen diesem Anspruch standhalten, wenn sie dem Prinzip von Freiheit gerecht werden wollen (Weiß & Jandura, 2017).

Weiter ist der Begriff Öffentlichkeit unauflösbar mit politisch-rechtlichen, sozialintegrativen und deliberativen Ansprüchen verbunden, aus welchen sich einige Forderungen und Bedingungen an öffentliche Kommunikation ableiten (Bentele et al., 2013). In den meisten Öffentlichkeitstheorien findet eine Einbettung des Öffentlichkeitsbegriffs in die zentralen Norm- und Werthorizonte der Moderne statt (Bentele et al., 2013), weswegen zunächst die normativen Prämissen des modernen Öffentlichkeitsverständnisses aufgezeigt werden. Immanuel Kant hat diese in seinem universalistischen Vernunft- und Tugendbegriff zusammengefasst. Mit Vernunft und Tugend als Voraussetzung des „Austritts aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (Kant, 1912, S. 36) wird auf eine öffentliche Sphäre verwiesen, welche in einer freien Reflexion beides hervorbringt, sowohl Vernunft als auch Tugend. Laut Imhof (2003) wirkt sich diese deliberativ entstehende Vernunft in zwei Richtungen aus: Zum einen sorgt sie für die Mündigkeit der Staatsbürger\*innen und versetzt sie qua eigenen Denkvermögens in die Lage, zu theoretischen und praktischen Einsichten zu gelangen, die auf prinzipielle Weise an das Denkvermögen der anderen Staatsbürger\*innen anschlussfähig sind (Imhof, 2003).

Zum anderen aber sind Vernunft und Tugend Voraussetzungen der Gesellschaftsfähigkeit des Menschen. Gerade weil das Raisonement Universalistisches hervorbringt, können sich die Menschen auf das Allgemeingültige einigen, so die rationalistische Utopie der Aufklärungsphilosophie (Imhof, 2003). Soziale Integration ist damit gleichzeitig das Produkt sowie auch ein Akt der Vernunft (Imhof, 2003). Ausgehend von der Aufklärung sowie dem Vernunft- und Tugendbegriff von Immanuel Kant ist Öffentlichkeit als eine zentrale Bedingung gegenüber der Staatsgewalt anzusehen, um normativen Ansprüchen gerecht zu werden (Imhof, 2003, S. 193). Fundament einer jeden funktionierenden Demokratie ist neben Transparenz und der Möglichkeit an demokratischen Wahlen teilzunehmen, die Voraussetzung, dass sich die Bürger\*innen allumfassend informieren können, um sich ein eigenes Bild und eine Meinung über die aktuelle (politische) Situation bilden zu können und darauf basierend am politischen Diskurs teilnehmen zu können. Die Öffentlichkeit als Grundvoraussetzung ermöglicht es den Menschen sich aus politisch-rechtlicher Sicht zu emanzipierten Bürger\*innen zu entwickeln, welche sich bei politischen Prozessen artikulieren können. Das sozialintegrative Moment führt dabei dazu, dass sich die

Menschen zu einer bürgerlichen Gesellschaft zusammenfinden (Imhof, 2003, S. 194). Aber der Einfluss, welchen der Wille der Staatsbürger\*innen, des sogenannten Souveräns, insgesamt auf die Entscheidungen des politischen Systems gewinnt, hängt auch von der aufklärenden Qualität der Massenmedien ab, welche einen Beitrag zu der Meinungsbildung der Bürger\*innen leisten (Habermas, 2022, S. 23). Laut Habermas bemisst sich der deliberative Charakter der Meinungs- und Willensbildung der Wähler\*innen in der politischen Öffentlichkeit am Ergebnis der diskursiven Qualität der Beiträge, nicht aber am Ziel eines ohnehin nicht erreichbaren Konsenses (Habermas, 2022, S. 27). Es ist vielmehr so, dass die Wahrnehmungsorientierung der Beteiligten einen offenbleibenden Meinungsstreit anfachen soll, aus dem konkurrierende öffentliche Meinungen hervorgehen (Habermas, 2022, S. 27). Das heißt, dass es nicht das Ziel ist einen Konsens in der Bevölkerung zu erringen, sondern dass vielmehr die Qualität der Beiträge und ein offener Diskurs aller beteiligten Personen das Ziel sind.

Die Grundidee der Verfassung ist laut Habermas „der schlichte Wille der Bürger, allein den Gesetzen zu gehorchen, welche sie sich selbst gegeben haben“ (Habermas, 2022, S. 26). Ohne einen solchen Konsens über die Bedeutung einer demokratischen Selbstgesetzgebung würden die jeweiligen Minderheiten keinen Grund haben, sich den majoritären Entscheidungen auf Zeit zu unterwerfen (Habermas, 2022, S. 26). Dabei darf allerdings ein wichtiger Punkt, an dem sich das Schicksal einer Demokratie letztlich entscheidet, nicht unbeachtet bleiben: Unter diesem normativen Gesichtspunkt beurteilt, muss die institutionalisierte Willensbildung im Ganzen tatsächlich auch so funktionieren, dass die wahlberechtigten Bürger\*innen in ihrem Verfassungskonsens von Zeit zu Zeit durch Erfahrung bestätigt werden (Habermas, 2022, S. 27). Das heißt, dass das Prinzip demokratischer Wahlen nur dann funktioniert, wenn die Bürger\*innen von Zeit zu Zeit sehen, dass ihre aktive Teilnahme an den Wahlen auch einen Einfluss hat und einen Unterschied macht. Ergebnisse von Wahlen müssen insofern zumindest so in einem erkennbaren Zusammenhang mit den Entscheidungen der Wähler\*innen stehen, dass diese darin die rationalisierende Kraft ihrer eigenen demokratischen Meinungs- und Willensbildung bestätigt sehen (Habermas, 2022, S. 27). Die Bürger\*innen müssen ihren Meinungsstreit sowohl als folgenreich wie auch als einen Streit um die besseren Gründe wahrnehmen können (Habermas, 2022, S. 27). Dass dies mitunter nicht mehr immer der Fall ist, zeigte sich beispielsweise im Jahr 2021 ganz massiv in den USA. Die Tatsache, dass Donald Trump nach seiner Niederlage im Wahlkampf um die Präsidentschaft eine ganze Menschmasse zum Sturm auf das Kapitol motivieren und mobilisieren konnte, zeigt von

bzw. gründet auf einer bereits vorhanden gewesenen Unzufriedenheit der Bürger\*innen (Habermas, 2022, S. 27). Hier wurde die Welt Zeuge eines expressiven Ausdrucks von Wähler\*innen, die sich seit Jahrzehnten abgehängt und vom politischen Diskurs ausgeschlossen fühlen (Habermas, 2022, S. 27). Laut Habermas bemisst sich am Nachlassen dieser rationalisierenden Kraft der öffentlichen Auseinandersetzung, die politische Regression, in deren Sog seit dem Ende des vergangenen Jahrhunderts viele Demokratien des Westens geraten sind (Habermas, 2022, S. 26). „Diese Abhängigkeit der problemlösenden Kraft einer Demokratie vom Fluss der deliberativen Politik beleuchtet die zentrale Rolle der politischen Öffentlichkeit“ (Habermas, 2022, S. 26).

Laut Jarren und Donges (2011) finden die für eine demokratische Legitimation der Herrschaft wesentlichen Voraussetzungen deliberativer Politik ohne einen geeigneten Kontext keinen Halt in der Bevölkerung, von welcher jedoch „alle Gewalt ausgehen“ sollte (Jarren & Donges, 2011). Regierungshandeln, Grundsatzurteile der Obergerichte, parlamentarische Gesetzgebung, Parteikonkurrenz und freie politische Wahlen müssen auf eine aktive Bürgerschaft treffen, weil die politische Öffentlichkeit in einer Zivilgesellschaft wurzelt, welche am öffentlichen und politischen Diskurs teilnimmt und so eine Verbindung zwischen der Politik und der gesellschaftlichen Umwelten herstellt (Jarren & Donges, 2011). Laut Habermas kann die Zivilgesellschaft aber nur dann die Rolle einer Art Frühwarnsystem für die Politik übernehmen, wenn sie Akteure hervorbringt, die in der Öffentlichkeit für die relevanten Themen der Bürger\*innen Aufmerksamkeit generieren (Habermas, 2022). Das funktional erforderliche Maß an staatsbürgerlichem Engagement steht allerdings in einem Spannungsverhältnis zu den privaten und persönlichen Verpflichtungen und Interessenslagen der Staatsbürger\*innen. Dieser strukturelle Konflikt zwischen der öffentlichen und der privaten Rolle der Bürger\*innen hat auch einen Einfluss auf die Öffentlichkeit (Habermas, 2022; Jarren & Donges, 2011).

## 2.2. Ebenen von (medialer) Öffentlichkeit

Wessler et al. (2022) unterscheiden drei Ebenen von Öffentlichkeit (siehe Abbildung 1), welche sie, angelehnt an Gerhards und Neidhardt (1991) anhand des Grades ihrer strukturellen Verankerung und der Ausdifferenzierung unterschiedlicher Rollen abgrenzen. Bürger\*innenöffentlichkeiten, veranstaltete Öffentlichkeiten und journalistisch-massenmediale Öffentlichkeiten. Diese Einteilung ist durch neue Medientechnologien geprägt und die verschiedenen Öffentlichkeitebenen finden sich sowohl offline als auch online (Gerhards & Schäfer, 2010).

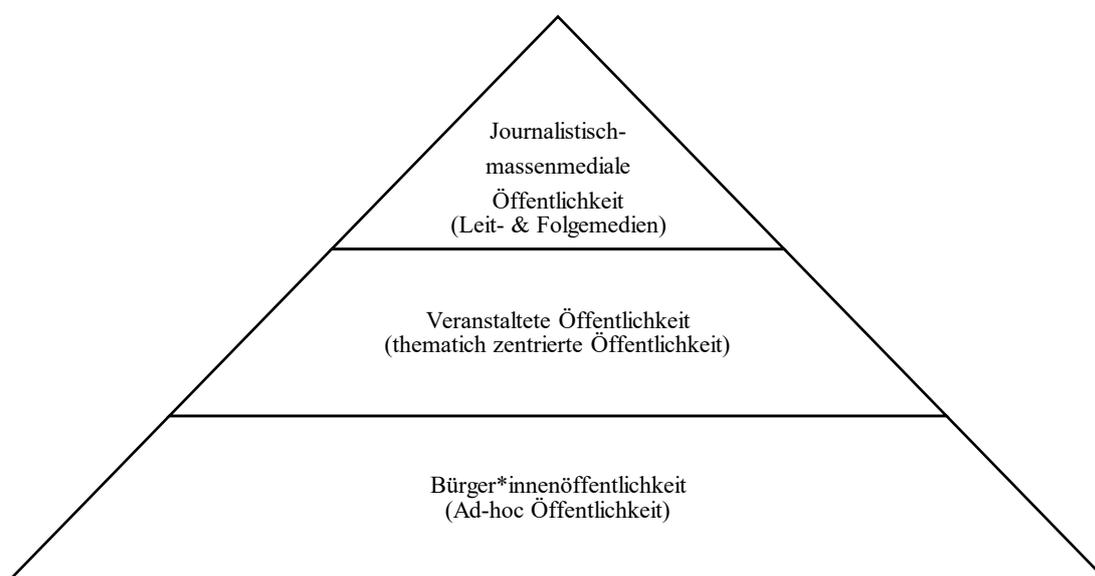


Abbildung 1: Drei Ebenen von Öffentlichkeit. Quelle: Wessler et al. (2022)

Bürger\*innenöffentlichkeiten haben den geringsten Grad struktureller Verankerungen. Auf dieser Ebene werden alle spontanen Interaktionen, wie etwa alltägliche Gespräche beim Einkaufen oder beiläufige Gespräche auf Social Media, eingeordnet (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 50-52). Die Teilnahme an Bürger\*innenöffentlichkeiten ist grundsätzlich für alle Mitgliedern einer Gesellschaft möglich. Diese Ebene der Öffentlichkeit zeichnet sich durch eine geringe Ausdifferenzierung von Rollen, das Wechseln von Teilnehmer\*innen zwischen den Funktionen als Sprecher\*innen und Zuhörer\*innen und ein breites Themenspektrum aus. Das hat neben dem Vorteil der Freiheit, die Nachteile von Unordnung durch wenig Struktur, von potenziellen Gefahren wie Meinungspolarisierung, stark vereinfachten Diskursen sowie ausfälliger Sprache durch die hohe Anonymität und nicht vorhandener Überwachung von beispielsweise Begegnungen im Internet.

Diese Nachteile können veranstaltete Öffentlichkeiten durch einen höheren Teil struktureller Verankerungen zu Teilen ausgleichen, da zum Beispiel bei öffentlichen Reden auf politischen (Protest-) Veranstaltungen oder bei Podiumsdiskussionen thematische Schwerpunkte durch die Veranstaltenden gelegt werden (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 52-54) und die Teilnahmeanzahl an diesen Veranstaltungen zumeist festgelegt sind, weswegen vorwiegend am Thema Interessierte teilnehmen. In veranstalteten Öffentlichkeiten können Kommunikationsrollen also wesentlich stärker ausdifferenziert werden, zum Beispiel wenn Sprecher\*innen von dem rein zuhörenden Publikum abgegrenzt werden (Wessler et al., 2022).

Die Ebene der journalistisch-massenmedialen Öffentlichkeit versucht das Problem der Strukturierung und Bündelung von öffentlicher Information zu lösen (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 54-56). Massenmediale Angebote wie Zeitungen, Fernsehen oder Online-Portale stellen im Idealfall journalistisch aufbereitete Informationen zu allgemein relevanten Themen für ein breites Publikum zur Verfügung, ordnen die verschiedenen Fakten ein und setzen sie zueinander in Beziehung (Wessler et al., 2022). Die Informationsselektion und -verarbeitung benötigt professionelle Strukturen und zudem herrscht auf dieser Ebene eine starke Trennung verschiedener Rollen: Sprecher\*innen, wie etwa Journalist\*innen, stehen einem Publikum gegenüber, das kaum direkt interagieren kann (Wessler et al., 2020). Massenmediale Öffentlichkeiten sind nur eingeschränkt zugänglich und konzentrieren sich thematisch auf das, was zurzeit Relevanz hat (Wessler et al., 2022). Ein mögliches Zusammenspiel zwischen unterschiedlichen Öffentlichkeitsebenen zeigt sich schon an dem Beispiel von Nachrichtenportalen. Hier wird die massenmediale Öffentlichkeit im redaktionellen Artikel durch eine Bürger\*innenöffentlichkeit in der Kommentarspalte ergänzt, wodurch die journalistisch aufbereiteten Informationen in den Artikeln durch eine Vielfalt von Meinungen der Bürger\*innen bereichert werden (Wessler et al. 2022).

## 2.3. Dimensionen öffentlicher Kommunikation

Dieses Teilkapitel befasst sich mit verschiedenen Aspekten der Öffentlichkeit und ihrer Rolle in der Gesellschaft. Es werden verschiedene Dimensionen öffentlicher Kommunikation beleuchtet. Diese umfassen dabei die Funktionen öffentlicher Kommunikation (2.3.1) sowie Qualitätsmerkmale öffentlicher Kommunikation (2.3.2). Außerdem wird diskutiert, inwieweit Heterogenität eine Herausforderung für eine integrierte Öffentlichkeit ist (3.3.3) und wie verzerrte Berichterstattung in Form von Medienbias und Polarisierung (3.3.4) eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen und diese beeinflussen kann.

### 2.3.1. Funktionen von Öffentlichkeit

Neben der Zugänglichkeit für alle Bürger\*innen gibt es einige Funktionen, die Öffentlichkeit erfüllen soll, um den von der Gesellschaft an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Die drei Haupt-Funktionen der Öffentlichkeit sind laut Imhof (Neidhardt, 1994, 2010; Imhof, 2003): Transparenz (politisch-rechtlich), Validierung (deliberativ) und Orientierung (sozialintegrativ) (Neidhardt, 1994; Imhof, 2003). Die Öffentlichkeit soll für alle gesellschaftlichen Gruppen und ihre Themen offen sein (*Transparenzfunktion*), die Sprechenden sollen diskursiv mit den geäußerten Anliegen umgehen, um dadurch ihre eigenen Ansichten potenziell widerlegen zu können (*Validierungsfunktion*), sowie schlussendlich, im Sinne der *Orientierungsfunktion*, eine das Publikum überzeugende, öffentliche Meinung ermitteln zu können (Neidhardt, 1994, S. 8-9).

Die *Transparenzfunktion* bezieht sich auf die Aggregation des Inputs für die Aushandlung der öffentlichen „Offenheit für alle Themen und Meinungen von kollektiver Bedeutung“ (Neidhardt, 1994, S. 8). Themen sollen offen und transparent artikuliert werden und für alle gleichermaßen zugänglich sein. Im Umkehrschluss soll öffentliche Kommunikation laut Imhof (2011) keine verfestigenden Ausgrenzungen erzeugen. „Nur dies garantiert, dass sich mit sozialen Lagen verbundene Interessen durch Ideen rechtfertigen und dass Ideen auf ihre Überzeugungskraft und ihren universalistischen Anspruch geprüft werden können“ (Imhof, 2011, S. 26-27). Öffentliche Kommunikation ist somit laut Imhof (2011) das Medium der Integration und der demokratischen Selbststeuerung (Imhof, 2011, S. 27). Im Fall einer intransparenten Öffentlichkeit, in der einige Anliegen nicht artikuliert werden können oder nicht wahrgenommen werden können, würde es dadurch einigen Anliegen von vorneherein verwehrt bleiben im politischen System wahrgenommen und aufgenommen zu werden. Eine

gleichwertige Chance zur Behandlung der eigenen Themen in der Öffentlichkeit entspricht der gleichwertigen Chance zur Behandlung dieser Anliegen im politischen System (Imhof, 2011, S. 85). Ist diese Möglichkeit nicht gegeben, geraten nicht nur die zentralen Funktionen der Öffentlichkeit unter Druck (Imhof, 2011, S. 142-147), sondern es droht die Bildung autonomer Teil-Öffentlichkeiten. In diesen Teil-Öffentlichkeiten würden sich entsprechend Bevölkerungsgruppen wiederfinden, welche sich von der gesamtgesellschaftlichen Themenaushandlung ausgeschlossen fühlen und sich individuell in dieser Ansicht gegenseitig stützen (Imhof, 2011, S. 142- 7). In der Folge reproduzieren sie sich kontinuierlich selbst und verhindern dadurch selbst die Integration der dort verhandelten Perspektiven und Themen in den öffentlichen Diskurs (Imhof, 2011, S. 251). Das Resultat wären demnach mehrere in sich geschlossene statt einer einzelnen, integrierenden politischen Öffentlichkeit: eine Heterogenisierung der Gesellschaft. Auf das Thema der Heterogenisierung der Gesellschaft wird in Kapitel 2.3.3 näher eingegangen. Bei einem vorhandenen, kategorischen Ausschluss einzelner Gruppierungen von der gemeinsamen Sammlung der Perspektiven kann daher bereits nicht mehr von Öffentlichkeit gesprochen werden (Habermas, 2015, S. 156).

Die *Funktion der Validierung* bezieht sich auf den anschließenden Umgang mit den zuvor artikulierten Anliegen sowie deren Verarbeitung. Diese soll diskursiv organisiert sein, indem die Vortragenden die "eigenen Themen und Meinungen unter dem Druck der Argumente anderer gegebenenfalls revidieren" (Neidhardt, 1994, S. 8). In Ergänzung zu der Konzeption der Öffentlichkeit als Forum, bei der jedes Individuum potenziell zum Sprechenden werden kann, wird in diesem Fall die Metapher der Bühne bemüht. Das Konzept der Bühne soll aufzeigen, dass es eine öffentlich sichtbare Plattform der Anliegen-Aushandlung (Claim-Aushandlung) geben muss (Rummens, 2012): „The deliberative quality of the democratic process as a whole is guaranteed to the extent that these informal deliberations actually influence deliberations in the formal public sphere constituted by the traditional representative institutions of parliament and government“ (Rummens, 2012, S. 24). Zu diesem formell öffentlichen Raum haben nunmehr nicht lediglich die gewählten Vertreter\*innen Zugang, sondern insbesondere in einer mediatisierten Öffentlichkeit sind hier auch individuelle und kollektive Akteure zu berücksichtigen, die auf dieser Bühne ebenfalls an der Konstruktion und Aushandlung der repräsentativen Claims (Anliegen) teilhaben (Rummens, 2012, S. 29-30). Auf die konkrete Rolle der Massenmedien im Zusammenhang mit Öffentlichkeit wird in Kapitel 2.3 genauer eingegangen. Damit die auf der Bühne dargestellten Claims aufeinander beziehbar sind und der Validierungsfunktion genügen, gibt

es einigen Anforderungen, welche Sie erfüllen sollen. Diese Voraussetzungen einer gelingenden Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Anliegen sind wesentlich durch Jürgen Habermas Theorie des kommunikativen Handelns (Habermas, 1981) beeinflusst. Die Validierungsfunktion ist nach Habermas unmittelbar mit der Einhaltung der Gütekriterien eines jeden einzelnen Sprechakts verbunden: Sie müssen wahr, wahrhaftig und richtig sein (Habermas, 1981, S. 443), um die Validität der Anliegen überprüfbar zu machen und durch die sachgerechte Informationsverarbeitung vernünftige bzw. faire Ergebnisse im politischen Diskurs erzielen zu können (Habermas, 1992, S. 361). Die Einhaltung der Gütekriterien dient noch vor der Bestimmung der bestmöglichen Lösung der Validierung einzelner öffentlicher Aussagen, um sie kritisierbar und anschlussfähig zu machen (Habermas, 1992).

Um ein responsives Handeln in Form von *Claims* (Anliegen), welche Bezug auf in der Bevölkerung wahrgenommene Präferenzen und Interessen nehmen, überhaupt erst möglich zu machen, müssen die gewählten Vertreter\*innen zunächst einmal Kenntnis über diese Präferenzen erlangen. Das setzt eine zuvor erfolgte *Artikulation* der Präferenzen durch die Bevölkerung voraus. Neben die Anforderungen der Aufgeschlossenheit der Öffentlichkeit gegenüber allen generierten Interessen (*Transparenzfunktion*) und des diskursiven Umgangs mit den geäußerten Perspektiven zur Aggregation und Transformation (*Validierungsfunktion*) tritt somit eine *Artikulationsfunktion*. Sie soll gewährleisten, dass alle partikularen politischen Interessen innerhalb der Gesellschaft an das politische System vermittelt werden (Rucht, 1991, S. 7).

Diese Funktion ist vor allem in Hinblick auf den Anspruch der *Responsivität* relevant, da die politischen Amtsträger\*innen nur durch eine vorherige Artikulation der Präferenzen durch die Bevölkerung in der Lage sind, diese Präferenzen überhaupt wahrzunehmen und dann entsprechend darauf zu reagieren. Responsivität bedeutet in diesem Fall das wechselseitige Eingehen auf Beiträge Anderer. Sie stellt einen wichtigen Anspruch an die Öffentlichkeit dar. Responsivität bezeichnet die Bereitschaft politischer Amtsträger\*innen, auf die Interessen der Bürger\*innen einzugehen. Sie lässt sich mit anderen Worten als die Reaktionsbereitschaft politischer Amtsträger\*innen auf das Kundtun der Interessen durch die Bürger\*innen beschreiben. Laut Esaiasson et al. (2015) handelt es sich bei dem Konzept der Responsivität vor allem um ein Versprechen zur Kommunikation.

Schlussendlich soll die Öffentlichkeit der Bevölkerung ermöglichen, im Sinne der *Orientierungsfunktion*, eine das Publikum überzeugende, öffentliche Meinung ermitteln zu können (Neidhardt, 1994, S. 8-9). Sie soll den Bürger\*innen ermöglichen, sich anhand der

durch die Transparenz-, Validierungsfunktion und auf Basis der Artikulationsfunktion gerechtfertigt abgebildeten Aspekten eine eigene Meinung zu bilden und ihnen dadurch eine Orientierung zu geben. So sollen die Bürger\*innen in der Lage sein auf Basis ihrer eigenen Meinung am öffentlichen und politischen Diskurs teilzunehmen.

### 2.3.2. Qualitätsmerkmale von öffentlicher Kommunikation

Neben den beschriebenen Funktionen, welche die Öffentlichkeit erfüllen soll (Jarren & Donges, 2011), gilt es auch normativen Erwartungen, die an die öffentliche Kommunikation im Speziellen gestellt werden. Die mit der Öffentlichkeitstheorie verbundenen normativen Erwartungen lassen sich in Qualitätsmerkmale überführen, die über ein rein subjektives Empfinden hinausgehen (FÖG, 2019). Es werden in diesem Zusammenhang die vier wesentlichen Dimensionen Professionalität, Einordnungsleistung, Relevanz und Vielfalt genannt (FÖG, 2019, Stark et al., 2019).

*Professionalität* als Qualitätskriterium ist gegeben, wenn das Medium eine neutrale, nicht-emotionale und zivile Berichterstattung leistet (Stark, 2019).

Die zweite Dimension der *Einordnungsleistung* beschreibt, dass ein Medium von hoher Qualität ist, wenn es nicht nur über politische Themen berichtet, sondern aktuelle Entwicklungen auch in einen Kontext setzt und Hintergrundinformationen bereitstellt (Stark, 2019).

Ob ein Medium das Qualitätsmerkmal der *Relevanz* erfüllt, lässt sich anhand der Sozial-, Themen- und Akteurs-Ebene identifizieren. Auf der Sozialebene wird vorausgesetzt, dass das Gemeinwohl Vorrang gegenüber Partikularinteressen hat. Das überträgt sich auch auf die Themenebene, denn je stärker das Medium Themen behandelt, die eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung haben, desto eher ist die Relevanz erfüllt (Stark, 2019; Weiß et al., 2016). So lässt sich dieser Logik folgend auch für die Akteurs-Ebene festhalten, dass eine höhere Relevanz erreicht wird, je deutlicher die präsentierten Akteure mit gesamtgesellschaftlichen Aspekten in Verbindung gebracht werden können. Daraus resultiert, dass Politiker\*innen, die der Regierung angehören oder die im Parlament Abstimmungskompetenzen haben, eine höhere Relevanz zugeschrieben werden kann als solchen, die diese Entscheidungsbefugnisse nicht innehaben, und dass ihnen entsprechend mehr mediale Beachtung geschenkt werden sollte.

Dies steht jedoch teilweise im Widerspruch zu dem vierten Qualitätsmerkmal der *Vielfalt*. Gemäß der Forumsfunktion sollen möglichst alle (politischen) Akteure zu Wort kommen können, da im Umkehrschluss niemand aus der massenmedialen Kommunikation ausgeschlossen werden darf (Imhof, 2003; Stark, 2019). Die Frage, ob Akteure sowie Themen im öffentlichen Diskurs und in der Berichterstattung angemessen berücksichtigt werden, wird grundsätzlich kontrovers diskutiert. Nachdem die AfD erstmalig 2017 in den Bundestag einziehen konnte, wurde den Medien unter anderem vorgeworfen, dieser Partei zu viel Aufmerksamkeit geschenkt und sie in der Berichterstattung stärker berücksichtigt zu haben, als ihre bisherige Relevanz dies gerechtfertigt hätte.

Diese Kritik entspricht der *Majorisierungsthese*, wohingegen die *Minorisierungsthese* ausdrückt, dass über kleinere politische Akteure im Vergleich zu größeren zu wenig berichtet wird (Jandura et al., 2019). Hierbei stellt sich vor dem Hintergrund des Kriteriums der Vielfalt die Frage, ob Medien offen für Positionen sein sollen, die neuen politischen Akteuren zuzuordnen sind, oder ob sie sich auf die etablierten Akteure konzentrieren und somit dazu beitragen sollten, die aktuelle Machtverteilung zu festigen (Bonfadelli, 2008). Als erstaunlich werden die Diskussionen um die Chancen verschiedener politischer Akteure, massenmedial aufgegriffen zu werden, deshalb bezeichnet, weil Studien zu deren Präsenz detaillierte Befunde liefern (Jandura et al., 2019). Die Kontroversen zeigen, dass es darauf ankommt, welches Prinzip der Sichtbarkeit in den Massenmedien präferiert wird. Beschränkt man sich nach dem liberalen Demokratieverständnis auf die im Parlament vertretenen Parteien, dann sind drei Prinzipien denkbar.

Das *Proporzprinzip*, auch „Proporzkriterium“ genannt, sieht erstens vor, dass die Parteien gemäß ihrer in den Wahlen errungenen Anteilen in der massenmedialen Kommunikation vorkommen müssen (Daschmann, 2009). Die Vielfalt orientiert sich in diesem Fall an der parlamentarischen Relevanz.

Zweitens fordert die *Gleichverteilung* nach dem deliberativ-partizipatorischen Verständnis, dass alle Parteien unabhängig von ihrem Wahlerfolg im gleichen Umfang präsent sind (Zerback, 2013).

Der sogenannte „*Umkehrproporz*“ als drittes Prinzip privilegiert hingegen jene, die sich in der Minderheit befinden (Jandura et al., 2019). Diese Prinzipien lassen sich nach einem partizipatorischen Demokratieverständnis auf die außerparlamentarische Sphäre übertragen,

indem ebenfalls Akteure einbezogen werden, die nicht als Fraktion im Organ der Legislative vertreten sind.

Mit einzelnen Ausnahmen wird keines dieser drei genannten Prinzipien in Deutschland verpflichtend vorgeschrieben. Während der Pressekodex bezüglich der Printmedien und des privaten Rundfunks grundsätzlich zur Vielfalt auffordert, werden das Proporzkriterium und die Gleichverteilung kombiniert, wenn Parteien Wahlwerbespots schalten. Dieses als „abgestufte Chancengleichheit“ bezeichnete Vorgehen regelt, dass auf vier Werbe-Spots von einer der jeweils zwei größten im Parlament vertretenen Parteien zwei Werbe-Spots von einer kleineren parlamentarischen Fraktion entfallen, wohingegen Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, jeweils ein Werbespot zusteht (Holtz-Bacha, 2000, S. 69). Diese abgestufte Chancengleichheit mit einer konkreten Vorgabe der Anteile ist ein Beispiel dafür, wie Vielfalt einerseits objektiv messbar gemacht werden kann und dass andererseits auch politische Akteure eingeschlossen werden, die nicht im Parlament vertreten sind.

Doch auch wenn mediale Vielfalt objektiv gegeben ist, kann es durchaus passieren, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen den Eindruck haben, ihre Positionen würden in den Medien keine oder weniger Beachtung finden als andere Positionen. Diese Bevölkerungsgruppen fühlen sich dann aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen, was wiederum zu den bereits angesprochenen Fragmentierungs- und Heterogenisierungsprozessen führen kann. In Folge derer können Teilöffentlichkeiten entstehen, welche nicht mehr am öffentlichen Diskurs teilnehmen. Aus diesem Grund ist es neben der objektiven Vielfalt der Darstellung in der Medienberichterstattung ebenfalls wichtig, die subjektiv wahrgenommene Vielfalt zu erfassen, da sie einen großen Einfluss und Folgen für die Performanz eines demokratischen Systems haben kann, wenn sich einzelne Bevölkerungsgruppen unterrepräsentiert, ausgeschlossen oder abgehängt fühlen. Davon ausgehend lässt sich festhalten, dass die Positionsvielfalt, also die Darstellung und Wahrnehmbarmachung möglichst aller vorhandenen Positionen aller Akteure im öffentlichen Diskurs von besonders großer Wichtigkeit ist und dass dieses Kriterium neben den anderen zu erfüllenden Funktionen von Öffentlichkeit einen großen Einfluss darauf haben kann, wie groß das Vertrauen der Bevölkerung in die Öffentlichkeit ist.

### 2.3.3. Heterogenität als Herausforderung einer integrierten Öffentlichkeit

Was eine demokratische und pluralistische Gesellschaft, welche aus unterschiedlichen Gruppen, Meinungen und Interessen besteht, ausmacht und wie diese funktionieren kann, beschäftigt verschiedene, wissenschaftliche Disziplinen (Vlašić, 2004). Die Kommunikationswissenschaft fragt zum Beispiel, wie die Öffentlichkeit zu gesellschaftlicher Integration beitragen kann, um eine soziale und politisch heterogene Gesellschaft zu gewährleisten (Kösters, 2020). Medien können dazu beitragen, indem sie alle Bürger\*innen über wichtige Themen und Problemlösungen informieren und so zeigen, was die Gesellschaft bewegt und welche Positionen sie vertritt oder ablehnt (Neidhardt, 1994). Dazu müssen aber die politischen Themen für alle zugänglich sein (Gerhards, 1998) und die verschiedenen Gruppen die Bereitschaft haben, andere Perspektiven zu respektieren und zu berücksichtigen (Imhof, 2011). Die Fragmentierungsdebatte setzt bei der ersten Bedingung an und fragt, ob gruppenspezifische Medien und Verarbeitungsweisen die gemeinsame Wahrnehmung und die gegenseitige Kenntnisnahme von anderen politischen Positionen beeinträchtigen (Kösters, 2020). Dabei geht es nicht darum, dass alle die gleiche Meinung haben, sondern dass in den Medien die Vielfalt und Diskussion der politischen Themen sichtbar und anerkannt wird. Dieser Ansatz einer „Integration durch Konfliktkommunikation“ kann zudem die Orientierungsfunktion stärken, welche die Toleranz für unterschiedliche Problemsichten und die Vernetzung von heterogenen Gesellschaften fördert (Vlašić, 2004; Wessler, 2008b).

Es besteht in der Kommunikationswissenschaft Einigkeit darüber, dass verschiedene Bevölkerungssegmente Themen unterschiedlich rezipieren und sie auf Basis ihrer eigenen politischen Neigungen verknüpfen und interpretieren (Kösters et al, 2019). Das heißt, dass sie je nach Erfahrungshintergrund die Informationen unterschiedlich verstehen und verarbeiten. Dies hat zur Folge, dass unterschiedliche Teilgruppen ein und dieselbe Information unterschiedlich wahrnehmen und einordnen und entsprechend unterschiedliche Schlussfolgerungen ziehen können. Doch wie kommt es zur Entstehung solcher einzelner Teilgruppen der Bevölkerung? Der Prozess der sogenannten *Heterogenisierung* der Gesellschaft erfolgt über gleichzeitig ablaufende Stratifikations- und Segmentierungsprozesse (Jandura & Spatz, 2023), die mit dem Begriff *Stratamentation* (Bennett & Iyengar, 2008) beschrieben werden. Diese Tendenzen beinhalten zum einen vertikale Schichtungsprozesse, bei denen sich einige Bevölkerungsteile komplett von der politischen Kommunikationsteilnahme zurückziehen, während andere Bevölkerungs-

gruppen besonders stark engagiert sind (Jandura & Spatz, 2023). Je nach Zugehörigkeit zu einer Teilgruppe der Gesellschaft gibt es große Unterschiede in der Häufigkeit und Intensität der Mediennutzung. Die politischen Informationsangebote werden von verschiedenen Gesellschaftsgruppen unterschiedlich intensiv genutzt und rezipiert. Manche Gruppen beschäftigen sich regelmäßig und gründlich mit den Inhalten, andere nur gelegentlich und oberflächlich oder überhaupt nicht (Jandura & Spatz, 2023). Daraus folgt, dass die politische Meinungsbildung bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf sehr verschiedenen Grundlagen beruht (Eisenegger & Schneider, 2016). Insbesondere bei denjenigen, die stark involviert sind, lassen sich zudem horizontale Segmentierungsvorgänge entlang politischer Grundausrichtungen feststellen, die die Medienauswahl, Rezeption und Verarbeitung von Sachverhalten in weltanschaulicher Hinsicht beeinflussen (Begenat, 2016; Knobloch-Westerwick, 2015). Imhof et al. (2013, S. 30) beschreiben drei Typen sozialer Differenzierung:

*Funktionale* Differenzierungen sind soziale Differenzierungen, die das Ziel haben, durch die Konzentration und Spezialisierung auf eine Funktion oder Aufgabe einen (Effektivitäts-) Nutzen zu schaffen wie z.B. eine Kostenreduktion oder Konkurrenzdruck zu mindern.

*Segmentäre* Differenzierungen zielen darauf ab, durch Abgrenzung zu anderen den eigenen Platz in einer horizontalen, z.B. durch ethische oder geografische Kriterien differenzierten, Einteilung der Gesellschaft zu zeigen. Es werden horizontale Einteilungen verstärkt und vertieft, indem Unterschiede als Identitätsfaktoren für die Zugehörigkeit zu nebeneinander bestehenden Gruppen der Gesellschaft dienen bzw. angesehen werden.

*Stratifikatorische* (Stratifikation: Schichtung / Ebenen) Differenzierungen dienen dazu, sich durch Abgrenzung in der hierarchischen Gesellschaftsordnung zu positionieren. Sie verstärken und vertiefen die vertikale Struktur, indem Differenzen als Kriterien der Zugehörigkeit zu Schichten, Klassen oder Kasten fungieren bzw. angesehen werden.

Diese Teilöffentlichkeiten stehen im Widerspruch zu einer integrierten politischen Öffentlichkeit, denn diese sogenannten Echokammern können dazu führen, dass sich gesellschaftliche Gruppen politisch voneinander abgrenzen (Kösters et al., 2019). Es wird angenommen, dass die Themen und Anliegen anderer Teile der Gesellschaft innerhalb dieser politisch medialen Inseln wenig Beachtung finden oder wenn, dann nur in einer abfälligen Weise (Kösters et al., 2019). Es wird außerdem vermutet, dass es wenig direkte kommunikative Interaktion zwischen diesen Teilöffentlichkeiten gibt. Dies kann das

integrative Element von Öffentlichkeit gefährden, da eine ständige Bestätigung vorhandener Meinungen zu einer Verstärkung von Problemhaltungen und einer abnehmenden Bereitschaft zum offenen Diskurs führen kann (Prior, 2013; Sunstein, 2007).

Die Gesellschaft stratifiziert sich vor allem aufgrund der unterschiedlichen Möglichkeiten und der unterschiedlichen Motivation der Bürger\*innen, sich am politischen Prozess zu beteiligen (Kösters et al., 2019). Diese Stratifizierung kann zum Beispiel über das Involvement, das politische Wissen und politische Selbstwirksamkeit gemessen werden (Kösters et al., 2019). Gleichzeitig segmentiert sich die Gesellschaft durch unterschiedlich ausgeprägte Positionen auf relevanten gesellschaftlichen Konfliktlinien (Jandura & Spatz, 2023). In der Literatur werden verschiedene gesellschaftliche Konflikte unterschieden:

1) Es gibt den zwischen einer marktliberalen und einer sozialstaatlichen Orientierung differenzierenden sozioökonomische Konflikt (Niedermayer, 2009). Hier stehen sich Positionen zur Verteidigung der freien Märkte bei minimaler staatlicher Intervention und Positionen zur Befürwortung staatlicher Intervention zur Umverteilung von Ressourcen für die Herstellung einer Sozialstaatlichkeit gegenüber. Die sozioökonomische Konfliktlinie kann als die zentrale Spaltungslinie westeuropäischer Gesellschaften angesehen werden (Koopmans & Zürn, 2019).

2) Außerdem gibt es den zwischen autoritären und libertären Positionen unterscheidende politisch-kulturelle Grundkonflikt, welcher zunehmend auch an Relevanz gewinnt (Niedermayer, 2009). Hier stehen sich einerseits Positionen für einen starken Staat sowie für die Durchsetzung von Recht und Ordnung und andererseits Positionen, welche die Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger\*innen in den Mittelpunkt stellen, gegenüber (Niedermayer, 2009).

Als Folge dieser gleichzeitig ablaufenden Differenzierungsprozesse entlang der beiden Grundkonfliktlinien kann es zur Entstehung von Teilöffentlichkeiten kommen, welche eigene Themenagenden, Themenwahrnehmungen und politische Bezüge beanspruchen und als Gegenstück einer integrierten, politischen Öffentlichkeit verstanden werden können (Bennett & Iyengar, 2008). Ein Ansatz, welcher es ermöglicht, diese Teilöffentlichkeiten zu beschreiben, ist der sogenannten Milieuansatz (Weiß, 2009). Als politisch-kommunikative Milieus werden dabei „gesellschaftlichen Gruppen bezeichnet, bei denen politische Einstellungen, Partizipationsmuster, Sozialisationserfahrungen, aber auch alle Modi der politischen Kommunikation miteinander verzahnt sind“ (Mahrt & Begent, 2013).

#### 2.3.4. Medienbias und Polarisierung

In pluralistischen Demokratien spielen Massenmedien eine wichtige Rolle für das politische Engagement und das Interesse der Bürger\*innen (Eberl, 2022). Dabei ist es die Hauptaufgabe der Massenmedien, welche oft die wichtigste Informationsquelle darstellen, den Bürger\*innen ausgewogene Informationen über alle relevanten politischen Themen und Akteure anzubieten (Strömbäck, 2008). Laut Studien (Hanitzsch et al., 2010) sind Journalist\*innen im deutschsprachigen Sprachraum davon überzeugt, dass sie die Anforderungen und Ansprüche an ihre Berufsethik erfüllen. Allerdings gibt es in den letzten Jahren immer mehr Kritik und Vorwürfe gegen Medien und Journalist\*innen, die mit Schlagworten wie Lügenpresse und Fakenews verbunden sind (siehe Eberl 2019; Egelhofer & Lecheler, 2019; Maurer et al., 2019). Man wirft den Medien vor, dass sie von der Norm einer unparteiischen, ausgewogenen und fairen Presse abweichen und ihre Berichterstattung politisch verzerren, was auch als *Medienbias* bezeichnet wird (Eberl, 2022).

Der Begriff Medienbias lässt sich am besten erfassen, indem man sein Gegenteil beschreibt, also das, was er eben nicht ist (Eberl, 2022). Ein gängiges Qualitätskriterium für journalistische Arbeit, anhand dessen auch illustriert werden kann, was ein Medienbias nicht ist, ist die *Objektivität*. Diese zeigt sich in Realitätstreue, der Trennung von Fakt und Meinung sowie der Vermeidung tendenziöser Berichterstattung (McQuail, 1992). Alternativ wird angegeben, Wahrheit sei das Gegenteil von Medienbias (Baron, 2006). Im Bereich der Politik ist diese Definition allerdings oft problematisch, da viele „Unwahrheiten“ eher ideologisch als empirisch begründet sind (Eberl, 2022).

Ein anderer Ansatz definiert das Gegenteil von Medienbias nicht nach Objektivität, sondern nach *Ausgewogenheit* (Hopmann et al., 2012a, 2017). Danach wäre ein unvoreingenommener Beitrag ein ausgewogener Bericht, der keine politische Seite begünstigt oder benachteiligt und alle mit dem gleichen Maßstab bewertet (Eberl, 2022). Umgekehrt würde ein Medienbias dann in dem Ausmaß vorliegen, in welchem die Medienberichterstattung von eben diesem Maßstab abweicht (Eberl et al. 2017a). Die Wahl eines solchen Bezugswertes, an dem sich Medienbias bemisst, ist ein wichtiger Aspekt, der die Medienbias-Forschung von anderen Medienwirkungsstudien unterscheidet (Eberl, 2022). Die Frage wie sich dieser oft normative Bezugswert final definieren lässt, bleibt jedoch eine der Herausforderungen der politischen Kommunikationsforschung (Eberl, 2022).

Laut Eberl (2022) stützt sich der Großteil der Biasforschung auf die Analyse tatsächlicher Medieninhalte und unterscheidet dabei vor allem zwischen drei Formen von Bias (Eberl, 2022): Sichtbarkeits-, Tonalitäts- und Agendabias (Brandenburg, 2006; D'Alessio & Allen, 2000).

Ein *Sichtbarkeitsbias* liegt vor, wenn bestimmte politische Themen, Parteien oder Kandidat\*innen in unverhältnismäßigem Ausmaß Medienpräsenz erfahren (Hopmann et al., 2010; Weaver & Wilhoit, 1996). Sichtbarkeit wird dabei unterschiedlich verstanden. Druckman & Parkin (2005) legen die Sichtbarkeit zum Beispiel anhand der Anzahl der direkten Zitate bzw. O-Töne der Kandidat\*innen in Print-, Radio- oder TV-Medien oder anhand der Anzahl der Zeitungsfotos, auf denen Kandidat\*innen abgebildet sind, fest (Kenney & Simpson 1993). Am häufigsten jedoch, wird die Anzahl der Nachrichtenbeiträge, die eine Themen-, Kandidat\*innen- oder Parteierwähnung enthalten, zur Quantifizierung herangezogen (Eberl, 2022).

Der *Tonalitätsbias* bezeichnet die (un-)vorteilhafte Berichterstattung über politische Themen, Parteien oder Kandidat\*innen in unangemessenem Maß (Eberl, 2022). Im Gegensatz zum Sichtbarkeitsbias, der nur die Menge der Berichterstattung misst, untersucht die Tonalitätsbias-Forschung deren Qualität anhand von Bewertungen, Gefälligkeit oder Ton (Eberl, 2022).

Ein *Agendabias* tritt auf, wenn Journalist\*innen in unverhältnismäßiger Weise Themen auswählen, die mit der bevorzugten Themenagenda der politischen Parteien oder Kandidat\*innen (nicht) übereinstimmen (Eberl, 2022). Dieser Bias zeigt mögliche Unterschiede zwischen der von der Politik präferierten Themenagenda und der von den Medien vermittelten Themenagenda an (Eberl, 2022). Um die favorisierten Themen politischer Akteure zu ermitteln, können Pressemitteilungen der Parteien (Brandenburg, 2006; Hopmann et al., 2012b), Parteiprogramme (Asp, 2006) oder eine Kombination verschiedener Formen der Parteikommunikation (Hopmann et al., 2009) verwendet werden. Je ähnlicher die mediatisierte und die jeweilige individuelle Parteienagenda sind, desto vorteilhafter ist das für die Politiker\*innen dieser Partei (Eberl, 2022). Forschungsergebnisse aus diesem Bereich deuten darauf hin, dass vor allem größere Parteien ihre eigene Themenagenda in den Medien unterbringen können (Brandenburg, 2005; Hopmann et al., 2012b). Außerdem gelingt es besonders rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Parteien, die zentralen Themen ihrer politischen Agenda auch in der Medienberichterstattung zur Geltung zu bringen (Eberl, 2022).

Die Wirkungsweisen dieser Biasformen lassen sich den Bereich der Agenda-Setting-Forschung (Sichtbarkeitsbias), des Valenz-Framings (Tonalitätsbias) und der Theorie der Themenführerschaft (Agendabias) zuordnen (Eberl, 2022).

*Agenda-Setting* beschreibt, dass Rezipient\*innen politische Themen oder Akteure als wichtiger erachten, die mehr in den Medien behandelt werden und damit sichtbarer sind (Kiousis & McCombs 2004). Das kann nachfolgend die Einstellungen und das Verhalten der Rezipient\*innen beeinflussen, da Wähler\*innen dazu neigen, politische und gesellschaftliche Relevanz aus medialer Sichtbarkeit abzuleiten (Miller & Krosnick 2000).

*Valenz-Framing* beschreibt, dass in den Medien positive oder negative Aspekte eines Objekts betont werden, was bei den Rezipient\*innen die Salienz dieser Aspekte beeinflusst (de Vreese & Boomgaarden, 2003). Wenn Parteien bei bestimmten Themen als besonders kompetent wahrgenommen werden oder eine Themenführerschaft innehaben, werden sie diese Themen auch in der medialen Berichterstattung hervorheben wollen (Petrocik, 1996). Studien zeigen, dass bereits geringe Unterschiede in der Berichterstattung zwischen einzelnen Medien einen nicht unerheblichen Einfluss von Sichtbarkeitsbias auf die Wahlentscheidung haben (Geers & Bos, 2017). Norris et al. (1999) zeigten etwa in einer experimentellen Studie, dass Befragte eine positivere Meinung über eine Partei haben und diese eher unterstützen, wenn sie zuvor eine positive Berichterstattung über diese Partei rezipiert haben. Solche Effekte eines Tonalitätsbias wurden auch in Panelbefragungen in Bezug auf Parteipräferenzen, Wahlentscheidungen, Wechselwahl, wahrgenommene Kandidat\*inneneigenschaften oder Koalitionspräferenzen bestätigt (Boomgaarden & Semetko, 2012; Eberl et al., 2017a, b; Eberl & Plescia, 2018). Der Tonalitätsbias scheint hier bedeutsamer zu sein als der Sichtbarkeitsbias (Norris et al., 1999; Geers & Bos, 2017), wobei sich beide Aspekte gegenseitig verstärken können (Geiß & Schäfer, 2017).

Studien zum Effekt des *Agendabias* fanden signifikante Effekte auf Parteipräferenzen (Eberl et al., 2017a), Wechselwahl (Geers & Bos 2017) und wahrgenommene Kandidat\*inneneigenschaften (Eberl et al., 2017b).

Das Phänomen des Medienbias kann in zwei Ausprägungen vorkommen: Er kann einerseits objektiv und in der Berichterstattung nachweisbar sein. Er kann allerdings auch „nur“ subjektiv in der Wahrnehmung der Rezipient\*innen vorhanden sein, wenn diese die Berichterstattung als unverhältnismäßig positiv oder negativ gegenüber einer bestimmten Partei, einzelnen Kandidat\*innen oder einem politischen Thema empfinden (Eberl, 2022).

Dabei muss die Wahrnehmung des Medienbias nicht immer mit dem tatsächlichen Bias übereinstimmen und kann eigene Effekte auf die Wahlentscheidung haben (Boomgaarden & Semetko 2012).

Im Zusammenhang mit der politischen Kommunikationsforschung ist der sogenannte *Hostile-Media-Effekt* besonders relevant (Eberl, 2022). Dieser beschreibt, dass Rezipient\*innen selbst ausgewogene Berichterstattung als verzerrt und als ihren Interessen entgegengesetzt wahrnehmen können (Vallone et al., 1985). Besonders Parteianhänger\*innen und Personen, die stark in ein Thema involviert sind oder extreme politische Einstellungen haben, neigen dazu, auch Berichte als tendenziös und unausgewogen zu empfinden, die objektiv gesehen verschiedenen konkurrierenden Argumenten gleich viel Raum geben (Gunther et al. 2001). Vor allem Wähler\*innen (rechts)extremer und populistischer Parteien sehen Medien eher als tendenziös an, basierend auf ihren anti-elitären Einstellungen (Eberl 2019; Fawzi 2019). Aus demokratiepolitischer Sicht ist allerdings auch ein nur subjektiv wahrgenommener, objektiv nicht nachweisbarer, Medienbias problematisch, da sich Rezipient\*innen, welche die politische Berichterstattung als verzerrt wahrnehmen, zunehmend von traditionellen Nachrichtenmedien abwenden (Eberl, 2022). Dies hat zur Folge, dass die Bedingungen für eine fundierte Wahlentscheidung oder die Beteiligung am politischen Prozess nicht mehr dieselben sind (Adrèvol-Abreu & de Zuniga, 2017).

Die Thematik verzerrter Wahrnehmung von (ausgewogener) Berichterstattung und die Abwendung von traditionellen Nachrichtenmedien, leitet über zum Phänomen der Polarisierung. Die Entwicklung der Polarisierung wird für Deutschland besonders deutlich, wenn man an den von Sartori (1976) bereits vor knapp 50 Jahren beschriebenen Kriterienkatalog zur Messung von Polarisierung anlegt. Von den acht beschriebenen Indikatoren treffen dabei fünf auf die Veränderungen im Parteiensystem in Deutschland zu (Jandura et al., 2022):

- 1) Das Vorhandensein von systemfeindlichen oder -kritischen Parteien, deren Erfolg dazu beiträgt, das politische Regime zu delegitimieren.
- 2) Das Vorhandensein von Oppositionsparteien sowohl rechts als auch links der Regierungsparteien.
- 3) Die Entstehung polarisierter ideologischer Lager innerhalb des Parteiensystems.
- 4) Der Stimmenverlust der Parteien im Zentrum des politischen Systems.

5) Der Verlust an Relevanz von sachlichen Themen sowie die Steigerung an Relevanz fundamentaler politischer Werte in der politischen Diskussion.

Für die weiteren drei Kriterien konnten laut Jandura et al. (2022) keine empirische Entsprechung gefunden werden:

6) Das Vorhandensein einer Partei im Zentrum, die Regierungen mit Rechts- und Linksparteien bildet und somit u. a. Konsens zwischen einer Mitte-Links- und einer Mitte-Rechtspartei verhindert.

7) Das Vorhandensein von unverantwortlichen Oppositionsparteien, die nicht darauf orientiert sind, zu regieren.

8) Ein Überbietungswettbewerb.

Das Vorhandensein der genannten Kriterien zeigt sich im politischen System wie folgt: Mit der Linkspartei und der AfD sind nun beispielsweise dauerhaft Oppositionsparteien Teil des Parlaments, welche links und rechts der Regierungsparteien positioniert sind (Jandura et al., 2022). Durch das Hinzutreten dieser Parteien sind zwei entgegengesetzte ideologische Lager entstanden: die Grünen und Linken auf der einen und die AfD auf der anderen Seite (Jandura et al., 2022). Außerdem sind mit der Linkspartei und der AfD derzeit zwei systemkritische bis systemfeindliche Parteien vorhanden, deren Erfolg zur Delegitimierung des politischen Systems beiträgt (Arzheimer & Berning, 2019). Die ideologische Polarisierung führt dazu, dass die Debatte über fundamentale politische Werte die politische Diskussion dominiert. Zudem sind Stimmenverluste der beiden Volksparteien evident (Jandura et al., 2022), deren Werte vor allem seit 1990 stetig abnahmen. 1990 sank der kumulierte Stimmenanteil der CDU/CSU und der SPD bei der Bundestagswahl zum ersten Mal seit 1953 unter 80 % und der Bedeutungsverlust verstärkt sich seitdem nur noch weiter (von Alemann et al., 2018). 2021 lag der gemeinsame Stimmenanteil von CDU / CSU und SPD bereits nur noch bei 49,8 % (Bundeswahlleiter, 2021). Der Wandel der Parteiensysteme zeigt sich vor allem in einer Pluralisierung der Parteien, wobei es dabei eher Parteien an den Rändern des jeweiligen politischen Spektrums sind, die Erfolge auf Kosten der etablierten Parteien der Mitte erlangen können (Jandura et al., 2022). Durch das Hinzukommen neuer Parteien und durch die Auflösung lang etablierter Mehrheitsstrukturen wird es für die Bürger\*innen schwerer den Überblick zu behalten. Sie benötigen daher mehr denn je die Möglichkeit, sich verlässlich informieren zu können, um sich orientieren und sich eine Meinung über die von

den Parteien angebotenen Ansätze zu bilden (Sarcinelli, 2011). Nur so können sie aufgeklärt am politischen Prozess teilnehmen (Sarcinelli, 2011).

Den Parteien und ihren Akteuren sowie dem Journalismus obliegt daher nun die Aufgabe, politische Positionen in einer unübersichtlicheren und immer stärker polarisierten politischen Landschaft zu kommunizieren (Jandura et al., 2022). Für journalistische Medien wächst dadurch die Herausforderung Orientierungsleistung zu bieten und geäußerte Parteipositionen transparent zu vermitteln, um den Bürger\*innen Einordnung und Orientierung zu bieten (Sarcinelli, 2011). Als Folge der Veränderungen im Parteiensystem gibt es zunehmend Kritik, vor allem an journalistischen Nachrichtenmedien (Neubaum, 2022). Diese werden beschuldigt, politisch eingefärbte Berichterstattung zu liefern und durch ihre Agenda und ihre journalistischen Inhalte manche politischen Ideologien zu bevorzugen und andere zu verunglimpfen (Hyun & Moon, 2016; Iyengar & Hahn, 2009).

In diesem Zusammenhang wird häufig von einem fragmentierten Mediensystem gesprochen, bei dem sich die Medienlandschaft in politisch-ideologisch homogene Cluster zerteilt (Arceneaux, et al. 2012). Die Medienberichterstattung kann in fragmentierten Mediensystemen wie zum Beispiel in den USA je nach dem politischen Kontext, in dem sie erfolgt, sehr unterschiedlich formuliert sein, je nachdem, ob sie in einem republikanisch oder demokratisch Zusammenhang getätigt wird (Chinn et al., 2020). Die Berichterstattung scheint vor allem dann Auswirkungen auf die Polarisierung der Medien-Konsument\*innen zu haben, wenn die mediale Aufbereitung die Konflikte zwischen politischen Parteien, Gruppen oder Institutionen in den Vordergrund stellt („conflict frame“; van Klingeren et al., 2017). Wenn Nachrichtenmedien über eine vorherrschende Polarisierung des politischen Systems berichten, kann das außerdem (a) die wahrgenommene Spaltung der Wähler\*innen und (b) die Aversion gegenüber politischen Fremdgruppen im Sinne der affektiven, gruppenbezogenen Polarisierung fördern (Levendusky & Malhotra, 2016).

Anknüpfend an die Theorie der *kognitiven Dissonanz* (Festinger, 1957) und das Phänomen, dass Menschen Medieninhalte bevorzugen, die ihren eigenen (politischen) Einstellungen entsprechen, *selective exposure* genannt (Knobloch-Westerwick, 2015; Zillmann & Bryant, 1985), wurde in einigen Studien erforscht, ob eine selektive Zuwendung zu einstellungskonformen Medien zu einer Polarisierung politischer Einstellungen führen kann (Neubaum, 2022). Stroud (2010) konnte dies, wenn auch nur schwach, belegen (Neubaum, 2022). Er fand heraus, dass „wenn sich linkeorientierte (rechtsorientierte) Menschen links-liberalen (rechts-konservativen) Medien aussetzen, sie stärker zur Unterstützung von links-

liberalen (rechts-konservativen) Kandidaten neigen als links-liberale (rechts-konservative) Menschen, die einen ideologisch ausgewogeneren Medienkonsum aufweisen (Stroud, 2010).

Tsfati und Chotiner (2016) erklären diesen Zusammenhang dadurch, dass Rezipierende bei der selektiven Mediennutzung ein bestimmtes Meinungsklima in der Bevölkerung wahrnehmen und ihre Einstellung entsprechend in diese Richtung verschieben. Auch Sunstein (2001) und Iyengar et al. (2012) kommen zu dem Schluss, dass der Konsum politisch tendenziöser Nachrichtenmedien zu ideologischem Extremismus (Sunstein, 2001) oder auch verstärkter affektiver Polarisierung (Iyengar et al., 2012) führen kann. Außerdem zeigen Studien, dass Medienrezipierende, bei denen eine bestimmte soziale Identität, wie etwa nationale Identität, aktiviert wurde, Medieninhalte auswählen, die ihrer Einstellung entsprechen. Zum Beispiel suchen sie gezielt nach Nachrichten, die Migration ablehnen (Neubaum, 2022). Das führt wiederum zu einer verstärkten *affektiven Polarisierung*, als einer Bevorzugung der politischen Ingroup (Wojcieszak & Garrett, 2018; Garrett et al., 2014). Dvir-Gvirsman (2017) stellte fest, dass sich vor allem politisch extreme Menschen ideologisch selektiv informieren, was dann ihre Ideologien bekräftigt und ihre politische Toleranz weiter verringert. Im Zusammenhang damit ist Mothes (2022) zu nennen, die vor dem Hintergrund des Confirmation Bias (Taber & Lodge, 2006) daraufhin weist, dass solche mit der eigenen Meinung übereinstimmende Informationen stärker wertgeschätzt und auch unkritischer behandelt werden (Mothes, 2022, S. 130). Es gibt jedoch auch Studien, die nahelegen, dass politische Selektion nicht unbedingt zu Polarisierung führt (Trilling et al., 2016) und dass Mediennutzende einstellungsinkonsistente Medienkanäle nicht aktiv vermeiden (Weeks et al., 2016). Diese widersprüchlichen Ergebnisse weisen darauf hin, dass andere Faktoren wie der thematische Kontext, das Parteien- und Mediensystem eines Landes, die individuelle Empfänglichkeit der Rezipierenden (z. B. bestehende politische Extremität), aber auch die Operationalisierung von Polarisierung den Zusammenhang zwischen selektiver Zuwendung und Polarisierung beeinflussen könnten (Neubaum, 2022).

### 3. Die mediale Berichterstattung in Deutschland

In dem folgenden Kapitel wird ergänzend zu der Aufarbeitung von Öffentlichkeit und öffentlicher Kommunikation nun die Medienberichterstattung im Speziellen betrachtet. Dabei wird zuerst die zentrale Rolle der (Massen-)Medien im öffentlichen Diskurs erörtert, um anschließend auf die Qualität medialer Berichterstattung (3.2) einzugehen. Es wird versucht, dieses vielschichtige Konzept zu fassen (3.2.1) und zu beschreiben, wie man Medienqualität operationalisierbar (3.2.2) machen kann. Anschließend folgt ein kleiner Exkurs (3.3) zu verwandten, für dieses Forschungsbereich ebenfalls interessanten Themen: dem medialen Repräsentationsgefühl (3.3.1) und Wahrnehmungsphänomen (3.3.2) in Zusammenhang mit dem Konsum und der Qualität von Medien im öffentlichen Diskurs.

#### 3.1. Zentrale Rolle der (Massen-)Medien im öffentlichen Diskurs

Laut Gerhards & Neidhardt (1993) lässt sich eine Öffentlichkeit in komplexen Gesellschaften ohne Massenmedien nicht herstellen (Gerhards & Neidhardt, 1993, S. 66). Die Massenmedien ermöglichen es aufgrund ihrer hohen Reichweite verschiedenen Gruppen, sich im öffentlichen Diskurs wiederfinden zu können (Schulz, 2011, S. 118). Die Auswirkungen dieser Prämissen sind für demokratische Gesellschaften sehr bedeutend. Im Gegensatz zu Systemen, in denen politische Maßnahmen ohne die Einbeziehung der Bevölkerung festgelegt werden, streben in Demokratien verschiedene Akteure danach, Entscheidungen zu treffen, die zum Ziel haben, politische Schritte umzusetzen, welche die Mehrheit der Gesellschaft positiv beeinflussen. Die verschiedenen Ebenen der Öffentlichkeit verdeutlichen hierbei die Rolle der Massenmedien (Schulz, 2011). Grundsätzlich wird je nach Reichweite zwischen der Encounter-, Veranstaltungs- und Massenmedienöffentlichkeit unterschieden (Gerhards & Neidhardt, 1993; Habermas, 1990; Jarren & Donges, 2006). Während eine Versammlung die normativen Ansprüche der Öffentlichkeit nur begrenzt erfüllt, können die Massenmedien diesen Anforderungen in der Theorie gerecht werden. Denn die Massenmedien erfüllen im Wesentlichen die zuvor beschriebenen drei Hauptfunktionen der Öffentlichkeit: Transparenz (politisch-rechtlich), Validierung (deliberativ) und Orientierung (sozialintegrativ) (Neidhardt, 1994; Imhof, 2003).

In dem Konzept der Öffentlichkeit als intermediäres System wird den Massenmedien eine spezielle Rolle zugewiesen. Im Gegensatz zu den anderen Intermediären (der Sozialen Bewegungen, der Interessengruppen und der Parteien) besteht ihre Aufgabe nicht in der

Organisation und Durchsetzung der Anliegen einzelner Gruppen. Sie dienen vielmehr „primär als eine Art Filter und Resonanzboden für externe Themen, Forderung, Meinungen und Informationen“ (Rucht, 1994). Man kann sie als „ein Mittel der Selbstbeobachtung und Selbstkommentierung“ (Raucht, 2007, S. 22) ansehen.

Durch die fortwährende Mediatisierung des politischen Geschehens kommt den Massenmedien eine zunehmend wichtige Funktion bei der positiven oder negativen Darstellung des Zusammenhangs zwischen Präferenzen aus der Bevölkerung einerseits und politischen Entscheidungen andererseits zu (Bennett & Entman, 2000). Insofern stellen die Massenmedien aus öffentlichkeitstheoretischer Sicht mehr als nur einen reinen Informationsvermittler dar, welcher Wissen über politische Institutionen, Akteure und Prozesse ermöglicht. Sie sind vielmehr eine wichtige Plattform und ein Treiber für öffentliche Kommunikation, denn in den Massenmedien findet ein Austausch und eine Integration des Publikums im Sinne der Idealvorstellung von demokratischer Meinungs- und Willensbildung statt (Schulz, 2011). Diese normativen Anforderungen bringen mit sich, dass sich eine moderne demokratische Gesellschaft durch Öffentlichkeit selbst bestimmen kann, da die Bürger\*innen teilhaben, mitgestalten und politische Akteure und Entscheidungen kontrollieren können (Kösters, 2020). Durch die Vermittlung von Massenmedien wird daher eine Legitimation der Politik erreicht, da einerseits Prozesse wahrnehmbar und nachvollziehbar werden und andererseits auch Probleme, derer sich die Politik annehmen soll, dargestellt werden (Weiß et al., 2016). Zudem kann ausgehend von einem liberal-repräsentativen Demokratieverständnis der Anspruch abgeleitet werden, dass Medien auch komplexe pluralistische Gesellschaften in ihrer Vielfalt widerspiegeln sollen (Jandura & Friedrich, 2015). Diese Leistung bezeichnet Imhof als „Selbstbeobachtung der Gesellschaft“, bei der alle Akteure und Meinungen zu finden sind (Imhof, 2003, S. 202).

In einem Idealzustand sollen die Massenmedien den Querschnitt der Gesellschaft abbilden und verschiedene, teils gegensätzliche Positionen, vielfältig sichtbar machen. Um das zu ermöglichen ist es notwendig, dass der Zugang zu den Massenmedien gerecht verteilt ist und alle Individuen in gleichem Maße daran teilhaben können. Das setzt voraus, dass konträre Positionen durch eine neutrale und ausgewogene Berichterstattung gleichberechtigt dargestellt werden (Imhof, 2003). In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welchen Einfluss die Digitalisierung auf das Mediensystem, zu welchem die Massenmedien gehören, hat (Habermas, 2022, S. 39).

Durch die Digitalisierung gab es einen strukturellen Wandel in der Öffentlichkeit, welcher weitreichende Auswirkungen hat. Dieser Wandel kann im weitesten Sinne mit drei früheren Umbrüchen in der politischen Kommunikation verglichen werden (Vowe, 2020): 1) mit der Entstehung der frühbürgerlichen Öffentlichkeit im 17. Jahrhundert mit Zeitung und Zeitschrift, 2) dem Übergang zur modernen Massenkommunikation im 19. Jahrhundert mit der Massenpresse und 3) der Herausbildung einer globalen Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert mit Hörfunk und Fernsehen (Imhof, 2011). Der durch die Digitalisierung ausgelöste Umbruch bezieht sich auf alle Aspekte von Öffentlichkeit, also Information, Konversation, Partizipation und Organisation politischer Prozesse mit weitreichenden Folgen für den Inhalt und den Prozess „kollektiver bindender Entscheidungen“ (Parsons, 1969).

Öffentliche und im Speziellen politische Kommunikation wird durch die Diffusion der digital basierten Medien digitaler, effizienter, pluraler, individueller, globaler, dynamischer und hybrider (Vowe, 2020). Um diesem technisch und organisatorisch hoch komplexe Mediensystem gerecht zu werden, benötigt man professionalisierte Gatekeeper\*innen, welche die Kommunikationsflüsse, aus denen die Bürger\*innen öffentliche Meinungen erhalten, sammeln, kondensieren und beaufsichtigen (Habermas, 2022, S. 39). Diese Rolle der Gatekeeper\*innen fällt nach wie vor zumeist den Journalist\*innen zu. Sie bilden zusammen mit den Unternehmen, die die Technik der Herstellung und die Organisation des Vertriebs organisieren, die Infrastruktur der Öffentlichkeit, die letztlich über die beiden entscheidenden Parameter der öffentlichen Kommunikation entscheidet: 1) die Reichweite und 2) die *deliberative Qualität* des Angebots (Habermas, 2022, S. 40).

Die *deliberative Qualität* ist, vor allem bei unregelmäßigen Kommunikationsprozessen, wie dem in der großflächigen nationalen Öffentlichkeit, schwer operationalisierbar (Habermas, 2022, S. 41). Imhof (2003) gibt allerdings zu bedenken, dass diese Ideale durch Massenmedien nicht vollständig umgesetzt werden, obwohl die normativen Ideale der Öffentlichkeitstheorie in Gesetzestexten verankert sind. Imhof bezieht sich dabei auf das sogenannte „Netzwerk von Kommunikationen“ nach Jürgen Habermas. Demnach sind die Kommunikationsebenen (Interaktion, Versammlung, Massenmedien) nur eine Dimension, um Öffentlichkeit zu systematisieren (Habermas, 1990; Imhof, 2003). Die Massenmedien befinden sich in einem Spannungsverhältnis, wenn es darum geht, unabhängig politische Prozesse und Akteure darzustellen. Das ist daher problematisch, da sie eine derart hohe Bedeutung für die öffentliche Kommunikation haben und dennoch potenziell nicht allen

Ansprüchen gerecht werden. Während sie einerseits durch die Medialisierung ein Wirkungspotential auf andere gesellschaftliche Bereiche, wie unter anderem auch auf die Politik, entfalten können, sodass sich diese an den Funktionsweisen und Logiken der Massenmedien orientieren, bestehen auch umgekehrte Einflüsse. Politische und privatwirtschaftliche Akteure können auch auf die Massenmedien einwirken, wodurch sogenannte „Vermachtungsprozesse“ stattfinden können (Habermas, 1990).

Diese Ansicht hat Habermas später zwar teilweise relativiert, jedoch weist sie grundlegend darauf hin, dass sich Massenmedien in einem Netzwerk von unterschiedlichen Kommunikatoren und ihren Interessen befinden. In diesem Zusammenhang ist das Arenamodell zu nennen, welches den Begriff der Öffentlichkeit beschreibt, der sich auf die system- und diskurstheoretischen Ideale bezieht (Imhof, 2003, S. 204). So setzt sich das Publikum nicht nur aus Menschen zusammen, die als Staatsbürger\*innen im politischen Prozess involviert sind. Rezipient\*innen können beispielsweise auch Konsument\*innen sein, an die sich die Wirtschaft mit öffentlicher Kommunikation wenden möchte, um zum Beispiel durch Werbung Waren und Dienstleistungen zu verkaufen (Imhof, 2003, S. 204). Wie inklusiv die Rezeption der veröffentlichten Meinung tatsächlich ist und wie intensiv und zeitaufwendig die Auseinandersetzung der Leser\*innen und Hörer\*innen mit den Themen der politischen Öffentlichkeit ausfällt, wie dies weiterverarbeitet wird und inwieweit sich die Meinung der Bürger\*innen entsprechend in den Wahlergebnissen und im politischen System widerspiegeln, hängt von den Mediennutzer\*innen selbst ab (Habermas, 2022, S. 40), einerseits von ihrer Aufmerksamkeit, ihrem Interesse, ihrem Zeitbudget, ihrem Bildungshintergrund und andererseits von der Auswahl ihrer konsumierten Medien (Habermas, 2022). Bei einseitiger Information besteht, wie in Kapitel 2 erläutert, die Gefahr der Entstehung von sogenannten „Filter-bubbles“ und Polarisierungen (Habermas, 2022).

Der Einfluss der digitalen Medien auf einen erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit zeichnet sich bereits seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts ab (Habermas, 2022, S. 40). Mit der Digitalisierung sowie der Entstehung und Verbreitung digitaler Medien und der damit verbundenen globalen Entgrenzung in Raum und Zeit haben sich die Kommunikationsflüsse verdichtet, aber gleichzeitig nach Funktionen und Inhalten ausdifferenziert, vervielfältigt sowie über kultur- und schichtenspezifische Grenzen hinweg verallgemeinert (Habermas, 2022, S. 42). Der Frage, ob diese Veränderungen auch die deliberative Qualität der öffentlichen Debatte betreffen, wird in der kommunikationswissenschaftlichen, soziologischen, politologischen und

wahlsoziologischen Forschung intensiv nachgegangen. Anders als etwa die Mediennutzung, lässt sich eine theoretische Größe wie „deliberative Qualität“ jedoch schwer operationalisieren (Steiner et al., 2004). Das gilt sowohl für geregelte als auch vor allem für unregelte Kommunikationsprozesse in großflächigen Öffentlichkeiten (Habermas 2022, S. 41). Denn neben evidenten Vorteilen der Digitalisierung der Massenmedien hat diese Entwicklung und die damit verbundenen neuen Technologien auch einige ambivalente und möglicherweise disruptive Auswirkungen auf die politische Öffentlichkeit im nationalen Rahmen (Habermas, 2022, S. 43).

Das hängt, wie bereits zuvor erläutert, stark mit dem Mediennutzungsverhalten und der Art und Weise, wie die Nutzer\*innen der neuen Medien von der Bereitstellung von grenzenlosen Verknüpfungsmöglichkeiten für mögliche Kommunikationen mit beliebigen Adressaten potenziell Gebrauch machen (Habermas, 2022, S. 43). Journalist\*innen müssen in dieser neuen Welt nicht mehr zwangsweise als Gatekeeper\*innen fungieren und die Bürger\*innen können auf neuen Plattformen wie etwa auf Social Media Plattformen nun vermehrt selbst zu Autor\*innen werden, da das Konzept dieser neuen Kommunikationsformen Nutzer\*innen nun prinzipiell zur selbstständigen und gleichberechtigten Autorschaft ermächtigen (Habermas, 2022, S. 43). Eine vorherige Selektion und Verifizierung der Informationen durch Gatekeeper\*innen findet nicht mehr zwingend statt und in den meisten Fällen liefern Plattformen keinen Ersatz für die professionelle Auswahl und diskutierte Prüfung der Inhalte anhand allgemein anerkannter kognitiver Maßstäbe (Habermas, 2022, S. 46). Es wird daher oft „von einem erodierten Gatekeeper Modell der Massenmedien“ gesprochen (Habermas, 2022, S. 46). Die Funktion des Gatekeepings sollte allerdings professionell und gelernt sein (Habermas, 2022, S. 47), sonst birgt sie einiges an Gefahren und die Qualität des enthemmten, gegen dissonante Meinungen und Kritik abgeschirmten Diskurses leidet (Habermas, 2022, S. 47). Daraus wiederum kann die Gefahr der Fragmentierung in Verbindung mit einer gleichzeitig entgrenzten Öffentlichkeit entstehen (Habermas, 2022, S. 47) (Siehe Kapitel 2.3.3).

Ausgehend von diesen theoretischen Überlegungen ist festzuhalten, dass Massenmedien im politischen System einerseits normativen Ansprüchen unterliegen, sie andererseits aber auch ein Teil des Netzwerks an Kommunikatoren sind, die Öffentlichkeit herstellen. Zu den Massenmedien gehören unter anderem die Presse, der Rundfunk und das Internet (Thurich, 2011). Sie liefern Informationen, anhand derer sich die Bürger\*innen eine Meinung bilden und am politischen Prozess beteiligen können (Thurich, 2011).

Neben der im Grundgesetz verankerten Bedeutung der freien Medien unterliegen diese im Alltagsgeschäft auch wirtschaftlichen Mechanismen. Medien sind daher darauf angewiesen, sich bei der Veröffentlichung von Nachrichten vorwiegend auf solche zu fokussieren, die Aufmerksamkeit wecken und unterhalten. Die Auswahl anhand entsprechender Kriterien, welche Aufmerksamkeit und Reichweite generieren, auch bekannt als Nachrichtenfaktoren (Galtung & Ruge, 1965), führt dazu, dass die Massenmedien zumeist nicht die vollständige Wirklichkeit abbilden. Vielmehr wird ein ausgewählter Ausschnitt der Realität vermittelt (Thurich, 2011).

Dennoch bleibt die öffentlichkeitstheoretische Erwartung, dass verschiedene politische Akteure und Positionen in den Massenmedien präsent sind und damit gewährleistet wird, dass alle relevanten Themen im öffentlichen Diskurs vorkommen und alle Meinungen zur Kenntnis genommen werden. Nur so ist es möglich Aushandlungsprozesse zu gewährleisten und den Bürger\*innen damit die Möglichkeit zu geben, sich eine eigene Meinung zu bilden. Doch wie soll öffentliche Kommunikation aufgebaut sein, um alle im öffentlichen Diskurs zu inkludieren? Weiß und Jandura (2017) unterscheiden hierbei drei Dimensionen zur Festlegung eines Maßstabes, an dem sich massenmediale Kommunikation orientieren sollte, um öffentlichkeitstheoretischen Ansprüchen gerecht zu werden:

Es ist 1) gemäß der politischen Legitimations- und Kontrollfunktion notwendig, dass sich die Themen der politischen Agenda in Themen in der öffentlichen Kommunikation wiederfinden (Weiß & Jandura, 2017, S. 18).

Es ist 2) wichtig, die Perspektive der sogenannte Sozialdimension zu berücksichtigen. Diese Dimension hängt davon ab, welches Demokratieverständnis zugrunde gelegt wird. So sind nach liberalen Gesichtspunkten alle politischen Akteure in der Berichterstattung darzustellen, die Teil der gewählten Körperschaft sind (Weiß & Jandura, 2017). Oppositionelle Akteure müssen entsprechend ebenso in der Berichterstattung präsent sein wie jene, die sich in der Regierungsverantwortung befinden. Begründet liegt dies im Kernverständnis einer Demokratie. Demnach soll eine Demokratie offen für politischen Wandel, also einen Regierungswechsel, sein (Schmidt, 2010). Wird hingegen eher ein partizipatorisches Demokratieverständnis verfolgt, dann müssen nach Weiß und Jandura (2017) zusätzlich auch politische Akteure medial dargestellt sein, die nicht Teil des Parlaments sind (Ferree et al. 2002, Weiß & Jandura, 2017). Neben Parteien und Wählergruppen zählen somit beispielsweise ebenso zivilgesellschaftliche Organisationen zu den Akteuren, die in die öffentliche Kommunikation einbezogen werden müssen.

Zudem ist 3) darauf auf die Art und Weise zu achten, wie Massenmedien berichten. In dieser Dimension geht es weniger darum, in welchem Umfang verschiedene Themen oder Akteure präsent sind. In diesem Zusammenhang wird Deliberation als ein Prozess benannt, der ein Qualitätskriterium öffentlicher Kommunikation darstellt (Weiß & Jandura, 2017). Demnach entsprechen öffentliche Kommunikationsformen, die einen zivilen Austausch und einen Dialog von Argumenten ermöglichen, dem deliberativen Demokratieverständnis (Weiß & Jandura, 2017).

Zusammenfassend wird ersichtlich, dass Massenmedien in demokratischen Gesellschaften eine zentrale Rolle einnehmen. Eingebettet in ein Netzwerk an Kommunikationen weisen sie aufgrund ihrer Reichweite ein hohes Potential auf, die Leistungsansprüche öffentlicher Kommunikation zu erfüllen. Bürger\*innen können sich durch die massenmediale Öffentlichkeit über verschiedene politische Akteure und Prozesse informieren, sich eine eigene Meinung bilden, sind aber gleichzeitig auch in der Lage sich mit konträren Positionen auseinanderzusetzen und diese im Diskurs wahrzunehmen. Gerade in der politischen Sphäre ist das von großer Relevanz. Die gewählten Vertreter\*innen, ihre Handlungen und Entscheidungen werden so für die Bürger\*innen transparent und beobachtbar. Dieses gegenseitige Wahrnehmen und die Teilhabe am Prozess der politischen Kompromissfindung erhält gerade in pluralistischen Gesellschaften eine besondere Bedeutung, in welcher viele verschiedene politische Ansichten in einer breiten Masse der Bevölkerung aufeinandertreffen.

## 3.2. Qualität medialer Berichterstattung

### 3.2.1. Medienqualität als vielschichtiges Konzept

Die Qualität politischer Kommunikation ist für die Demokratie von besonderer Bedeutung, da sie die Grundlage für die politische Beteiligung der Bürger\*innen und deren Beziehung zum politischen System darstellt. Daher ist sie seit langem ein wichtiger Forschungsgegenstand in der Kommunikationswissenschaft (Wilke, 2003). Die Diskussion um das Konzept hat sich in den letzten 20 Jahren abermals verstärkt (Arnold, 2016; Van Alst et al., 2017), da Qualitätsanalysen gerade in Zeiten des Medienwandels unerlässlich sind. „Die Öffentlichkeit ist auf ein qualitativ hochwertiges publizistisches Angebot angewiesen, in dem Meinungsvielfalt praktiziert und glaubwürdige Informationen zur Orientierung geboten werden“ (Stark et al., 2021). Aber es werden immer wieder Stimmen laut, die Befürchtungen äußern, dass es durch die vielen Umbrüche im Mediensystem zu einem Qualitätsverlust käme (Zerback, 2022). Klassische Massenmedien haben Teile ihres Publikums an globale Tech-Plattformen verloren und zusätzlich gewinnen zunehmend Bereiche als Nachrichtenquellen an Bedeutung, denen bislang weniger Aufmerksamkeit zu Teil wurde, wie beispielsweise Social Media (Rowe, 2015), Kommentarspalten von Onlinemedien (Zhou et al., 2008) oder Suchmaschinen (Gerhards & Schäfer 2010). In den Redaktionen wächst nicht nur der ökonomische Druck, sondern auch der Anpassungsdruck an die Vermittlungslogiken sozialer Plattformen (Stark et al., 2021). Dies könnte, so die Befürchtung einiger, Auswirkungen auf die *Qualität der Berichterstattung* haben.

Der in der Kommunikationswissenschaft verwendete Qualitätsbegriff beschreibt einen wünschenswerten Zustand, etwa eines medialen Inhaltes, der sich an bestimmten Zielvorstellungen bemisst (Zerback, 2022): „Quality, then, is one or more characteristics satisfying certain standards backed up by more or less central values and norms“ (Rosengren et al. 1996, S. 5). McQuail empfiehlt bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Medienqualität, diese „in [its] potential ‚public interest‘-capacity“ zu untersuchen und zu vermitteln (McQuail, 1992, S. 11): „Research on media content – its quality and performance – is usually based on some conception of the public criteria. [...] Extensive reference to the expectations and obligations of the media – and specifically journalism – can be found in social and political theory“ (McQuail & Deuze 2020, S. 380). McQuail und Deuze (2020, S. 380) geben an, dass „normative theory of media covers both internally chosen purposes and the claims from outside about how they should conduct themselves“. Ebenfalls die demokratie- und öffentlichkeitszentrierten Kerndimensionen von

Medienqualität in den Fokus rückend, erklären Urban und Schweiger (2014, S. 822): „News quality is defined by scientists (speaking on behalf of recipients) as relating to the functions of news media in modern democratic societies.“

Vergleichende Studien zu verschiedenen Demokratien zeigen empirisch, dass die Leistung der Medien eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein gut funktionierendes demokratisches System ist (Urban & Schweiger, 2014, S. 822). Daraus lässt sich folgern, dass Demokratie einen qualitativ hochwertigen und unabhängigen Informationsjournalismus benötigt (siehe z. B. Fög 2012). Die Frage ist, wie ein solcher Informationsjournalismus auszusehen hat und ob die gegenwärtig angewandten Formen diesen Kriterien entsprechen. Eine empirische Antwort auf beide Fragen erfordert laut Köster und Wolling (2006) mindestens drei Schritte (Köster & Wolling 2006; Althaus 2012):

- 1) Die Selektion von Eigenschaften (Qualitätskriterien), die zur Qualitätsbestimmung herangezogen werden.
- 2) Das Festlegen eines Sollzustands, dem die empirischen Ausprägungen der ausgewählten Eigenschaften entsprechen sollten.
- 3) Die empirische Prüfung, ob eine konkrete Form politischer Kommunikation den gewünschten Sollzustand erfüllt.

Es gab bereits einige Versuche, Standards für die Gestaltung von Öffentlichkeit in demokratischen Gesellschaften zu formulieren (vgl. hierzu Althaus 2012; Jandura & Friedrich 2014; Martinsen 2009; Strömbäck 2005; McQuail 1992; Zerback 2013; Ferree et al. 2002). In Zusammenhang mit journalistischer Qualität gibt es verschiedene Ansätze für mögliche Kriterien der Qualitätsbestimmung (Arnold 2016), die auch auf die politische Kommunikation anwendbar sind (Zerback, 2022).

Man kann Qualität erstens aus einer funktional-gesellschaftlichen Perspektive betrachten, die davon ausgeht, dass der Journalismus bestimmte Funktionen entwickelt hat, die er erfüllen muss (Zerback, 2022). Dazu zählen etwa die Verminderung gesellschaftlicher Komplexität oder die Schaffung von Öffentlichkeit. Die Erfüllung dieser Funktionen bildet dann die Grundlage für die Bewertung journalistischer Qualität.

Eine zweite Perspektive ist die markt- und publikumsorientierte, bei der die individuellen Vorlieben der Rezipient\*innen das zentrale Ziel bilden und die Qualität sich nach dem Ausmaß der Erfüllung dieser Wünsche richtet. Der dritte Ansatz ist schließlich eine

normenorientierte Perspektive, bei der die Qualitätskriterien von grundlegenden demokratischen Werten abgeleitet werden, die dem gesellschaftlichen Interesse entsprechen (Arnold, 2016). Zerback (2022) sieht diese normenorientierte Perspektive als den geeignetsten Ausgangspunkt an, da sie auf allgemeine demokratische Werte und Vorstellungen zurückgreift, die nicht nur für journalistische Inhalte, sondern auch für andere Formen politischer Kommunikation als Orientierungsrahmen dienen können.

In der konzeptionellen Forschung zur Medienqualität nähert sich die Kommunikationsforschung meist über einen normativen demokratischen Standpunkt (z. B. McQuail, 1992; Müller, 2014, S. 36–60; Riedl, 2019). In der Wissenschaft herrscht jedoch keine Einigkeit über die Elemente der Qualität von Nachrichtenmedien (Bachmann et al., 2022). Zu den Dimensionen der Qualität von Nachrichtenmedien gehören unter anderem Akzeptanz, Aktualität, Ausgeglichenheit, Klarheit, Vollständigkeit, Distanziertheit, Vielfalt, Faktizität, Unparteilichkeit, Rechtmäßigkeit, Neutralität, Objektivität, Professionalität, Relevanz, und Wahrheit (Hanitzsch et al., 2011; Maurer, 2017; Schatz & Schulz, 1992).

Das Konstrukt „Medienqualität“ ist entsprechend schwer zu fassen (Bachmann et al., 2022). „Die ausgewählten Objekte verdanken ihre Relevanz oft der Veränderung und dem Lauf der Umstände im Laufe der Zeit oder Ort“ (Strömbäck, 2005; Van Aelst et al., 2017, S. 8; Zaller, 2003). Die empirische Forschung zur Medienqualität gliedert sich in mindestens zwei Stränge (Bachmann et al., 2022) mit jeweils eigenen Schwerpunkten. *Umfragen* werden verwendet, um die Erwartungen des Publikums zu ermitteln (Van der Wurff & Schoenbach, 2014a, 2014b) und Wahrnehmungen hinsichtlich Medienqualität und damit verbundene Konstrukte (siehe Lee, 2018), insbesondere Vertrauen und Glaubwürdigkeit (Bucy et al., 2014; Carr et al., 2014; Gaziano & McGrath 1986; Hanitzsch et al., 2018; Prochazka & Schweiger, 2019; Urban & Schweiger, 2014) sowie wahrgenommene Bedeutung der Nachrichtenmedien (Peifer, 2018), zu ermitteln.

Im Gegensatz dazu dienen *Inhaltsanalysen* der Beurteilung der Medienqualität aus inhaltlicher Sicht, wobei sich die Forschung hier insbesondere auf bestimmte Medientypen (z.B. Udris et al., 2020), Zeitungen und Nachrichten-Websites (z. B. de Vreese et al., 2017a, 2017b; Müller, 2014) oder bestimmte Aspekte der Inhaltsqualität, wie etwa der Rückgang harter Nachrichten in Zeitungen (Esser & Umbricht, 2014), die Bereitstellung politischer Informationen oder die Deliberativität in Fernsehprogrammen (Aalberg et al. 2010; Esser et al., 2012; Wessler & Rinke 2014) oder die Vielfalt der Nachrichtenberichterstattung (Beattie & Milojevich, 2017; Humprecht & Büchel, 2013), konzentriert.

Nur wenige Studien kombinieren die beiden Stränge (Curran et al., 2009) und ermöglichen so die Beleuchtung der Beziehung zwischen Publikums- und Inhaltsperspektive (Bachmann et al., 2022). Eilders (2006) schlägt vor, demokratiethoretische Leitbilder auch in diesem Kontext als Qualitätsmaßstab zu verwenden, da politische Kommunikation in weiten Teilen (teil)öffentliche Kommunikation darstellt, bzw. ihre öffentliche Dimension ebenfalls von besonderer Relevanz für den politischen Prozess ist (Eilders 2006). Die drei am weitest verbreiteten und meist diskutierten demokratiethoretischen Perspektiven sind dabei die liberale, die deliberative und die partizipatorische Demokratie (siehe Kapitel 2) sein (Zerback, 2022).

Für die Qualität politischer Berichterstattung gibt es verschiedene Bewertungskriterien, die sich aus verschiedenen Ansätzen der politischen Kommunikation und der Medienrolle ergeben (Jandura & Friedrich, 2014; Schatz & Schulz, 1992). Ein wichtiges Kriterium, das sich in allen drei Ansätzen findet, ist die *publizistische Vielfalt* (Zerback, 2013; McQuail, 1992). Bezogen auf den Medienbereich kann man den Begriff der publizistischen Vielfalt eng oder weit fassen (Zerback, 2022). Ein enges Begriffsverständnis von Vielfalt bezieht sich dabei nur auf die Inhalte der Medien (z. B. Themen-, Akteurs-, Positionsvielfalt (Weiß et al., 2016)), während Vielfalt in einem breitgefassten Verständnis auch die Strukturen der Medien einschließt (z. B. Anbietervielfalt, Gattungsvielfalt usw.). Die Differenzierung in Themen-, Akteurs- und Positionsvielfalt dürfte dabei das Konzept von Qualitätskriterien sein, das von verschiedenen Demokratiethorien übereinstimmend am meisten akzeptiert wird (Weiß et al., 2016). Ein mögliches Qualitätskriterium für die Berichterstattung über Politik ist zudem die interne und/oder externe Vielfalt (Zerback, 2022). Dabei bezeichnet die *interne Vielfalt* die inhaltliche Bandbreite innerhalb eines einzelnen Mediums, während die *externe Vielfalt* sich auf die inhaltliche Breite über mehrere Medien hinweg bezieht, z. B. in bestimmten Medienmärkten oder auch im gesamten Mediensystem (Zerback, 2022).

Als ein anderes wesentliches Qualitätskriterium ist die *Relevanz* des berichteten Sachverhalts zu nennen. Diese leitet sich aus der zentralen Informationsfunktion von Medien im liberalen Modell ab (Zerback, 2022). Demnach müssen die Medien eine Auswahl treffen, welche Sachverhalte oder Probleme für Nutzer\*innen und für den öffentlichen Diskurs wichtig sind (Strömbäck, 2005). Des Weiteren resultiert die Forderung nach Relevanz aus der Repräsentationsnorm (Zerback, 2022): in der Berichterstattung sollen nach Möglichkeit die Aspekte am stärksten berücksichtigt oder hervorgehoben werden, die gesellschaftlich

eine besondere Bedeutung haben, wohingegen weniger bedeutsamen Sachverhalten weniger mediale Aufmerksamkeit gewährt werden sollte (Jandura & Friedrich 2014).

An dieser Stelle ist anzumerken, dass verschiedene Qualitätskriterien durchaus in Konflikt miteinander stehen können (Zerback, 2022). „Führt beispielsweise eine Relevanzbewertung dazu, dass bestimmte Ansichten nicht mehr Teil der Berichterstattung werden, widerspricht das mitunter der Forderung nach größtmöglicher Vielfalt“ (Zerback, 2022).

Das dritte Qualitätskriterium, die *Professionalität*, ergibt sich aus den Anforderungen des liberalen Modells, die Bürger\*innen sachgerecht über wichtige Sachverhalte und politische Prozesse zu informieren (Zerback, 2022). Hierbei können im Kontext journalistischer Berichterstattung zwei Aspekte von Professionalität unterschieden werden: zum einen bezogen auf die *Inhalte* und zum anderen bezogen auf die *Gestaltung dieser Inhalte* (Zerback, 2022).

In Hinblick auf die *inhaltliche Professionalität* heben Schatz und Schulz (1992) vor allem die deskriptive Qualität der Berichterstattung hervor, also Relevanz (siehe oben), Richtigkeit, Ausgewogenheit und Neutralität. *Richtigkeit* definieren sie als die Übereinstimmung zwischen dem Berichteten und der Realität, was sich allerdings in der Praxis kaum überprüfen lässt (Best, 2000; Schulz, 1989). *Ausgewogenheit* bedeutet, dass alle vorhandenen Meinungen und Argumente zu einem bestimmten Thema oder Ereignis vollständig und angemessen berücksichtigt werden (Zerback, 2022). *Neutralität* meint eine sachliche Darstellung ohne meinungsgefärbte Elemente, wie z.B. Emotionalität, und eine klare Trennung von Fakten und persönlicher Meinung (Schönbach, 1977).

Neben den genannten Aspekten deskriptiver Qualität ist aus liberaler Perspektive auch die *analytische Qualität* wichtig (Zerback, 2022). Diese ergibt sich insbesondere aus der Kritik- und Kontrollfunktion der Medien. Sie bezieht sich auf die Hintergrundinformationen, die Journalist\*innen zu einem Thema liefern, auf ihre Interpretationsleistungen sowie auf die Aufdeckung und Kritik von Missständen (Zerback, 2022).

Bei der *Professionalität in Bezug auf die Ausgestaltung der Inhalte* wird vor allem die Verständlichkeit der präsentierten Inhalte als Qualitätskriterium angeführt. Ziel soll es sein, die präsentierten Informationen so barrierefrei wie möglich zu gestalten, damit zumindest theoretisch alle Bürger\*innen in der Lage sind, diese zu verstehen und darauf basierend vernünftige politische Entscheidungen zu fällen (Zerback, 2022).

Seit seiner Entstehung unterlag der Journalismus immer schon normativen Anforderungen, doch aufgrund ihrer ideologischen Prägung kam es nie zu einer „Theorie der Qualität“ (Beck et al., 2010). Die empirische kommunikationswissenschaftliche Qualitätsforschung begann in den 80er Jahren und forderte seither einen relationalen, vieldimensionalen Qualitätsbegriff, „der sich auf die marktstrukturellen und redaktionellen Bedingungen und das Selbstverständnis der Kommunikatoren, die formalen und inhaltlichen Merkmale des Medienangebots sowie auf die Ansprüche und Erwartungen der Rezipienten im Kontext, sowohl der funktional äquivalenten Medienauswahl als auch der individuellen Medienrepertoires, beziehen kann“ (Weischenberg, 2003, S. 169; Jacobsson & Jacobsson, 2008). Medienqualität lässt sich nicht als ein einzelnes Merkmal der Medien definieren, sondern zeigt sich auf verschiedenen Ebenen (Napoli, 1999; Seethaler 2015a), die miteinander verbunden sind und sich gegenseitig beeinflussen (Bucher und Altmeyden, 2003). Sie ist abhängig von gesellschaftlichen, kulturellen und historischen Faktoren und kann in Bezug auf verschiedene Funktionen der Medien anhand unterschiedlicher Kriterien von verschiedenen Akteuren beurteilt werden (Vlasic, 2010; Weischenberg, 2006). Medienqualität lässt sich daher nicht als ein eindimensionales Konzept verstehen, da es verschiedene Möglichkeiten gibt, wie Medienangebote „gut“ sein können: Zum Beispiel können einige Medien ein diverses Publikum ansprechen, während andere sich darauf spezialisieren, die Interessen einer bestimmten Gruppe zu bedienen (Hasebrink et al., 2021). Es gibt viele verschiedene Kriterien, die oft variieren oder unterschiedlich bewertet werden, oder sich sogar widersprechen. Dies erschwert es, einen Kriterienkatalog zu erstellen (Hasebrink et al., 2021).

### 3.2.2. Messung von Medienqualität

Wie im vorangegangenen Kapitel gezeigt bietet die Kommunikationswissenschaft ein breites Spektrum an theoretischen und empirischen Arbeiten, die versuchen zu erklären, wie Medien ihrer demokratischen Rolle gerecht werden. Die Qualität politischer Berichterstattung wird in der empirischen Forschung meist mit Hilfe von Inhaltsanalysen oder Befragungen untersucht. Dabei werden sowohl qualitative (z. B. Leggatt, 1996) als auch quantitative Methoden (z. B. Köster & Wolling, 2006) verwendet. Die Befragungen richten sich je nach Studie an unterschiedliche Zielgruppen, wobei häufig das Publikum (z. B. Gehrau und Krause, 2006) oder Journalist\*innen (z. B. Wyss, 2002) befragt werden, seltener sind Befragungen von Expert\*innen wie z.B. Wissenschaftler\*innen (Popescu et al., 2011). Die meisten Untersuchungen basieren auf Querschnittsdaten, die nur eine Momentaufnahme liefern. Langzeituntersuchungen, die über mehrere Jahre eine Qualitätsentwicklung verfolgen können, wie sie zum Beispiel vom Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög, 2023) regelmäßig durchgeführt werden, sind eher selten (Zerback, 2022). Außerdem fokussieren sich viele Studien auf bestimmte Qualitätsdimensionen, wie z.B. Relevanz und/oder Vielfalt (Rössler 2003; Köster & Wolling 2006).

Begründet ist das damit, dass bei der Erforschung zur Medienqualität der Hauptaspekt oftmals keine deskriptiven Fragen sind, sondern nach Ursachen bzw. Korrelaten von Qualität gesucht wird, beispielsweise im Rahmen von Vergleichen zwischen Boulevard- und Qualitätszeitungen (Zerback, 2022). Viele Analysen zur Medienqualität sind hierbei sehr spezifisch ausgerichtet. Sie untersuchen etwa nur ein Medium (z. B. das Fernsehen, Esser et al., 2012) oder nur ein Qualitätskriterium aus der Öffentlichkeitstheorie, wie beispielsweise die Diversität (vgl. Rössler, 2007; Zerback, 2013), die Pluralität und die Parteinahme (vgl. Donsbach & Patterson, 2004; Kepplinger, 2009), die Objektivität (vgl. Donsbach, 1990; Schudson, 2001), Tabloidisierung (vgl. Reinemann et al., 2012) oder die Deliberation (vgl. Wessler & Rinke, 2014). Diese selektive Vorgehensweise schränkt den Wert der Studien ein (Beaufort, 2020), da sie nur einen Aspekt von Medienleistung berücksichtigt und sie nicht zeigt, welchen Einfluss die Medien auf eine integrative, heterogene Öffentlichkeit haben und ob es thematische, soziale und politische Segmentation gibt (Bennett & Iyengar, 2008; Mancini, 2013).

Des Weiteren nehmen die Studien häufig unterschiedliche Formen politischer Kommunikation in den Blick, wie etwa klassische journalistische Berichte (fög, 2018),

partizipatorischen Onlinejournalismus (Engesser, 2013) oder Kommentare von Onlinenutzer\*innen (Rowe, 2015; Zhou et al., 2008). Automatisierte Inhaltsanalysen, die gerade im digitalen Zeitalter eine sinnvolle Ergänzung der methodischen Möglichkeiten darstellen könnten, werden bisher kaum für Untersuchungen der Qualität politischer Kommunikation genutzt (z. B. Sjøvaag & Pedersen, 2018).

Bei der Analyse mit den bestehenden Studien zeigt sich dennoch, dass sich die Wissenschaft bereits sehr intensiv und aus verschiedenen Blickwinkeln mit der Thematik von Qualität politischer Kommunikation beschäftigt. Und laut Zerback (2022) dürften Untersuchungen der Qualität politischer Kommunikation gerade aus empirischer Sicht sogar noch weiter an Bedeutung gewinnen. Er führt dafür folgende Gründe an:

(1) Die Qualität politischer Medieninhalte könnte unter den aktuellen Entwicklungen in den Medienmärkten, wie der zunehmenden Ökonomisierung, Fragmentierung, Konzentration und dem wachsenden Kostendruck auf die journalistischen Medien, leiden (Van Aelst et al., 2017). Das könnte auch Auswirkungen auf die politische Kommunikation haben. Vor diesem Hintergrund wäre laut Zerback (2022) ein kontinuierliches Monitoring der Qualität politischer Medieninhalte sinnvoll.

(2) Mit den sozialen Medien, insbesondere den sozialen Onlinenetzwerken, haben sich Hybridmedien entwickelt, auf denen politische Kommunikation auf vielfältige Art und Weise stattfinden kann (Zerback, 2022). Die Plattformen dienen einerseits als Intermediäre, über die mediale Inhalte geteilt werden, andererseits stellen sie auch einen Raum zur Verfügung, in welchem politische Kommunikation zwischen Bürger\*innen, Politiker\*innen und anderen politischen Akteur\*innen stattfinden kann. Außerdem hat sich durch die neuen Medien das potenziell zugängliche Spektrum und damit die Vielfalt an Informationen stark erweitert, jedoch können manuelle und algorithmische Selektionsentscheidungen auch dazu führen, dass die individuell nutzbare Vielfalt geringer wird (Stark et al., 2018). Aus diesem Grund setzt sich die neuere Forschung mit verschiedenen Aspekten der Qualität politischer Kommunikation in sozialen Netzwerken auseinander und untersucht dabei sowohl einzelne Plattformen (Russmann, 2015) als auch die Qualitätsdimensionen (Oz et al., 2018). (3) Die Verfügbarkeit digitaler Inhalte im Internet hat auch mehr Raum für manipulative Aktivitäten geschaffen (Zerback, 2022). Desinformationskampagnen, die von staatlichen oder anderen Interessengruppen organisiert werden und teils wirtschaftliche oder politische Ziele haben, können die Qualität der politischen Kommunikation ernsthaft beeinträchtigen (European Commission, 2018).

Bei der aktiven Forschung zu diesem Thema wurden in Österreich und der Schweiz in den letzten Jahren einige inhaltsanalytische Studien mit einem integrativen Ansatz durchgeführt (Beaufort, 2020). Neben Untersuchungen, die alle Medienarten und Sektoren umfassen und die politische Informationsqualität der Medien in Österreich analysieren (siehe Seethaler, 2015b; Seethaler & Beaufort, 2015; Beaufort & Seethaler, 2018), sind hier auch die jährlich veröffentlichten Jahrbücher zur „Qualität der Medien“ des Forschungsinstituts Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich (fög, 2023) hervorzuheben (Beaufort, 2020).

An diese Forschungsprojekte anknüpfend wurde im Rahmen eines gemeinsamen Projekts einiger Forschungseinrichtungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter dem Titel „Media Performance and Democracy“ die demokratische Qualität der Mediensysteme dieser drei Demokratien aus einer ländervergleichenden Perspektive untersucht. Für die vorliegende Arbeit bieten die im Zuge dieses Projekts erhobenen inhaltsanalytischen Daten die Grundlage für eine Analyse einer potenziellen Linksverzerrung der Medieninhalte in Deutschland. Das Konzept von Medienleistung hängt vom Kontext ab, in dem es entsteht (vgl. fög, 2015; Nielsen et al., 2013; Seethaler & Melischek, 2014; Wessler & Rinke, 2014). Es wird daher auch von strukturellen Faktoren (Makroebene; z.B. Struktur politischer Konflikte, Medienregulierung, Medienökonomie, Mediennutzung), organisatorischen Faktoren (Mesoebene; z.B. Einmischungen politischer Institutionen, Angebotsvielfalt von Medienanbietern) und individuellen Faktoren (Mikroebene; z.B. journalistisches Selbstverständnis, politische Einstellungen von Journalisten, individuelle Medienwahl) beeinflusst (vgl. Blum, 2014; Curran et al. 2009; Hallin & Mancini, 2004; Hasebrink & Hölig, 2017). Es ist daher nicht ausreichend, die Medienleistung nur anhand ihrer Inhalte zu beurteilen, sondern es ist auch notwendig, sie mit anderen Dimensionen der Medienqualitätsforschung in Beziehung zu setzen (Beaufort, 2020), ähnlich wie das etwa Fletcher und Nielsen (2017), Van Aelst et al. (2017) und Jandura und Friedrich (2014) für die Nutzungsebene fordern.

Die bisherige Forschung reflektiert trotz weitreichender empirischer Evidenz zur ineinandergreifenden Funktionalität von Gesellschaft und Medien oftmals nicht die normative Grundlage des Qualitätskonzepts (Curran, 2003). Jandura und Friedrich (2014) weisen darauf hin, dass Indikatoren wie Diversität, Ausgewogenheit oder neutrale Berichterstattung kein Selbstzweck sind, sondern nur dann sinnvoll, wenn sie durch normativ festgelegte Ziele der Medienleistung, wie etwa die Befähigung der Bürger\*innen,

informierte Entscheidungen zu treffen, gerechtfertigt sind (Jandura & Friedrich, 2014). Die meisten empirischen Ergebnisse der Medienqualitätsforschung beruhen jedoch ausschließlich auf dem normativen Kriterium einer liberalen Perspektive der öffentlichen Sphäre (siehe McQuail & Deuze, 2020; McQuail, 1992; Schatz & Schultz, 1992; Urban & Schweiger, 2014; Weiß et al., 2016). Diese normativen Ziele sind zwar wichtig, aber nicht ausreichend, um die soziale Wirklichkeit der heutigen politischen Informationsumgebungen (Aalberg et al., 2010; Esser et al., 2012) adäquat abzubilden.

Bennett und Pfetsch (2018) betonen die Relevanz der normativen Theorie. Dabei bevorzugen sie Konzepte, die die Existenz und Beschreibung von kohärenten demokratischen Mediensystemen und Öffentlichkeit kritisch hinterfragen. Zudem plädieren sie für komparative Forschung, die den Wandel in öffentlicher Sphäre und Politik berücksichtigt (Bennett & Pfetsch, 2018). Des Weiteren werden in der vorhandenen Literatur die Mediennutzer\*innen oft auf ihre Rolle als Konsument\*innen und mehr oder weniger passive Empfänger\*innen beschränkt (Urban & Schweiger, 2014; Hasebrink, 2011). Rezipient\*innen werden jedoch nicht erst durch die medientechnologischen Entwicklungen zu aktiven Nutzer\*innen. Die neuen Technologien machen die aktive Rolle der Nutzer\*innen nur besonders deutlich (Lievrouw & Livingstone, 2002). Die Veränderungen im Umgang mit Medien sind als Teil eines gesellschaftlichen Wandels zu begreifen, „related to the democratization of society“, der sich „in a variety of social spheres, including the media sphere“ auswirkt (Carpentier et al. 2014, S. 6).

Zusammenfassend liegt in der Kommunikationswissenschaft bereits einiges an Forschung zum Bereich Medienqualität vor, wobei dabei verschiedene Ansätze verfolgt werden. Diese Forschung zeigt, dass es nicht leicht ist, Medienqualität allumfassend zu beschreiben und unter Bezugnahme aller relevanter Aspekte zu erfassen. Es ist an dieser Stelle außerdem anzumerken, dass diese von der Forschung zur Medienqualität untersuchten Kriterien auch in anderen Forschungszweigen analysiert werde. Ein Beispiel hierfür wären der Wissenschaftszweig der politischen Kommunikation, welcher sich ebenfalls mit Tonalität, Valenz und Bias-Vermutungen auseinandersetzt, oder die Theorien der Nachrichtenauswahl, welche sich etwa auch Bereichen wie der Themenvielfalt annehmen.

### 3.3. Mediales Repräsentationsgefühl und Wahrnehmungsphänomene

Anschließend an die Aufarbeitung der Medienqualitätsforschung, erfolgt nachfolgend nun ein Perspektivenwechsel hin zur Publikumsperspektive. Es wird analysiert, wie das Publikum, also die Nutzer\*innen der Medien, die Erfüllung der beschriebenen Qualitätskriterien von Medienqualität wahrnimmt. Dazu soll das mediale Repräsentationsgefühl (3.3.1) betrachtet werden. Dieses beschreibt, wie stark Bürger\*innen sich und ihre politischen Positionen und Einstellungen in den Medien dargestellt und repräsentiert empfinden. Diese Information ist wichtig für eine funktionierende Demokratie, weil es die Repräsentationsbeziehung zwischen Wähler\*innen und Gewählten sowie die politische Partizipation beeinflusst.

Im Zusammenhang damit wird auf die Thematik von Wahrnehmungsphänomene eingegangen (3.3.2), da diese einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Medienqualität des Publikums haben können. Unter Wahrnehmungsphänomen versteht man dabei Abweichungen zwischen der erwarteten und der beobachteten Wirkung von Medieninhalten auf die Rezipient\*innen. Sie können zu indirekten Medienwirkungen führen, indem sie die Meinungsbildung und das Verhalten der Menschen beeinflussen. Dieser Themenbereich ist besonders spannend und interessant für diese Forschung, da bei einer nachweislich nicht vorhandenen Linksverzerrung der Medien in Deutschland eben solche Wahrnehmungsphänomene als potenzielle Erklärungsansätze für die dennoch linksverzerrte Wahrnehmung der Medien durch die Bevölkerung dienen könnten. Im Rahmen dieser Arbeit werden daher nach vor allem zwei Phänomene näher beschrieben, welche hierfür in Frage kommen könnten: Der sogenannte Hostile Media Effekt und der Third-Person-Effekt.

#### 3.3.1. Mediales Repräsentationsgefühl

In der öffentlichen Debatte um die Qualität der Medienberichterstattung wird in den letzten Jahren häufig argumentiert, dass in den Massenmedien ein einseitiger Meinungskonsens der etablierten Parteien vorherrschen würde, welcher die Meinung des Großteils der Bevölkerung nicht widerspiegelt (Jandura et al., 2018). Diese These bezieht sich auf Bewertungen, die von einer Repräsentationskrise ausgehen (Jandura et al., 2018). Für die Demokratie ist eine funktionierende Repräsentationsbeziehung allerdings sehr wichtig, denn sie erleichtert die Festlegung von Prioritäten, das Aushandeln von Kompromissen, das Lösen von Problemen und die Bildung von Mehrheiten in den politischen Institutionen (Jandura et

al., 20218). Massenmediale Angebote der politischen Öffentlichkeit übernehmen hier wie bereits zu Beginn dieses Kapitels beschrieben eine zentrale Rolle, indem sie zwischen Repräsentant\*innen und Repräsentierten vermitteln und unterschiedliche Interessen und Meinungen vielfältig und adäquat abbilden.

Bei der Untersuchung der Repräsentation der Bevölkerung im Zusammenhang mit politischer Berichterstattung wird zwischen objektiver und subjektiver substanzieller Repräsentation unterschieden (Jandura et al., 2018). Eine objektive Repräsentation liegt vor, wenn die politischen Positionen einer Partei den Positionen der Bürger\*innen sehr nahekommen und eine hohe Übereinstimmung vorliegt (Jandura et al., 2018). Von einer Repräsentationskrise ist hingegen zu sprechen, wenn diese Übereinstimmung in bestimmten Gruppen der Gesellschaft nichtgegeben ist, d.h. die Positionen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe gar nicht in den Positionen einer Partei vorkommen (Jandura et al., 2018).

Die Dimension der subjektiven substanziellen Repräsentation erfasst hingegen die subjektive Einschätzung der Repräsentationsleistung durch die Bürger\*innen, also somit die subjektive Bewertung der Repräsentationsbeziehung zwischen Wähler\*innen und Gewählten (Jandura et al., 20218). Das subjektive Repräsentationsgefühl wird in der Forschung als wichtige Determinante zur Erklärung der Zufriedenheit mit Parteien, der Regierung und der Demokratie als Staatsform angesehen (Jandura et al., 2018). Massenmediale Angebote können die demokratische und transparente Entscheidungsfindung fördern, indem sie die gesellschaftlichen Meinungen möglichst vielfältig darstellen. Zudem hat mediale Repräsentation einen Einfluss auf die politische Teilhabe von Bürger\*innen. Wenn die Bürger\*innen ihre Standpunkte in den Medien wiederfinden, können sie sich an der Vielfalt anderer medial gezeigter Positionen zur politischen Debatte orientieren, was die individuelle Meinungsbildung erleichtern kann. Das kann Bürger\*innen zur eigenen politischen Partizipation ermächtigen.

Darüber hinaus kann eine umfassende mediale Repräsentation auch eine integrative Funktion für die Gesamtgesellschaft haben (Jandura et al., 2018). Durch die Berichterstattung in den Medien erfahren die Bürger\*innen von den verschiedenen Positionen ihrer Mitbürger\*innen und können sie so mit den eigenen Haltungen vergleichen. Auf diese Art und Weise werden allgemeinverbindliche politische Beschlüsse erst für die einzelne Bürger\*innen nachvollziehbar. Empfinden Gruppen der Bevölkerung sich und die eigenen Themen und politischen Positionen in den etablierten Medien nicht (mehr) vertreten,

entstehen die zuvor erwähnten medialen Repräsentationslücken. Diese Lücken werden dann von anderen journalistischen oder nichtjournalistischen Angeboten gefüllt, welche die in den etablierten Medien nicht mehr abgebildeten Positionen abdecken (Jandura et al., 2018). Die Konsequenz dieser Entwicklung wäre eine zunehmende Fragmentierung der Mediennutzung (Jandura, et al., 2018), was die Gefahr der Entstehung politisch homogener, miteinander kaum vernetzter Teilöffentlichkeiten birgt. Diese Teilöffentlichkeiten werden in der Literatur als Echokammern (Jamieson & Cappella, 2008) oder Medienenklaven (Webster & Ksiazek, 2012) bezeichnet. Die Entstehung solcher Teilöffentlichkeiten kann laut Jandura et al. (2018) zur Abschottung ganzer Gruppen der Bevölkerung führen, die für konventionelle Berichterstattung zunehmend unerreichbar werden und sich möglicherweise von der Gesellschaft und ihren Grundwerten entfernen (Jandura et al., 2018).

Wie schon ausgeführt, haben sich die Bedingungen politischer Kommunikation in jüngerer Zeit durch gesellschaftliche und mediale Veränderungen stark gewandelt. Auf der medialen Ebene hat die Digitalisierung nicht nur zu einer starken Zunahme des Angebots geführt, sondern auch zu einer inhaltlichen Vielfalt. Für das Publikum eröffnet sich damit grundsätzlich die Möglichkeit einer hochselektiven Mediennutzung (vgl. Stark, 2023). Bei dem Zusammenspiel der zuvor beschriebenen Stratamentation und dem subjektiven medialen Repräsentationsgefühl können verschiedene Wirkungszusammenhänge angenommen werden.

Zum einen ziehen sich Teile der Bevölkerung im Rahmen von Stratifikationsprozessen aus dem öffentlichen Diskurs zurück, da die eigenen Sichtweisen in ihrer Wahrnehmung in den Massenmedien nicht (mehr) ausreichend vorkommen, wodurch sie sich von der öffentlichen Debatte ausgeschlossen fühlen.

Zum anderen kann es allerdings auch sein, dass sich die Menschen nicht repräsentiert fühlen, weil sie sich grundsätzlich wenig mit politischen Themen und Diskussionen beschäftigen und wenig Verständnis dafür haben (Jandura et al., 2018). Es besteht die Gefahr, dass diese Bevölkerungsgruppen sich langfristig von der politischen Debatte zurückziehen, da sie das Gefühl haben, dass die Politik die Probleme ihrer Lebenswelt nicht als gesellschaftlich relevant einstuft und keine Lösungsvorschläge liefert (Jandura et al., 2018). Die Folge dessen kann die Entwicklung einer ablehnenden Haltung gegenüber politischen Institutionen sein, die sich in einem niedrigen Systemvertrauen oder einer mangelnden Bereitschaft zur politischen Partizipation manifestiert und somit eine Abkehr vom politischen Meinungsbildungsprozess begünstigen kann (Jandura et al., 2018).

Eine Folge des Prozesses der Segmentierung und der Tatsache, dass sich Menschen in den etablierten Medien nicht (mehr) repräsentiert fühlen, könnte sein, dass sich bestimmte gesellschaftliche Gruppen in politisch homogenen Räumen isolieren, in denen sie kaum mit anderen Perspektiven konfrontiert werden (Jandura et al., 2018). Für diese Räume kann man zwar annehmen, dass die zugehörigen Bevölkerungsgruppen sich in den spezifischen Medienangeboten wiederfinden, jedoch ist das verbindende Element von Öffentlichkeit hier in Gefahr, denn eine dauerhafte Bestätigung der eigenen Meinung kann zu einer Polarisierung von Einstellungen und einem Verlust der Diskursbereitschaft führen (Prior, 2013). Ein unzureichendes mediales Repräsentationsgefühl kann somit auf lange Sicht die Vertrauensbeziehung zwischen der Bevölkerung und den politischen Institutionen nachhaltig schädigen (Jandura et al., 2018). Dies könnte auch negative Auswirkungen auf das Vertrauen in die Medien haben (Spill-over-Effekt). Studien zum Medienvertrauen attestieren, dass Menschen aus den Bevölkerungsgruppen der sogenannten „politisch Zweifler\*innen“ oft durch eine Mischung aus geringem Systemvertrauen, einer als gering empfundenen politischen Selbstwirksamkeit und einem fehlenden medialen Repräsentationsgefühl gekennzeichnet sind (Jandura et al., 2018). Die Mainzer Langzeitstudie zum Vertrauen in die Medien von Schultz et al. (2022) attestiert, dass nach wie vor eine in ihrer Größe nicht zu ignorierende Gruppe von Menschen existiert, die medienzynische und mithin extreme und feindselige Einstellungen zu den etablierten Medien haben. Zwischen 14 und 22 Prozent stimmen entsprechenden Aussagen zu, unter anderem dem pauschalen Vorwurf, die Medien verbreiteten systematisch Unwahrheiten (Schultz et al., 2022). 2022 wurden in der Langzeitstudie erstmals auch Urteile über Journalist\*innen erhoben und es zeigt sich, dass 20% der Befragten der Aussage, dass „Journalisten über Politik ganz anders denken als man selbst“ und 25% der Aussage, dass Journalist\*innen „in einer ganz anderen Welt“ als die Befragten leben würden zustimmen. Dies spricht dafür, dass ein relevanter Anteil der Bevölkerung sich nicht mit den Journalist\*innen und deren Berichterstattung identifizieren kann (Schultz et al., 2022), sich ergo in den Medien nicht ausreichend repräsentiert fühlen.

Jandura et al. haben im Jahr 2018 das mediale Repräsentationsgefühl politisch-kommunikativer Milieus (Definition siehe Kapitel 5) untersucht und dabei erörtert, wie stark sich Bevölkerungsgruppen mit ihren politischen Positionen und Einstellungen in den Medien repräsentiert fühlen. Sie kamen zu dem Schluss, dass sich grundsätzlich keine bevölkerungsweite mediale Repräsentationslücke ausmachen lässt (Jandura et al., 2018). Circa die Hälfte der Befragten sehen demnach ihre politischen Positionen und Einstellungen in den Medien repräsentiert (Jandura et al., 2018). Jandura et al. (2018) zeigen, dass die

gefühlte mediale Repräsentation nach milieuspezifischen Kriterien sehr ungleichmäßig ausfällt. Das Gefühl, in den Medien repräsentiert zu sein, hängt dabei systematisch von der politischen Nähe oder Ferne des jeweiligen Milieus ab, also von dem Grad politischer Selbstwirksamkeit, den die verschiedenen Bevölkerungsgruppen haben. Mit einem zunehmenden Entfremdungsgefühl von der Politik oder einem abnehmenden Vertrauen in die eigene politische Kompetenz sinkt auch die Wahrnehmung medialer Repräsentation (Jandura et al., 2018). Das mediale Repräsentationsgefühl hängt zudem eng mit drei typischen Formen der Einbindung gesellschaftlicher Teilgruppen in die Öffentlichkeit zusammen (Jandura et al., 2018).

Es gibt einerseits Milieus, die ihre politischen Ansichten in den Medien wiederfinden und die sich unabhängig von ihrer Positionierung im politischen Wertesystem aktiv als Staatsbürger\*innen an der Gestaltung der Demokratie beteiligen. Diese nutzen vorwiegend qualitativ hochwertige Medienangebote (Hard News), zum Beispiel öffentlich-rechtliche Fernsehnachrichten, Qualitätszeitungen und Politikmagazine (Jandura et al., 2018).

Andererseits gibt es Bevölkerungsgruppen, die ihre Positionen in den etablierten Medien nicht vertreten sehen und Tendenzen zur medialen Abschottung und Abkopplung zeigen (Jandura et al., 2018). Der Begriff Abschottung meint in diesem Zusammenhang eine Hinwendung zu inhaltlich einseitigen Angeboten (oft am Rande des politischen Spektrums) und Kommunikationsnetzwerken (zwischenmenschliche sowie online), in denen die eigene Weltanschauung wiederholt und bestätigt wird (Jandura et al., 2018). Tendenzen der Abkopplung beinhalten als nächsten Schritt dann eine komplette Abwendung von Politikinhalten in der medialen Berichterstattung (Jandura et al., 2018). In Bezug auf die Nutzungsintensität und die Wahrnehmung medialer Repräsentation zeigen laut Jandura et al. (2018) milieuübergreifend vor allem die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine Breitenwirkung, denn sie erreichen immer noch ein disperses Publikum. Das gilt auch für die Milieus, in denen die grundsätzliche Repräsentationswahrnehmung vergleichsweise gering ist (Jandura et., 2018).

### 3.3.2. Wahrnehmungsphänomene

An die Aufarbeitung des medialen Repräsentationsgefühl schließt sich nun die Frage an, woran ein Fehlen der Repräsentationswahrnehmung liegen kann. Die Wahrnehmung, nicht ausreichend in den Medien repräsentiert zu sein, kann unterschiedliche Gründe haben. Sie kann einerseits die Folge objektiven Fehlens der Repräsentation sein oder sie kann andererseits einer subjektiven Fehleinschätzung geschuldet sein. Im vorangegangenen Kapitel zum Forschungsstand wurden Anhaltspunkte für objektive Inhalte eines fehlenden Repräsentationsgefühls herausgearbeitet, nun wird gefragt, ob sich subjektive Wahrnehmung täuschen kann. Grund hierfür können sogenannte Wahrnehmungsphänomene sein.

Die Medienwirkungsforschung schenkt Wahrnehmungsphänomenen immer mehr Aufmerksamkeit. Das liegt zum einen daran, dass der Medienwirkungsprozess stärker theoretisch differenziert wird, und zum anderen, dass Wahrnehmungsphänomene eine Verbindung zwischen Mikro- und Makroebene herstellen können (Peter & Brosius, 2013). Aus mikroskopischer, medienpsychologischer Sicht sind Wahrnehmungsphänomene die Folgen des Informationsverarbeitungsprozesses, der sich auf den medialen Bereich bezieht (Peter & Brosius, 2013). Aus makroskopischer Sicht werden Abweichungen zwischen erwarteten und beobachteten Wirkungen beobachtet und Wahrnehmungsphänomene dafür als Ursachen angenommen (Peter & Brosius, 2013). Somit stellen Wahrnehmungsphänomene im Rahmen des soziologischen Erklärungsmodells (Esser, 2000) Brückenhypothesen dar, die es ermöglichen individuelle Informationsverarbeitungsprozesse auf das große Ganze zu übertragen (Peter & Brosius, 2013). Häufig werden Wahrnehmungsphänomene getrennt voneinander untersucht, meist mit dem Ziel, die psychologischen Ursachen, den Geltungsbereich und die Grenzen des Phänomens auszuloten (Peter & Brosius, 2013). Es konnte allerdings auch gezeigt werden, dass es theoretische Bezüge zwischen den Phänomenen gibt, weshalb sich eine integrierte Betrachtungsweise lohnen kann (Peter & Brosius, 2013). So können empirische Zusammenhänge konstatiert werden, wie etwa von Dohle und Hartmann (2008) oder von Huck et al. (2009). Es ist dabei wichtig zu beachten, dass (Fehl-) Wahrnehmungen auch Wirkungen nach sich ziehen. Gunther und Storey (2003) liefern etwa mit ihrem Ansatz zur indirekten Medienwirkung einen konzeptionellen Rahmen, um dies abzubilden.

Was genau sind nun aber Wahrnehmungsphänomene? Die Realität und wie wir sie wahrnehmen, ist sehr subjektiv und hängt davon ab, wie jedes Individuum seine Umwelt versteht und interpretiert (Peter & Brosius, 2013). Jeder interpretiert und bewertet seine Umwelt dabei anders (Peter & Brosius, 2013). Da viele Menschen dank ihrer Kultur, eines ähnlichen Wissensstandes und einer ähnlichen Art zu kommunizieren viele Gemeinsamkeiten in ihrer Wahrnehmung haben, scheint Realität oft „objektiv“ zu sein (Peter & Brosius, 2013). Dies ist allerdings ein Trugschluss, denn es gibt einige Faktoren, die unsere Wahrnehmung beeinflussen oder verzerren können (Peter & Brosius, 2013). Diese Unterschiede in der Wahrnehmung nennt man in der sozialwissenschaftlichen Forschung Wahrnehmungsphänomene (Peter & Brosius, 2013). Diese Phänomene bewirken, dass die soziale Realität im Allgemeinen und die Meinungen und Einstellungen anderer Personen im Speziellen in systematischer Weise verzerrt wahrgenommen werden (Peter & Brosius, 2013). Das führt wiederum dazu, dass Hypothesen über die Realität dadurch beeinflusst werden (Peter & Brosius, 2013). Der Begriff „verzerrt“ meint in diesem Zusammenhang, „dass Menschen in Abhängigkeit von Person und Situation Sachverhalte jeweils anders wahrnehmen“ (Peter & Brosius, 2013). Dies kann zu Problemen führen, wenn Menschen ihre Meinungen und Einstellungen oder sogar ihre Handlungen einer solchen verzerrten Vorstellung von der Realität anpassen (Peter & Brosius, 2013). Denn, „if men define situations as real, they are real in their consequences“ (Thomas & Thomas, 1928, S. 572).

Es sind also nicht die Wahrnehmungsphänomene per se das Problem, sondern vielmehr die Konsequenzen, die sie herbeiführen können, welche im Bereich der Medien zu indirekten, vermittelten Medienwirkungen führen können (Peter & Brosius, 2013). Viele dieser Wahrnehmungsphänomene wurden im Bereich der Forschung zu politischer Kommunikation entdeckt. So haben beispielsweise Lazarsfeld et al. im Jahr 1944 in ihrer Studie „The People’s Choice“ zur Wahlentscheidung von US-Bürger\*innen erstmals das Phänomen der „Selective Exposure“ nachgewiesen, welches auf den Confirmation Bias basiert (Peter & Brosius, 2013). Die Studie zeigte, dass Wähler\*innen vorzugsweise Wahlkampagnen derjenigen Partei rezipierten, die sie ohnehin präferierten, und damit Massenmedien hauptsächlich zur Meinungsverstärkung nutzten. Daraus wurde abgeleitet, dass Massenmedien die Einstellungen der Menschen nicht gänzlich verändern, sondern lediglich verstärken können („schwachen Medienwirkungen“, Klapper, 1960).

Auch die von Noelle-Neumann entwickelte Theorie der Schweigespirale entstand im Bereich der politischen Kommunikation. Bei einer Untersuchung des sogenannten „last-

minute swing“ bei den Bundestagswahlen 1965 und 1972 zeigte sich, dass die beiden großen Parteien CDU / CSU und SPD bis zuletzt in repräsentativen Bevölkerungsumfragen bei der Frage nach der persönlichen Wahlabsicht Kopf an Kopf lagen, während sich die erfragte Siegserwartung immer deutlicher zugunsten der SPD verschoben hat. Noelle-Neumann kam zu dem Schluss, dass die Medienberichterstattung die SPD begünstigte und den Rezipient\*innen dadurch einen Wahlsieg dieser Partei suggerierte, weshalb CDU / CSU-Anhänger ihre Parteipräferenz weitgehend verschwiegen (Noelle-Neumann, 1980). Die auf dieser Beobachtung entwickelte Theorie der Schweigespirale hat in der Kommunikationswissenschaft große Bedeutung erlangt, jedoch auch viel Kritik erfahren (Peter & Brosius, 2013). Wahrnehmungsphänomene, die in diesem Zusammenhang entdeckt wurden, sind der False-Consensus-Effekt (für die vermeintliche Mehrheit) bzw. False-Uniqueness-Effekt (für die vermeintliche Minderheit), woraus schließlich die pluralistische Ignoranz entstand (Peter & Brosius, 2013).

Bei der Untersuchung von Wahrnehmungsphänomene wird zwischen Phänomenen ohne und mit Bezug zu Massenmedien unterschieden. Aufgrund des Untersuchungsgegenstandes sind für diese Arbeit vorwiegend Wahrnehmungsphänomene interessant, die im Zusammenhang mit der Rezeption von massenmedialen Inhalten aufkommen. Beispielhaft sollen hier nun daher zwei medienspezifische Wahrnehmungsphänomene vorgestellt werden, welche auch im Falle der Nachweisbarkeit eines Wahrnehmungsphänomens bei dem Vorwurf einer linksverzerrten Berichterstattung denkbar wären und als Erklärungsansatz dienen könnten: der Hostile-Media-Effekt und der Third- Person-Effekt.

### *Hostile Media Effekt*

Wie in Kapitel 2.3.4. zum Medienbias erwähnt, beschäftigt sich ein wesentlicher Strang der politischen Kommunikationsforschung mit dem sogenannten Hostile-Media-Effekt (Eberl, 2022). Das Phänomen des Hostile-Media-Effektes (auch hostile media effect oder hostile media perception; Gunther, 1992) beinhaltet, dass Personen mit einer bestimmten Meinung zu einem Thema die Medienberichterstattung als dazu konträr und feindlich, wahrnehmen (Gunther & Liebhart, 2006). Die Berichterstattung muss dabei nicht unbedingt eine tatsächliche Verzerrung aufweisen; die ‚feindliche‘ Verzerrung liegt nur in der Wahrnehmung der Rezipient\*innen vor (Peter & Brosius, 2013).

Diese Art der Wahrnehmungsverzerrung steht also im Kontrast zum *Confirmation Bias*. Das Phänomen des Hostile-Media-Effektes wurde erstmals von Vallone et al. im Jahr 1985 nachgewiesen. In ihrer Studie zeigten sie Studierenden, die entweder pro-israelische oder pro-arabische Ansichten vertraten, den gleichen Bericht zum Beirut-Massaker von 1982. Allerdings nahmen die beiden Gruppen die Berichterstattung jeweils unterschiedlich verzerrt wahr. Sie äußerten jeweils die Sorge, dass neutrale Zuschauer\*innen durch den Bericht zur anderen Seite hin beeinflusst werden könnten. Bei der weiteren Erforschung des Effektes wurde festgestellt, dass er themen- und mediumsunabhängig zu sein scheint bei hoch-involvierten Personen mit deutlich ausgeprägten Meinungen aber stärker auftritt (Schmitt et al., 2004; Hansen & Kim, 2011).

Bei niedrig involvierten Personen zeigte sich, dass die Berichterstattung zwar nicht unbedingt zur anderen Seite verzerrt wahrgenommen wurde, sie aber durchaus diskrepant zu der eigenen Meinung und damit auch unterschiedlich zu Personen mit gegenteiligen Ansichten wahrgenommen wurde (Gunther & Chia, 2001).

Damit steht das Hostile-Media-Phänomen im Einklang mit dem *False-Uniqueness-Konzept*, welches besagt, dass Menschen das Ausmaß, in dem ihre eigenen Meinungen, Überzeugungen, Vorlieben und Gewohnheiten von anderen geteilt werden, tendenziell überschätzen (Gunther & Christen, 2002). Und auch die einem Medium zugeschriebene Qualität und Glaubwürdigkeit können die Ausprägung des Phänomens beeinflussen (Dohle & Hartmann, 2008; Arpan & Raney, 2003).

Peter und Brosius (2013) nennen drei Faktoren als wesentlich für das Zustandekommen eines Hostile-Media-Phänomens:

- (1) konträre Argumente werden stärker wahrgenommen und in Erinnerung behalten (*selective recall*);
- (2) dieselben Medieninhalte werden von unterschiedlichen Anhängern als jeweils die gegenteilige Meinung stützend interpretiert (*selective categorization*);
- (3) Anhänger der jeweiligen Seiten empfinden ihre Meinung als die „richtige“ und nehmen dementsprechend ausgeglichene Berichterstattung als in die andere Richtung verzerrt wahr (*different standards*).

Dohle und Hartmann stellten im Jahr 2008 fest, dass Personen, die massenmediale Inhalte als ihrer Meinung entgegengesetzt wahrnehmen, auch den (negativen) Einfluss dieser Inhalte

auf andere als hoch (bzw. höher als auf einen selbst) einschätzen (Dohle & Hartmann 2008, S. 26). Damit attestieren sie einen Zusammenhang zwischen dem Hostile-Media-Phänomen und dem Third-Person-Effekt, welcher nachfolgend vorgestellt wird.

### *Third-Person-Effekt*

Das von Davison (1983) geprägte Konzept des Third-Person-Effektes gilt als eines der Populärsten in der Kommunikationswissenschaft und bezeichnet ein Wahrnehmungsphänomen im Medienwirkungsprozess, nach dem Individuen glauben, dass Massenmedien andere Personen stärker beeinflussen als sie selbst (Peter & Brosius, 2013). Sie überschätzen also den Effekt der Medien auf andere Menschen im Vergleich zu sich selbst. Der Effekt tritt unabhängig vom Kontext und Thema auf (Paul et al., 2000; Huck, 2009) und es geht dabei nicht unbedingt um die tatsächliche Wirkung der Medien, sondern „[...] vielmehr geht es um die Differenz in der wahrgenommenen bzw. unterstellten Wirkung auf andere und einen selbst“ (Huck, 2009, S. 61). Die Überschätzung der Medienwirkung auf andere geht insofern oft gleichzeitig mit einer Unterschätzung der Inhalte auf einen selbst einher (Peter & Brosius, 2013). In der Literatur wird in diesem Zusammenhang meist die Komponente *Third-Person-Perception*, die Diskrepanz zwischen dem vermuteten Einfluss auf einen selbst und Dritten, und die Komponente *Third-Person-Effect*, als tatsächliche Auswirkungen auf Verhalten, unterschieden (Brosius & Engel, 1997; Huck & Brosius, 2007; Sun et al., 2008).

Um das Third-Person-Phänomen zu erklären, wird oft auf den *Optimistic Bias* verwiesen, welcher besagt, Menschen denken, sie wären klüger oder weniger anfällig / beeinflussbar als andere (Gunther & Storey, 2003). Perloff (2009) führt mehrere Faktoren an, die zu der Annahme führen können, dass Medieninhalte auf andere mehr Einfluss haben als auf sich selbst. Dazu gehören unter anderem Selbstwerterhaltung oder sogar Attributionsfehler, und auch der Hostile-Media-Effekt kann verstärkend wirken.

Laut Huck (2009) sind weitere Faktoren, die den Effekt begünstigen können, ein subjektiv hoher Wissensstand, ein höherer Bildungsgrad und ein höheres Alter sowie eine geringe Mediennutzung. Zusätzlich gibt es die sogenannte *distance corollary* (Cohen et al., 1988), die besagt, dass der Effekt mit der empfundenen sozialen, geographischen oder kulturellen Entfernung zwischen sich selbst und „den Anderen“ zunimmt (Peter & Brosius, 2013). Der Effekt ist also geringer, wenn die befragte Person sich mit Angehörigen oder Freund\*innen vergleicht. Er nimmt jedoch zu, wenn es um anonyme Gruppen (z. B. die Studierenden), sehr

weit entfernte soziale Gruppen oder sogar die Gesamtbevölkerung geht (Peter & Brosius, 2013).

Manchmal kann auch ein entgegengesetzter Effekt auftreten, der First-Person-Effekt genannt wird (Golan & Day, 2008). Dieser Effekt bringt mit sich, dass Personen die Wirkung von Massenmedien auf sich selbst stärker einschätzen als auf andere (Peter & Brosius, 2013). Dieser Effekt tritt aber meist nur dann auf, wenn Medieninhalte als positiv, wertvoll oder handlungsrelevant angesehen werden (Peter & Brosius, 2013). Die Tatsache, dass dieser Effekt vergleichsweise selten vorkommt, sagt viel über darüber aus, wie grundsätzlich negativ die Menschen den Medien gegenüber eingestellt sind (Peter & Brosius, 2013). Der von Davison (1983) geprägte Begriff des Third-Person-Effektes gilt als eines der populärsten Konzepte in der Kommunikationswissenschaft und konnte bisher in einer Vielzahl von Studien empirisch bestätigt werden (Peter & Brosius, 2013).

Zusammenfassend können Wahrnehmungsphänomene, wie der Hostile Media Effekt oder der Third-Person-Effekt, die subjektiv verzerrte Wahrnehmung der medialen Repräsentation insofern erklären, als dass sie bewirken, dass Teile der Bevölkerung die Medienberichterstattung in systematischer Weise verzerrt wahrnehmen. Wahrnehmungsphänomene führen also dazu, dass Personen die mediale Repräsentation ihrer eigenen Position nicht getreu der Realität und der tatsächlichen Darstellung in den Medien wahrnehmen, sondern verzerrt. Je nach Phänomen unterscheidet sich, wie sich die Verzerrung äußert. Es kann etwa passieren, dass Personen, die eine bestimmten Position vertreten, die mediale Berichterstattung als konträr oder voreingenommen gegenüber ihrer eigenen Position wahrnehmen, obwohl die Berichterstattung gar keine tatsächliche Verzerrung aufweisen; die ‚feindliche‘ Verzerrung liegt dann nur in der Wahrnehmung der Rezipient\*innen vor (Peter & Brosius, 2013) und man würde von einem Hostile Media Effekt sprechen. Das kann zu Problemen führen, wenn die betroffenen Personen ihre verzerrte Wahrnehmung in ihre Einstellungen und in ihr Handeln überführen. Diese Einstellung und Handlungen der Personen basieren folglich dann auf falschen Annahmen über die Realität.

#### 4. Empirische Befunde der Linksverzerrung

Wie eingangs beschrieben unterliegt die Berichterstattung deutscher Nachrichtenmedien mitunter harscher Kritik (Maurer et al., 2024). Dies betrifft dabei nicht nur den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern die gesamte Medienlandschaft in Deutschland. Viele Stimmen kritisieren aus verschiedenen Perspektiven, die Medien würden Fakten verdrehen („Lügenpresse“), überwiegend linke Parteien und fortschrittliche Haltungen unterstützen („Liberal Bias“) und sich dadurch in ihrer Berichterstattung zu sehr aneinander angleichen („Selbstangleichung“) (Maurer et al., 2024). Es wird behauptet, dass von der (gefühlten) Mehrheitsposition abweichende Meinungen nicht oder nur negativ dargestellt werden und so die Bevölkerung durch eine (links)gefärbte Berichterstattung beeinflusst wird (Maurer et al., 2024).

Begründet werden diese Vorwürfe immer wieder mit Befragungsdaten, die zeigen, dass der überwiegende Teil der Journalist\*innen in Deutschland Parteien links der Mitte nahesteht. Dies will beispielsweise eine von Kritiker\*innen viel zitierte, aber nicht repräsentative Umfrage aus dem Jahr 2020 attestieren, indem sie belegt, dass über 90 Prozent der im Rahmen eines internen Datenprojekts befragten ARD-Volontär\*innen bei der anstehenden Bundestagswahl die Grünen, die SPD oder die Linkspartei wählen wollten (Haubrich, 3.11.2020). Wissenschaftliche Journalist\*innenbefragungen sprechen zwar eine weniger eindeutige Sprache, fallen tendenziell aber ähnlich aus (Maurer et al., 2024). Auch wenn diese zu Teilen nachgewiesene Linksschiefe zu denken gibt, sagt sie zunächst nichts über die Berichterstattung selbst aus (Maurer et al., 2024). Denn die politischen Präferenzen der Redakteur\*innen sollten sich im besten Fall nicht in ihrer Berichterstattung niederschlagen, so zumindest unter Annahme des Wunsch-Zustandes. Gerade gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt es im Netz allerdings anprangernde Kampagnen, in denen die Vorwürfe mit Einzelfällen tatsächlich oder vermeintlich einseitiger Berichterstattung begründet werden (Maurer et al., 2024).

Die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk bestätigen Studien, wie die des Meinungsforschungsinstituts Insa aus dem Sommer 2023, in welcher in einer repräsentativen Umfrage nur 34 Prozent der Bevölkerung in Deutschland die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für „ideologisch ausgewogen“ hielten. Fast ebenso viele (29 Prozent) hielten sie für „zu links“, immerhin 10 Prozent aber auch für „zu rechts“ (Wachs, 31.07.2023). Dennoch ist wichtig festzuhalten, dass die Bürger\*innen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterhin deutlich mehr vertrauen als

allen anderen Mediengattungen (Maurer et al., 2024). Der Anteil, der ihm „eher/sehr vertraut“ ist allerdings laut der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen zuletzt auf den niedrigsten Wert (62%) seit der Erfassung dieser Zahlen zurückgegangen (Maurer et al., 2024). Die Vorwürfe der Linksverzerrung beschränken sich also keinesfalls nur auf die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Es wird immer wieder von einer grundsätzlichen Linksverzerrung der Medienlandschaft in Deutschland gesprochen, denn „das Herz des deutschen Journalisten schlägt links“ und die deutschen Journalist\*innen seien zu links und berichteten auch dementsprechend (Rasch, 2018).

Eine Studie, die untersucht, ob in der Berichterstattung der Medien aktuell tatsächlich eine Linksverzerrung vorliegt, ist folglich aus zweierlei Perspektiven sinnvoll und notwendig: Einerseits können die Erkenntnisse dazu beitragen, journalistische Berichterstattung kritisch zu reflektieren und den Verantwortlichen geben falls Anhaltspunkte für Korrekturen zu liefern, und zum anderen können sie auch dazu beitragen, den Journalismus vor eventuell ungerechtfertigten Angriffen und einem auf falschen Vorstellungen basierenden Vertrauensverlust zu schützen (Maurer et al., 2024). In diesem Kapitel sollen daher empirische Befunde zum Vorwurf der verzerrten Berichterstattung aufgearbeitet werden.

In verschiedenen Studien, welche die Inhalte medialer Berichterstattung untersuchen, zeigt sich, dass die Bewertung der politischen Berichterstattung mitunter äußerst ambivalent ausfällt. So konstatieren einige Studien eine zum Großteil ausgewogene umfassende Berichterstattung (Brettschneider et al., 2007), während andere Studien dies anders bewerten und die Berichterstattung als inkonsistent (vgl. u.a. Maurer, 2019) oder gerade eben zu konsistent und einseitig (Maurer et al., 2023) sowie unausgewogen oder gar verzerrt (Weischenberg, 2005) bezeichnen. Bereits zur Bundestagswahl 2005 gab es große Differenzen zwischen den Ansichten von Brettschneider et al. (2007), welche die Medienberichterstattung zur Wahl als ausgewogen und fair bewerteten, und Weischenberg (2005), der diese als äußerst ausgewogen bezeichnete.

Laut Weischenberg habe es eine durchweg negative Berichterstattung über die Wahlchancen Gerhard Schröders gegeben, mit welcher über Monate eine Wirklichkeit der Wechselstimmung konstruiert wurde, welche dann den Realitätstest der Wahl nicht bestand (Weischenberg, 2005, S. 12). Die Ursache für die (negative) Einheitlichkeit der Berichterstattung sieht Weischenberg in der Orientierung der Journalist\*innen an ihren Kolleg\*innen statt an ihrem Publikum und der Realität (Weischenberg, 2005, S. 12-13). Weischenberg attestiert den Massenmedien, auf einem Grundwiderspruch, den man ihm zu

Folge als „eingebaute Schizophrenie“ bezeichnen könne, zu basieren. Einerseits seien die Massenmedien soziale Institutionen, welche der Bevölkerung und deren Kommunikationsinteressen dienen sollen, um durch permanente Information über den Status Quo eine lebendige Demokratie zu gewährleisten (Weischenberg, 2018). Andererseits sind sie auch eine industrielle Institution und dienen somit zumindest im weitesten Sinne (wirtschaftlichen) Einzelinteressen (Weischenberg, 2018). Dabei sind die Massenmedien um Aufklärung zu leisten laut Weischenberg (2018) einerseits Werten wie Freiheit Mündigkeit, Vernunft, Wissen verpflichtet und andererseits aber an praktisch-pragmatischen Vorgaben und Zielen wie Reichweite, Konkurrenz, Redaktionsschluss, Professionalität und Karriere orientiert (Weischenberg, 2018 S. 29). Weischenbergs Ansicht mag sich als durchaus extrem bezeichnen lassen, dennoch wird durch die gegensätzliche Beurteilung der Berichterstattung zu den Wahlen 2005 die Ambivalenz des Themas und der Wahrnehmung von Medienberichterstattung als Ganzes deutlich.

Gerade in Zeiten des Medienwandels sind Qualitätsanalysen unerlässlich, da die Öffentlichkeit darauf angewiesen ist, Zugriff auf ein qualitativ hochwertiges publizistisches Angebot zu haben, in welchem vielfältige Meinungen präsent sind und zuverlässige Informationen zur Orientierung geboten werden (Stark et al., 2021). Aufgrund der Umbrüche im Mediensystem wird von einigen Seiten ein Qualitätsverlust befürchtet, denn klassische Massenmedien haben an Werbung eingebüßt und zudem aber auch Publikum an globale Tech-Plattformen verloren (Stark et al., 2021). Im Zuge dessen gewinnen Onlinemedien sowie Social Media immer mehr an Bedeutung als Nachrichtenquellen (Stark et al., 2021). In Redaktionen wächst aus diesem Grund nicht nur der ökonomische Druck, sondern auch der Anpassungsdruck an die Vermittlungslogiken sozialer Plattformen (Stark et al., 2021).

Studien zur fehlenden Ausgewogenheit können dabei nach Inhalts- und einen Publikumsbezug differenziert werden. Analysen aus dem Bereich der Publikumsforschung interessieren sich für die strukturelle Zusammensetzung des Publikums von Informationsangeboten. Als Leitbild gilt hier ein als Ideal angesehenes plural und dispers zusammengesetztes Publikum als Entsprechung der Forderung nach der Unabgeschlossenheit von Öffentlichkeit (Ingold, 2017). Für diese Arbeit ist allerdings der Forschungsbereich, der sich auf die Inhalte fokussiert von größerer Bedeutung. Dieser untersucht Verzerrungen in der Nachrichtenauswahl überwiegend mit inter- oder intramedial angelegten Vergleichen oder unter Berücksichtigung externer Kriterien, wie Statistiken oder Kennzahlen aus medienexternen Bereichen. Unter dem Titel „Konstruktionsmechanismen

der Parteilichkeit“ systematisieren Brettschneider und Wagner (2008) verschiedene Indikatoren, anhand derer eine Einseitigkeit der politischen Berichterstattung auf Themen-, Akteurs- und Positionsebene empirisch gemessen werden kann. Unter die Punkte Verleihung publizistischer Prominenz sowie Bewertung von Politiker\*innen und Parteien (Jandura, 2011) fällt erstens der *Bias durch Unterlassung*, der dadurch entsteht, dass Akteure, Positionen und Themen aus der Medienberichterstattung herausgehalten werden. Das wird in letzter Zeit oftmals auch unter dem Begriff der „false balance“ thematisiert (Guenther & Marzinkowski, 2018). Zudem fällt zweitens auch der *Bias durch Bewertung*, der über eine deutlich positivere oder negativere Valenz der Darstellung von Themen, Akteuren und Positionen indiziert wird, unter diese Punkte (Kepplinger & Roessing, 2005). Die Parallelität des Tenors der Nachrichtenauswahl und der meinungsbezogenen Beiträge wird dabei als *Synchronisation von Nachricht und Kommentar* definiert. Dabei wird zwischen *Themen-, Akteurs- und Bewertungssynchronisation* unterschieden (Jandura, 2011).

Eine Möglichkeit, um eine einseitige Berichterstattung zu erzielen, ist die instrumentelle Aktualisierung (Kepplinger, 1989). Derzeit ist es jedoch kaum möglich, Aussagen über eine mögliche Linksverzerrung der Medien in Deutschland zu treffen, da das differenzierte Angebot der Berichterstattung auf den verschiedenen Ausspielwegen nicht systematisch untersucht ist. Als Untersuchungsgegenstände werden meist mit Verweis auf ihre Breitenwirkung und Suggestivkraft (Neuberger et al., 2020) oder aufgrund der Neuartigkeit bzw. des Innovationscharakters der Angebote die Flaggschiffe der Medien sowie ausgewählte Online- und Social-Media-Präsenzen gewählt. Durch das Fehlen eines Standardinstrumentes gestaltete es sich bisher schwierig, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten und von verschiedenen Forscherteams durchgeführten Studien zu vergleichen. Im Folgenden werden die empirischen Befunde nach den von verschiedenen Demokratietheorien übereinstimmend akzeptierten (Weiß et al., 2016) Themen-, Akteurs- und Positionsvielfalt (Weiß et al., 2016) sowie jeweils der Valenz der Darstellung von Themen, Akteuren und Positionen systematisiert (Loecherbach et al., 2020).

## *Themenvielfalt*

Die thematische Vielfalt erfasst, wie umfassend in einem Medienangebot über verschiedene politische Themen berichtet wird. Eine umfassende, vielfältige Darstellung der relevanten politischen Sachthemen steht dabei für eine hohe Qualität, da die Bürger\*innen so die Berichte über die Leistungen der politischen Akteure auf vielen Gebieten mit in die Entscheidungsfindung einbeziehen können (Stark et al., 2021). Eine stärkere Betonung von Themen, die zu den sozialstaatlichen (z. B. Sozialpolitik), liberalen (z. B. „Ehe für alle“) und internationalen (z. B. „Entwicklungshilfe“) Polen der gesellschaftlichen Konfliktlinien zu zählen sind, würde als Verzerrung zugunsten linker Positionen durch Überrepräsentation gewertet werden. Wird den Themen zusätzlich eine positivere Valenz in der Berichterstattung im Vergleich zu Themen, die zu den Polen Marktliberalität, Autorität und Nationalität zuzurechnen sind, zu Teil, kann von einem Bias durch Bewertung ausgegangen werden.

Stark et al. (2021) attestieren den Medien in Hinblick auf die thematische Vielfalt ein größtenteils ausgewogenes Bild. Sie stellen fest, dass die FAZ in Bezug auf die Themenvielfalt auf Platz 1 im Ranking von 19 untersuchten Medienangeboten liegt (Stark et al., 2021). Im direkten Vergleich der Medienangebote berichtet die FAZ am ausgeglicheneiten, weil sie sich durch einen vergleichsweise hohen Anteil an Wirtschafts- und Finanzthemen abhebt, die bei der journalistischen Konkurrenz wenig Berücksichtigung finden (Stark et al., 2021). Das Schlusslicht bildet auf Platz 19 die Bild Zeitung, welcher sie damit die geringste Vielfalt zugestehen. Die Tagesschau ordnet sich mittig auf Platz 11 ein. Die thematische Vielfalt der drei untersuchten Angebote der Tagesschau (im Ersten und in den Dritten Programmen), tagesschau.de und tagesschau@facebook ist laut Stark et al. (2021) begrenzt. Jedoch attestieren sie der Tagesschau, dass sie in den 15 Minuten täglicher Sendezeit ein vergleichbar ausgewogenes Themenspektrum abdeckt, vergleichbar mit etwa Tageszeitungen in ihren vollumfänglichen Gesamtausgaben. Eine Verzerrung zugunsten von Themen wie Sozialpolitik oder Kulturpolitik zeigte sich bei der Tagesschau in dieser Untersuchung nicht (Stark et al., 2021). Der Befund reiht sich in eine Vielzahl von Studien (z.B. Donsbach & Büttner, 2005; Fahr, 2001; Vogel et al., 2014) ein, die einerseits die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht als „Maß aller Dinge“ (Daschmann, 2009) betrachten, ihm aber im Vergleich zu anderen Mediengattungen in Bezug auf die thematische Vielfalt die Erfüllung seines Informationsauftrages attestieren (u.a. Maurer et al 2024, S. 5f.).

In ihrer Untersuchung der Vielfalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus dem Jahr 2024 kommen Maurer et al. (2024) zu dem Schluss, dass sowohl die Themenvielfalt als auch die Akteursvielfalt in den neun von ihnen untersuchten öffentlich-rechtlichen Formaten durchweg hoch war. Auch geben sie an, dass die Behauptung, die Nachrichten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seien besonders einseitig, in dieser Form nicht zu trifft (Maurer et al., 2024).

Es stellt sich aus der Perspektive des *Second-Level-Agenda-Settings* (López-Escobar & Sádaba, 2017) oder des *Attribute-Agenda-Settings* (Besova & Cooley, 2009) zudem die Frage, wie vielfältig und facettenreich ein Thema dargestellt wird. In der Literatur der letzten Jahre finden sich einige Studien, die zentrale Sachthemen wie Migration, Klimawandel, Corona und Ukraine-Krieg untersuchten. Maurer et al. (2019) kommen bei ihrer Untersuchung zu der „Flüchtlingskrise“ zu dem Schluss, dass die Medienberichterstattung in diesem Fall überwiegend nicht ausgewogen war. Die Medienberichterstattung stellte die wesentlichen Fakten zwar richtig dar, berichtete allerdings medienübergreifend einseitig und wurde dadurch dem Anspruch an eine ausgewogene Darstellung aller Perspektiven nicht gerecht (Maurer et al., 2019). Diesen Befund bestätigen Maurer et al. (2023) in ihrer Langzeitstudie zwischen Mai 2015 und Dezember 2020, in der sie die Flüchtlingsberichterstattung anhand verschiedener Indikatoren auf ihre Einseitigkeit hin untersuchen und erneut zu dem Schluss kommen, dass die Berichterstattung in den Medien nicht ausgewogen war. In Hinblick auf die Darstellung der Zuwander\*innen zeigen sich zudem bemerkenswerte Unterschiede. Die FAZ und die Süddeutsche Zeitung berichteten überwiegend positiv über die Zuwander\*innen, und vor allem die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender stellten Zuwanderer fast ausschließlich positiv dar (Maurer et al., 2019). Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung zum selben Thema (Haller, 2017) bestätigt dieses Urteil.

Die Langzeitstudie von Maurer et al. (2023) zeigt zudem, dass die Bewertungen der Berichterstattung im Verlauf des fast sechsjährigen Untersuchungszeitraums erheblichen Schwankungen beim Sichtbarkeitsbias unterworfen waren: mal wurde mehr mal weniger, mal positiver und mal negativer über Geflüchtete berichtet. Dies lässt sich durch eine dynamische Ereignis- und Berichterstattungslage erklären: Medien widmen sich nicht stetig dem Thema der Geflüchteten, sondern berichten hauptsächlich über dramatische Fluchtbewegungen, Diskussionen über die Migrationspolitik und aufsehenerregende Straftaten, in die Geflüchtete verwickelt sind, da nur Ereignisse berichtenswert sind, bleiben unspektakuläre Fälle somit unsichtbar (Maurer et al., 2023).

## *Akteursvielfalt*

Eine hohe Akteursvielfalt in der Berichterstattung steht für eine Koorientierung an Perspektiven und Meinungen zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen. Medienangebote können so verschiedene Anspruchsgruppen aus Politik, organisierter zivilgesellschaftlicher Interessen und entscheidungsbetroffener Bürger\*innen repräsentieren und abbilden (Stark et al., 2021). In der schon bei der Themenvielfalt genannten Qualitätsevaluation bietet die Berichterstattung der Tagesschau den Zuschauern die größte Akteursvielfalt (Stark et al., 2021). In der Untersuchung wurde allerdings nicht erfasst, ob eine nach links verzerrte Auswahl der Akteure vorhanden ist. Eine weitere Veröffentlichung aus diesem Forschungsprojekt (Udris et al., 2020) zeigt jedoch, dass der *exekutive Bias*, also die Berichterstattung über Akteure der Exekutive, in der Tageschau höher ist als in den Vergleichsmedien, was gegen eine Linksverzerrung spricht.

Eine Studie zur Corona-Berichterstattung aus dem Jahr 2021 attestiert hingegen ein Ungleichgewicht in Bezug auf die Vielfalt von in Sendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorkommenden Parteivertreter\*innen. Es wird angegeben politische Akteure dominierten die mediale Berichterstattung über die Pandemie über den gesamten Untersuchungszeitraum (insgesamt 47 % der genannten Akteure). Allerdings gab es innerhalb dessen ein Ungleichgewicht zwischen den Parteien, da FDP, Linke, AfD und Grüne in der Studie auf Werte zwischen 0% und 2 % kommen, die SPD auf 6% und die Union auf 17% (Maurer et al., 2021). Wissenschaftler\*innen, sowie Ärzt\*innen und andere Vertreter\*innen des Gesundheitswesens kamen mit 19 % in den Beiträgen deutlich seltener vor. Mit nur 1,2% kamen Corona Betroffene in der Berichterstattung noch seltener vor (Maurer et al., 2021). Dieser Wert ist bemerkenswert niedrig und liegt sehr deutlich unter dem oft als viel zu niedrig beklagten Wert, mit dem Migrant\*innen in der Migrationsberichterstattung als Akteure auftreten (Maurer et al. 2021). Ähnlich selten wurden auch Corona-Skeptiker in den Medien erwähnt (1,6 %). Der gelegentlich geäußerte Vorwurf, diese seien in der Berichterstattung der Leitmedien überproportional zu Wort gekommen, bestätigt sich folglich nicht (Maurer et al., 2021).

Bei der Analyse der medialen Berichterstattung über den Ukraine-Krieg zeigt sich ebenfalls, dass Vertreter\*innen der Exekutive die Berichterstattung dominieren. Sie umfassen 80% aller Akteursnennungen (Maurer et al., 2023). Deutsche Politiker\*innen und Parteien standen in der Berichterstattung zwar im Vordergrund (21%), doch obwohl die Beiträge nur selten die Perspektive Russlands einnahmen, kamen russische Politiker\*innen doppelt so

häufig darin vor (8%) wie ukrainische Politiker\*innen (4%). Allerdings beschränkte sich dies für beide Länder jeweils weitgehend auf die Präsidenten Putin (7.4%) und Selenskyj (3.5%) (Maurer et al., 2023). Von der Berichterstattung über deutsche Parteien und ihre Politiker\*innen entfiel fast die Hälfte (48%) auf die SPD. Wesentlich seltener kamen die Grünen und ihre Politiker\*innen in den Berichten vor (23%). Die CDU/CSU (17%) als größte Oppositionspartei kam zumindest noch häufiger vor als die FDP. Linkspartei und AfD hatten in der Kriegsberichterstattung praktisch keine Medienpräsenz. Vergleicht man die Medienpräsenz von Regierungs- und Oppositionsparteien insgesamt, kam die Regierung auf etwa 80% und somit auf eine mehr als viermal höhere Medienpräsenz als die Opposition (Maurer et al., 2023). Die restlichen 20% setzten sich aus Akteuren der Zivilgesellschaft, also aus Organisationen und Privatpersonen, zusammen (Maurer et al., 2023). Wissenschaftler\*innen und Journalist\*innen spielten in der Berichterstattung zum Ukraine-Krieg, anders als etwa zu Zeiten der Corona Pandemie, kaum eine Rolle (Maurer et al., 2023).

### *Positionsvielfalt*

Im Vergleich zur Themen- und Akteursvielfalt wurde die Positionsvielfalt in der bisherigen Forschung weit weniger untersucht. Das könnte an der mittlerweile empirisch bestätigten Annahme liegen, mit einer größeren Anzahl von Akteuren in der Berichterstattung gehe auch eine größere Vielfalt an Positionen einher (Beckers & van Aelst, 2019). Dem folgend würde sich die Akteursvielfalt folglich als Blaupause für die Positionsvielfalt eignen. Diese Annahme unterstellt jedoch, dass die Akteure jeweils ihre eigenen Positionen vertretend dargestellt würden. Es gibt jedoch bereits einige Studien, die einen ähnlichen Ansatz verfolgt haben, wie die vorliegende Arbeit, und die Ansicht vertreten, dass es sich durchaus lohnt, die Positionsvielfalt als eigenen Untersuchungsgegenstand zu analysieren (vgl. Kösters, 2020; Weiß et al., 2020; Jandura et al., 2022). Die empirischen Befunde von Maurer et al. aus dem Jahr 2021 etwa zeigen, dass in den Medien die Meinungs- und Positionsvielfalt zu Zeiten der Corona-Krise oft zu kurz kamen (Maurer et al., 2021). Dominiert wurde die Berichterstattung laut Maurer et al. (2021) vorwiegend von Politiker\*innen und Wissenschaftler\*innen, wobei die Präsenz von Politiker\*innen im Zeitverlauf sogar stetig zunahm. Corona-Betroffene und Corona-Skeptiker kamen hingegen kaum in der Berichterstattung vor (Maurer et al., 2021).

In Bezug auf den Ukraine Krieg stellen Maurer et al. (2023) fest, dass die Beiträge nur selten die Perspektive Russlands einnahmen, russische Politiker\*innen jedoch doppelt so häufig in den Berichten vorkamen (8%) wie ukrainische Politiker\*innen (4%). Die Nennung russischer und ukrainischer Politiker\*innen beschränkte sich insgesamt allerdings weitgehend auf die Präsidenten Putin (7.4%) und Selenskyj (3.5%). In Hinblick auf die Darstellung gesellschaftlicher Konfliktlinien zeigt sich, dass die öffentlich-rechtlichen Angebote sehr stark die Sozialstaatlichkeit und die liberale Grundhaltung präferieren (Maurer et al. 2024, S. 20). Wie Maurer et al. (2024) herausgefunden haben, ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht der einzige Akteur im Mediensystem, der eine liberal-progressive Haltung und eine Orientierung am Sozialstaat vertritt. Das gilt auch für die meisten der 34 Vergleichsmedien, die in der Studie untersucht wurden (Maurer et al., 2024). Laut Maurer et al. (2024) bewegten sich die öffentlich-rechtlichen Medien mit geringen Abweichungen relativ konstant in einem Mediensystem, das von Außenpluralismus, aber auch von einer leichten Linksneigung geprägt ist (Maurer et al., 2024). Dies schließt an die zu Beginn dieser Arbeit beschriebenen Vorwürfe einer Linksverzerrung in den deutschen Medien an.

Die Vielfalt der Berichterstattung wird zusammenfassend hauptsächlich in Form der Themenvielfalt und der Akteursvielfalt untersucht, die Positionsvielfalt wird hingegen weniger erforscht. Zudem wurden in den letzten Jahren überwiegend Studien zu sogenannten Spezialzeiten, in denen Krisen und Krisenthemen (Ukraine, Corona, Migration) dominant waren (Wolling, 2005), durchgeführt. Solche Krisenzeiten gehen allerdings meist mit einer Sternstunde der Exekutive einher, da vorwiegend über Lösungsansätze und Entscheidungen der Politik berichtet wird, um Orientierung für die Bevölkerung zu liefern. Entsprechend ist durch die situativen Kontextbedingungen dieser Krisen eine eingeschränkte Vielfalt erwartbar und nicht verwunderlich. Analysen fern ab von Krisenzeiten und Krisenkontexten wären entsprechend als Vergleichspunkte wünschenswert. Die im Folgenden in dieser Arbeit vorgestellten Value Frames können diese Forschungslücken dahingehend beheben, dass mit ihnen themenübergreifend die Positionsvielfalt in der Berichterstattung erfasst werden kann. Die Untersuchung soll mit Hilfe des Ansatzes politisch-kommunikativer Milieus geschehen, um so verschiedene Bevölkerungsgruppen in der Erhebung abbilden zu können und dadurch untersuchen zu können, ob die Werthaltungen dieser Milieus in den Medien repräsentiert sind oder ob Repräsentationslücken in Form einer linksverzerrten Berichterstattung vorliegen.

## 5. Politisch-kommunikative Milieus

Anliegen der Arbeit es die Positionsvielfalt der Medienberichterstattung in Deutschland anhand von Value Frames zu untersuchen, um an die bestehende Medienqualitätsforschung anzuschließen und die Forschungslücke in Hinblick auf die Vielfalt der Positionen zu schließen. Ansinnen ist es dabei, den Forschungsgegenstand aus einer Publikumperspektive heraus zu betrachten und so Ansätze der Medienqualitätsforschung und Publikumsforschung zu verknüpfen. Hierfür ist es vorab nötig, zu definieren, wie sich dieses Publikum für die Erhebung definieren und beschreiben lässt. Anders als andere Arbeiten die das Publikum auf entweder auf einer Makro-Ebene, auf welcher die Deutschen als Gesamtheit betrachtet werden, oder auf einer Mikro-Ebene, bei welcher Studien Determinanten auf der Individualebene suchen (vgl. Hasebrink, 2021; Schultz, 2022), soll das Publikum in dieser Arbeit auf einer Meso-Ebene analysiert werden. Dazu wird auf den Ansatz politisch-kommunikativer Milieus zurückgegriffen, um so verschiedene Bevölkerungsgruppen in der Erhebung abbilden zu können und Unterschiede zwischen den Gruppen suchen zu können. Dadurch soll untersucht werden, ob die Werthaltungen der einzelnen Milieus in den Medien repräsentiert sind oder ob Repräsentationslücken in Form einer linksverzerrten Berichterstattung vorliegen.

Das nachfolgende Kapitel beschäftigt sich daher mit der Milieuforschung, sowie dem Konzept der politisch-kommunikativen Milieus. Dieses verbindet die soziologische Milieuforschung mit der Kommunikationswissenschaft und beschreibt, wie politische Einstellungen, soziale Lage und Kommunikationspraxis systematisch zusammenhängen. Hierzu wird anknüpfend an die vorhergehende Aufarbeitung der Frage nach einer verzerrten Berichterstattung in den Medien der Ansatz politisch-kommunikativer Milieus als Möglichkeit zur Darstellung der Gesellschaft bei der Analyse der Ausgewogenheit der medialen Berichterstattung vorgestellt. Zunächst werden die Prozesse der gesellschaftlichen, politischen und medialen Heterogenisierung skizziert, die gegenwärtig unter dem Begriff „Stratamentation“ (Bennett & Iyengar, 2008) diskutiert werden (5.1). Daran schließt sich eine Übersicht über die zentralen Anliegen der Milieuforschung an. Das geschieht in Form einer Aufarbeitung und Begriffsbestimmung sozialer Milieus (5.2.1) sowie politischer Milieus (5.2.2), welche die Ausgangsbasis für eine detaillierte Betrachtung des Ansatzes politisch-kommunikativer Milieus in Kapitel 5.3 bilden. Zuletzt werden zwölf in der Literatur identifizierte politisch-kommunikativen Milieus vorgestellt und beschrieben (5.4).

## 5.1. Gesellschaftliche, politische und mediale Heterogenisierung

In Deutschland entstand die Milieuforschung in den 1980er Jahren als Erweiterung differenzsoziologischer Ansätze wie der Klassen- und Schichtmodelle. Diese Modelle unterteilen die Gesellschaft anhand von Faktoren, die eine vertikale Differenzierung der Gesellschaft beschreiben (z.B. habitusrelevante Variablen wie Alter, Bildung, Einkommen, Beruf), in verschiedene Gruppen (Hadril, 1985). Die Erweiterung der Milieuperspektive besteht darin, dass aus dem Zusammenspiel von vertikaler und horizontaler (z. B. Werthaltungen, Einstellungen) Differenzierung der Gesellschaft beschreibende Faktoren gebildet werden (Hradil, 2006). Weiß (2009) hat mit den politisch-kommunikativen Milieus einen Ansatz für die Kommunikationswissenschaft veröffentlicht, welcher ein Zusammenwirken von sozialer Position, politischen Einstellungen und der Kommunikationspraxis umfasst. Seine These basiert dabei auf Studien aus der Rezeptions- und Wirkungsforschung (Weiß, 2009).

Bei den sogenannten politisch-kommunikativen Milieus handelt es sich um Gruppen von Gleichgesinnten, die aufgrund ihrer ähnlichen politischen Weltanschauung und ihrer ähnlichen Nähe zur politischen Sphäre sowie ähnlicher sozialer Positionen die politische Welt durch den gleichen Rahmen wahrnehmen und Entwicklungen ähnlich interpretieren. Der Vorschlag der Milieuperspektive geht dabei auf die Forderung von Bennett & Iyengar (2008) zurück, die Ausdifferenzierung der Bürgerschaft in verschiedene Teilpublika verstärkt in den Blick zu nehmen. Nach Bennett und Iyengar (2008) entstehen solche homogenen Teilpublika durch eine gleichzeitig ablaufende zunehmende Stratifikation der politisch-kommunikativen Teilhabe und eine zunehmende Segmentierung und Heterogenisierung der politischen Weltanschauungen. Das Zusammenfallen beider Entwicklungen wird mit dem Begriff der *Stratamentation* beschrieben, welcher nachfolgend noch eingehender beschrieben werden soll.

Jandura et al. (2018) attestieren, dass „gesellschaftliche und mediale Diversifizierungsprozesse in der jüngeren Vergangenheit die Rahmenbedingungen politischer Kommunikation stark verändert haben“. Dabei können ihnen zufolge zwei zentrale Entwicklungstendenzen ausgemacht werden. Im Zuge der Digitalisierung ist einerseits eine Ausdifferenzierung des Medien- und Informationsangebots zu beobachten, welche den Nutzer\*innen die Zusammenstellung eines stark individualisierten Medienrepertoires ermöglicht (Jandura et al, 2018, S. 119.). Gleichzeitig lassen sich andererseits auf gesellschaftlicher Ebene die zuvor erwähnten Tendenzen ausmachen, die

von Bennett und Iyengar (2008) als *Stratamentation* bezeichnet werden (Bennett & Iyengar, 2008, S. 717). Diese Tendenzen werden wie folgt von Bennett und Iyengar (2008) beschrieben: „There is a much wider range of media choices on offer, providing much greater variability in the content of available information. This means that something approaching information ‘stratamentation’ (stratification and fragmentation at the same time) is going on” (Bennett & Iyengar, 2008). Stratamentation meint somit eine zunehmende vertikale Stratifikation der Gesellschaft, die mit einer horizontalen Fragmentierung und Segmentierung des Publikums einhergeht. Diese Ausdifferenzierung der Gesellschaft erfolgt dabei entlang eines Kontinuums, an dessen Rändern politisch hoch und niedrig involvierte Gruppen auseinanderdriften (Bennett & Iyengar, 2008). Zum anderen sind Prozesse gemeint, unter deren Ablauf sich politische Wertorientierungen innerhalb der Gesellschaft ausdifferenzieren (Segmentierung) (Bennett & Iyengar, 2008). Auch Imhof (2012) definiert gleichzeitig ablaufende Stratifizierungs- und Segmentierungsprozesse in ähnlicher Weise (Imhof, 2012, S. 32). Stratifikation beschreibt die Herausbildung von Ungleichheiten hinsichtlich des individuellen Konsums von politischen Informationsangeboten in der Bevölkerung in Abhängigkeit der jeweiligen Nähe bzw. Distanz zur Politik (Bennett & Iyengar, 2008). So ermöglicht die Ausdifferenzierung der Informationsangebote den Menschen eine neue Art von Wahlfreiheit, die mit einer Zusammenstellung individualisierter Medienrepertoires sowie der selektiven Zuwendung zu Informationen einhergeht. Infolgedessen kommt es zur Herausbildung von einerseits Gruppen, die das wachsende Informationsangebot (stark) nutzen, und andererseits von Gruppen, die nur beiläufig mit diesem wachsenden Angebot in Kontakt kommen (*selective exposure*) oder Nachrichten gänzlich meiden (Jandura et al., 2018, S. 119).

Studien hierzu konnten weiterführend zeigen, dass „je höher das Involvement ist, desto breiter ist das Informationsrepertoire der Nutzer“ (Jandura & Kösters, 2018, S. 112). In der Folge unterscheiden sich auch die inhaltlichen Grundlagen verschiedener Gruppen für eine angemessene Meinungsbildung und Artikulation politischer Anliegen (Kösters et al., 2019, S. 109; Kösters & Jandura, 2018b, S. 133). Durch die entstandene Möglichkeit, Informationsangebote im Einklang mit individuellen Interessen und den eigenen politischen Einstellungen auswählen zu können, „[...] segmentiert sich die Gruppe der politisch Involvierten auf Grundlage einer selektiven Auswahl sowie der Verarbeitung von Medieninhalten jeweils anhand gruppenspezifischer Weltanschauungen.“ (Kösters & Jandura, 2018b, S. 133). Vor dem Hintergrund solcher gleichzeitig ablaufender

Stratifikations- und Segmentierungsprozesse können laut Kösters und Jandura (2018) kommunikativ abgeschottete Teilöffentlichkeiten entstehen, die politisch hoch-homogen sind (Kösters & Jandura, 2018b, S. 133).

Im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen ist oft die Rede von sogenannten Echokammern, in denen die Gruppen der fragmentierten Gesellschaft verweilen (Sunstein, 2004, S. 57ff.). Es wird angenommen, dass ein kommunikativer Austausch zwischen den Milieus durch Stratamentation kaum mehr stattfindet oder stark eingeschränkt ist (Kösters et al. 2019, S. 108). Es gibt nicht mehr nur ein Forum, sondern etliche verschiedene Foren, in denen wiederum nicht alle Meinungen, sondern jeweils nur unterschiedliche Versionen der eigenen Meinung hörbar sind (Kösters & Jandura, 2018b). So kommt es vermehrt dazu, dass einzelne Bevölkerungsgruppen nicht mehr von Meinungen erreicht werden, die von der eigenen Meinung abweichen, „[...] und falls doch, dann in abwertender Art und Weise“ (Kösters et al., 2019, S. 108). Dies gefährdet die zuvor beschriebene Integrationsfunktion der Öffentlichkeit, denn ein öffentlicher Diskurs kann unter diesen Voraussetzungen nicht mehr stattfinden (Kösters & Jandura, 2018b, S. 133). Neben einer abnehmenden Integration der Gesellschaft wird als weitere Konsequenz des Auftretens solcher Teilöffentlichkeiten eine zunehmende politische Polarisierung abgeleitet (Mancini, 2013; Prior, 2013) (vgl. Kapitel 2.3.4).

Eine zentrale Herausforderung der kommunikationswissenschaftlichen Forschung besteht daher darin, diese skizzierten Heterogenisierungsprozesse angemessen zu beschreiben und zu untersuchen. Weiß (2009) bietet mit seinem Ansatz zu „politisch-kommunikativen Milieus“ eine Möglichkeit, die es ermöglicht, Tendenzen der Stratifikation und Segmentierung theoretisch zu erfassen und empirisch überprüfbar zu machen (Kösters & Jandura, 2018b, S. 133). Anknüpfend an die soziologische Milieuforschung geht Weiß (2009, 2013) davon aus, dass politische Werthaltungen, Einstellungen und Medieninformationsrepertoires systematisch miteinander verzahnt sind. Dieser Ansatz, welcher in verschiedenen Arbeiten aufgegriffen und weiterentwickelt wurde (Begenat, 2016; Mahrt & Begenat, 2013; Kösters & Jandura, 2018b), soll ermöglichen, das Zusammenspiel von Weltanschauungen und Kommunikationspraktiken zu beschreiben und empirisch zu erfassen.

## 5.2. Milieuforschung

Um das Konzept politisch-kommunikativen Milieus verständlich zu machen, wird im Folgenden zunächst das Konzept sozialer Milieus (5.2.1) erläutert, welches als Ausgangsbasis angesehen werden kann. Darauf aufbauend wird das Konzept politischer Milieus (5.2.2) beleuchtet, welches das Konzept sozialer Milieus um eine politische Komponente erweitert. Diese Aufarbeitung soll als Grundlage für die anschließende Auseinandersetzung mit dem Konzept politisch-kommunikativer Milieus dienen.

### 5.2.1. Soziale Milieus

Wie bereits zu Beginn des Kapitels erwähnt, entstand die Milieuforschung in Deutschland in den 1980er Jahren als Erweiterung von differenzsoziologischen Ansätzen wie Klassen- und Schichtmodelle (Hradil, 1985). Die Milieuansätze ermöglichen auf wissenschaftlicher Grundlage, die Heterogenität der Gesellschaft in verschiedenen Dimensionen zu erklären und zu beschreiben (Mahrt & Begenat, 2013, S. 22). In Abgrenzung zu sozioökonomischen Ansätzen, welche das Hauptaugenmerk auf objektive Faktoren, wie etwa die Berufsstellung oder das Einkommen, legen, betont die Milieutheorie stärker die „subjektive“ Seite der Gesellschaft und interessiert sich „[...] für soziale Unterschiede, die mit der kulturellen Praxis von Individuen und sozialen Gruppen sowie deren kollektiven Sinnsystemen einhergehen“ (Mahrt & Begenat, 2013, S. 22). Ein zentrales Anliegen der Verbindung von Milieu- und Kommunikationsforschung besteht darin, das Zusammenspiel von Weltanschauungen und Kommunikationspraktiken in den heterogenen Milieus der deutschen Gesellschaft zu erläutern und zu erfassen (Kösters & Jandura, 2018b, S. 161).

Der Begriff des sozialen Milieus knüpft an die Soziologie Pierre Bourdieus und sein Konzept des Habitus<sup>10</sup> an (Hradil, 2006a, S. 5; Kösters & Jandura, 2018, S. 135). Nach einer verbreiteten Definition von Stefan Hadril (2006) handelt es sich bei sozialen Milieus um „Gruppen Gleichgesinnter [...], die jeweils ähnliche Werthaltungen, Prinzipien der Lebensgestaltung, Beziehungen zu Mitmenschen und Mentalitäten aufweisen.“ Das Hauptanliegen der Forschung zu sozialen Milieus liegt darin, die Pluralität innerhalb der Gesellschaft zu typologisieren und damit „[...] die Vielfalt innerhalb der Staatsbürgerschaft und die ihr zugrundeliegende Regelmäßigkeit zum Ausdruck zu bringen“ (Kösters & Jandura, 2018b, S. 136). Personen, die dem gleichen sozialen Milieu angehören, interpretieren und gestalten ihre Umwelt in ähnlicher Weise und unterscheiden

sich dadurch von anderen sozialen Milieus (Hradil, 2006a, S. 4). Soziale Milieus stellen entsprechend Gruppen innerhalb der Gesellschaft dar, die ähnliche Werthaltungen und Mentalitäten sowie Prinzipien der Lebensgestaltung aufweisen und sich dadurch von anderen Gruppen unterscheiden.

Das Konzept sozialer Milieus ergänzt damit sozioökonomisch fundierte Schicht- und Klassenkonzepte um eine soziokulturelle Dimension (Hradil, 2006a). Bei dem Konzept sozialer Milieus werden nicht nur Trennlinien, die das „Oben“ und „Unten“ einer Gesellschaft in Form von objektiven, sozioökonomischen Faktoren unterscheiden, berücksichtigt, sondern auch die Ausdifferenzierung der Gesellschaft auf der Basis von Werthaltungen und Einstellungen, sozusagen die „subjektive“ Seite der Gesellschaft (Hradil, 2006a, S. 5; Weiß, 2009). Soziale Milieus werden oftmals in einem zweidimensionalen Raum dargestellt, in welchem sich die sozioökonomischen Merkmale auf der vertikalen Achse schichten und die horizontale Achse die Differenzierung von Wertorientierungen abbildet. Milieutheorien gehen davon aus, dass menschliche Einstellungen und Verhaltensweisen erst durch das Zusammenspiel subjektiver sowie objektiver Faktoren erklärt werden können (Haschke, 2016, S. 174). Diese wirken so zusammen, dass sich daraus „ein jeweiliges System handlungsleitender Werthaltungen und Weltdeutungen“ ergibt (Weiß, 2009, S. 10).

Die Mitglieder sozialer Milieus weisen also spezifische Einstellungen und Wertorientierungen auf, die als handlungsleitend für das (zukünftige) Verhalten gelten (Weiß, 2009, S. 10). Die Ausbildung dieser Einstellungen hängt zum Teil von der Schichtzugehörigkeit ab, aber neben der individuellen Ressourcenausstattung spielt auch die Kohortenzugehörigkeit eine entscheidende Rolle für die Ausbildung milieuspezifischer Wertorientierungen (Weiß, 2009, S. 11; Kösters & Jandura, 2018b, S. 135f.). Das lässt sich so erklären, dass die Zugehörigen einer Kohorte bestimmte Erfahrungen (z.B. materieller Mangel oder Wohlstand, Krieg oder Frieden) miteinander teilen, die für ihre Einstellungen und Lebensorientierungen prägend sind (Hradil, 2006b). Wohl einer der bekanntesten Ansätze, welcher den erläuterten Zusammenhang von Milieuzugehörigkeit und sozialer Position berücksichtigt und damit sowohl die stratifikatorische Dimension (z.B. Bildung, Einkommen) als auch die Segmentierung der Bevölkerung (z.B. Werthaltungen, Einstellungen) beinhaltet, dürften die sogenannten *Sinus-Milieus* sein (Jandura, 2020, S. 50).

Laut dem Sinus-Institut fassen Sinus-Milieus Individuen zusammen, die sich in ihren Lebensweisen- und Einstellungen ähneln (Sinus-Institut, 2024). Die Milieus können in ihrer

Positionierung dabei einerseits verschiedenen Schichten (Oberschicht, Mittelschicht, Unterschicht) bzw. anhand der sozialen Lage zugeordnet werden (Sinus-Institut, 2024) und andererseits unterscheiden sich die Milieus in ihren Grundorientierungen hinsichtlich ihrer Traditionsverhaftung bzw. Modernität (traditionell, modern, postmodern) (Müller, 2013, S. 195). Die Milieugrenzen sind dabei jedoch fließend und ohne scharfe Trennlinien, was dazu führt, dass Menschen auch verschiedenen Milieus zugeordnet werden können oder zwischen verschiedene Milieus stehen (Hradil, 2006a, S. 7). Zudem berücksichtigt dieser Milieu-Ansatz den dynamischen, sich wandelnden Charakter von sozialen Gruppen (Kösters & Jandura, 2018a, S. 136). Denn soziale Milieus haben die Eigenschaft inne, sich mit der Zeit zu vergrößern oder zu verkleinern, sich aufzulösen oder neu zu entstehen (Kösters & Jandura, 2018a, S. 136). Ein zentrales Anliegen der Milieuforschung ist es, ebendiese Dynamik moderner Gesellschaften zu erfassen und angemessen zu berücksichtigen (Haschke, 2016, S. 176).

### 5.2.2. Politische Milieus

Das Konzept der politischen Milieus baut auf den sozialen Milieus auf und erweitert den Ansatz um eine politische Komponente. Unter politischen Milieus versteht man entsprechend Gruppen, “[...] in denen politische Grundorientierungen, Sozialisationserfahrungen, politische Einstellungen sowie typische Partizipationsmuster zusammenfallen” (Mahrt & Begeat, 2013, S. 22). Während bei dem Ansatz sozialer Milieus prinzipiell davon ausgegangen wird, dass Menschen innerhalb eines Milieus durch gleiche Einstellungen und Grundorientierungen in den meisten Bereichen des Lebens verbunden sind, wird das Augenmerk im Ansatz der politischen Milieus speziell auf „Gruppen von politisch Gleichgesinnten“ (Neugebauer, 2007, S. 22) gelegt. Menschen, die einem politischen Milieu angehören, teilen demnach eine gemeinsame politische Weltanschauung. Diese Weltanschauung beinhaltet Vorstellungen darüber, welche Prinzipien in der Politik angewendet werden sollten, um die Gesellschaft zu gestalten (Begeat, 2017, S. 192). Politische Milieus werden dabei maßgeblich durch handlungsleitende Wertorientierungen bestimmt (Weiß, 2013, S. 208).

Die für diese Milieus charakteristischen Grundorientierungen basieren dabei, ähnlich wie die Haltungen sozialer Milieus, einerseits auf Prozessen der Sozialisation in Verbindung mit kohortenspezifischen Wertvorstellungen und andererseits auch auf der sozioökonomischen Ressourcenausstattung, welche einen Einfluss auf die Entwicklung milieuspezifischer Mentalitäten hat (Kösters & Jandura, 2018b, S. 136f.). Laut Kitschelt (1994, S. 15 f.) hat zudem der berufliche Kontext von Menschen eine Schlüsselrolle in der Ausbildung politischer Wertorientierungen inne.

Begeat (2016, S. 276) beschreibt die Wertorientierungen anhand zweier zentraler Konfliktlinien, die sich in der deutschen Gesellschaft identifizieren lassen: eine *sozio-ökonomische Konfliktlinie* und eine *politisch-kulturelle Konfliktlinie*. Diese Konfliktachsen sind durch die Leitsätze der Politik geprägt und „die Position von Individuen lässt sich dann als Synthese solcher Maximen beschreiben“ (Weiß et al., 2019, S. 325). Die Ausrichtung an den Wertepolen dieser Konfliktlinien ist dadurch geprägt, wie sich Menschen die Grundsätze guter Politik vorstellen.

Auf der sogenannten *sozioökonomischen Konfliktlinie* werden politische Wertekonflikte erfasst, die im Kern auf die Verfasstheit des Sozialstaates bzw. verteilungspolitische Fragen

zielen (Begenat, 2016, S. 48). Hier stehen marktliberale Orientierungen der Präferenz für sozialstaatliche Interventionen gegenüber (Weiß, 2013, S. 24; Weiß et al., 2019, S. 325).

Die *politisch-kulturelle Konfliktlinie* hingegen zielt vermehrt auf heterogenere Fragen, wie beispielsweise „[...] nach welchem Modus gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen getroffen werden, welchen Gruppen Bürgerrechte zugesprochen werden und wie weit der Staat in das Privatleben der Bürger eingreifen darf“ (Arzheimer & Rudi, 2007, S. 171). Hier stehen libertäre bzw. partizipative Orientierungen (z.B. für direktdemokratische Verfahren, Gleichberechtigung, Umweltschutz) autoritären Grundorientierungen (z.B. für die Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung, Patriotismus) gegenüber (Kösters & Jandura, 2018b, S. 136, Begenat, 2016, S. 277).

Aus der Verortung entlang dieser Konfliktdimensionen und der politischen Wertorientierungen lassen sich verschiedene Ansprüche an die politische Rolle der Bürger\*innen ableiten (Weiß, 2013, S. 23), woraus dann wiederum unterschiedliche Formen politischer Teilhabe folgen (Weiß, 2013, S. 23). Die milieuspezifischen Wertorientierungen haben etwa auch Einfluss darauf, „[...] ob Bedarf und Möglichkeiten zur Partizipation gesehen werden“ (Mahrt & Begenat, 2013, S. 24). Eine liberale Orientierung, in der marktliberale und freiheitliche Haltungen verknüpft werden, geht beispielsweise mit einer aktiveren Staatsbürger\*innenrolle einher, was sich schließlich auch in einer stärkeren politischen Beteiligung der Individuen zeigt (Kösters & Jandura, 2018b, S. 137, Begenat, 2016, S. 75, Mahrt & Begenat, 2013, S. 24). Laut Kösters und Jandura (2018b, S. 137) rücken diese Überlegungen neben den Wertorientierungen ein weiteres konstitutives Merkmal politischer Milieus in den Fokus: Nähe respektive Distanz zur Politik.

Der Ansatz politischer Milieus legt sein Hauptaugenmerk zusammenfassend zum einen auf handlungsleitende Wertorientierungen und zum anderen auf die Zuwendung bzw. Abkehr von der politischen Sphäre und damit „[...] auf den Dimensionen der Segmentierung und der Stratifikation, die der Begriff der ‚stratamentation‘ zusammenfassend kennzeichnet“ (Mahrt & Begenat, 2013). Die Verbindung beider Dimensionen, der Wertorientierungen sowie der Nähe bzw. Distanz zur Politik, prägt damit die milieuspezifische Sichtweise auf die Politiksphäre (Kösters, 2020, S. 42). Der milieutheoretische Ansatz hat sich bereits bewährt und wurde schon von verschiedenen Autoren zur Analyse der politischen Heterogenität der deutschen Gesellschaft angewandt (Kösters & Jandura, 2018b, S. 138). Neugebauer (2007) hat in einer Studie aus dem Jahr 2007 beispielsweise auf Basis politischer Einstellungen in der deutschen Gesellschaft neun verschiedene Milieus mit drei Wertekonflikten identifiziert.

Neben den zentralen Konfliktlinien Liberalismus vs. Autoritarismus und sozialer Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit betrachtete er zusätzlich als dritte Konfliktdimension das Wertepaar Religiosität vs. Säkularität (Neugebauer, 2007, S. 68). Informationen über die Mediennutzung oder interpersonale Kommunikationspraktiken der jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen wurden in dieser Studie ähnlich wie in anderen Studien zum Thema vernachlässigt (Begenat, 2016, S. 76, Kösters & Jandura, 2018b). Begenat (2017) attestiert, dass „Milieuansätze [...] zwar die Zusammenhänge zwischen politischen Grundorientierungen, sozialen Erfahrungsräumen und objektbezogenen Einstellungen plastisch beschreiben, sie dabei allerdings unberücksichtigt lassen, welchen medialen Quellen sich die Milieus zuwenden und welche Problemdefinitionen und Themen sie zum Maßstab ihrer Bewertung machen.

Es fehlen somit Untersuchungen, die Informationsnutzung und Themenwahrnehmung im Kontext politischer Milieus betrachten“ (Begenat, 2017, S. 193). Laut Weiß vernachlässigen andere Studien wiederum beim Versuch eine Typologie politischer Kommunikation zu erarbeiten, beispielsweise um etwa den Einfluss kommunikative Praktiken auf die Politikverdrossenheit zu untersuchen, den weltanschaulichen Kontext der politischen Milieus als Erklärungsfaktor (Weiß, 2013, S. 216). In seinen Überlegungen zu „politisch-kommunikativen Milieus“ schlägt er daher einen Ansatz vor, in dem politische Werthaltungen, Einstellungen und Medieninformationsrepertoires systematisch miteinander verzahnt sind (Mahrt & Begenat, 2013, S. 24), um nicht nur die politischen Milieus als solche zu untersuchen, sondern auch zu erfassen, ob und in welchem Zusammenhang die Mediennutzung mit der Milieuzugehörigkeit steht.

### 5.3. Der Ansatz politisch-kommunikativer Milieus

Der Ansatz politisch-kommunikativer Milieus erweitert die vorgestellten Ansätze nun, indem er zu erklären versucht, inwieweit die Milieuzugehörigkeit bzw. differente Einstellungen und Wertorientierungen in einem Zusammenhang mit verschiedenen Kommunikationspraktiken stehen (Weiß, 2009, S. 18f.). Weiß (2009) hat mit den politisch-kommunikativen Milieus damit einen Ansatz für die Kommunikationswissenschaft vorgestellt, welcher auf Studien aus der Rezeptions- und Wirkungsforschung basiert und ein Zusammenwirken von sozialer Position, politischen Einstellungen und der Kommunikationspraxis beinhaltet. Weiß (2009) argumentiert, dass von einem engen, systematischen Zusammenhang zwischen Kommunikationspraxis und politischer Milieuzugehörigkeit ausgegangen werden müsse (Weiß 2009, S. 18f.). Mit dem Konstrukt der politisch-kommunikativen Milieus kann ebendieser Zusammenhang „[...] zwischen politischen Einstellungsmustern, die Milieus charakterisieren und voneinander trennen, und der Kommunikationspraxis, in der sich solche Einstellungen bestätigen bzw. erhalten“ beschrieben werden (Kösters, 2020, S. 43).

Bei den politisch-kommunikativen Milieus handelt es sich dabei um Gruppen von Gleichgesinnten, die aufgrund ihrer ähnlichen politischen Weltanschauung und ihrer ähnlichen Nähe zur politischen Sphäre und ähnlicher sozialer Position die politische Welt durch den gleichen Rahmen wahrnehmen und Entwicklungen ähnlich interpretieren. Die Einnahme der Milieuperspektive basiert dabei auf der Forderung von Bennett und Iyengar (2008), die Ausdifferenzierung der Bürgerschaft in verschiedene Teilpublika verstärkt in den Blick zu nehmen. Solche homogenen Teilpublika entstehen laut Bennett und Iyengar (2008) durch die gleichzeitig ablaufende zunehmende Stratifikation der politisch-kommunikativen Teilhabe und eine zunehmende Segmentierung und Heterogenisierung der politischen Weltanschauungen. Das Zusammenfallen dieser beiden Entwicklungen wird eben mit dem Begriff der *Stratamentation* beschrieben. Im Falle der politisch kommunikativen Milieus wird die stratifizierende Dimension über die Nähe bzw. Distanz zur politischen Sphäre und die segmentierende Dimension über die Positionierung auf Clevages erfasst. Clusteranalysen konnten in verschiedenen Studien für Deutschland jeweils zwölf distinkte Milieus identifizieren (Weiß et al., 2019) (Tabelle 1).

Tabelle 1: Tableau der politisch-kommunikative Milieus.

		<b>Richtungspolitische Verortung</b> (Segmentierung über politische Wertorientierungen)			
		<b>libertär &amp; sozial-staatlich</b>	<b>libertär &amp; marktliberal</b>	<b>autoritär &amp; marktliberal</b>	<b>autoritär &amp; sozial-staatlich</b>
<b>Staatsbürger-rolle</b> (Stratifikation durch Interne und Externe Efficacy)					
<b>Nähe zur Politik</b>   <b>Distanz zur Politik</b>	<b>Aktive Staatsbürgerschaft</b>	Kritisch-Engagierte	Markt-orientiert-Involvierte	Engagierte Konservative	
	<b>Loyal-passive Mitte</b>	Unauffällige sozial-demokratische Mitte		Gemäßigt Markt-Autoritäre	Autoritäre Mitte
	<b>Skeptische Mitte</b>	Unzufriedene Linke	Staats-skeptische Individualist*innen		
	<b>Entfremdete Demokratiekritiker</b>			Marktliberal Rechte	Sozial-autoritäre
	<b>Teilnahmslos-Distanzierte</b>	Prekär-Distanzierte		Autoritäts-orientiert, wenig Interessierte	

Tabelle 1 zeigt auf wie sich die politisch-kommunikativen Milieus auf den beiden Dimensionen verorten lassen. Auf der stratifikatorischen Dimension differenziert sich die Bürgerschaft anhand unterschiedlicher Kombinationen der *politischen Selbstwirksamkeit* und des *Responsivitätsvertrauens*.

Kennzeichnend für die Gruppe der *Aktiven Staatsbürgerschaft* ist eine sehr hohe Ausprägung beider political efficacy Dimensionen, während in der Gruppe der *Teilnahmslos-Distanzierten* beide Dimensionen die niedrigste Zustimmung finden.

Die Gruppe der *loyal-passiven Mitte* ist gekennzeichnet durch eine eher überdurchschnittliche politische Selbstwirksamkeit und ein hohes Responsivitätsvertrauen, bei der *skeptischen Mitte* sind dagegen beide Dimensionen der Selbstwirksamkeit durchschnittlich ausgeprägt.

Die *entfremdeten Demokratiekritiker* verfügen zwar über eine sehr hohe politische Selbstwirksamkeit, aber über ein sehr niedriges Responsivitätsvertrauen (Tabelle 1).

Auf der zweiten, der segmentären, Ebene finden sich alle logisch möglichen Kombinationen der Ausprägungen der über die *zwei zentralen Konfliktachsen* des politischen Systems gemessenen Weltanschauungen (Decker, 2022).

Eine liberale und solidarische Weltanschauung kombiniert dabei eine gesellschaftspolitisch libertäre und partizipative Orientierung mit einer sozialstaatlich-egalitären Orientierung, eine liberale und marktliberale Weltanschauung eine gesellschaftspolitisch libertäre und partizipative Orientierung mit einer marktliberalen, auf den individuellen Nutzen ausgerichtete Orientierung.

Diese beiden Kombinationen mit der sozioökonomischen Konfliktachse finden sich auch für den autoritären Pol der politisch-kulturellen Konfliktdimension. Hier wird eine autoritäre, auf die Durchsetzung von Recht und Ordnung ausgerichteten Orientierung mit einer sozialstaatlich-egalitären Orientierung bzw. einer marktliberalen, auf den individuellen Nutzen ausgerichteten Weltanschauung verknüpft (Kösters & Jandura, 2018a).

In dem so entstehenden Milieutableau werden die Folgen der *stratamentation* (Bennett & Iyengar, 2008) sichtbar: Die Gruppe der *aktiven Staatsbürgerschaft*, innerhalb derer alle dieselbe Nähe zur politischen Sphäre aufweisen, differenziert sich in drei weltanschaulich getrennte Gruppen - in die Milieus der *Kritisch Engagierten*, der *Marktorientiert Involvierten* und der *Engagierten Konservativen*. Betrachtet man die weltanschaulich homogene Gruppe der autoritätsorientierten und marktliberalen zeigt sich, dass sich diese Gruppe anhand der Einstellung in vier Gruppen unterteilen lässt: die Milieus der *Engagierten Konservativen*, der *gemäßigt Marktautoritären*, der *Marktliberal Rechten* und der *Autoritätsorientiert, wenig Interessierten*. Dieser Logik nach horizontaler und vertikaler Differenzierung folgend entstehen die zwölf in Tabelle 1 aufgelisteten Milieus.

#### 5.4. Bestimmung und Beschreibung politisch-kommunikativer Milieus

Die politisch-kommunikativen Milieus differenzieren die Gruppen der Gesellschaft also anhand zweier Dimensionen, der stratifikatorische Dimension, welche die Nähe bzw. Distanz zur Politik beschreibt, und der segmentären Dimension, welche die Wertorientierungen umfasst (Kösters & Jandura, 2018a). Kösters und Jandura (2018a) haben auf diese Art zwölf verschiedene Milieus identifiziert, welche sich aus einer Kombination aus der segmentären und der stratifikatorischen Dimension ergeben (Kösters & Jandura, 2018b). Auf der vertikalen Ebene wird die Nähe und Distanz zur politischen Sphäre dargestellt und in fünf verschiedene Staatsbürger\*innenrollen unterschieden.

Die Einordnung der Befragten in eine dieser Staatsbürger\*innenrollen basiert auf *interner* und *externer political efficacy*, zum einen auf dem individuellen politischen Selbstwirksamkeitsgefühl und zum anderen auf dem Responsivitätsvertrauen bzw. den Entfremdungsgrad gegenüber politischen Eliten (Kösters & Jandura, 2018a, S. 112). Auf der horizontalen Ebene unterscheiden sich die Staatsbürger-Typen auf Basis von den Kombinationsmöglichkeiten handlungsleitender Wertorientierungen (Kösters & Jandura, 2018a, S. 114). Es ist anzumerken, dass hier Segmentierungsprozesse in allen Gruppen zu finden sind und nicht wie etwa erwartbar nur bei den Gruppen, die eine sehr hohe politische Selbstwirksamkeit und ein sehr hohes Responsivitätsvertrauen aufweisen (Jandura, 2020, S. 58). Entsprechend bilden auch jene Milieus, welche durch eine größere Distanz zur Politik gekennzeichnet sind, keine homogenen gesellschaftlichen Segmente, sondern unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Positionierung auf den politischen Konfliktachsen (Jandura, 2020, S. 58.). Die Gruppe der Teilnahmslos-Distanzierten, welche durch eine niedrige politische Selbstwirksamkeit als auch ein geringes Responsivitätsvertrauen gekennzeichnet ist, unterteilt sich zum Beispiel auf der segmentären Dimension in das Milieu der „Prekär-Distanzierten“ (libertär-sozialstaatlich) sowie das Milieu der „Autoritätsorientiert, wenig Interessierten“ (autoritär-marktliberal). Für die aktive Staatsbürgerschaft zeigt sich eine Differenzierung in eine Gruppe mit eher libertär-sozialstaatlichen Positionen (Kritisch-Engagierte), eine Gruppe, die eher libertär-marktliberale Einstellungen aufweist (Marktorientiert-Involvierte) sowie eine eher autoritär eingestellte Gruppe (Engagierte Konservative).

Die beschriebene Typologisierung schafft eine Ausgangslage, um die politische Informationsnutzung sowie die typischen Kommunikationsrepertoires unterschiedlicher Milieus genauer betrachtet zu können (Kösters & Jandura, 2018a). Die Milieu-Perspektive

ermöglicht eine Charakterisierung der politischen Einstellungen, der sozialen Position und der politischen Kommunikationspraxis verschiedener gesellschaftlicher Teilgruppen. Im Folgenden soll die Unterteilung exemplarisch anhand von vier unterschiedlichen Milieus aus dem Tableau dargestellt werden. Die ausgewählten Milieus repräsentieren dabei typische Formen der Integration gesellschaftlicher Teilgruppen in die Öffentlichkeit: (1) integrierte Milieus, (2) Milieus mit Abschottungstendenzen und (3) vom öffentlichen Diskurs abgekoppelte Milieus (Jandura et al., 2018).

### *Kritisch Engagierte*

Das Milieu der *Kritisch Engagierten* soll an dieser Stelle exemplarisch für die Milieus der Aktivbürgerschaft stehen. Zu der Gruppe der aktiven Staatsbürger\*innen lässt sich neben den *Kritisch Engagierten* das Milieu der „Marktorientiert-Involvierten“ sowie das Milieu der „Engagierten Konservativen“ zuordnen. Die drei Milieus weichen zwar in ihren Wertorientierungen stark voneinander ab, ähneln sich jedoch entlang der stratifikatorischen Dimension. Sie weisen alle eine starke Nähe zur politischen Sphäre auf, weshalb sie insgesamt als stark integrierte Bevölkerungsgruppe beschrieben werden können (Jandura et al., 2018, S. 124). Hinsichtlich ihrer weltanschaulichen Positionierung nehmen die *Kritisch Engagierten* eine extreme Position ein, die richtungspolitisch im linken Spektrum angesiedelt ist (Kösters & Jandura, 2018b).

Ein Großteil der Menschen, die dem Milieu der *Kritisch Engagierten* zugeordnet werden können, stammt aus den neuen Bundesländern. Der Männeranteil des Milieus ist auffallend hoch (Kösters & Jandura, 2018b, S. 160). Zusätzlich zeigt das Milieu eine hohe Erwerbstätigkeitsquote und weist vorwiegend höhere formale Bildungsabschlüsse auf (Kösters & Jandura, 2018b, S. 148). Die Ausstattung mit diesen Ressourcen bzw. der gesicherte soziale Status des Bevölkerungssegments drückt sich „im Selbstbewusstsein aus, zur Teilnahme am Prozess der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung befugt und befähigt zu sein“ (Weiß et al., 2019, S. 336). „Der erfolgreiche Weg dieses Milieus im Bildungswesen sowie im späteren Berufsfeld verleiht ihm das ausgeprägte Selbstbewusstsein (und Vorwissen), sich mit politischen Sachverhalten auseinandersetzen und eigene Positionen einbringen zu können“ (Kösters & Jandura, 2018b, S. 159).

Das Milieu zeichnet sich als Teil der aktiven Staatsbürger\*innen durch eine große Nähe zur Politik aus (Kösters & Jandura, 2018b, S. 160). Dies zeigt sich neben dem Vertrauen in die eigene politische Kompetenz sowie in die Responsivität der Eliten auch in einer positiven Bewertung der medialen Repräsentation (Kösters & Jandura, 2018b, S. 148; Jandura et al., 2018, S. 121). Auch das große Interesse an Politik macht dieses Milieu zum Teil der Aktivbürgerschaft. Das Milieu wird von Menschen gebildet, die sozialstaatlich-libertäre Positionen vertreten. Das zeigt sich unter anderem auch an einer hohen Affinität gegenüber den GAL-Parteien (SPD, Grüne, Linke) sowie an einer hohen Priorisierung der Themen Verteilungsgerechtigkeit und Umwelt-/Klimapolitik (Kösters & Jandura, 2018b, S. 160). Das hohe Interesse an und das Vertrauen in die Politik äußert sich schließlich auch in der aktiven politischen und kommunikativen Teilhabe. Angehörige des Milieus tauschen sich in der interpersonalen Kommunikation regelmäßig über politische Themen aus und sind dabei bereit, sich mit kontroversen Auffassungen auseinanderzusetzen (Weiß et al., 2019, S. 335). Über ein breites Medienrepertoires bezieht das Milieu Informationen über Nachrichten, mit denen es sich intensiv auseinandersetzt (Weiß et al., 2019, S. 148). Vor allem die Berichterstattung von öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern, Qualitätszeitungen und politischen Wochenzeitungen oder Magazinen gehören dabei zum Informationsrepertoire des Milieus (Kösters & Jandura, 2018b, S. 148). Außerdem nutzt das Milieu im Vergleich zu den anderen Milieus am stärksten Online-Informationsquellen (Kösters & Jandura, 2018b). Insgesamt kann das Milieu als aktive und politisch sehr engagierte „Informationselite“ charakterisiert werden (Kösters & Jandura, 2018b, S. 160).

### *Unauffällige Sozialdemokratische Mitte*

Das Milieu *Unauffällige Sozialdemokratische Mitte* nimmt hinsichtlich seiner Verortung auf der politisch-kulturellen sowie der sozioökonomischen Konfliktlinie ebenso wie das Milieu der Kritisch Engagierten eine libertär-sozialstaatliche Haltung ein. Die politische Verortung zeigt sich auch in der Parteipräferenz für SPD und Grüne sowie in der Relevanz sozialpolitischer Themen (Kösters & Jandura, 2018b, S. 149). Auf der stratifikatorischen Dimension kann das Milieu dem Staatsbürgertyp der Loyalpassiven Mitte zugeordnet werden. „Ein mindestens durchschnittliches Vertrauen in das politische System sowie eine grundsätzliche Zufriedenheit mit der Demokratie liegen vor“ (Kösters & Jandura, 2018b, S. 154). Aus der generellen Zufriedenheit lässt sich eine zurückhaltende politische Partizipationspraxis ableiten. „Das Vertrauen in

die Volksvertretung scheint so hoch zu sein, dass (derzeit) kein Bedarf besteht, sich selbst in besonderem Maße zu engagieren“ (Kösters & Jandura, 2018b.).

Der hohen externen efficacy steht ein unterdurchschnittlich ausgeprägtes politisches Selbstbewusstsein gegenüber, welches sich ebenfalls negativ auf die politische Teilhabe auswirkt. Zudem handelt es sich um ein sehr „junges Cluster“ mit einem hohen Anteil an Auszubildenden. Der tendenziell hohe formale Bildungsstand konnte aufgrund ihrer Lebensphase jedoch „noch nicht in ökonomisches Kapital überführt werden“ (Kösters & Jandura, 2018b). Der junge Altersdurchschnitt der Unauffälligen sozialdemokratischen Mitte sowie die Grundorientierung spiegelt sich auch in der Kommunikationspraxis des Milieus wider. Wenn es darum geht, sich politisch zu informieren, greift es aufgrund seines im Schnitt hohen Bildungsstands bevorzugt auf qualitativ hochwertige Inhalte zurück (Kösters & Jandura, 2018b). Das Milieu der Unauffälligen sozialdemokratischen Mitte nutzt Online-Angebote und Nachrichten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie der Qualitätsmedien, zeigt jedoch insgesamt eine durchschnittliche Intensität in der Nutzung dieser Medien (Kösters & Jandura, 2018b, S. 149).

Aufgrund ihres durchschnittlichen Informationsverhaltens kann angenommen werden, dass sie zumindest mit den wichtigsten politischen Fragen in Berührung kommen und ihre eigenen Ansichten dazu entwickeln (Kösters & Jandura, 2018b, S. 156). Insgesamt nimmt das Milieu jedoch eine passive Staatsbürger\*innenrolle ein, in der es sich eher beobachtend verhält (Kösters & Jandura, 2018a, S. 118). Es lässt sich als loyal und passiv charakterisieren. Die Zugehörigen sind insgesamt mit der Politik zufrieden und fühlen sich auch medial repräsentiert (Kösters & Jandura, 2018b, S. 155).

### *Markliberal Rechte*

Hinsichtlich ihrer Verortung auf den beiden Konfliktlinien nimmt das Milieu der *Markliberal Rechten* autoritäre sowie marktliberale Haltungen ein, womit das Milieu sowohl bei der Selbstverortung als auch bei der wertebezogenen Verortung weit im rechten Bereich des politischen Spektrums platziert ist (Kösters & Jandura, 2018b, S. 156). Das zeigt sich auch durch seine Nähe zu den TAN-Parteien (CDU, FDP, AfD) und die hohe Präferenz für rechtspopulistische Parteien (Kösters & Jandura, 2018b). Hinsichtlich der sozialen Position handelt es sich um ein Milieu, bei der die ältere Bevölkerungsgruppe überwiegt. Die Menschen verfügen häufig über niedrige oder mittlere Bildungsabschlüsse und der

Arbeiter\*innenanteil ist im Vergleich zu den anderen Milieus am höchsten (Kösters & Jandura, 2018b, S. 160, S. 152).

Während sie sich selbst als politisch kompetent betrachten (hohe interne efficacy), ist ihr Vertrauen in die Responsivität der Eliten äußerst gering (niedrige externe efficacy) (Kösters & Jandura, 2018b, S. 160). Insgesamt weist das Milieu eine grundsätzliche Skepsis gegenüber politischen Eliten auf und ist mit der Politik unzufrieden. Es kann als demokratiekritisch- bis feindlich bezeichnet werden. Auch von den Medien fühlen sich die Angehörigen des Milieus nicht angemessen repräsentiert (Kösters & Jandura, 2018b). Diese Unzufriedenheit spiegelt sich eben in der Anfälligkeit und Präferenz für rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien wider.

Obwohl sich das Milieu ansonsten nicht politisch engagiert, beteiligt es sich durch die Wahl dieser Parteien am politischen Prozess (Kösters & Jandura, 2018b). Die Unzufriedenheit könnte darin begründet liegen, dass das Milieu ihre extremen Sichtweisen in der politisch-medialen Landschaft nicht ausreichend repräsentiert sieht (Kösters & Jandura, 2018b). Im Wesentlichen entspricht die soziale Position des Milieus damit „[...] dem von Herbert Kitschelt (1994) beschriebenen klassischen Wählerpotenzial äußerst rechter Parteien“ (Jandura et al., 2018, S. 124). Trotz der in ihren Augen mangelnden Repräsentation ihrer Anliegen in den Medien, schotten sich die Markliberal Rechten in ihrer Kommunikationspraxis nicht gänzlich von der öffentlichen Kommunikation ab (Weiß et al., 2019, S. 336). Die Markliberal Rechten sind dabei überdurchschnittlich stark an politischen Informationen interessiert und setzen sich überdurchschnittlich intensiv damit auseinander. In ihrer Informationsnutzung betreiben sie dabei „[...] einen besonders hohen kognitiven Aufwand. Sie setzen sich überdurchschnittlich intensiv mit Informationen auseinander und suchen aktiv nach Informationen, die zu ihren Interessen passen“ (Weiß et al., 2019, S. 336). Dies tun sie sowohl online als auch offline. (Kösters & Jandura, 2018a, S. 117). Neben alternativen Medien, wie z.B. Facebook-Gruppen oder Tageszeitungen an den Rändern des politischen Spektrums (Kösters & Jandura, 2018a, S. 119) haben Soft-News und Boulevardangebote (z.B. private TV-Nachrichten oder BILD-Zeitung), die durch ihre skandalisierenden Darstellungsformen die Grundhaltung des Milieus damit tendenziell weiter verstärken könnten, in der durchaus intensiven Nachrichtennutzung einen hohen Stellenwert inne (Kösters & Jandura, 2018b, S. 157). Zudem sprechen die Milieuzugehörigen häufig mit anderen Menschen über Politik, verbleiben dabei jedoch in sehr homogenen Kommunikationsnetzwerke (Kösters & Jandura, 2018a, S. 117).

### *Autoritätsorientiert, wenig Interessierte*

Das Milieu der *Autoritätsorientiert, Wenig Interessierten* stellt in dem Konzept politisch-kommunikativer Milieus hinsichtlich ihrer Verortung das Gegenstück zu dem ersten beschriebenen Milieu der *Kritisch Engagierten Aktivbürger\*innen* dar (Kösters & Jandura, 2018b, S. 147). Es steht hier exemplarisch für Milieus, die auf der stratifikatorischen Dimension durch die größte Distanz zur politischen Sphäre sowie elitenskeptische Haltungen charakterisiert sind und ebenso wie die „*Prekär-Distanzierten*“ dem Staatsbürger\*innentyp der *Teilnahmslos-Distanzierten* zuzuordnen sind (Kösters & Jandura, 2018b, S. 147). Das äußert sich in diesem Milieu durch ein geringes Interesse an der Politik und eine elitenskeptische Haltung, durch hohes Populismuspotential und eine sehr begrenzte politische Partizipation (Kösters & Jandura, 2018b, S. 147). Im Milieu der *Autoritätsorientiert, wenig Interessierten* wird besonders deutlich, dass die individuelle Verfügbarkeit von Ressourcen die Ausbildung der Milieuzugehörigkeit und folglich auch der Teilhabe an öffentlicher Kommunikation entscheidend prägt (Kösters & Jandura, 2018b, S. 158f.).

Die dem Milieu Zugehörigen befinden sich aufgrund begrenzter Ressourcen (niedriges Einkommens- und Bildungsniveau, viele Nicht-Erwerbstätige) in einer prekären sozialen Lage (Kösters & Jandura, 2018b, S. 153), welche mit einer „[...] weitgehenden Absage an eine aktive Wahrnehmung der Staatsbürger\*innenrolle“ (Weiß et al., 2019, S. 339) einhergeht. Das Milieu weist ein geringes Vertrauen in die eigene politische Kompetenz, ein geringes politisches Interesse und daraus resultierend auch einen sehr geringen Grad politischer Beteiligung auf. Auch die Diskurspraxis ist von Zurückhaltung und einem seltenen interpersonalen Austausch über politische Themen geprägt (Kösters & Jandura, 2018b, S. 153). Die Abwendung von der politisch-kommunikativen Teilhabe kann mitunter darin begründet sein, „[...] dass die prekäre Lage des Milieus andere Herausforderungen in den Fokus des Lebensalltags rückt als die Beschäftigung mit Politik“ (Jandura et al., 2018, S. 125). Hinweise für diese These liefern beispielsweise auch die Themenrelevanzen des Milieus. Themen wie „Armut“ und „Altersarmut“ sowie „Arbeitslosigkeit“ haben für diese Bevölkerungsgruppe einen besonders hohen Stellenwert (Jandura et al., 2018, S. 125).

Auch die politische Einstellung des Milieus, die von einer sozial-chauvinistischen Haltung gegenüber der Migration geprägt ist, könnten in der sozialen Position und den damit verbundenen Abstiegsängsten des Milieus begründet liegen (Kösters & Jandura, 2018b, S. 159). Gleichzeitig fällt es dem Milieu jedoch schwer, die eigenen politischen Einstellungen

auszudrücken oder einzuordnen. Grund hierfür könnte sein, dass den Milieuangehörigen aufgrund ihrer fehlenden Bildung das hierfür notwendige Grundverständnis fehlt (Kösters & Jandura, 2018b, S. 159). Dadurch ergeben sich für das Milieu auf den politischen Konfliktlinien oftmals keine klaren, sondern diffuse und sich widersprechende Positionierungen (Kösters & Jandura, 2018b, S. 159).

Die politische Apathie des Milieus zeigt sich auch in ihrer Informationspraxis und ihrem Medienkonsum (Jandura et al., 2018, S. 125). Die Angehörigen des Milieus kommen sowohl online als auch offline sehr wenig und wenn dann eher beiläufig und oberflächlich mit politischen Informationen in Kontakt (Weiß et al., 2019, S. 339). Wenn überhaupt, scheinen sich Angehörige des Milieus über das soziale Netzwerk Facebook oder private TV-Nachrichten zu informieren (Kösters & Jandura, 2018b, S. 160). Die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erreichen dieses Milieu hingegen kaum (Kösters & Jandura, 2018b, S. 153). Insgesamt begegnet das Milieu politischen Informationen eher zufällig, was als Folge dessen die Vermutung zulässt, dass „in diesem Milieu die inhaltlichen Grundlagen für eine adäquate Meinungsbildung und für die Ausbildung eines basalen politischen Wissens fehlen“ (Kösters & Jandura, 2018b, S. 160). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Milieu aus dem öffentlichen Diskurs weitestgehend ausgestiegen und für diesen nicht mehr erreichbar zu sein scheint (Kösters & Jandura, 2018b, S. 160). Beachtenswert ist dabei auch der vergleichsweise hohe Frauenanteil dieses Milieus, wodurch sich die bereits in anderen Studien festgestellte „Gender-Gap“ auch im Rahmen politisch-kommunikativer Milieus bestätigen lässt (Kösters & Jandura, 2018b, S. 161).

Zusammenfassend bieten die politisch-kommunikativen Milieus zum einen die Möglichkeit, die Bevölkerung anhand von sozialer Lage und Werteeinstellungen zu differenzieren, die über eine eindimensionale Links-Rechts-Skala und auch über das Parteiensystem hinausgehen (Kösters & Jandura, 2018b). Des Weiteren lassen sich milieuspezifische Nutzungsmuster der Medien identifizieren, welche vorwiegend durch die Nähe bzw. Distanz zum politischen System bestimmt sind. Es ist zu sehen, dass die Einstellungen und das Engagement in Bezug auf Politik nicht nur eine Frage der segmentären Dimension sind, sondern viel mehr eine Frage der Nähe bzw. der Distanz zum Staat bzw. zur politischen Sphäre. Auch in Bezug auf die Kommunikation und die Mediennutzung spielen die politisch-kommunikativen Milieus eine wichtige Rolle. Weiß (2013, S. 210) betont, dass die Medienauswahl und -aneignung der Nutzer\*innen erst vor dem Hintergrund ihrer Milieuangehörigkeit ausreichend verstanden werden kann. Das Milieu-Konzept ist nicht nur

bezogen auf Werteeinstellungen mehrdimensional ausgerichtet, da die Zuwendung zu Medien und die Verarbeitung der Medieninhalte milieuspezifisch zu sein scheint (Weiß, 2013). Die politisch-kommunikativen Milieus decken somit sowohl die Nutzungs- als auch die Wirkungsperspektive der Medienforschung ab und erlauben es, verschiedene Dimensionen parallel zu betrachten (Weiß, 2013). Das Konzept der politisch-kommunikativen Milieus ermöglicht es folglich, sich Nutzungs- und Wirkungsfragen über die Individualebene hinaus zu nähern. Es kann weiter angenommen werden, dass die subjektive Bewertung der Massenmedien ebenfalls abhängig davon variiert, welchem Milieu man angehört. Gleichzeitig ermöglicht es das Konzept, neben der wahrgenommenen auch die objektive Vielfalt in der massenmedialen Kommunikation hinsichtlich milieuspezifischer Einstellungen zu untersuchen (Weiß, 2013). Das Kapitel hat zudem gezeigt, dass Milieuansätze geeignet sind, Überlegungen auf Meso-Ebene anzustellen (Kösters & Jandura, 2018a). Mit den politisch-kommunikativen Milieus gelingt dem Zufolge eine Kombination von Medien- und Themenrepertoires mit einer Typologie politischer Milieus, um milieuspezifische Kommunikationspraxen zu erfassen. Der enge, systematische Zusammenhang zwischen politischen Grundorientierungen und Einstellungen sowie der Kommunikationspraxis wird damit differenziert betrachtet und analysiert (Kösters & Jandura, 2018b, S. 132). Politisch-kommunikative Milieus ermöglichen es somit, über politische Einstellungen sowie Wertorientierungen hinaus auch Aussagen über die Nutzung bzw. den Gebrauch von Informationsmedien zu machen (Kösters & Jandura, 2018b).

Eine umfassende Untersuchung der Kommunikations- und Partizipationsgewohnheiten in den verschiedenen Milieus kann helfen, die Heterogenität der Gesellschaft besser zu erfassen und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man mediale Darstellungslücken schließen kann. Eine milieubezogene Analyse bestehender Probleme, politischer Wertvorstellungen und Weltanschauungen kann im Vergleich mit dem Medienangebot helfen, Bereiche zu erkennen, die bisher in der Berichterstattung zu kurz kamen. So kann die wissenschaftliche Analyse dazu beitragen, das vom ARD-Vorsitzenden Ulrich Wilhelm beschriebene Defizit, wonach die Probleme vieler Menschen in den täglichen Erfahrungen von Journalist\*innen nicht so präsent sind wie es für die Bevölkerung angemessen wäre (Wilhelm, 2017), aktiv zu adressieren.

## 6. Valueframes als mögliches Analyse-Tool

Die Auseinandersetzung mit der Thematik zeigt, dass eine vielfältige Forschungslandschaft, sowohl bezogen auf die Medieninhalts- und die Medienqualitätsforschung als auch in Bezug auf die Forschung zur Publikumperspektive vorhanden ist. Dies hat die Problematik zur Folge, dass es mitunter schwer ist, die Befunde aufeinander zu beziehen.

Auf der Makro-Ebene wird der Versuch unternommen, die Berichterstattung mit der Wahrnehmung in der gesamten Bevölkerung Deutschlands zu vergleichen. Ähnlich wie dies in der Agenda Setting Logik der Fall ist.

Auf der Mikro-Ebene hingegen wird versucht, auf Individualebene rezipierte Inhalte den Befragten zuzuschreiben (z.B. Reinemann 2013), um individualisierte Medienstimuli zu erhalten. Dies ist heute aufgrund der Heterogenität der genutzten Angebote in dieser Form gar nicht mehr möglich.

In dieser Arbeit soll die Publikumperspektive auf der Meso-Ebene anhand von politisch-kommunikativen Milieus untersucht werden. Dafür werden nun die sogenannten Value Frames als Analyse-Tool herangezogen. Diese können einerseits in Befragungen gemessen werden und andererseits auch in Inhaltsanalysen ermittelt werden. Außerdem können sie zur Konstruktion von politisch-kommunikativen Milieus herangezogen werden. Dadurch lässt sich die Einstellung der Bevölkerung zu zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinien und die Medienberichterstattung direkt über die Value Frames vergleichen.

Value Frames liegen vor, „wenn Werte, die in der politischen Kultur sedimentiert sind, als übergeordnete Bezugsrahmen für Sachverhalte, Vorgänge oder Akteure fungieren“ (Scheufele et al. 2012, S. 279). Scheufele et al. (2012) nehmen an, dass ein Großteil der politischen Streitfragen in Konflikt stehende Wertorientierungen berührt und sich das Framing der involvierten Akteuren auf eine bestimmte, jeweils bevorzugte Position innerhalb des Konfliktes bezieht. Journalist\*innen tendieren nach Schemer et al. (2012, S. 338 unter Verweis auf Lee et al., 2008) dazu, politische Diskurse entlang von basalen Wertorientierungen zu strukturieren: „Even if political actors do not directly frame their messages in terms of basic values, journalists tend to structure the political discourse in terms of such values“ (Schemer et al. 2012, 338). Zudem weisen Journalist\*innen nach Lee et al. (2008, S. 701) eine Tendenz auf, politische (Streit-)Themen als Wertekonflikte zu

konstruieren. Dies führt dann oftmals zu „clashes of [...] basic values, with parties to the conflict countering each other on the basis of a particular set of values“ (Lee et al., 2008).

Da Journalist\*innen die Deutungsrahmen relevanter Akteure in verschiedenen Teilen der Berichterstattung aufgreifen und vermitteln (Kepplinger, 1995, S. 48), ist anzunehmen, dass wertebezogene Perspektiven nicht nur in Meinungsbeiträgen oder Kommentarspalten der Berichterstattung vorkommen (Kösters, 2020). Die Frame-Definition nach Entman aus dem Jahr 1993 prägt bis heute die kommunikationswissenschaftliche Framing-Forschung. Nach Entman (1993) setzt sich ein Frame dabei aus verschiedenen Elementen zusammen (Matthes, 2014a, S. 10ff.; Potthoff, 2012, S. 55ff.). Wertebezüge können prinzipiell aber auch in einzelnen Elementen eines Frames, wie etwa der Problemdefinition, oder in Kausalattributionen sichtbar werden (Kösters, 2020).

Das Value-Frame-Konzept lässt sich demnach nach Scheufele et al. (2012) mit bestehenden Frame-Konzepten vereinen. Weiß et al. (2009) definieren Value Frames als Deutungsmuster, die von normativen Grundhaltungen ausgehen und Themen bzw. Ereignisse im Sinne dieser Grundhaltungen interpretieren. Mit den Value Frames steht also ein Analyse-Tool zur Verfügung, das in der Lage ist, die Vielfalt der dargestellten Positionen in der Medienberichterstattung themenübergreifend zu erfassen und damit die Frage nach einer Überrepräsentation linker Positionen in der Berichterstattung zu beantworten. An dieser Stelle soll erläutert werden, was in diesem Zusammenhang unter linken Positionen zu verstehen ist und weswegen sich das Konzept der Value Frames eignet, um diesem Vorwurf auf den Grund zu gehen. Wie bereits eingangs in der Arbeit erläutert, baut der Vorwurf einer linksverzerrten Darstellung auf einem gesellschaftlich anerkannten Verständnis (Kroh, 2007) eines Gegensatzes zwischen einerseits einer horizontalen oder egalitären Vision der Gesellschaft (links) und andererseits einer vertikalen und nicht-egalitären Vision der Gesellschaft (rechts) auf (Decker, 2018). Im Parteiensystem wird diese Differenzierung durch die Unterscheidung zwischen den GAL-Parteien (grün/alternativ/libertär) und den TAN-Parteien (traditionell/autoritär/ nationalistisch) repräsentiert. Inhaltsanalysen der Parteiprogramme erfassen, wie hoch der Anteil linker bzw. rechter Positionen in den Wahlprogrammen ist.

Über die *Links-Rechts-Skala* werden so die Positionen der Parteien in Deutschland beschrieben. Sowohl die politische Soziologie als auch die Kommunikationswissenschaft arbeiten mit ebendieser Links-Rechts-Skala, auf der sich beispielsweise Befragte verorten sollen, um Parteien für die Allgemeinheit zu klassifizieren und einzuordnen. Diese Skala hat

sich lange Zeit empirisch bewährt (Fletcher, 2022). Die eben beschriebene Differenzierung geschieht zunächst auf der *sozioökonomische Konfliktachse*, welche zwischen Sozialstaatlichkeit und Marktliberalität unterscheidet. Sie wird allerdings durch das Hinzukommen weiterer Konfliktachsen und die dadurch entstehende Mehrdimensionalität politischer Konflikte (Giddens, 1994), welche Habermas als „neue Unübersichtlichkeit“ (Decker 2018, S. 9) beschreibt, ergänzt und herausgefordert. So gewannen der *politisch-kulturelle Grundkonflikt* sowie der *globalisierungsbezogene Grundkonflikt* an Relevanz.

Beim *politisch-kulturellen Grundkonflikt* stehen sich unterschiedliche Vorstellungen über die Organisation der Gesellschaft gegenüber. Die liberale Perspektive befürwortet hierbei Freiheit, Eigenverantwortung und Partizipation, während der autoritäre Pol die Durchsetzung von Recht und Ordnung durch einen starken Staat befürwortet.

Der *globalisierungsbezogene Konflikt* differenziert zwischen einer internationalen, offene Grenzen und universelle Normen befürwortenden Orientierung und einer nationalen, kulturellen Partikularismus bzw. eine nationale Souveränität befürwortenden Position (Koopmans & Zürn, 2019, S. 1, 3).

Anhand dieser drei dominanten Grundkonflikte lässt sich der Kampf um politische Deutungen in Westeuropa strukturieren (Kriesi et al., 2006; Wilde et al., 2019). Folgt man der Einbettungsthese (Kriesi et al., 2006) lassen sich diese neu hinzugetretenen Konfliktlinien in das bestehende Links-Rechts-Spektrum integrieren. Sozialstaatlichkeit, Liberalität und Internationalität repräsentieren linke Wertepositionen und Marktliberalität, Autorität und Nationalstaatlichkeit rechte Positionen. Die Pluralisierung der Parteienlandschaft bringt in den letzten Jahrzehnten allerdings auch verschiedene Kombinationen von Positionen auf diesen drei Konfliktachsen hervor, die nicht mit der Einbettungsthese übereinstimmen. In Österreich vereint beispielsweise die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) sozialstaatliche und autoritäre Positionen (Zaslove, 2004). Auch in Deutschland gibt es diese Entwicklung, wie aktuell etwa bei der Debatte um die inhaltliche Ausrichtung der neu entstehenden Partei um Sahra Wagenknecht zu beobachten, welche sich bei der politischen Verortung auch von den in der Einbettungsthese als links anerkannten Werten zu unterscheiden scheint.

In der politischen Kultur Deutschlands kann für diese Frames eine „Sedimentierung“ angenommen werden (Scheufele & Engelmann 2013, S. 127f.). In Kombination mit der grundsätzlichen Nähe oder Distanz zur Politik bestimmen dabei die Wertorientierungen

entlang der genannten Dimensionen die Einbettung der Bürger\*innen in die verschiedenen politisch-kommunikative Milieus (siehe Kapitel 5). Zudem beeinflussen sie die Positionierung politischer Parteien (Scheufele & Engelmann, 2013). Da diese Grundkonflikte sowohl das Parteiensystem als auch die Differenzierung der Bevölkerung in verschiedene politische Gruppen oder Milieus beschreiben (Scheufele & Engelmann, 2013), liegt es nahe, diese auch für die Analyse öffentlicher Diskurse in den Medien einzusetzen. Es liegen bereits verschiedene Studien zu diesem Feld vor, die den beschriebenen Überlegungen folgen. Kepplinger et al. (1999) untersuchten etwa das Framing der Berichterstattung über die Bundestagswahl 1998. Die von ihnen gewählten Frames, wie etwa „Staatsinterventionismus vs. gesellschaftliche Leistungskraft“ oder „individuelle Ansprüche vs. institutionelle Leistungskraft“, lassen sich auf den konfligierenden Polen der sozioökonomischen Konfliktlinie, Sozialstaatlichkeit und Marktliberalität, verorten.

Scheufele und Engelmann dagegen (2013) untersuchten die Darstellung politischer Werte, mit denen Parteien verbunden werden. Am Beispiel der CDU und der SPD haben sie analysiert, welche politisch-gesellschaftlichen Werte (z. B. Freiheit, Nachhaltigkeit) mit politischen Akteuren in Verbindung gebracht werden. Hoeglinger et al. (2012) untersuchten in ihren Studien dagegen das Thema Globalisierung und analysieren, wie die globalisierungsbezogene Konfliktlinie in den Medien dargestellt wird. Kösters (2020) befasst sich ebenfalls mit dem Thema Globalisierung und stellte am Beispiel der Migrationsberichterstattung fest, dass die Vielfalt von Deutungsmustern in der Tagesschau nicht stark von den anderen analysierten Medienangeboten abweicht (Kösters 2020). Die dargestellten Positionen ließen sich dabei stärker dem liberalen (55,6 %) als dem autoritären (19,5 %) Lager zuordnen (Kösters (2020)). Garz et al. (2023) zeigen, dass die ökonomischen Grundlagen der Medienangebote (gemessen über Eigentumsverhältnisse) einen Einfluss auf die Positionsvielfalt in der Berichterstattung haben.

Weiß et al. (2020) entwickelten auf der Basis der drei dargestellten Grundkonflikte einen themenunabhängigen Operationalisierungsvorschlag, dessen Eignung sie am Beispiel der Berichterstattung in verschiedenen Medienangeboten prüften. Sie stellten fest, dass die Tagesschau den Bürger\*innen mit die größte Orientierungsleistung und die ausgewogenste Darstellung in Hinblick auf die verschiedenen Konfliktlinien bot. Jandura et al. (2022) greifen ebenfalls auf diesen Vorschlag zurück und vergleichen die Positionierungen in den Selbstdarstellungen der politischen Parteien mit der Darstellung dieser in der Medienberichterstattung. Es zeigt sich, dass mit Ausnahme der AfD die Darstellung der

Parteien in den Medien deren Positionierungen in den Selbstdarstellungen entsprach (Jandura et al., 2022). Eine aktuelle Studie von Maurer et al. aus dem Jahr 2024, welche ebenfalls das vorgestellte Instrument einsetzt, zeigt, dass sich der Ansatz der Value Frames auch für die Analyse öffentlich-rechtlicher Angebote eignet (Maurer et al., 2024).

Ob mediale Inhalte den Qualitätsanforderungen sowie den wünschenswerten Soll-Zuständen entsprechen, kann nur über medieninterne und/oder medienexterne, theoretische und/oder empirische Vergleichsmaßstäbe bestimmt werden (Kösters, 2020). In der Forschung existiert eine Vielzahl an Perspektiven, anhand derer die Medienperformanz betrachtet und bewertet werden kann (Kösters, 2020). Entsprechend ist es bei der Auseinandersetzung mit publizistischer Qualität notwendig, vorab genau zu definieren, entlang welcher Maßstäbe die medialen Inhalte bemessen werden sollen (Baden & Springer, 2017, S. 180ff.; Polownikow, 2017, S. 82ff.; Weiß et al., 2016, S. 39ff.; Neuberger, 2011, S. 16ff.; Voltmer, 1999, S. 16).

Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung sind öffentlichkeitstheoretische Überlegungen. Neben medieninternen Vergleichen wird ein medienexterner Indikator in Form der Typologie politisch-kommunikativer Milieus als empirischer Vergleichsmaßstab herangezogen. Die Verknüpfung der inhaltsanalytischen Befunde mit dem Tableau politisch-kommunikativer Milieus verspricht einen Mehrwert für die Interpretation der Ergebnisse, da die Untersuchung damit auch Aspekte berücksichtigt, welche sich aus der Fragmentierung der Öffentlichkeit ergeben können. Es ist davon auszugehen, dass unterschiedliche Milieus auf Basis ihres Einstellungshintergrundes und Informationsrepertoires eine unterschiedliche Wahrnehmung und Einschätzung von Medieninhalten aufweisen. Insgesamt lässt die Aufarbeitung der bestehenden Literatur zum Thema den Schluss zu, dass eine Erfassung des medialen Diskurses über *Value Frames* Aussagen darüber ermöglicht, ob die Medienangebote die in der Gesellschaft vorhandene Werthaltungen repräsentieren oder ob es eine Repräsentationslücke in Form einer-zu-linken-Positionen-verzerrten Berichterstattung gibt.

## 7. Forschungsfrage

Nachfolgend wird aus der Forschungsdiskussion die konkrete Forschungsfrage für diese Untersuchung abgeleitet. Diese Überlegungen ergeben sich dabei aus den vorangegangenen theoretischen Kapiteln und damit von der Relevanz für die politik- und kommunikationswissenschaftlichen, sowie die Medienqualitäts- und Publikumsforschung.

In dieser Arbeit wird die Leistungsfähigkeit der Messung der Positionsvielfalt über „Value Frames“ diskutiert und anhand einer Inhaltsanalyse der nationalen Politikberichterstattung aus dem Jahr 2018 am Beispiel zehn ausgewählter Medien illustriert. Die Positionen der Medien werden anschließend in Relation zu den Positionen politisch-kommunikativer Milieus gesetzt. Die Summe der politisch-kommunikativen bildet dabei die Gesellschaft Deutschlands. Dabei wird mit einer Aufarbeitung der Aufgaben und Funktionen von Medien und öffentlicher Kommunikation begonnen. Öffentlichkeit lässt sich als Plattform für öffentlichen Diskurs beschreiben. Zu ihren Hauptaufgaben gehört es, alle Meinungen in der öffentlichen Kommunikation und Berichterstattung abzubilden. Außerdem soll die gesamte Bevölkerung Zugang zu diesem öffentlichen Diskurs haben, um sich allumfassend informieren zu können. So soll gewährleistet sein, dass sich die Bürger\*innen eine eigene Meinung bilden und auf Basis dieser am politischen Diskurs teilnehmen können. Dabei soll sie einige Funktionen erfüllen, um den an sie gestellten Ansprüchen gerecht zu werden. Sind diese Funktionen nicht (mehr) erfüllt und kann die Öffentlichkeit die an sie gestellten Anforderungen und die Erwartungen nicht mehr erfüllen, können Zweifel in der Bevölkerung entstehen, welche zu einem Vertrauensverlust und Misstrauen gegenüber der Öffentlichkeit als Plattform und der Medienberichterstattung, welche Teil dieser Öffentlichen Kommunikation ist, führen können. Dies könnte eine massive Unsicherheit in der Bevölkerung herbeiführen. Anlass für die Untersuchung ist vorwiegend der immer wieder laut werdende Vorwurf der Linksverzerrung in der medialen Berichterstattung über politische Themen. Diese Kritik bezieht sich dabei nicht nur auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern auf die gesamte deutsche Medienlandschaft. Es stellt sich die Frage, inwieweit neben den massiven Veränderungen im Journalismus und in der Medienberichterstattung, die erforderlichen Funktionen von Öffentlichkeit überhaupt noch gewährleistet werden können oder inwieweit in den deutschen Medien eine linksverzerrte Berichterstattung vorliegt. Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, wird in der Arbeit der Ist-Zustand der öffentlichen Medienberichterstattung untersucht. Im theoretischen Teil der Arbeit wurde der Norm-Zustand von Öffentlicher Kommunikation anhand der Analyse

bestehender Inhaltsanalysen, in welchen inhaltsanalytisch die Medienberichterstattung und die dort behandelten Themen sowie der Umfang und die Art und Weise der Berichterstattung, betrachtet. Hierzu werden im praktischen Teil der Arbeit mit der Hilfe von Value Frames und anhand der politisch-kommunikativen Milieus als Repräsentant für die Gesellschaft untersucht. Dafür wird anhand der Analyse der Inhalte der medialen Berichterstattung untersucht, ob tatsächlich eine linksverzerrte Berichterstattung vorliegt. Aus diesen Überlegungen ergibt sich die folgende Forschungsfrage:

*FF1: Liegt in der Medienberichterstattung in Deutschland eine Linksverzerrung vor?*

Die Forschungsfrage bezieht sich auf den eingangs beschriebenen, fortwährend aufkommenden Vorwurf, die mediale Berichterstattung in Deutschland sei linksverzerrt. Bislang kann die Kommunikationswissenschaft wenig zur Entkräftung oder Bekräftigung dieses Vorwurfs der Linksverzerrung in der Medienberichterstattung beitragen, da die Angebote (1) zu wenig systematisch untersucht wurden und (2) bisher kein Vergleiche zwischen den verschiedenen Studien ermöglichendes Standardinstrument vorhanden ist. Um einen Beitrag zur Untersuchung des Vorwurfs zu leisten, wird auf das Konzept von Value Frames zur Messung der Positionsvielfalt. Ziel der Arbeit ist dabei die Verbindung von Medienqualitätsforschung und Publikumsforschung, indem der bestehenden Forschungsstand der Medienqualitätsforschung um die Komponente einer Publikumperspektive erweitert wird, indem die Untersuchung auf der Meso-Ebene mit Hilfe von politisch-kommunikativen Milieus durchgeführt wird. Es soll geklärt werden, ob der Vorwurf einer Linksverzerrung in der Berichterstattung aus Perspektive des Publikums und im Speziellen aus Perspektive politisch-kommunikativer Milieus gerechtfertigt ist. Die Dissertation stützt sich dabei auf die Öffentlichkeitstheorie, welche die Rolle der Medien in der politischen Kommunikation und der gesellschaftlichen Integration beschreibt, und versucht den Sachverhalt aus einer normativen Tradition heraus zu betrachten.

## 8. Methodisches Vorgehen

Dieses Kapitel beschreibt das methodische Vorgehen (8.1), die Operationalisierung (8.2) und die Analyselogik (8.3) der Arbeit, deren übergeordnetes empirisches Ziel es ist, zu untersuchen, ob in der medialen Berichterstattung in Deutschland eine Linksverzerrung vorliegt. In diesem Kapitel werden die zentralen methodischen Fragen geklärt und das dafür notwendige Methodendesign beschrieben.

### 8.1. Methode

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird auf einen Teildatensatz aus dem D-A-CH-Projekt „Media Performance and Democracy“ zurückgegriffen. In diesem Projekt wurde in acht natürlichen Wochen im Frühjahr und im Herbst 2018 die Politikberichterstattung mit dem Bezug auf nationale Politik in verschiedenen Repräsentanten von Medienangeboten verschiedener Mediengattungen erfasst. Bei der Auswahl der Untersuchungseinheiten orientiert sich die Studie an den veränderten Rezeptionsgewohnheiten. Neben Qualitätszeitungen und verschiedenen Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurden auch die Onlineableger der traditioneller Medienmarken sowie das Angebot der Jungen Freiheit und t-online.de als Nachrichten-Aggregator in die Stichprobe integriert. Die zu codierenden Beiträge wurden zufällig ausgewählt. Dabei wurde ein Stichprobenfehler von 5 % für beitragsstarke und 3 % für weniger umfangreich publizierte Angebote bei der Ermittlung der zu codierenden Beiträge angelegt (Jandura & Kösters, 2022). Zur Berechnung wurde in dieser Arbeit auf die Berichterstattung der Tagesschau ( $n = 193$  Beiträge / 414 Akteurscodierungen), der Frankfurter Allgemeine Zeitung ( $n = 618 / 1252$ ), des Spiegels ( $n = 149 / 297$ ), der BILD ( $n = 264 / 374$ ), tagesschau.de ( $n = 486 / 1100$ ), faz.net ( $n = 491 / 995$ ), bild.de ( $n = 440 / 857$ ), spiegel.de ( $n = 594 / 1251$ ), t-online.de ( $n = 268 / 600$ ) und Junge Freiheit ( $n = 108 / 94$ ) zurückgegriffen. Insgesamt gehen so 3.611 Beiträge und 7.234 Akteurscodierungen in die Analyse ein.

## 8.2. Operationalisierung

Die Thematisierung verschiedener Vorstellungen zur Ausgewogenheit der Berichterstattung in den Medien bekam mit dem Buch von Precht und Welzer (2022) „Die vierte Gewalt – Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist.“ und der öffentlichen Debatte darüber wieder größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Ob die Medien verzerrt berichten oder nicht, kann durch die Deskription der Befunde allein nicht beantwortet werden. Es stellt sich wie bei den meisten Interpretationen von empirischen Befunden zur Vielfalt der Berichterstattung (McQuail & Van Cuilenburg, 1983, S. 145 – 162) die Frage, ab wann von einer zugunsten politischer Werte wie Liberalität, Sozialstaatlichkeit und Integration verzerrten Repräsentation politischer Positionen gesprochen werden kann und welche Bewertungsmaßstäbe angelegt werden können.

Überblickt man die Forschungstraditionen, die sich mit der Angemessenheit der medialen Darstellung auseinandersetzen (u.a. Donsbach, 1990; Jandura et al., 2018, Zerback, 2013) lässt sich zwischen Maßstäben der Gleichverteilung und der begründeten Ungleichverteilung differenzieren.

Der Maßstab der *Gleichverteilung* geht davon aus, dass die Berichterstattung über alle politischen Positionen (und andere Berichterstattungsgegenstände) gleich verteilt sein muss (Donsbach & Rentsch, 2011). Begründet wird dieser Anspruch damit, dass die formale Gleichbehandlung aller politischen Positionen der Bevölkerung die Gleichwertigkeit dieser suggeriere. Weniger etablierte politische Positionen erhalten so einen privilegierten Zugang zur massenmedialen Öffentlichkeit und können so stärker in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden. Erst durch die unterschiedslose Darstellung können sich die Bürger\*innen frei eine eigene Meinung bilden (open diversity).

Diese Forderung wird von Vertreter\*innen begründeter *Ungleichverteilungen* mit Argumenten verschiedener Theorietraditionen kritisiert (Best, 2000). So argumentieren Donsbach und Rentsch (2011) aus der Perspektive der Forschung zur Nachrichtenauswahl, dass – aufgrund von Merkmalen der Nachrichtenlage (z. B. Normalzeit vs. Krise) und der politischen Tendenz des Angebots – „alle einzelnen Medien mehr oder weniger verzerrt berichten, sie aber insgesamt betrachtet ein einigermaßen ausgewogenes Bild abgeben“ (Donsbach & Rentsch, 2011, S. 158).

In welche Richtung und mit welcher Intensität die Nachrichtenauswahl verzerrt ist, können nur *Intramediavergleiche* (Vergleiche innerhalb einer Mediengattung) oder *Intermediavergleiche* (Vergleiche innerhalb des gesamten Medienangebots) erfassen.

Ebenso lassen sich aus Öffentlichkeitstheorien *medienexterne Maßstäbe begründeter Ungleichverteilung* ableiten. In dieser Arbeit wurde als medienexterner Vergleichsmaßstab das In-Relation-Setzen der Positionen der Medien gegenüber den Positionen der politisch-kommunikativen Milieus gewählt. Dies soll es ermöglichen, zu sehen, im Umfeld welcher politisch-kommunikativer Milieus sich die untersuchten Medien jeweils einordnen und die Positionen welcher Milieus potenziell kaum oder gar nicht in den Medien vertreten sind. So soll ersichtlich werden, ob Werthaltungen der politisch-kommunikativen Milieus in den Medien vorhanden sind. Dies wiederum soll die Untersuchung einer (potenziellen) linksverzerrten medialen Berichterstattung ermöglichen.

### 8.3. Analyselogik

Diese Überlegungen aufgreifend, werden die Befunde zunächst für jede Konfliktlinie einzeln anhand der beschriebenen Vergleichsmaßstäbe dargestellt. Die Bedeutung unterschiedlicher Ankerpunkte für die Bewertung der Berichterstattung der untersuchten Medien wird im Folgenden durch das Aufgreifen von drei unterschiedlichen Benchmarks für jede Konfliktlinie verdeutlicht. Der jeweils erste Maßstab orientiert sich an der Gleichverteilung auf den unterschiedlichen Konfliktlinien. Ähnelt die Verteilung dem Maßstab der Gleichverteilung ist von einer ausgewogenen Darstellung auszugehen. Eine Orientierung in Richtung der Pole Sozialstaatlichkeit, Liberalität und Internationalität spräche für eine zu Gunsten linker Werte verzerrte Darstellung. Eine Orientierung in Richtung der Werte Marktliberalität, Autorität und Nationalität spräche hingegen für eine verzerrte Darstellung zu Gunsten rechter Werte.

Auf den Punkt eingehend, dass eine Gleichbehandlung aller Positionen zu einer Prämierung von Misserfolg im politischen Wettbewerb führen kann (Arnim, 1984) und dass aus der Perspektive einer professionellen journalistischen Nachrichtenauswahl (Donsbach & Rentsch, 2011) eine Gleichverteilung kein adäquater Bewertungsmaßstab sei, wird als zweiter Bewertungsmaßstab ein Intermediavergleich durchgeführt. Die Berichterstattung der untersuchten Medien wird dabei mit der Berichterstattung der anderen ausgewählten Medienangebote verglichen. Lässt sich die Berichterstattung eines Mediums in der Nähe der

Berichterstattung anderer Medien verorten, ist von einer ausgewogenen Darstellung auszugehen. Je stärker sich das jeweilige Medium im Vergleich zugunsten der Pole Sozialstaatlichkeit, Liberalität und Internationalität positioniert, desto mehr kann von einer Linksverzerrung ausgegangen werden; je stärker die Positionierung bei den Polen Marktliberalität, Autorität und Nationalität zu finden ist, kann entsprechend mehr von einem Bias zu Gunsten rechter Werte ausgegangen werden.

An solchen intermedialen Vergleichsmaßstäben wird allerdings oftmals Kritik geübt. Folgt man dem oftmals angefochtenen Argument Michael Raschs, die deutschen Medien sind alle linkslastig und Meinungsppluralität sei nicht gegeben (Rasch, 2018), könne bei einer relativen Homogenität der Berichterstattung der verschiedenen Angebote ein Bias zu Gunsten linker Positionen mit solchen Vergleichsmaßstäben nicht festgestellt werden, da alle Medien unisono linksverzerrt berichten würden. Um diesem Kritikpunkt entgegenzuwirken, wird im dritten Schritt die Berichterstattung der Medien mit einer medienexternen Benchmark verglichen, die von einer solchen Kritik nicht berührt wird.

Der Einsatz medienexterner Maßstäbe geschieht dabei einerseits in Abgrenzung zum Anspruch auf Gleichverteilung, andererseits in der Abgrenzung zu medieninternen Vergleichsmaßstäben. Medienexterne Vergleichsmaßstäbe können u. a. aus Statistiken und anderen Kennziffern abgeleitet werden. In dieser Studie wird hierbei ein Vergleich mit den Positionen der politisch-kommunikativen Milieus untersucht. Es stellt sich die Frage, inwieweit die mediale Repräsentation politisch-kommunikativer Milieus in verschiedenen Medienarenen gegeben ist. Ausgehend von der bei Kösters und Jandura (2018) mithilfe einer Online-Befragung ermittelten Typologie politischer Milieus wird der Versuch unternommen, zu ermitteln, inwiefern die distinkten Werthaltungen in den verschiedenen politisch-kommunikativen Milieus in den Medienangeboten eine mediale Repräsentation erfahren. Hierfür wird ein Vergleich der Werthaltungen der einzelnen politisch-kommunikativen Milieus mit den dargestellten Werthaltungen in einzelnen Medienarenen vorgenommen. So soll ermittelt werden, ob die Berichterstattung ausgewogen ausfällt und ob alle Positionen der Milieus gleichermaßen repräsentierend werden oder ob eine Repräsentationslücke vorliegt, welche mit einer Linksverzerrung einher geht.

Im Folgenden wird erläutert, wie die Messung der Value Frames in der Inhaltsanalyse und die Messung der Werthaltungen in der Milieubefragung harmonisiert werden können, um einen direkten Vergleich zu ermöglichen. Da die Daten in der Inhaltsanalyse und den

Befragungen auf unterschiedliche Art und Weise erhoben wurden, ist es notwendig eine Harmonisierung der Daten durchzuführen.

Die Verwendung der Value Frames in der Berichterstattung wurde auf Akteursebene codiert. Pro Beitrag konnten bis zu drei Akteure erfasst werden. Für jeden dieser Akteure wurde dessen Funktion, dessen Parteizugehörigkeit sowie die Positionierung der Aussage auf einer der drei Konfliktlinien erfasst. Pro Konfliktlinie konnten dabei codiert werden, ob diese dem kosmopolitischen Pol (Sozialstaatlichkeit, Liberalität, Integration/ Internationalisierung) oder dem kommunitaristischen Pol (Markliberalität, Autorität, Demarkation/Nation) entspricht. Kamen beide Positionen gleichgewichtig vor, konnte der Code *ambivalent* vergeben werden. War keine Positionierung auf der jeweiligen Konfliktdimension erkennbar, wurde der Wert 0 („kommt nicht vor“) codiert. Nach einer intensiven Codierschulung konnten zufriedenstellende Intercoderreliabilitäts-koeffizienten erzielt werden. Die Intercoderreliabilität nach Brennan & Prediger's Kappa lag bei 0,88 für die sozioökonomische, bei 0,90 für die politisch-kulturelle und bei 0,84 für die globalisierungsbezogene Konfliktlinie. Anzumerken sind der Zeitpunkt der Codierung und der Feldzeit. Beides wurde zu Zeiten der Migrationskrise durchgeführt, was die Daten natürlich in gewissem Maße beeinflusst haben kann. Gerade Menschen, die dieses Thema besonders bewegt, sei es nun durch besondere Relevanz und Engagement dahingehend oder durch besondere Ablehnung der Thematik, könnten dadurch beeinflusst worden sein. Es gilt dies bei der Interpretation der Ergebnisse im Kopf zu behalten, da dies als Limitation der Arbeit betrachtet werden kann.

### *Messung der Werthaltungen*

Die Werthaltungen der politisch-kommunikativen Milieus wurden in einer Inhaltsanalyse und einer Befragung über drei die politische Debatte in Deutschland prägenden Konfliktlinien erfasst. Die sozioökonomische Konfliktlinie differenziert dabei zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Positionen, die politisch-kulturelle Konfliktlinie zwischen liberalen und autoritären Positionen und die globalisierungsbezogene Konfliktlinie zwischen kosmopolitischen, integrierenden und kommunitaristisch, ausgrenzenden Positionen (Jandura et al., 2022). Es handelt sich dabei um die Positionen, die von politischen Akteuren geäußert wurden, wertende Positionen von Journalist\*innen sind dabei

nicht Gegenstand. Damit soll die Orientierungsleistung gemessen werden, welche die Medien anbieten.

### *Messung der Werthaltungen: Befragung*

In der Milieubefragung wurde die sozioökonomische und die politisch-kulturelle Konfliktlinie über jeweils drei Items repräsentiert, die jeweils konfligierende Wertepositionen abbilden. Die Befragten verorteten sich bei jedem Item auf einer als semantisches Differential zwischen konkurrierenden Wertepositionen angelegten sechsstufigen Skala.<sup>1</sup> Die beiden Wertedimensionen lassen sich durch eine Faktorenanalyse (KMO = 0,57, 2 Faktoren, erklärte Varianz: 44 Prozent, Hauptkomponenten, Varimax-Rotation) abbilden. Da diese Items keinen eindimensionalen Merkmalsraum abbilden, können keine herkömmlichen Skalenreliabilitätstests berechnet werden. Der dritte Grundkonflikt thematisiert die Differenzen zwischen einer internationalen Orientierung, die sich für „offene Grenzen, universelle Normen und supranationale Autorität“ ausspricht und einer national orientierten Haltung, die „Grenzschießungen, kulturelle[n] Partikularismus und nationale Souveränität“ befürwortet (Koopmans& Zürn, 2019, S. 1, 3). Insbesondere die rechtspopulistischen Parteien und die stärker konservative Ausrichtung vormaliger Mitte-Parteien haben hier zu einer zunehmenden Polarisierung beigetragen. Die Erfassung der dritten Konfliktlinie der Integration vs. Abgrenzung erfolgte über zwei Dimensionen, die Bewertung der nationalen Souveränität<sup>2</sup> ( $\alpha=0,67$ ) sowie die Bewertung der Migration<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Die Items auf der sozioökonomischen Konfliktachse lauteten: »Der Staat sollte mehr Verantwortung dafür übernehmen, dass jeder Bürger abgesichert ist.« vs. »Jeder einzelne sollte mehr Verantwortung für sich selbst übernehmen.« / »Zur Sicherung sozialstaatlicher Leistungen sollte die Politik Steuern und Abgaben erhöhen.« vs. »Die Politik sollte Steuern und Abgaben senken, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet.« / »Der Staat sollte der Wirtschaft Vorgaben machen und auf deren Einhaltung drängen.« vs. »Die Wirtschaft soll sich ohne staatliche Eingriffe möglichst frei entfalten können.« Auf der *politisch-kulturellen Achse* sollten sich die Befragten zwischen diesen Positionen verorten: »Die Freiheit der Bürger muss vor Eingriffen des Staates geschützt werden, selbst wenn dadurch der Schutz vor Kriminalität zurückstehen muss.« vs. »Um die Bürger vor Kriminalität zu schützen, hat der Staat das Recht, die Freiheit der Bürger einzuschränken.« / »Es ist wichtig, eine offene und tolerante Gesellschaft zu stärken.« vs. »Es ist wichtig, unsere eigene deutsche Kultur und Tradition zu pflegen.« / »Demokratische Beteiligung der Bürger ist immer wichtiger als eine starke politische Führung.« vs. »Um unsere Probleme im Land zu lösen, ist eine starke politische Führung wichtiger als demokratische Beteiligung der Bürger.«

<sup>2</sup> Souveränitätsdimension: Frage: „Einige Leute glauben, dass bestimmte Arten von Problemen besser von den Vereinten Nationen oder regionalen Organisationen gelöst werden könnten als von jeder nationalen Regierung einzeln. Andere sind der Ansicht, dass diese Probleme vollständig den nationalen Regierungen überlassen werden sollten. Sie finden im Folgenden einige Politikfelder. Kreuzen Sie bitte immer an, ob Sie der Meinung sind, dass die Politik in diesem Bereich von den nationalen Regierungen, regionalen Organisationen oder den Vereinten Nationen entschieden werden sollte.“ Items: Friedenssicherung, Klimaschutz Flüchtlingspolitik, Handelspolitik

<sup>3</sup> Migrationsdimension: Frage: „Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Thema Einwanderung nach Deutschland. Bitte geben Sie immer an, wie sehr Sie diesen Aussagen zustimmen.“ Items: „Einwanderung ist gut für die deutsche Wirtschaft.“, „Einwanderung bereichert das Zusammenleben“ & „Die deutsche Regierung sollte jeden, der kommen möchte, nach Deutschland kommen lassen, solange Arbeitsplätze vorhanden sind.“

( $\alpha=0,87$ ). Die Reliabilitätsprüfung ergab, dass beide Dimensionen einen eindimensionalen Merkmalsraum abbilden ( $\alpha = 0,73$ ) und somit zu einem Index mit den Endpunkten „6“ volle Zustimmung für kosmopolitische Positionen (Migration und Abgabe nationaler Souveränität befürwortend) und „30“ volle Zustimmung für kommunitaristische Positionen (Migrationskritisch und nationale Souveränität befürwortend) zusammengeführt werden können.

### *Messung der Werthaltungen: Inhaltsanalyse*

Die politischen Grundhaltungen drücken sich in drei Grundkonflikten aus, die jeweils in einer eigenen Variablen erfasst wurden. Jeder Grundkonflikt (GK) wurde auf einer Achse mit zwei entgegengesetzten Polen abgebildet, die mit dem jeweiligen Value-Frame beschrieben werden (entsprechend der Codierung von Weiß et al., 2020). Diese Pole bilden beim sozioökonomischen Konflikt (GK1) die Endpunkte Sozialstaatlichkeit bzw. Marktliberalität, beim politisch-kulturellen Konflikt (GK2) die Endpunkte Liberalismus bzw. Autoritarismus und beim globalisierungsbezogenen Konflikt (GK3) die Endpunkte Integration bzw. Ausgrenzung. Für jeden Grundkonflikt konnten insgesamt vier Ausprägungen verschlüsselt werden: „0“ der Grundkonflikt wurde nicht thematisiert, „1“ der erste Pol der Bewertung wurde angesprochen, „2“ beide Pole des Konflikts wurden angesprochen und „3“ der zweite Pol der Grundhaltung wurde thematisiert. Nach einer intensiven Codierschulung konnten für diese Kategorien auch im ländervergleichenden Reliabilitätstest zufriedenstellende Reliabilitätskoeffizienten erreicht werden (Brennan & Predigers Kappa GK1: 0,87; GK2: 0,70; GK3: 0,68). Die folgenden Analysen beruhen auf insgesamt 9.126 Beiträgen (D = 4.255, A = 2.697, CH = 2.172). Es wurden hierbei die Positionen von Politiker\*innen, die in der Berichterstattung zu Wort kommen, gemessen. Es anzumerken, dass in diesem Fall nicht die Kommentare oder die redaktionelle Linie abgebildet wurden, sondern dass es sich um die Abbildung der politischen Vielfalt im Land als Reaktion auf Sprecher\*innenrollen, die Themen und die Repräsentation von Positionen, welche die von den Redaktionen ausgewählte Sprecher\*innen haben, handelt.

### *Harmonisierung der Messungen:*

Da die Daten für die drei Konfliktlinien (sozio-ökonomisch, politisch-kulturell und globalisierungsbezogene Konfliktlinie jeweils unterschiedlich erhoben und gemessen wurden, ist es notwendig diese zu harmonisieren, um ein Weiterrechnen mit den Daten zu ermöglichen. Nachfolgend werden hierfür die verschiedenen Harmonisierungsansätze erläutert.

#### *Harmonisierung ausgehend von der Erstellung der Milieutypologie*

Der *erste Harmonisierungsvorschlag* orientiert sich an der Umsetzung des Vorgehens bei Kösters und Jandura (2018). Weder die Items der sozioökonomischen noch der politisch - kulturellen Konfliktachse lassen sich statistisch begründet zu einem Punkt-Summen-Index zusammenführen. Dies ist u.a. damit begründet, dass die Items Entscheidungsfragen beinhalten (semantisches Differential) und so keinen eindimensionalen Raum darstellen. Dies wäre dann gegeben, wenn die Zustimmung zu jedem der sechs Positionen auf einer Skala von 1 bis 6 erfasst worden wäre. Daher wurde für die Untersuchung ein normativer Index konstruiert, bei dem die Zustimmung zu marktliberalen Positionen bzw. liberalen Positionen abgetragen wird. Diese Indices können jeweils Werte zwischen „0“ und „3“ annehmen. „0“ heißt, es wurde keiner der Positionen zugestimmt, und bei einem Wert von „3“ wurde allen Positionen zugestimmt. Die Abstufungen bei der Zustimmung bleiben dabei unberücksichtigt. Der Mittelwert dieses Index wird als Positionierung auf der jeweiligen Konfliktachse angesehen.

Der *zweite Harmonisierungsvorschlag* ignoriert die statistischen Bedenken und fasst die Zustimmung zu den jeweiligen Positionen auf der sozioökonomischen und der politisch-kulturellen Konfliktlinie zu einem Index zusammen. Dieser Index ist anders als der vorherige Index-Vorschlag in der Lage die Granularität der Zustimmung zu den Positionen mit abzubilden.

#### *Harmonisierung ausgehend von der Inhaltsanalyse*

Für die Inhaltsanalyse lassen sich die distinkten Werthaltungen auf einer Skala von -100 (alle Werthaltungen entsprechen dem sozialstaatlichen, libertären und internationalen Pol) und 100 (alle Werthaltungen entsprechen dem marktliberalen, autoritären und nationalen Pol) abbilden. In der Befragung wird dieses Kontinuum durch einen Index mit den Skalenwerten

3 (volle Zustimmung bei allen sozialstaatlichen, libertären Positionen) und 18 (volle Zustimmung für alle marktliberalen, autoritären und nationalen Aussagen) repräsentiert. Diese beiden Indices gilt es im Folgenden zu harmonisieren. Hierfür werden die Werte des aus der Befragung stammenden Index so erweitert, dass diese denselben Zahlenraum, wie der aus der Inhaltsanalyse resultierende Index haben und ebenfalls intervallskaliert sind. So wird der Wert „3“ des Index aus der Befragung zum Wert „-100“ recodiert, der Indexwert „18“ zu plus „100“. (Tabelle 2)

*Tabelle 2: Harmonisierung der politischen Grundhaltungen auf der sozio-ökonomischen und der politisch-kulturellen Konfliktlinie*

Befragung	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Harmonisierung	-100	-86,7	-73,4	-60,1	-46,8	-33,5	-20,2	-6,9	6,4	19,7	33
Befragung	14	15	16	17	18						
Harmonisierung	46,3	59,6	72,9	86,2	100						

In ähnlicher Art und Weise erfolgte die Harmonisierung der Indices zwischen Befragung und Inhaltsanalyse für die globalisierungsbezogene Konfliktlinie (Tabelle 3). Hier lag die Bandbreite des Index bei 7 (internationale Positionen und 2x volle Zustimmung bei nationalen Positionen).

*Tabelle 3: Harmonisierung der politischen Grundhaltungen auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie*

Befragung	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Harmonisierung	-100	-91,7	-83,4	-75,1	-66,8	-58,5	-50,2	-41,9	-33,6	-25,3	-17	-8,7	-0,4
Befragung	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Harmonisierung	-7,9	16,2	24,5	32,8	41,1	49,4	57,7	66	74,3	82,6	90,9	100	

### *Alternativer Harmonisierungsvorschlag anhand einer z-Standardisierung*

Als Alternative zu der gewählten Methode wurde zusätzlich der Versuch unternommen, die beiden Messungen über eine z-Standardisierung zu synchronisieren. Bei dieser Methode wird der Abstand vom jeweiligen Mittelwert betrachtet bzw. der Abstand des Wertes zum Mittelwert - allerdings nicht in der Maßeinheit der jeweiligen Skala, sondern basierend auf der durchschnittlichen Streuung dieser Verteilung um den Mittelwert, also der Standardabweichung ebendieser Verteilung (Planing, o.J.). Dazu wird die relative Abweichung berechnet, indem man die Abweichung vom Mittelwert in Einheiten der jeweiligen Standardabweichung darstellt (Planing, o.J.). Hierdurch erhalten Werte unterschiedlicher Skalen ein einheitliches Format (den sogenannten Z-Wert) und können direkt miteinander verglichen werden (Planing, o.J.). Der resultierende Z-Wert ermöglicht somit eine universell interpretierbare Aussage darüber, wie weit ein Wert vom Mittelwert entfernt ist. Bei diesem Harmonisierungsversuch haben sich der Mittelpunkt der untersuchten Medien und der Mittelpunkt der untersuchten politisch-kommunikativen Milieus jeweils verschoben. Durch diese Verschiebung der Mittelpunkte wirkten die untersuchten Medien im Gesamtüberblick weniger dem linken Pol zu gewandt als bei der ersten Harmonisierung. Dieser Sachverhalt ändert zwar nichts an der Grundorientierung, wohl aber daran, wie sich die Medien und die politisch-kommunikativen Milieus bei der Visualisierung in einem Koordinatensystem darstellen lassen.

Es gibt es an dieser Stelle keine einzig richtige Art der Berechnung, da beide Harmonisierungsvorschläge valide sind und es sich vorwiegend um eine Frage der Darstellung handelt. Es wurde jedoch die Harmonisierung ausgehend von der Inhaltsanalyse gewählt, um die Medien und die politisch-kommunikativen Milieus nicht durch eine z-Standardisierung künstlich um einen neuen Mittelpunkt zu gruppieren, welcher einige Medien und Milieus rechter aussehen lässt, als sie es tatsächlich sind.

## 9. Ergebnisse

Bei der Datenauswertung wurde das Konzept der Value Frames angewendet, um die Haltung der Medien darzustellen. Die Medien wurden anhand der drei Konfliktlinien sozio-ökonomisch, politisch-kulturell und globalisierungsbezogen analysiert. Dabei wurden sie zuerst einzeln und dann im intermedialen Vergleich mit den anderen untersuchten Medien betrachtet. Anschließend werden die Medien anhand eines extramedialen Vergleichsmaßstabes betrachtet. Hierzu werden sie in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus gesetzt, um zu überprüfen, ob die Werthaltungen der politisch-kommunikativen Milieus in den Medien repräsentiert sind. Dabei wird die Positionierung der Medien zwischen den anderen Medien und im Vergleich zu den Milieus verorten lassen, sichtbar.

Um die Positionen der Milieus und der politisch-kommunikativen Milieus besser zu veranschaulichen und zu visualisieren, wurden jeweils Grafiken erstellt. Die Medien werden hierbei auf der sozioökonomischen (x-Achse) und der politisch-kulturellen (y-Achse) Konfliktlinien abgebildet, um die Medien in Hinblick auf ihre Positionierung auf diesen Konfliktlinien vergleichen zu können. Das bedeutet je weiter links sich ein Milieu oder ein Medium befindet, desto sozialstaatlicher bzw. je weiter rechts, desto markliberaler ist das Milieu oder Medium eingestellt. Die Werte der politisch-kulturellen Konfliktlinie (y-Achse) wurden zur besseren Übersicht in den Grafiken vorab gespiegelt. Je weiter oben ein Milieu oder Medium sich befindet, desto libertärer, je weiter unten, desto autoritärer sind die Positionen des Milieus oder Mediums. Die Kreise zeigen dabei die Positionen der Milieus an und die Dreiecke die Positionen der Medien. Dies wurde für alle Medien und alle politisch-kommunikativen Milieus, sowie nochmal für jedes Medium einzeln erstellt. Da es in dieser Form leider kaum möglich ist, in dem Koordinatensystem eine dritte Achse, welche in den Raum verläuft, zu integrieren, um die dritte, globalisierungsbezogene Konfliktlinie darzustellen, wurde entschieden, die Darstellung nur anhand von zwei Konfliktlinien vorzunehmen.

## *Tagesschau*

Beginnend mit der *sozioökonomischen Konfliktlinie* wird im Folgenden nun die Forschungsfrage in Bezug auf die Tagesschau untersucht. Es wird untersucht, ob eine Linksverzerrung in der Tagesschau zu beobachten ist. Die Auszählung der Variablen legt offen, dass in der Berichterstattung der Tagesschau im Falle einer möglichen Verortung einer Äußerung eines politischen Akteurs auf der sozioökonomischen Konfliktlinie zu 49 % über eine sozialstaatliche, linke Position und zu 44 % über eine marktliberale, rechte Position berichtet wurde (Tabelle 4). In 7 % der Fälle wurde ambivalent codiert. Das Kontrapositionssaldo zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Positionen liegt bei -5 Prozentpunkten zugunsten des sozialstaatlichen Pols (Tabelle 4). Vor dem Hintergrund des Maßstabs der Gleichverteilung lässt sich daher ableiten, dass keine Linksverzerrung vorliegt, da im annähernd gleichen Umfang über beide Pole der sozioökonomischen Konfliktlinie berichtet wurde. Berücksichtigt man den intermedialen Vergleichsmaßstab, liegt die Tagesschau mit einem Kontrapositionswert von -5 bei den Angeboten, die am wenigsten über linke, sozialstaatliche Positionen berichten (Tabelle 3). Eine Linksverzerrung liegt folglich auch hier nicht vor.

Auch bei der Betrachtung der Tagesschau in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus zeigt sich, dass die Sendung in ihrer Berichterstattung sozialstaatliche Positionen nicht überdurchschnittlich oft aufgreift. Dem medialen Kontrapositionssaldo von -5 PP stehen bei den Milieus sowohl sozialstaatlichere als auch marktliberalere Positionen gegenüber (Tabelle 4). Die Tagesschau befindet sich im direkten Vergleich auf einer mittleren Position, welche dem Milieu der Autoritäts-orientiert, wenig Interessierten mit ebenfalls -5 PP entspricht. Das Milieu der Kritisch Engagierten mit -10 PP sowie das Milieu der Unauffälligen sozialdemokratischen Mitte mit -9 PP positionieren sich sozialstaatlicher als die Tagesschau. Das Milieu der Marktliberal Rechten positioniert sich hingegen mit einem Kontrapositionssaldo von +15 PP deutlich marktliberaler. Veranschaulicht ist das in Abbildung 1, in welcher die Positionen der politisch-kommunikativen Milieus sowie die Position der Tagesschau zu sehen sind (Abbildung 1).

Für die sozioökonomische Konfliktlinie lässt sich daraus schließen, dass die Ergebnisse der Tagesschau bei keinem der angewandten Indikatoren den Schluss einer linksverzerrten Berichterstattung zulassen. Vielmehr kann im Vergleich zu anderen Medien und einigen politisch-kommunikativen Milieus von einer stärkeren Betonung der marktliberalen Perspektive gesprochen werden.

Daraus lässt sich nun eine weitere Erkenntnis ableiten. Da die Tagesschau aus Perspektive einiger Milieus zu links ist und aus Perspektive anderer Milieus zu rechts, scheint die Tagesschau in Summe ausgewogen zu berichten, da sie weder Positionen des linken noch des rechten Pols betont.

Tabelle 4: Verteilung der Konfliktlinien in der Tagesschau

Konfliktlinie	Linker Pol (Sozialstaatlichkeit, Liberalität, Internationalität)	Ambivalent	Rechter Pol (Marktliberalität, Autorität, Nationalität)	Kontra- positionssaldo rechts – links
	%	%	%	PP
sozioökonomisch	49	7	44	-5
politisch-kulturell	-67	-18	-15	52
globalisierungsbezogen	57	9	34	-23

Kontrapositionssalden in Prozentpunkten (PP). Sozioökonomisch und Globalisierungsbezogen: Negative Werte = Überhang sozialstaatlicher bzw. internationaler Positionen. Positive Werte = Überhang marktliberaler bzw. nationaler Positionen. Politisch-kulturell: Negative Werte = Überhang autoritärer Positionen. Positive Werte = Überhang libertärer Positionen. Spannweite: -100 bis +100

Als Nächstes richtet sich der Blick auf die *politisch-kulturelle Konfliktlinie*. Auch für diese Konfliktlinie wird die eben beschriebene Analyselogik angewendet. In 67 % der codierten Positionierungen auf der politisch-kulturellen Konfliktachse werden von den Akteuren in der Berichterstattung liberale Positionen vertreten und in nur 15 % autoritäre Positionen. In 18 % der Fälle wird ambivalent codiert. Subtrahiert man die Prozentanteile der beiden Pole des Grundkonflikts, erhält man einen Saldo von 52 Prozentpunkten zugunsten libertärer Positionen (Tabelle 4). An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Werte der *politisch-kulturellen Konfliktlinie* aus Gründen der besseren Darstellbarkeit gespiegelt wurden, weswegen in diesem Fall der positive Wert einen Überhang zu libertären Positionen kennzeichnet. Wie ist dieser Wert nun vor dem Hintergrund der verschiedenen Vergleichsmaßstäbe einzuordnen? Verfolgt man die Idee der Gleichverteilung ist eine eindeutige Überrepräsentation des linken Wertes der Liberalität zu verzeichnen. Der liberale Pol wurde über 4,5-mal häufiger im Vergleich zum autoritären Pol dargestellt. Auch beim intermediären Maßstab wird deutlich, dass die Tagesschau zu den Medienangeboten zählt, die den liberalen Pol überdurchschnittlich betonen (Tabelle 5).

Sieht man sich die Berichterstattung der Tagesschau in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus an, wird deutlich, dass sich die Sendung auch hier den liberalen Pol überdurchschnittlich betont und sich liberaler positioniert als die anderen Milieus (Tabelle 6). Ihre Position entspricht in diesem Fall Positionen liberaler Milieus wie dem der Unzufriedenen Linken mit einem Kontrapositionssaldo von +49 PP. Alle anderen politisch-kommunikativen Milieus lassen sich rechts der Tagesschau verorten und vertreten insofern in Abstufungen autoritärere Positionen, wie etwa die Kritisch-Engagierten mit +36 PP und die Unauffällige sozialdemokratische Mitte mit +28 PP bis hin zu deutlich autoritäreren Positionen wie die Autoritätsorientierte, Wenig Interessierten mit -20 PP und die Markliberal Rechte mit -30 PP (Abbildung 1).

Zusammenfassend lässt sich für die politisch-kulturelle Konfliktlinie feststellen, dass bei der Annahme der Gleichverteilung der Positionen, dem intermedialen Vergleichsmaßstab und in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus eine Linksverzerrung in der Berichterstattung vorliegt.

*Tabelle 5: Intermedialer Vergleich*

<i>Sozioökonomisch</i>		<i>Politisch-kulturell</i>		<i>Globalisierungsbezogen</i>	
<i>Medium</i>	<i>Kontra- positionssaldo rechts – links</i>	<i>Medium</i>	<i>Kontra- positionssaldo rechts – links</i>	<i>Medium</i>	<i>Kontra- positionssaldo rechts – links</i>
	PP		PP		PP
spiegel.de	-33	Bild	-19	tagesschau.de	-39
tagesschau.de	-30	Spiegel.de	22	FAZ	-33
faz.net	-16	faz.net	27	faz.net	-30
FAZ	-14	Spiegel	32	spiegel.de	-25
t-online.de	-12	tagesschau.de	32	Spiegel	-25
bild.de	-9	Junge Freiheit	32	bild.de	-24
BILD	-8	Bild.de	39	Tagesschau	-23
Tagesschau	-5	t-online.de	43	t-online	-13
Junge Freiheit	0	FAZ	43	Junge Freiheit	-6
Spiegel	0	Tagesschau	52	BILD	3

Kontrapositionssalden in Prozentpunkten (PP). Sozioökonomisch und Globalisierungsbezogen: Negative Werte = Überhang sozialstaatlicher bzw. internationaler Positionen. Positive Werte = Überhang marktliberaler bzw. nationaler Positionen. Politisch-kulturell: Negative Werte = Überhang autoritärer Positionen. Positive Werte = Überhang libertärer Positionen. Spannweite: -100 bis +100

Bei der *globalisierungsbezogenen Konfliktlinie* ist mit einem Anteil von 57 % für die international, integrierenden Positionen im Vergleich zu 34 % für die national, demarkierenden Positionen zu verzeichnen. Es gibt einen Überhang von 23 Prozentpunkten für die linken Positionen (Tabelle 4). Den Maßstab der Gleichverteilung anlegend, müsste man auch hier von einer Linksverzerrung sprechen. Im intermedialen Vergleich mit der Berichterstattung der anderen in der Studie berücksichtigten Medienangebote verschiedener Mediengattungen liegt dieser Überhang von 23 Prozentpunkten zu Gunsten linker Positionen im Mittelfeld. Die Berichterstattung der Tagesschau ist bei diesem Indikator maßstabgetreu, also weder links- noch rechtsverzerrt (Tabelle 5).

Stellt man an die Darstellung der Tagesschau anschließend in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus zeigt sich, dass die Sendung internationale Positionen mehr betont als die meisten politisch-kommunikativen Milieus. Ihre Position entspricht in diesem Fall mit einem Kontrapositionssaldo von -23 Prozentpunkten dem der Unauffälligen Sozialdemokratischen Mitte. Einzig das Milieu der Kritisch Engagierten ist mit -32,09 PP weiter links angesiedelt und vertritt noch internationalere Positionen. Die Autoritätsorientiert, wenig Interessierten sind mit -1 PP weiter rechts und die Marktliberal Rechten vertreten mit +12 PP deutlich nationalere Positionen (Tabelle 6). Aus Sicht dieser Milieus wirkt die Berichterstattung der Tagesschau auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie linksverzerrt (Abbildung 2).

Tabelle 6: Vergleiche mit politisch-kommunikativen Milieus

<i>Sozioökonomisch</i>		<i>Politisch-kulturell</i>		<i>Globalisierungsbezogen</i>	
<i>Milieu</i>	<i>Kontra- positionssaldo rechts – links</i>	<i>Milieu</i>	<i>Kontra- positions- saldo rechts – links</i>	<i>Milieu</i>	<i>Kontra- positions- saldo rechts – links</i>
	PP		PP		PP
Unzufriedene Linke	-11	Marktliberal Rechte	-30	Kritisch Engagierte	-32
Kritisch Engagierte	-9	Sozialautoritäre	-27	Unauffällige Sozial- demokratische Mitte	-23
Staats skeptische Individualisten	-9	Engagierte Konservative	-26	Gemäßigt Marktautoritäre	-20
Unauffällige Sozialdemokratische Mitte	-9	Autoritätsorientiert, Wenig Interessierte	-20	Staats skeptische Individualisten	-16
Sozialautoritäre	-8	Autoritäre Mitte	-16	Unzufriedene Linke	-15
Autoritätsorientiert, Wenig Interessierte	-5	Gemäßigt Marktautoritäre	20	Prekär-Distanzierte	-7
Autoritäre Mitte	-4	Staats skeptische Individualisten	22	Autoritäre Mitte	-2
Prekär-Distanzierte	-2	Prekär-Distanzierte	27	Autoritätsorientiert, Wenig Interessierte	-1
Marktorientiert Involvierte	5	Unauffällige Sozialdemokratische Mitte	28	Engagierte Konservative	2
Gemäßigt Marktautoritäre	6	Kritisch Engagierte	36	Marktorientiert Involvierte	3
Engagierte Konservative	12	Marktorientiert Involvierte	39	Marktliberal Rechte	12
Marktliberal Rechte	15	Unzufriedene Linke	49	Sozialautoritäre	28

Kontrapositionssalden in Prozentpunkten (PP). Sozioökonomisch und Globalisierungsbezogen: Negative Werte = Überhang sozialstaatlicher bzw. internationaler Positionen. Positive Werte = Überhang marktliberaler bzw. nationaler Positionen. Politisch-kulturell: Negative Werte = Überhang autoritärer Positionen. Positive Werte = Überhang libertärer Positionen. Spannweite: -100 bis +100

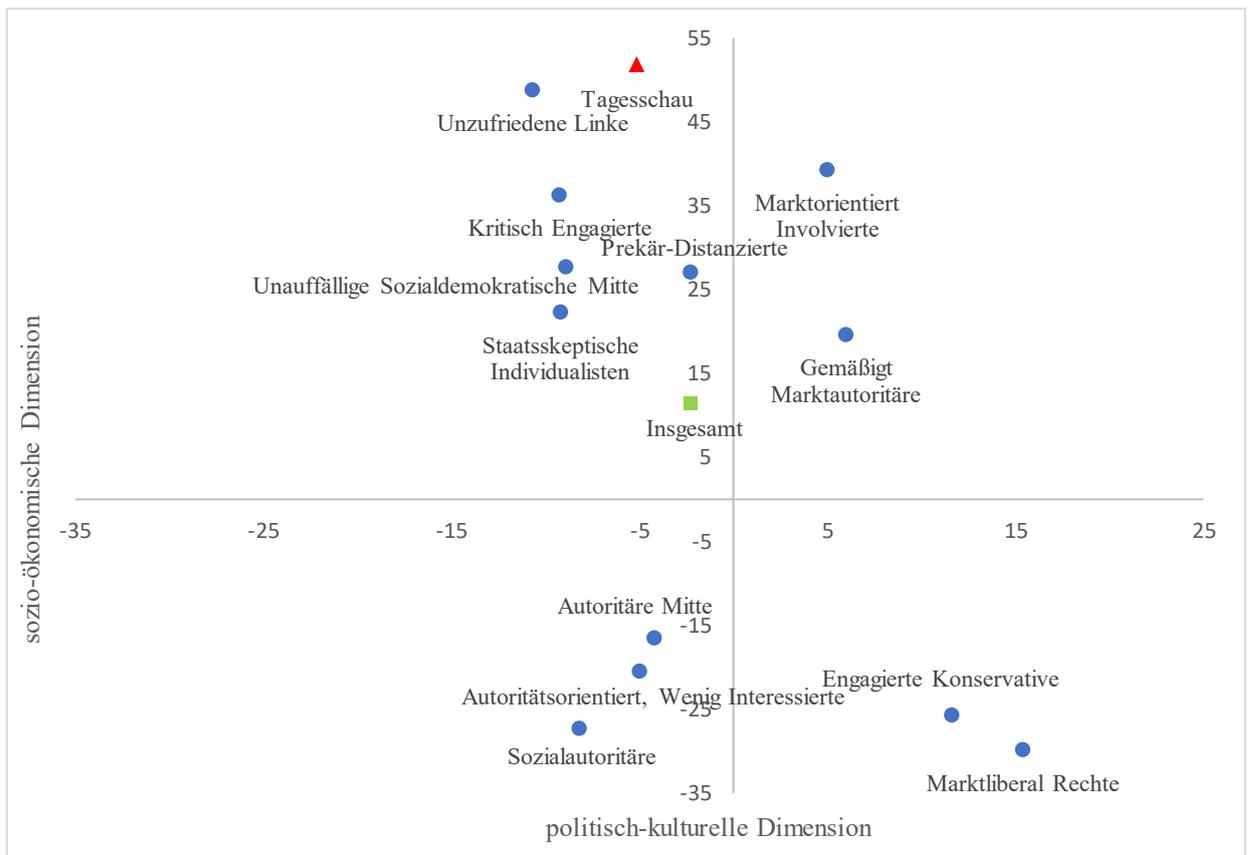


Abbildung 2: Vergleich der Tagesschau mit den politisch-kommunikativen Milieus.

Beginnend mit der *sozioökonomischen Konfliktlinie* wird im Folgenden nun das Medium tagesschau.de untersucht. Die Auszählung der Variablen zeigt, dass in der Berichterstattung auf tagesschau.de im Falle einer möglichen Verortung einer Äußerung eines politischen Akteurs auf der sozioökonomischen Konfliktlinie zu 59 % über eine sozialstaatliche, linke Position und zu 30 % über eine marktliberale, rechte Position berichtet wurde (Tabelle 7). In 11 % der Fälle wurde ambivalent codiert. Das Kontrapositionssaldo zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Positionen liegt bei -30 Prozentpunkten zugunsten des linken Pols (Tabelle 7). Vor dem Hintergrund des Maßstabs der Gleichverteilung lässt sich daher interpretieren, dass eine Neigung zu linken Positionen vorliegt, da vermehrt über den linken Pol der sozioökonomischen Konfliktlinie berichtet wurde. Berücksichtigt man den intermedialen Vergleichsmaßstab liegt tagesschau.de mit einem Kontrapositionswert von -30 PP bei den Angeboten, die am meisten über linke, sozialstaatliche Positionen berichten (Tabelle 5). Nur der Spiegel berichtet mit -33 PP noch sozialstaatlicher. Es kann folglich von einer Linksverzerrung gesprochen werden.

Auch bei der Betrachtung von tagesschau.de in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus zeigt sich, dass die Sendung in ihrer Berichterstattung sozialstaatliche Positionen überdurchschnittlich hoch aufgreift. In Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus ist tagesschau.de sozialstaatlicher eingestellt als alle anderen Milieus. Mit einem medialen Kontrapositionssaldo von -30 PP ist die Plattform zudem auch linker einzuordnen als die Sendung der Tagesschau selbst (-5 PP) und als das Milieu der Unzufriedenen Linken mit -11 PP und den Kritisch Engagierten mit -9 PP (Tabelle 3). Gerade aus Sicht der deutlich weiter rechts verorteten Milieus wie den Marktliberal Rechten mit (+15 PP) wirkt die Berichterstattung auf tagesschau.de linksverzerrt (Abbildung 2). Doch auch Milieus wie die Autoritätsorientiert, Wenig Interessierten (-5 PP) sind marktliberaler positioniert und nehmen die Inhalte auf tagesschau.de tendenziell linksverzerrt wahr.

Für die sozioökonomische Konfliktlinie lässt sich daraus schließen, dass die Ergebnisse von tagesschau.de bei den angewandten Indikatoren der Verteilung der Konfliktlinien und unter Annahme der Gleichverteilung der Positionen von einer Linksverzerrung gesprochen werden kann. Auch im intermedialen Vergleich und in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus kann der Schluss einer linksverzerrten Berichterstattung zugelassen werden.

Tabelle 7: Verteilung der Konfliktlinien auf tagesschau.de

Konfliktlinie	Linker Pol (Sozialstaatlichkeit, Liberalität, Internationalität)	Ambivalent	Rechter Pol (Marktliberalität, Autorität, Nationalität)	Kontra- positionssaldo rechts – links
	%	%	%	PP
sozioökonomisch	59	11	30	-30
politisch-kulturell	-63	-6	-31	32
globalisierungsbezogen	64	11	26	-38

Kontrapositionssalden in Prozentpunkten (PP). Sozioökonomisch und Globalisierungsbezogen: Negative Werte = Überhang sozialstaatlicher bzw. internationaler Positionen. Positive Werte = Überhang marktliberaler bzw. nationaler Positionen. Politisch-kulturell: Negative Werte = Überhang autoritärer Positionen. Positive Werte = Überhang libertärer Positionen. Spannweite: -100 bis +100

Als Nächstes richtet sich der Blick auf die *politisch-kulturelle Konfliktlinie*. In 63% der codierten Positionierungen auf der politisch-kulturellen Konfliktachse werden von den Akteuren in der Berichterstattung liberale Positionen vertreten und in 31% autoritäre Positionen. In 6% der Fälle wird ambivalent codiert. Subtrahiert man die Prozentanteile der beiden Pole des Grundkonflikts, erhält man einen Saldo von +32 Prozentpunkten zugunsten libertärer Positionen (Tabelle 7). An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Werte der *politisch-kulturellen Konfliktlinie* aus Gründen der besseren Darstellbarkeit gespiegelt wurden, weswegen der positive Wert hier für einen Überhang zugunsten libertärer Positionen spricht. Verfolgt man die Idee der Gleichverteilung ist eine Tendenz zu linken Werten der Liberalität zu verzeichnen. Betrachtet man dies anhand des intermedialen Maßstabes zeigt sich, dass tagesschau.de mit +32 PP eine Position im Mittelfeld zwischen den anderen Medien, dennoch aber mit Tendenz zu liberalen Positionen, einnimmt (Tabelle 5). Es gibt sowohl Medien die deutlich weiter links, wie etwa die Tagesschau mit +52 PP, und Milieus, die deutlich weiter rechts, wie etwa die Bild Zeitung mit -19 PP, positioniert sind.

Betrachtet man die Berichterstattung von tagesschau.de in Relation zu den politik-kommunikativen Milieus, wird deutlich, dass die Plattform hier auch mittige, mit Tendenz zu liberalen Positionen vertritt (Tabelle 6). Sie lässt sich dabei ungefähr der Position des Milieus der Kritisch Engagierte mit einem Kontrapositionssaldo von +36 PP zuordnen. Die meisten Milieus vertreten autoritärere Positionen, wie etwa die Autoritätsorientiert, wenig

Interessierte mit -20 PP und die Marktliberal Rechten mit -30 PP. Aus deren Sicht wirkt die Position von tagesschau.de auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie linksverzerrt (Abbildung 2). Dennoch gibt es ein paar Milieus, die liberalere Positionen vertreten. Es kann von einer Neigung zu linken Positionen, nicht aber von einer Überbetonung dieser gesprochen werden.

Zusammenfassend lässt sich für die politisch-kulturelle Konfliktlinie feststellen, dass bei der Annahme der Gleichverteilung der Positionen von einer Linksverzerrung auf der Plattform tagesschau.de gesprochen werden kann, bei dem intermedialen Vergleichsmaßstab und in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus jedoch keine Linksverzerrung vorliegt.

Bei der *globalisierungsbezogenen Konfliktlinie* ist ein Anteil von 64% für die international integrierenden Positionen und ein Anteil von 26% für die national, demarkierenden Positionen zu verzeichnen. In 11% der Fälle wurde ambivalent berichtet. Es gibt einen Überhang von -38 Prozentpunkten für die linken Positionen (Tabelle 7). Den Maßstab der Gleichverteilung anlegend, müsste man auch hier von einer Linksverzerrung sprechen. Im intermedialen Vergleich mit der Berichterstattung der anderen in der Studie berücksichtigten Medienangebote verschiedener Mediengattungen betont tagesschau.de mit einem Kontrapositionssaldo von -39 PP ganz klar internationale Positionen. Sie ist damit linker positioniert als alle anderen Medien. Die Berichterstattung der Tagesschau kann bei diesem Indikator als linksverzerrt beschrieben werden (Tabelle 5).

Stellt man an die Darstellung von tagesschau.de nun in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus zeigt sich, dass die Plattform auch in diesem Kontext internationale Positionen überbetont (Tabelle 6). Sie positioniert sich auch hier linker und damit internationaler als die politisch-kommunikativen Milieus, weswegen die Berichterstattung auf tagesschau.de auf der *globalisierungsbezogenen Konfliktlinie* als linksverzerrt beschrieben werden kann (Abbildung 2).

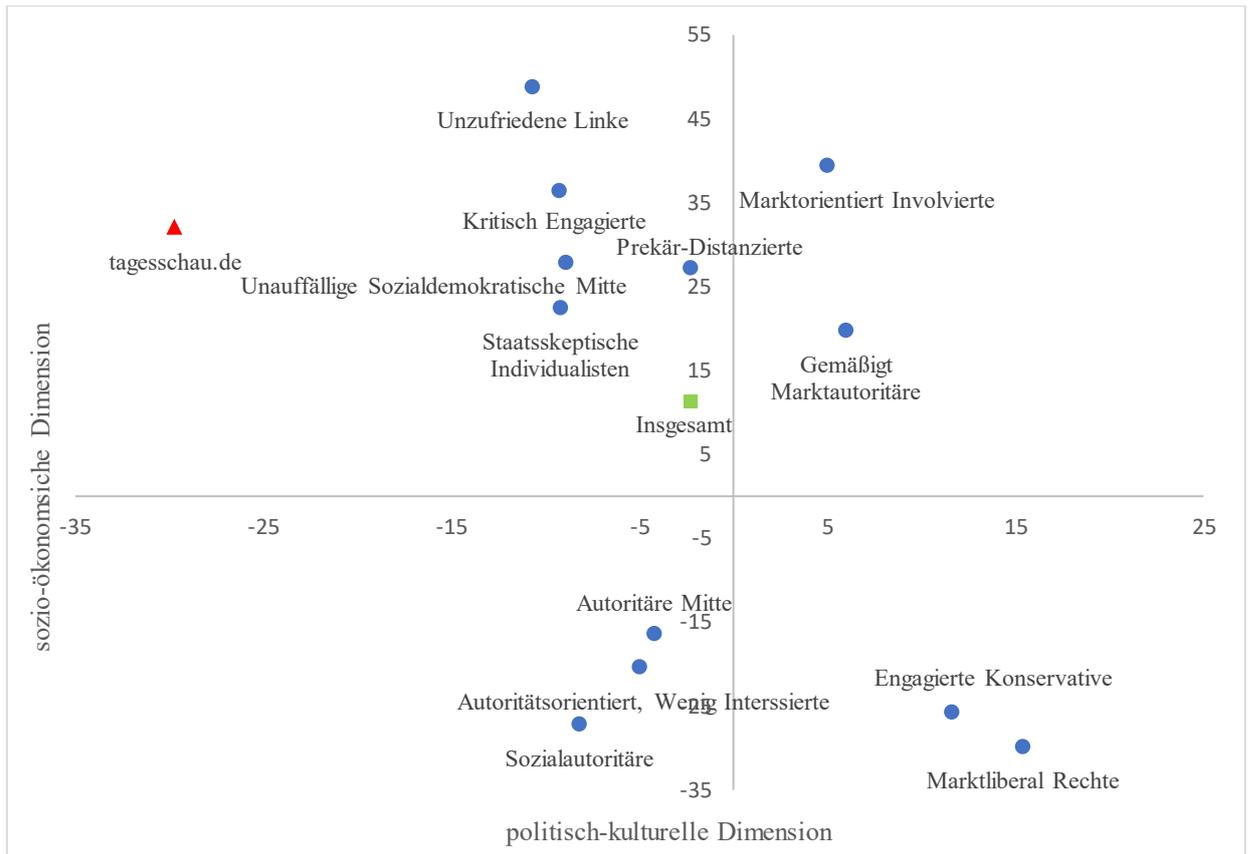


Abbildung 3: Vergleich von tagesschau.de mit den politisch-kommunikativen Milieus.

## *Bild Zeitung*

Beginnend mit der *sozioökonomischen Konfliktlinie* wird im Folgenden nun die Forschungsfrage in Bezug auf die Bild Zeitung untersucht. Die Auszählung der Variablen legt offen, dass in der Berichterstattung der Bild Zeitung im Falle einer möglichen Verortung einer Äußerung eines politischen Akteurs auf der sozioökonomischen Konfliktlinie zu 50% über eine sozialstaatliche, linke Position und zu 42 % über eine marktliberale, rechte Position berichtet wurde (Tabelle 8). In 8% der Fälle wurde ambivalent codiert. Das Kontrapositionssaldo zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Positionen liegt bei -8 Prozentpunkten zugunsten des sozialstaatlichen Pols (Tabelle 8). Vor dem Hintergrund des Maßstabs der Gleichverteilung lässt sich daher schlussfolgern, dass keine Linksverzerrung vorliegt, da im annähernd gleichen Umfang über beide Pole der sozioökonomischen Konfliktlinie berichtet wurde. Berücksichtigt man den intermedialen Vergleichsmaßstab liegt die Bild mit einem Kontrapositionswert von -8 PP mittig zwischen anderen Medien positioniert, mit einer leichten Tendenz zu sozialstaatlichen Positionen (Tabelle 5). Eine Linksverzerrung liegt hier folglich nicht vor.

Auch bei der Betrachtung der Bild Zeitung in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus zeigt sich, dass die Zeitung in ihrer Berichterstattung sozialstaatliche Positionen aufgreift und sich bei dem Milieu der Sozialautoritären (-8 PP) verorten lässt (Tabelle 6). Auch die Milieus mit den sozialstaatlichsten Positionen, die Unzufriedene Linke mit -11 PP sowie die Kritisch Engagierten und Unauffälligen sozialdemokratischen Mitte mit je -9 PP, weisen einen nur minimal höheren Wert auf. Das Milieu der Autoritäts-orientiert, wenig Interessierten (-5 PP) und das Milieu der Marktliberal Rechten (+15 PP) sind deutlich rechter positioniert und vertreten entsprechend marktliberalerer Positionen (Abbildung 3). Für die sozioökonomische Konfliktlinie lässt sich daraus schließen, dass die Ergebnisse der Bild Zeitung bei keinem der angewandten Indikatoren den Schluss einer linksverzerrten Berichterstattung zulassen.

Tabelle 8: Verteilung der Konfliktlinien in der Bild Zeitung

Konfliktlinie	Linker Pol (Sozialstaatlichkeit, Liberalität, Internationalität)	Ambivalent	Rechter Pol (Marktliberalität, Autorität, Nationalität)	Kontra- positionssaldo rechts – links
	%	%	%	PP
sozioökonomisch	50	8	42	-8
politisch-kulturell	-39	-3	-58	-19
globalisierungsbezogen	43	11	46	3

Kontrapositionssalden in Prozentpunkten (PP). Sozioökonomisch und Globalisierungsbezogen: Negative Werte = Überhang sozialstaatlicher bzw. internationaler Positionen. Positive Werte = Überhang marktliberaler bzw. nationaler Positionen. Politisch-kulturell: Negative Werte = Überhang autoritärer Positionen. Positive Werte = Überhang libertärer Positionen. Spannweite: -100 bis +100

Als Nächstes richtet sich der Blick auf die *politisch-kulturelle Konfliktlinie*. In der Berichterstattung der Bild Zeitung wurde im Falle einer möglichen Verortung einer Äußerung eines politischen Akteurs auf der sozioökonomischen Konfliktlinie zu 39% über eine sozialstaatliche, linke Position und zu 58 % über eine marktliberale, rechte Position berichtet (Tabelle 8). In 3% der Fälle wurde ambivalent codiert. Das Kontrapositionssaldo zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Positionen liegt bei -19 Prozentpunkten zugunsten des autoritären Pols (Tabelle 8). Verfolgt man dem Prinzip der Gleichverteilung ist hier eine Betonung rechter, autoritärer Werte zu verzeichnen. Auch beim intermediären Maßstab wird deutlich, dass die Bild Zeitung zu denjenigen Medienangeboten zählt, die den autoritären Pol überdurchschnittlich betonen (Tabelle 5). Sie liegt mit einem Kontrapositionssaldo von -19 PP deutlich rechts von allen anderen betrachteten Medien positioniert.

Betrachtet man die Berichterstattung der Bild Zeitung in Relation zu den politik-kommunikativen Milieus, wird deutlich, dass sich die Zeitung auch hier am autoritären Rand einordnen lässt (Tabelle 6). Ihre Position entspricht der der Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-20 PP). Die Engagierten Konservativen (-26 PP) und die Marktliberal Rechten (-30 PP) vertreten noch autoritärere Positionen. Die Unauffällige sozialdemokratische Mitte (+28 PP) hingegen ist deutlich liberaler eingestellt (Abbildung 3).

Zusammenfassend lässt sich für die politisch-kulturelle Konfliktlinie der Bild Zeitung feststellen, dass bei keinem der Indikatoren eine Linksverzerrung vorliegt, tatsächlich kann im Kontext des intermedialen Vergleichs und in Relation zu den Milieus sogar von einer Rechtsverzerrung gesprochen werden.

Bei der Betrachtung der *globalisierungsbezogenen Konfliktlinie* wurde in der Bild Zeitung im Falle einer möglichen Verortung einer Äußerung eines politischen Akteurs zu 43% über eine sozialstaatliche, linke Position und zu 46% über eine marktliberale, rechte Position berichtet (Tabelle 8). In 11% der Fälle wurde ambivalent codiert. Das Kontrapositionssaldo zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Positionen liegt bei +3 Prozentpunkten zugunsten des nationalen Pols (Tabelle 8). Den Maßstab der Gleichverteilung anlegend lässt sich folgern, dass keine Verzerrung vorliegt, da im annähernd gleichen Umfang über beide Pole der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie berichtet wurde. Im Intermedialen Vergleich mit der Berichterstattung der anderen in der Studie berücksichtigten Medienangebote verschiedener Mediengattungen zeichnet sich für die Bild Zeitung mit einem Kontrapositionssaldo von +3 PP eine Tendenz zu nationalen Positionen ab (Tabelle 5).

In Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus zeigt sich, dass die Zeitung sich bei nationalen Positionen betonenden Milieus wie den Engagierten Konservativen mit +2 PP einordnen lässt (Tabelle 6). Die Marktliberal Rechten (+12 PP) betonen nationale Positionen überdurchschnittlich und sind daher noch rechts der Bild verortet. Die Kritisch Engagierten (-32 PP) und die Unauffällige sozialdemokratische Mitte (-23 PP) positionieren sich klar links der Bild Zeitung und vertreten internationale Positionen (Abbildung 3).

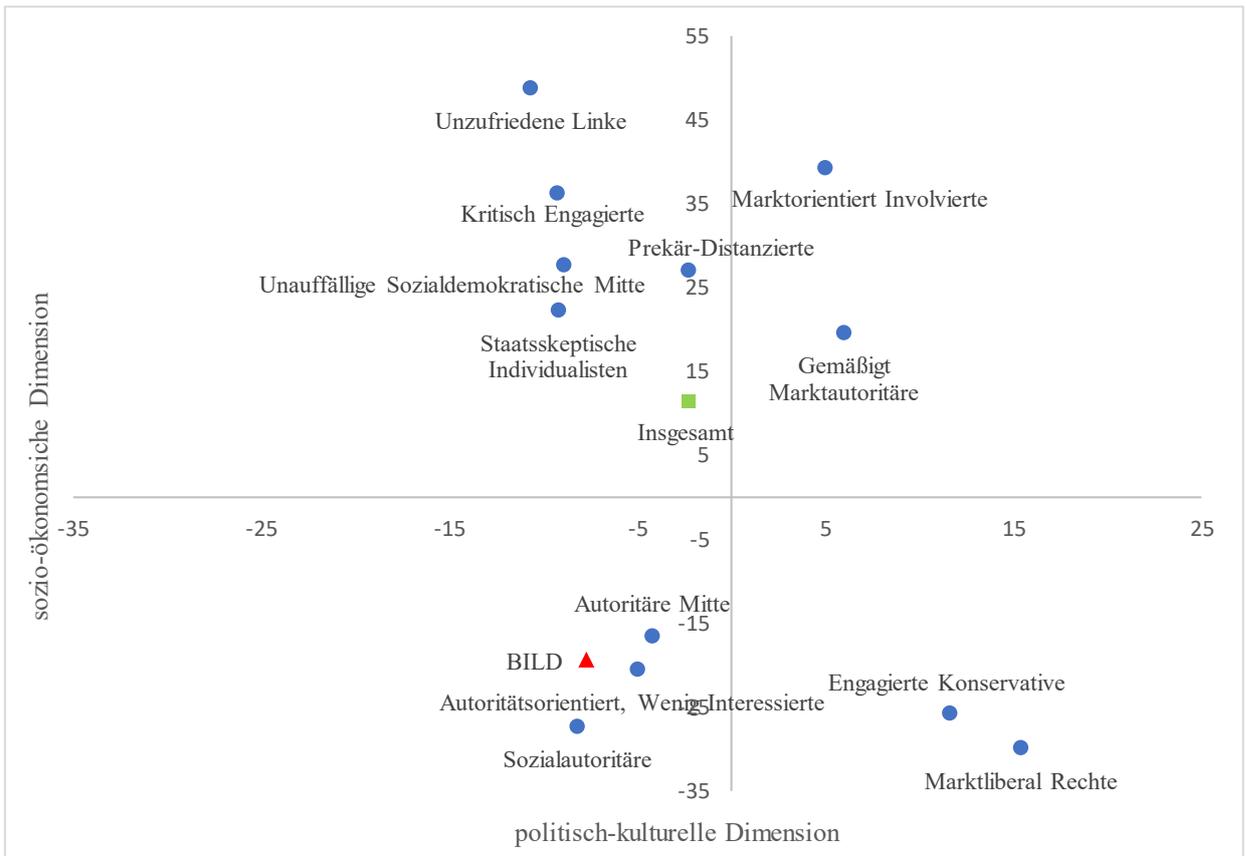


Abbildung 4: Vergleich der Bild Zeitung mit den politisch-kommunikativen Milieus.

*bild.de*

Bei der Auszählung der Variablen für bild.de zeigt sich, dass in der Berichterstattung im Falle einer möglichen Verortung einer Äußerung eines politischen Akteurs auf der *sozioökonomischen Konfliktlinie* zu 53% über eine sozialstaatliche, linke Position und zu 44% über eine marktliberale, rechte Position berichtet wurde (Tabelle 9). In 3% der Fälle wurde ambivalent codiert. Das Kontrapositionssaldo zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Positionen liegt bei -9 Prozentpunkten zugunsten des erstgenannten Pols (Tabelle 9). Vor dem Hintergrund des Maßstabs der Gleichverteilung lässt sich schlussfolgern, dass keine Verzerrung vorliegt, da im annähernd gleichen Umfang über beide Pole der *sozioökonomischen Konfliktlinie* berichtet wurde. Berücksichtigt man den intermediären Vergleichsmaßstab liegt die Bild.de mit einem Kontrapositionswert von -9 PP ähnlich positioniert wie die Bild Zeitung (-8 PP): mittig mit einer leichten Tendenz zu sozialstaatlichen Positionen (Tabelle 5). Eine linksverzerrte Berichterstattung liegt hier folglich nicht vor.

Auch bei der Betrachtung von bild.de in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus zeigt sich (Tabelle 6), dass die Plattform in ihrer Berichterstattung sozialstaatliche Positionen aufgreift und sich bei den Milieus der Kritisch Engagierten und der Unauffälligen sozialdemokratischen Mitte mit je -9 PP verorten lässt (Abbildung 4). Für die *sozioökonomische Konfliktlinie* lässt sich daraus schließen, dass die Ergebnisse von bild.de genau wie bei der Bild Zeitung bei keinem der angewandten Indikatoren den Schluss einer linksverzerrten Berichterstattung zulassen.

*Tabelle 9: Verteilung der Konfliktlinien auf bild.de*

Konfliktlinie	Linker Pol (Sozialstaatlichkeit, Liberalität, Internationalität)	Ambivalent	Rechter Pol (Marktliberalität, Autorität, Nationalität)	Kontra- positionssaldo rechts – links
	%	%	%	PP
sozioökonomisch	53	3	44	-9
politisch-kulturell	-66	-7	-27	39
globalisierungsbezogen	56	11	32	-24

Kontrapositionssalden in Prozentpunkten (PP). Sozioökonomisch und Globalisierungsbezogen: Negative Werte = Überhang sozialstaatlicher bzw. internationaler Positionen. Positive Werte = Überhang marktliberaler bzw. nationaler Positionen. Politisch-kulturell: Negative Werte = Überhang autoritärer Positionen. Positive Werte = Überhang libertärer Positionen. Spannweite: -100 bis +100

Bei der Betrachtung der *politisch-kulturellen Konfliktlinie* wird nun der Unterschied zwischen der Bild Zeitung und bild.de deutlich. In 66% der codierten Positionierungen auf der politisch-kulturellen Konfliktachse werden von den Akteuren in der Berichterstattung liberale Positionen vertreten und in nur 27% autoritäre Positionen (Tabelle 9). In 7% der Fälle wird ambivalent codiert. Subtrahiert man die Prozentanteile der beiden Pole des Grundkonflikts, erhält man einen Saldo von + 39 Prozentpunkten zugunsten libertärer Positionen (Tabelle 9). Verfolgt man die Idee der Gleichverteilung ist eine Überrepräsentation des linken Wertes der Liberalität zu verzeichnen. Während die Bild Zeitung mit einem Kontrapositionssaldo von -19 PP im autoritären Bereich angesiedelt ist, findet sich bild.de mit +39 PP im liberalen Bereich wieder. Im intermedialen Vergleich lässt sich bild.de hier als mittig links verorten mit einer Tendenz zu linken Positionen. Es lässt sich jedoch keine linksverzerrte Berichterstattung feststellen (Tabelle 5).

Setzt man bild.de nun in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus entspricht das den Positionen linker Milieus wie dem der Marktorientiert Involvierten mit +39 PP (Tabelle 6). Nur das Milieu der Unzufriedenen Linken (+49 PP) ist noch liberaler eingestellt. Für Milieus wie die Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-20 PP), die Engagierten Konservativen (-26 PP) und vor allem für die Markliberal Rechte (-30 PP) ist die Position von bild.de auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie linksverzerrt (Abbildung 4).

Zusammenfassend lässt sich für bild.de feststellen, dass auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie in Hinblick auf die Gleichverteilung und den medienexternen Vergleichsmaßstab von einer Linksverzerrung von bild.de gesprochen werden kann.

In Bezug auf die *globalisierungsbezogenen Konfliktlinie* wurden auf bild.de in 56% der codierten Positionierungen von den Akteuren in der Berichterstattung liberale Positionen und in nur 32% autoritäre Positionen vertreten (Tabelle 9). In 11% der Fälle wird ambivalent codiert. Subtrahiert man die Prozentanteile der beiden Pole des Grundkonflikts, erhält man einen Saldo von + 39 Prozentpunkten zugunsten libertärer Positionen (Tabelle 9). Mit einem Kontrapositionssaldo von -24 Prozentpunkten zeigt sich ein Überhang für die linken Positionen (Tabelle 6). Den Maßstab der Gleichverteilung anlegend, müsste man hier von einer Linksverzerrung sprechen. Im Intermedialen Vergleich mit der Berichterstattung der anderen in der Studie berücksichtigten Medienangebote verschiedener Mediengattungen lässt sich bild.de mit einem Kontrapositionssaldo von -24 PP im Mittelfeld mit Tendenz zugunsten internationaler Positionen einordnen (Tabelle 5).

In Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus zeigt sich allerdings, dass die Plattform internationale Positionen betont. Das entspricht der Position des Milieus der Unauffällige sozialdemokratische Mitte mit -23 PP (Tabelle 6). Nur das Milieu der Kritisch Engagierten weist mit -32 PP noch internationalere Positionen auf. Hier kann also aus Sicht der anderen Milieus von einer Linksverzerrung gesprochen werden (Abbildung 4).

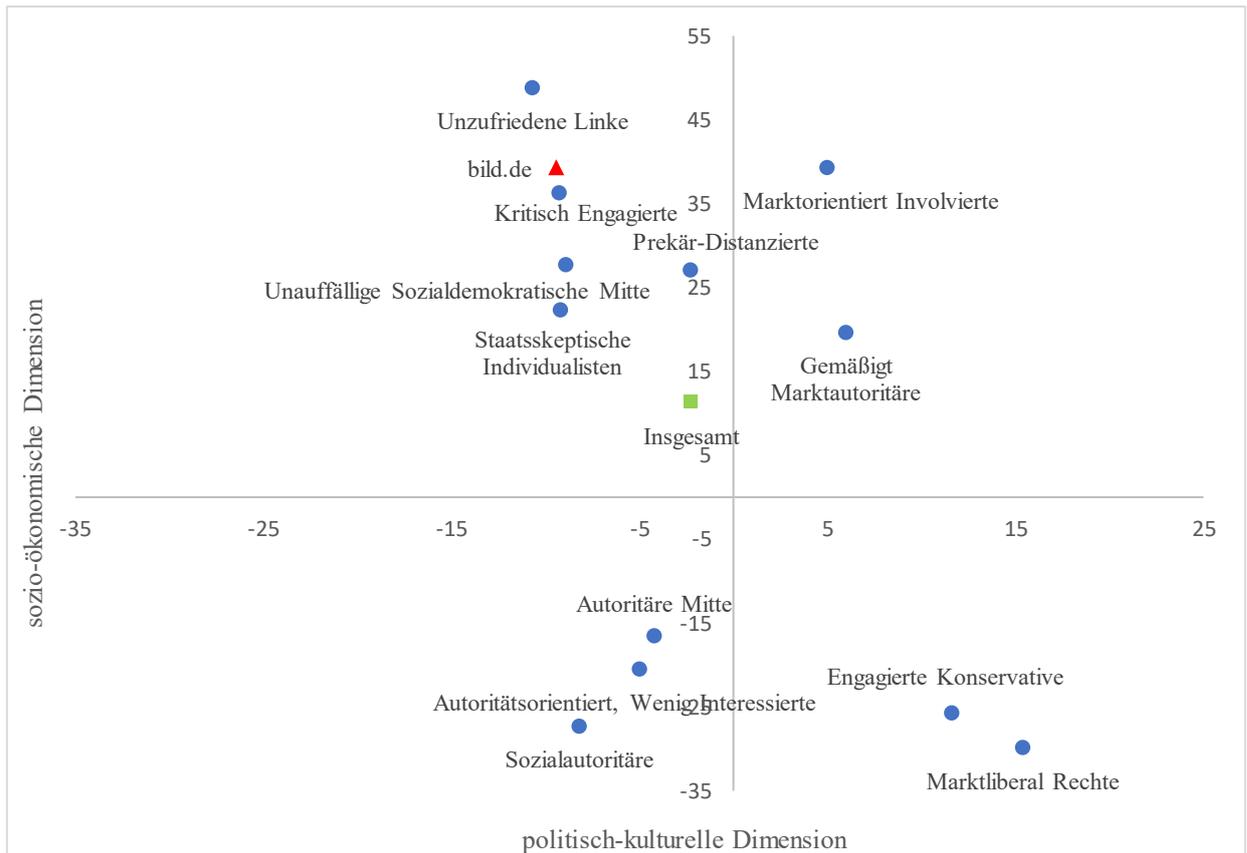


Abbildung 5: Vergleich von bild.de mit den politisch-kommunikativen Milieus.

### *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

Beginnend mit der *sozioökonomischen Konfliktlinie* zeigt sich bei der Auszählung der Variablen für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, dass in der Berichterstattung im Falle einer möglichen Verortung einer Äußerung eines politischen Akteurs auf der sozioökonomischen Konfliktlinie zu 54 % über eine sozialstaatliche, linke Position und zu 39% über eine marktliberale, rechte Position berichtet wurde (Tabelle 10). In 7% der Fälle wurde ambivalent codiert. Das Kontrapositionssaldo zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Positionen liegt bei -14 Prozentpunkten zugunsten des linken Pols (Tabelle 10). Vor dem Hintergrund des Maßstabs der Gleichverteilung lässt sich von einer leichten Betonung linker Positionen sprechen. Betrachtet man die Frankfurter Allgemeine Zeitung im intermedialen Vergleich, liegt sie mit einem Kontrapositionswert von -14 PP mittig links zwischen anderen Medien positioniert, mit einer Tendenz zu sozialstaatlichen Positionen (Tabelle 5). Eine Linksverzerrung liegt entsprechend nicht vor.

Bei der Betrachtung der Frankfurter Allgemeine Zeitung in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus zeigt sich allerdings, dass die Zeitung in ihrer Berichterstattung sozialstaatliche Positionen überdurchschnittlich oft aufgreift (Tabelle 6). Sie ist links von allen Milieus positioniert und vertritt damit sozialstaatlichere Positionen als die Milieus. Am nächsten steht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung das Milieu der Unzufriedenen Linken mit -11 PP sowie das Milieu der Kritisch Engagierten mit -9 PP. Die Milieus der Unauffälligen sozialdemokratischen Mitte (-9 PP), der Autoritäts-orientiert, wenig Interessierten (-5 PP) sind rechter und das Milieu der Marktliberal Rechten (+15 PP) sogar deutlich weiter rechts positioniert. Sie vertreten entsprechend marktliberalere Positionen als die Frankfurter Allgemeine Zeitung (Abbildung 5). Für die sozioökonomische Konfliktlinie lassen die Ergebnisse der Frankfurter Allgemeinen Zeitung beim Indikator des Vergleiches mit den politisch-kommunikativen Milieus den Schluss einer linksverzerrten Berichterstattung zu.

Tabelle 10: Verteilung der Konfliktlinien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Konfliktlinie	Linker Pol (Sozialstaatlichkeit, Liberalität, Internationalität)	Ambivalent	Rechter Pol (Marktliberalität, Autorität, Nationalität)	Kontra- positionssaldo rechts – links
	%	%	%	PP
sozioökonomisch	54	7	39	-14
politisch-kulturell	-68	-7	-25	43
globalisierungsbezogen	62	9	29	-33

Kontrapositionssalden in Prozentpunkten (PP). Sozioökonomisch und Globalisierungsbezogen: Negative Werte = Überhang sozialstaatlicher bzw. internationaler Positionen. Positive Werte = Überhang marktliberaler bzw. nationaler Positionen. Politisch-kulturell: Negative Werte = Überhang autoritärer Positionen. Positive Werte = Überhang libertärer Positionen. Spannweite: -100 bis +100

Mit Blick auf die *politisch-kulturelle Konfliktlinie* lässt sich für die Frankfurter Allgemeine Zeitung feststellen, dass in 68% der Fälle von den Akteuren in der Berichterstattung liberale Positionen und in nur 25% autoritäre Positionen vertreten werden (Tabelle 10). Auch hier wird in 7% der Fälle ambivalent codiert. Es lässt sich zudem ein Überhang von +43 Prozentpunkten zugunsten libertärer Positionen verzeichnen (Tabelle 10). In Hinblick auf die Gleichverteilung ist von einer Überrepräsentation des linken Wertes der Liberalität zu sprechen. Auch beim intermedialen Vergleichsmaßstab wird deutlich, dass die Frankfurter Allgemeine Zeitung zu denjenigen Medienangeboten zählt, die den liberalen Pol überdurchschnittlich betont (Tabelle 5). Sie liegt mit einem Kontrapositionssaldo von +43 PP zusammen mit der Tageschau (+52 PP) deutlich links von allen anderen betrachteten Medien positioniert.

Betrachtet man die Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung nun in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus, zeigt sich, dass sich die Zeitung auch hier am liberalen Rand einordnen lässt (Tabelle 6). Die Unauffälligen Sozialdemokraten (+28 PP) und die Kritisch Engagierten (+36 PP) rangieren ebenfalls im liberalen Spektrum. Das Milieu der Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-20 PP) und die Marktliberal Rechten (-30) vertreten deutlich autoritärere Positionen (Abbildung 5).

Zusammenfassend lässt sich für die politisch-kulturelle Konfliktlinie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung feststellen, dass auch bei diesem Indikator von einer Linksverzerrung gesprochen werden kann – zumindest aus Sicht einiger Milieus.

Bei der Auszählung der Variablen auf der *globalisierungsbezogenen Konfliktlinie* zeigt sich, dass in 62% der codierten Positionierungen von den Akteuren in der Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung liberale Positionen und in nur 29% autoritäre Positionen vertreten wurden (Tabelle 10). In 9% der Fälle wird ambivalent codiert. Subtrahiert man die Prozentanteile der beiden Pole des Grundkonflikts, erhält man einen Saldo von -33 Prozentpunkten zugunsten internationaler Positionen (Tabelle 10). Den Maßstab der Gleichverteilung anlegend, müsste man hier von einer Linksverzerrung sprechen. Im Intermedialen Vergleich mit der Berichterstattung der anderen in der Studie berücksichtigten Medienangebote verschiedener Mediengattungen zeichnet sich für die Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit einem Kontrapositionssaldo von -33 PP ebenfalls ein klares Bild der Betonung internationaler Positionen ab (Tabelle 5). Nur auf tagesschau.de (-39 PP) finden sich noch internationalere Positionen.

Beim Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus zeigt die Frankfurter Allgemeine Zeitung ebenfalls eine starke Überbetonung internationaler Positionen und lässt sich beim Milieu der Kritisch Engagierten mit einem Kontrapositionssaldo von -32 PP einordnen (Tabelle 6). Die Frankfurter Allgemeinen Zeitung lässt vermehrt Akteure zu Wort kommen, die linkere Positionen als die Unauffällige sozialdemokratische Mitte (-23 PP), die Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-1 PP) und die Marktliberal Rechten (+3 PP) haben (Abbildung 5). Der Frankfurter Allgemeinen Zeitung kann an dieser Stelle eine Linksverzerrung unterstellt werden.

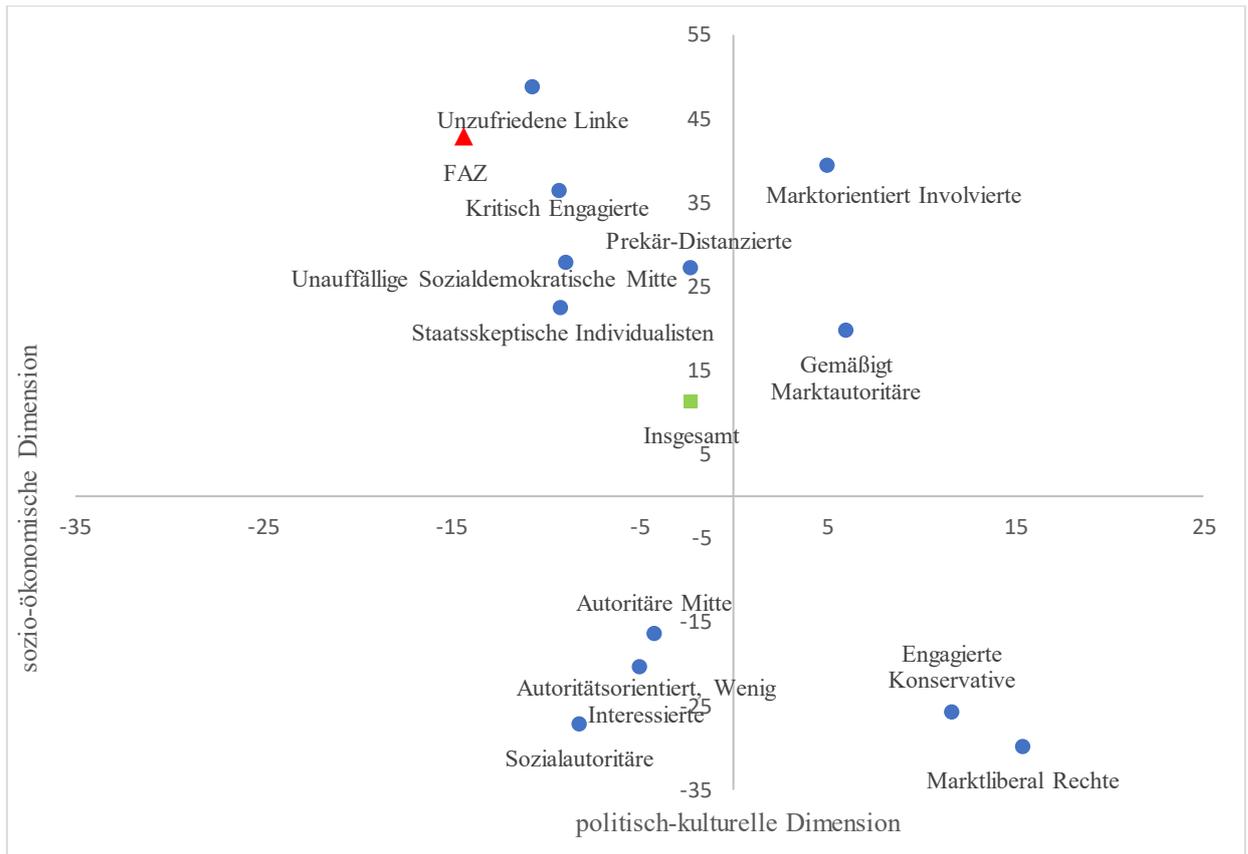


Abbildung 6: Vergleich der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit den politisch-kommunikativen Milieus.

Bei der Auszählung der Variablen der Online-Plattform der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zeigt sich, dass auf der *sozioökonomischen Konfliktlinie* in der Berichterstattung auf faz.net im Falle einer möglichen Verortung einer Äußerung eines politischen Akteurs auf der sozioökonomischen Konfliktlinie zu 54% über eine sozialstaatliche, linke Position und zu 38% über eine marktliberale, rechte Position berichtet wurde (Tabelle 11). In 8% der Fälle wurde ambivalent codiert. Das Kontrapositionssaldo zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Positionen liegt bei -16 Prozentpunkten zugunsten des erstgenannten Pols (Tabelle 11). Vor dem Hintergrund des Maßstabs der Gleichverteilung lässt sich daher interpretieren, dass eine Betonung linker Positionen vorliegt, jedoch keine Linksverzerrung. Im intermedialen Vergleich liegt faz.net mit einem Kontrapositionswert von -16 PP ebenfalls links positioniert mit einer Tendenz zu sozialstaatlichen Positionen. tagesschau.de (-30PP) und spiegel.de (-33PP) sind allerdings noch sozialstaatlicher eingestellt. (Tabelle 5). Eine Linksverzerrung liegt nicht vor.

Bei der Betrachtung der faz.net in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus zeigt sich allerdings, dass sie hier in ihrer Berichterstattung sozialstaatliche Positionen überdurchschnittlich aufgreift (Tabelle 6). Sie ist links von allen Milieus positioniert und vertritt damit sozialstaatlichere Positionen als die Milieus. Am nächsten steht ihr ähnlich wie bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung das Milieu der Unzufriedenen Linke mit -11 PP sowie das Milieu der Kritisch Engagierten mit -9 PP. Die Milieus der Unauffälligen sozialdemokratischen Mitte (-9 PP), der Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-5 PP) und das Milieu der Marktliberal Rechten (+15 PP) sind rechter bzw. im letzten Fall deutlich weiter rechts positioniert und vertreten entsprechend marktliberalerer Positionen als faz.net (Abbildung 6). Für die sozioökonomische Konfliktlinie kann bei faz.net beim Indikator des Vergleiches mit den politisch-kommunikativen Milieus von einer linksverzerrten Berichterstattung gesprochen werden.

Tabelle 11: Verteilung der Konfliktlinien auf faz.net.

Konfliktlinie	Linker Pol (Sozialstaatlichkeit, Liberalität, Internationalität)	Ambivalent	Rechter Pol (Marktliberalität, Autorität, Nationalität)	Kontra- positionssaldo rechts – links
	%	%	%	PP
sozioökonomisch	54	8	38	-16
politisch-kulturell	-61	-4	-34	27
globalisierungsbezogen	61	8	31	-30

Kontrapositionssalden in Prozentpunkten (PP). Sozioökonomisch und Globalisierungsbezogen: Negative Werte = Überhang sozialstaatlicher bzw. internationaler Positionen. Positive Werte = Überhang marktliberaler bzw. nationaler Positionen. Politisch-kulturell: Negative Werte = Überhang autoritärer Positionen. Positive Werte = Überhang libertärer Positionen. Spannweite: -100 bis +100

Als Nächstes richtet sich der Blick auf die *politisch-kulturelle Konfliktlinie*. Hier wird in 61% der codierten Positionierungen auf der politisch-kulturellen Konfliktachse werden von den Akteuren in der Berichterstattung auf faz.net liberale Positionen vertreten und in 34 % autoritäre Positionen (Tabelle 11). In 4% der Fälle wird ambivalent codiert. Subtrahiert man die Prozentanteile der beiden Pole des Grundkonflikts, erhält man einen Saldo von 27 Prozentpunkten zugunsten libertärer Positionen (Tabelle 11). Den Maßstab der Gleichverteilung anlegend ist eine Überrepräsentation des linken Wertes der Liberalität zu verzeichnen. Beim intermediären Vergleichsmaßstab wird deutlich, dass faz.net hier mit einem Kontrapositionssaldo von +27 PP einen Wert mit Tendenz zu liberalen Positionen aufweist, sie im Vergleich zu den anderen Medienangeboten aber eher rechts bzw. autoritär, positioniert ist (Tabelle 5).

Betrachtet man die Berichterstattung von faz.net nun aber in Relation zu den politik-kommunikativen Milieus, zeigt sich, dass die Plattform hier mittig links einzuordnen ist, da einige Milieus deutlich autoritärere Positionen aufweisen (Tabelle 6). Die Position von faz.net entspricht in etwa der der unauffälligen sozialdemokratischen Mitte mit +28 PP und der der Kritisch Engagierten mit +36 PP. Das Milieu der Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-20 PP) und die Marktliberal Rechten (-30 PP) vertreten autoritärere Positionen (Abbildung 6).

Bei der *globalisierungsbezogenen Konfliktlinie* auf faz.net ist mit einem Anteil von 61% für die international integrierenden Positionen im Vergleich zu 31% für die national,

demarkierenden Positionen ein Überhang von -30 Prozentpunkten für die linken Positionen zu verzeichnen (Tabelle 11). In 8% der Fälle wurde ambivalent codiert. Den Maßstab der Gleichverteilung anlegend, müsste man auch hier von einer Linksverzerrung sprechen. Im intermedialen Vergleich mit der Berichterstattung der anderen in der Studie berücksichtigten Medienangebote betont die faz.net mit einem Kontrapositionssaldo von -30 PP ähnlich wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung selbst (-33 PP) internationale Positionen (Tabelle 5).

Beim Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus zeigt die faz.net eine starke Überbetonung internationaler Positionen und lässt sich beim Milieu der Kritisch Engagierten mit einem Kontrapositionssaldo von -32 PP einordnen (Tabelle 6). Die Unauffällige sozialdemokratische Mitte (-23 PP) vertritt ebenfalls internationale Positionen. Wohingegen Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-1 PP) und die Marktliberal Rechten (+12 PP) klar weiter rechts verortet sind und nationalere Positionen innehaben (Abbildung 6).

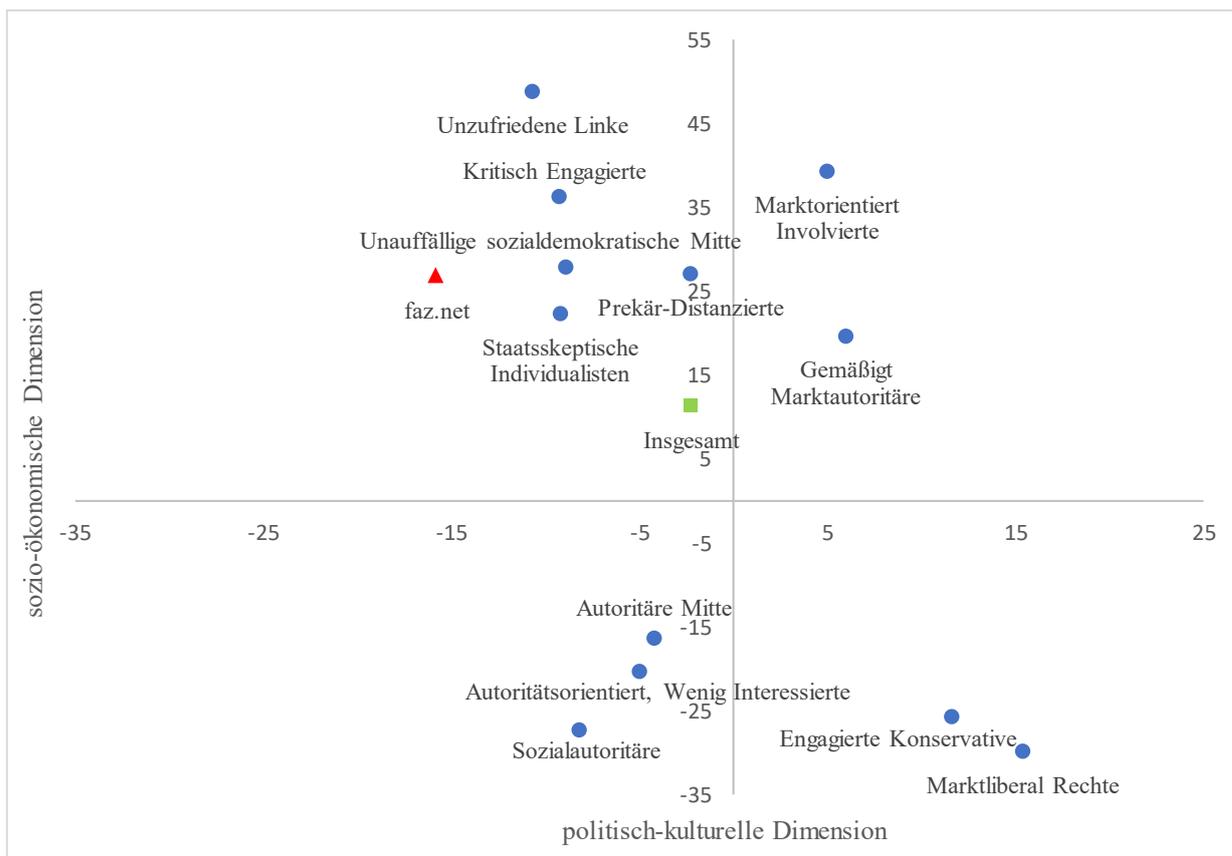


Abbildung 7: Vergleich von faz.net mit den politisch-kommunikativen Milieus.

## Der Spiegel

Beginnend mit der *sozioökonomischen Konfliktlinie* zeigt die Auszählung der Variablen für den Spiegel, dass in der Berichterstattung im Falle einer möglichen Verortung einer Äußerung eines politischen Akteurs auf der sozioökonomischen Konfliktlinie zu 40 % über eine sozialstaatliche, linke Position und zu 40% über eine marktliberale, rechte Position berichtet wurde (Tabelle 12). In 20% der Fälle wurde ambivalent codiert. Das Kontrapositionssaldo zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Positionen liegt damit bei 0 Prozentpunkten (Tabelle 12), da im gleichen Umfang über beide Pole der sozioökonomischen Konfliktlinie berichtet wird. Der Spiegel wirkt insofern zunächst als nehme er eine neutrale Position in Hinblick auf Sozialstaatlichkeit und Marktliberalität ein. Betrachtet man den Spiegel nun aber im intermedialen Vergleich liegt er rechts aller anderen Medien platziert und nimmt daher im Vergleich marktliberalere Positionen ein als die anderen Medien (Tabelle 5). Folglich kann für diesen Indikator bei dem Spiegel von einer Überbetonung rechter Positionen gesprochen werden.

Bei der Betrachtung des Spiegels in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus zeigt sich dann, dass die Zeitung auch hier mittig rechts verortet ist und sich daher eher bei den Milieus einordnen lässt, welche marktliberale Positionen vertreten (Tabelle 6). Für die sozioökonomische Konfliktlinie lässt sich daraus schließen, dass beim Spiegel bei keinem der Indikatoren eine Linksverzerrung vorliegt (Abbildung 7).

Tabelle 12: Verteilung der Konfliktlinien im Spiegel.

Konfliktlinie	Linker Pol (Sozialstaatlichkeit, Liberalität, Internationalität)	Ambivalent	Rechter Pol (Marktliberalität, Autorität, Nationalität)	Kontra- positionssaldo rechts – links
	%	%	%	PP
sozioökonomisch	40	20	40	0
politisch-kulturell	-61	-11	-29	32
globalisierungsbezogen	50	25	25	-25

Kontrapositionssalden in Prozentpunkten (PP). Sozioökonomisch und Globalisierungsbezogen: Negative Werte = Überhang sozialstaatlicher bzw. internationaler Positionen. Positive Werte = Überhang marktliberaler bzw. nationaler Positionen. Politisch-kulturell: Negative Werte = Überhang autoritärer Positionen. Positive Werte = Überhang libertärer Positionen. Spannweite: -100 bis +100

Mit Blick auf die *politisch-kulturelle Konfliktlinie* zeigt sich, dass im Spiegel in 61% der codierten Positionierungen auf dieser Konfliktachse von den Akteuren in der Berichterstattung liberale Positionen vertreten wurden und in 29 % autoritäre Positionen (Tabelle 12). In 11% der Fälle wurde ambivalent codiert. Subtrahiert man die Prozentanteile der beiden Pole des Grundkonflikts, erhält man einen Saldo von 32 Prozentpunkten zugunsten libertärer Positionen (Tabelle 12). Den Maßstab der Gleichverteilung anlegend kann von einer Überrepräsentation des linken Wertes der Liberalität gesprochen werden. Beim intermediären Vergleichsmaßstab wird allerdings deutlich, dass sich der Spiegel zusammen mit tagesschau.de (+32 PP) und der Jungen Freiheit (+32 PP) mittig zwischen den Medien positioniert (Tabelle 5). Es gibt somit sowohl Medien mit liberaleren (z.B. FAZ, Tagesschau) als auch Medien mit autoritäreren Positionen (z.B. Bild Zeitung). Unter diesem Gesichtspunkt liegt keine Linksverzerrung vor.

Betrachtet man hingegen die Berichterstattung des Spiegels in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus, zeigt sich, dass sich die Zeitung hier mittig links einordnen lässt (Tabelle 6). Sie rangiert dabei bei den Milieus der Unauffälligen Sozialdemokratischen Mitte (+28 PP) und der Kritisch Engagierten (+36 PP). Das Milieu der Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-20 PP) und die Marktliberal Rechten (-30 PP) vertreten jedoch deutlich autoritärere Positionen (Abbildung 7). Zusammenfassend kann man beim Spiegel auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie von einer Linkstendenz, nicht aber von einer Linksverzerrung im Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus sprechen.

Bei der *globalisierungsbezogenen Konfliktlinie* ist für den Spiegel mit einem Anteil von 50% für die international integrierenden Positionen im Vergleich zu 25% für die national, demarkierenden Positionen ein Überhang von 25 Prozentpunkten für die linken Positionen zu verzeichnen (Tabelle 12). In 25% der Fälle wurde ambivalent codiert. Den Maßstab der Gleichverteilung anlegend, müsste man auch hier von einer Linksverzerrung sprechen. Mit einem Kontrapositionssaldo von -25 PP rangiert der Spiegel auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie klar im linken Bereich hinzu internationalen Positionen (Tabelle 5). Im Vergleich mit den anderen untersuchten Medien ordnet er sich allerdings zusammen mit spiegel.de auf einer Mittelposition zwischen den anderen Medien ein. Hier kann folglich nicht von einer Überrepräsentation linker Positionen gesprochen werden.

Beim Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus zeigt der Spiegel hingegen eine klare Betonung internationaler Positionen und lässt sich zwischen dem Milieu der Kritisch

Engagierten mit einem Kontrapositionssaldo von -32 PP und der Unauffälligen Sozialdemokratischen Mitte mit -23 PP einordnen (Tabelle 3). Wohingegen die Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-1 PP) und die Marktliberal Rechten (+12 PP) klar weiter rechts verortet sind und nationalere Positionen innehaben (Abbildung 7). Hier kann von einer Linksverzerrung der Berichterstattung des Spiegels gesprochen werden.

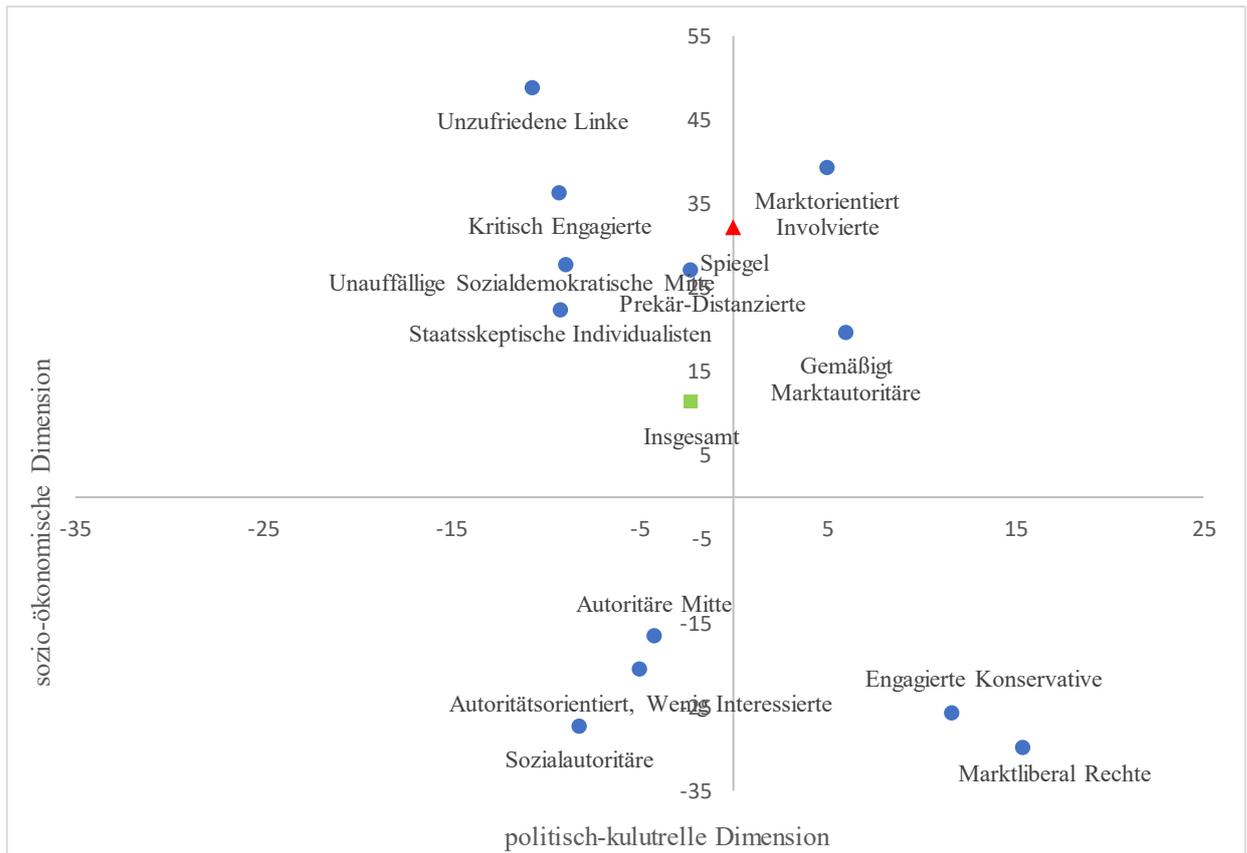


Abbildung 8: Vergleich des Spiegels mit den politisch-kommunikativen Milieus.

Mit spiegel.de wird nun die Online-Plattform des Spiegels untersucht. Bei der Auszählung der Variablen zeigt sich, dass in der Berichterstattung auf spiegel.de im Falle einer möglichen Verortung einer Äußerung eines politischen Akteurs auf der sozioökonomischen Konfliktlinie zu 65% über eine sozialstaatliche, linke Position und zu 31% über eine marktliberale, rechte Position berichtet wurde (Tabelle 13). In 4% der Fälle wurde ambivalent codiert. Das Kontrapositionssaldo zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Positionen liegt bei -33 Prozentpunkten zugunsten des erstgenannten Pols (Tabelle 13). Vor dem Hintergrund des Maßstabs der Gleichverteilung lässt sich daher interpretieren, dass eine starke Betonung linker Positionen vorliegt. Betrachtet man spiegel.de nun im intermediären Vergleich, wird ebenfalls deutlich, dass die Plattform verglichen mit den anderen untersuchten Medien sozialstaatliche Positionen überdurchschnittlich stark betont (Tabelle 5).

Auch bei der Betrachtung von spiegel.de in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus zeigt sich, dass die Plattform sozialstaatliche Positionen überdurchschnittlich betont (Tabelle 6). Spiegel.de befindet sich mit großem Abstand links aller Milieus und wirkt entsprechend aus Sicht aller Milieus links bis hin zu linksverzerrt (Abbildung 8).

Tabelle 13: Verteilung der Konfliktlinien auf spiegel.de

Konfliktlinie	Linker Pol (Sozialstaatlichkeit, Liberalität, Internationalität)	Ambivalent	Rechter Pol (Marktliberalität, Autorität, Nationalität)	Kontra- positionssaldo rechts – links
	%	%	%	PP
sozioökonomisch	65	4	31	-33
politisch-kulturell	-61	0	-39	22
globalisierungsbezogen	59	8	34	-25

Kontrapositionssalden in Prozentpunkten (PP). Sozioökonomisch und Globalisierungsbezogen: Negative Werte = Überhang sozialstaatlicher bzw. internationaler Positionen. Positive Werte = Überhang marktliberaler bzw. nationaler Positionen. Politisch-kulturell: Negative Werte = Überhang autoritärer Positionen. Positive Werte = Überhang libertärer Positionen. Spannweite: -100 bis +100

Bei dem Blick auf die *politisch-kulturelle Konfliktlinie* zeigt sich, dass spiegel.de mit einem Kontrapositionssaldo von +22 PP autoritäre Tendenzen aufweist (Tabelle 13). In 61% der

codierten Positionierungen auf der politisch-kulturellen Konfliktachse werden von den Akteuren in der Berichterstattung liberale Positionen vertreten und in nur 39% autoritäre Positionen. Es gab keine Fälle, in denen ambivalent codiert wurde. Subtrahiert man die Prozentanteile der beiden Pole des Grundkonflikts, erhält man einen Saldo von 22 Prozentpunkten zugunsten libertärer Positionen (Tabelle 13). Das Prinzip der Gleichverteilung betrachtend ist eine Betonung des linken Wertes der Liberalität zu verzeichnen. Beim intermediären Vergleich wird allerdings deutlich, dass sich *spiegel.de* neben der Bild Zeitung mit -19 PP rechts von allen Medien befindet und damit autoritärere Positionen vertritt als diese (Tabelle 5). Es kann hier eine Betonung rechter Positionen im Vergleich zu den anderen Medien attestiert werden.

Betrachtet man hingegen die Berichterstattung von *spiegel.de* in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus, zeigt sich, dass sich die Plattform hier im Mittelfeld positioniert, ähnlich wie das Milieu der Staats skeptischen Individualisten (+22 PP) (Tabelle 6). Milieus wie die Unauffälligen Sozialdemokratische Mitte (+28 PP) und die Kritisch Engagierten (+36 PP) sind weiter links zu verorten. Milieus wie die Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-20 PP) und die Marktliberal Rechten (-30 PP) vertreten deutlich autoritärere Positionen. (Abbildung 8). Zusammenfassend kann für *spiegel.de* auf der politisch-kulturelle Konfliktlinie nur bei dem Indikator der Gleichverteilung eine Linksverzerrung nachgewiesen werden.

Bei der *globalisierungsbezogenen Konfliktlinie* ist auf *spiegel.de* mit einem Anteil von 59% für die international integrierenden Positionen im Vergleich zu 34% für die national, demarkierenden Positionen ein Überhang von 25 Prozentpunkten für die linken Positionen zu verzeichnen (Tabelle 13). In 8% der Fälle wurde ambivalent codiert. Den Maßstab der Gleichverteilung anlegend, kann man auch hier von einer Betonung linker Positionen sprechen. Mit einem Kontrapositionssaldo von -25 PP rangiert der *spiegel.de* auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie klar im linken Bereich hinzu internationalen Positionen (Tabelle 5). Im Vergleich mit den anderen untersuchten Medien ordnet sich die Plattform allerdings zusammen mit dem Spiegel (-25 PP) auf einer Mittelposition zwischen den anderen Medien ein. Hier kann folglich nicht von einer Überrepräsentation linker Positionen gesprochen werden.

Beim Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus zeigt *spiegel.de* hingegen eine klare Betonung internationaler Positionen und lässt sich zwischen dem Milieu der Kritisch Engagierten mit einem Kontrapositionssaldo von -32 PP und der Unauffälligen

Sozialdemokratischen Mitte mit -23 PP einordnen (Tabelle 6). Die Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-1 PP) und die Marktliberal Rechten (+12 PP) sind dagegen klar weiter rechts verortet und habe nationalere Positionen inne (Abbildung 8). Es wird deutlich, dass bei *spiegel.de* auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie sowohl bei dem Indikator der Gleichverteilung als auch bei dem medienexternen Vergleichsmaßstab, dem Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus, eine Linksverzerrung vorliegt.

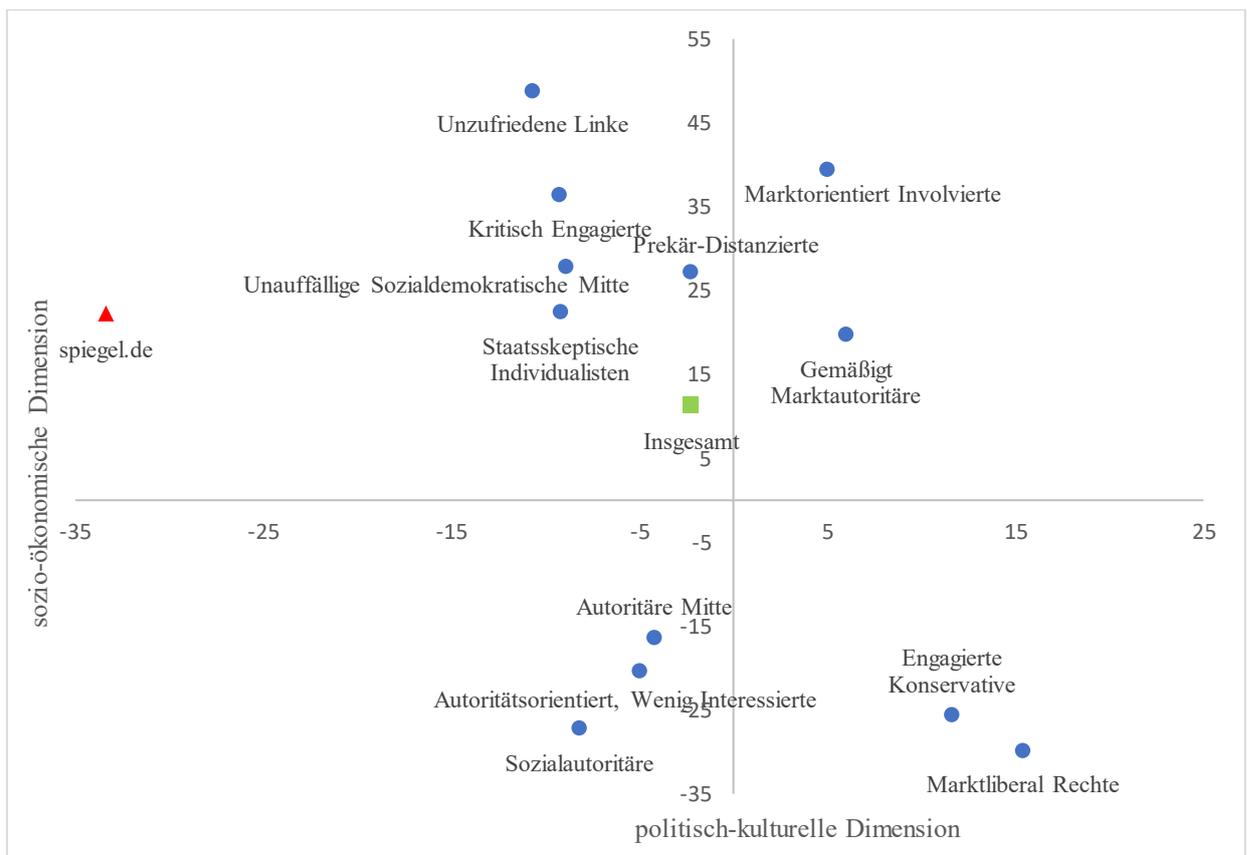


Abbildung 9: Vergleich von *spiegel.de* mit den politisch-kommunikativen Milieus.

## *Junge Freiheit*

Die Auszählung der Variablen für die Junge Freiheit als Repräsentantin für die Gesinnungspresse legt offen, dass in der Berichterstattung im Falle einer möglichen Verortung einer Äußerung eines politischen Akteurs auf der sozioökonomischen Konfliktlinie zu 50% über eine sozialstaatliche, linke Position und zu 50% über eine marktliberale, rechte Position berichtet wurde (Tabelle 14). Das Kontrapositionssaldo zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Positionen liegt entsprechend bei 0 Prozentpunkten (Tabelle 14). Es wird im gleichen Umfang über beide Pole der sozioökonomischen Konfliktlinie berichtet und es liegt keine Betonung eines Poles vor. Mit einem Kontrapositionssaldo von 0 PP nimmt die Junge Freiheit zunächst eine neutrale Position in Bezug auf Sozialstaatlichkeit und Marktliberalität ein. Betrachtet man sie dann aber im intermedialen Vergleich, wird klar, dass die Plattform verglichen mit den anderen untersuchten Medien rechts dieser positioniert ist und entsprechend überdurchschnittlich marktliberale Positionen einnimmt (Tabelle 5).

Bei der Betrachtung von der Jungen Freiheit in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus positioniert sich die Zeitung hingegen mittig zwischen den Milieus (Tabelle 6). Es gibt daher Milieus, die autoritärere Positionen einnehmen, und Milieus, die liberalere Positionen einnehmen (Abbildung 9). Es kann bei keinem Indikator von einer Linksverzerrung gesprochen werden.

*Tabelle 14: Verteilung der Konfliktlinien in der Jungen Freiheit.*

Konfliktlinie	Linker Pol (Sozialstaatlichkeit, Liberalität, Internationalität)	Ambivalent	Rechter Pol (Marktliberalität, Autorität, Nationalität)	Kontra- positionssaldo rechts – links
	%	%	%	PP
sozioökonomisch	50	0	50	0
politisch-kulturell	-63	-5	-32	32
globalisierungsbezogen	48	9	43	-6

Kontrapositionssalden in Prozentpunkten (PP). Sozioökonomisch und Globalisierungsbezogen: Negative Werte = Überhang sozialstaatlicher bzw. internationaler Positionen. Positive Werte = Überhang marktliberaler bzw. nationaler Positionen. Politisch-kulturell: Negative Werte = Überhang autoritärer Positionen. Positive Werte = Überhang libertärer Positionen. Spannweite: -100 bis +100

Auf der *politisch-kulturellen Konfliktlinie* weist die Junge Freiheit mit einem Kontrapositionssaldo von +32 PP klar liberale Tendenzen auf (Tabelle 14). In 63% der codierten Positionierungen auf der politisch-kulturellen Konfliktachse werden von den Akteuren in der Berichterstattung liberale Positionen vertreten und in nur 32 % autoritäre Positionen. In 5% der Fälle wird ambivalent codiert. Subtrahiert man die Prozentanteile der beiden Pole des Grundkonflikts, erhält man einen Saldo von 32 Prozentpunkten zugunsten libertärer Positionen (Tabelle 14). Verfolgt man die Idee der Gleichverteilung ist eine Betonung linker Positionen zu verzeichnen. Der liberale Pol wurde doppelt so oft dargestellt wie der autoritäre Pol. Beim intermediären Vergleich findet sich die Junge Freiheit zusammen mit dem Spiegel (+32 PP) und tagesschau.de (+32 PP) auf einer Mittelposition zwischen den Medien wieder. (Tabelle 5).

Betrachtet man nun die Berichterstattung der Jungen Freiheit in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus, zeigt sich, dass sich die Plattform bei den Milieus einordnet, welche liberale Positionen vertreten, wie die Unauffällige Sozialdemokratische Mitte (+28 PP) und die Kritisch Engagierten (+36 PP) (Tabelle 6). Milieus wie die Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-20 PP) und die Marktliberal Rechten (-30 PP) vertreten deutlich autoritärere Positionen (Abbildung 9). Zusammenfassend kann man der Junge Freiheit auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie nur bei dem Indikator der Gleichverteilung eine Linksverzerrung nachweisen.

Bei der Betrachtung der *globalisierungsbezogenen Konfliktlinie* zeigt sich, dass bei der Jungen Freiheit in 48% der codierten Positionierungen auf dieser Konfliktachse von den Akteuren in der Berichterstattung liberale Positionen vertreten werden und in 43 % autoritäre Positionen (Tabelle 14). In 9% der Fälle wird ambivalent codiert. Subtrahiert man die Prozentanteile der beiden Pole des Grundkonflikts, erhält man einen Saldo von 6 Prozentpunkten zugunsten libertärer Positionen (Tabelle 14). Es wurde über beide Pole der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie im annähernd gleichen Umfang berichtet (Tabelle 11). Mit einem Kontrapositionssaldo von -6 PP rangiert die Junge Freiheit auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie zwar im linken Bereich hinzu internationalen Positionen (Tabelle 5), im Vergleich mit den anderen untersuchten Medien ordnet sich die Plattform allerdings rechts der anderen Medien ein. Nur die Bild Zeitung vertritt mit einem Kontrapositionssaldo von +6 PP nationalere Positionen.

Beim Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus ordnet sich die Junge Freiheit mittig zwischen den Milieus mit einer leichten Tendenz zu internationalen Positionen ein.

Ihre Position entspricht der des Milieus der Prekär-Distanzierten (-7 PP) (Tabelle 6). Es gibt sowohl Milieus mit nationaleren als auch Milieus mit internationaleren Positionen (Abbildung 9). Es wird deutlich, dass bei der Jungen Freiheit auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie für keinen der untersuchten Indikatoren eine Linksverzerrung vorliegt.



Abbildung 10: Vergleich der Jungen Freiheit mit den politisch-kommunikativen Milieus.

*t-online.de*

Als letztes wurde t-online.de als Repräsentant für Nachrichten-Aggregatoren untersucht. Die Auszählung der Variablen zeigt, dass in der Berichterstattung auf t-online.de im Falle einer möglichen Verortung einer Äußerung eines politischen Akteurs auf der sozioökonomischen Konfliktlinie zu 50% über eine sozialstaatliche, linke Position und zu 38% über eine marktliberale, rechte Position berichtet wurde (Tabelle 15). In 12% der Fälle wurde ambivalent codiert. Das Kontrapositionssaldo zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Positionen liegt bei -12 Prozentpunkten zugunsten des sozialstaatlich, linken Pols (Tabelle 15). Den Maßstab der Gleichverteilung anlegend lässt sich daher interpretieren, dass eine Tendenz zum linken Pol vorliegt, jedoch keine Linksverzerrung. Mit einem Kontrapositionssaldo von -12 PP nimmt t-online.de eine Position zugunsten von Sozialstaatlichkeit ein. Betrachtet man die Plattform im intermedialen Vergleich, wird deutlich, dass die Plattform verglichen mit den anderen untersuchten Medien mittig positioniert ist und es entsprechend sowohl Medien mit sozialstaatlicheren als auch Medien mit marktliberaleren Positionen gibt (Tabelle 5).

Bei der Betrachtung von t-online.de in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus positioniert sich die Plattform hingegen eindeutig links der Milieus und betont sozialstaatliche Positionen (Tabelle 6). Dies kann als Linksverzerrung gedeutet werden (Abbildung 10).

*Tabelle 15: Verteilung der Konfliktlinien auf t-online.de.*

Konfliktlinie	Linker Pol (Sozialstaatlichkeit, Liberalität, Internationalität)	Ambivalent	Rechter Pol (Marktliberalität, Autorität, Nationalität)	Kontra- positionssaldo rechts – links
	%	%	%	PP
sozioökonomisch	50	12	38	-12
politisch-kulturell	-70	-3	-27	43
globalisierungsbezogen	52	9	39	-13

Kontrapositionssalden in Prozentpunkten (PP). Sozioökonomisch und Globalisierungsbezogen: Negative Werte = Überhang sozialstaatlicher bzw. internationaler Positionen. Positive Werte = Überhang marktliberaler bzw. nationaler Positionen. Politisch-kulturell: Negative Werte = Überhang autoritärer Positionen. Positive Werte = Überhang libertärer Positionen. Spannweite: -100 bis +100

Auf der *politisch-kulturellen Konfliktlinie* wurde in 70 % der codierten Positionierungen von den Akteuren in der Berichterstattung auf t-online.de liberale Positionen und in nur 27% autoritäre Positionen vertreten (Tabelle 15). In 3% der Fälle wird ambivalent codiert. Subtrahiert man die Prozentanteile der beiden Pole des Grundkonflikts, erhält man einen Saldo von 43 Prozentpunkten zugunsten libertärer Positionen (Tabelle 15). Legt man den Maßstab der Gleichverteilung an, ist eine eindeutige Überrepräsentation des linken Wertes der Liberalität zu verzeichnen. Mit einem Kontrapositionssaldo von +43 PP weist t-online.de daher klar liberale Tendenzen auf. Beim intermediären Vergleich findet sich t-online.de zusammen mit der FAZ (+43 PP) und der Tagesschau (+52 PP) bei den Medien wieder, welche liberale Positionen betonen (Tabelle 5).

Betrachtet man die Berichterstattung von t-online.de in Relation zu den politisch-kommunikativen Milieus, zeigt sich, dass sich die Plattform hier ebenfalls bei den Milieus einordnet, welche liberale Positionen vertreten, sogar überdurchschnittlich betonen (Unzufriedene Linke mit 49 PP) (Tabelle 6). Sie ist damit linker positioniert als die meisten Milieus (Abbildung 10). Zusammenfassend kann man t-online.de auch auf der politisch-kulturelle Konfliktlinie eine Linksverzerrung bei allen Indikatoren attestieren.

Bei der *globalisierungsbezogenen Konfliktlinie* ist für t-online.de mit einem Anteil von 52% für die international integrierenden Positionen im Vergleich zu 39% für die national, demarkierenden Positionen ein Überhang von 13 Prozentpunkten für die linken Positionen zu verzeichnen (Tabelle 15). In 9% der Fälle wurde ambivalent codiert. Den Maßstab der Gleichverteilung anlegend kann hier von einer Tendenz zu linken Positionen gesprochen werden, jedoch nicht von einer Linksverzerrung. Mit einem Kontrapositionssaldo von -13 PP rangiert t-online.de auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie zwar im linken Bereich hinzu internationalen Positionen (Tabelle 5), im Vergleich mit den anderen untersuchten Medien ordnet sich die Plattform allerdings rechts der meisten anderen Medien ein. Nur die Junge Freiheit (-6 PP) und die Bild Zeitung (+3 PP) vertreten nationalere Positionen.

Beim Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus ordnet sich t-online.de mittig zwischen den Milieus mit einer leichten Tendenz zu internationalen Positionen ein (Tabelle 6). Ihre Position entspricht der des Milieus der Unzufriedenen Linken (-15 PP). Es gibt sowohl Milieus mit nationaleren als auch Milieus mit internationaleren Positionen (Abbildung 10). Es wird deutlich, dass t-online.de auf der globalisierungsbezogenen

Konfliktlinie bei keinem Indikator eine Linksverzerrung aufweist, im Gegenteil teilweise sogar rechte Positionen (über-)betont.

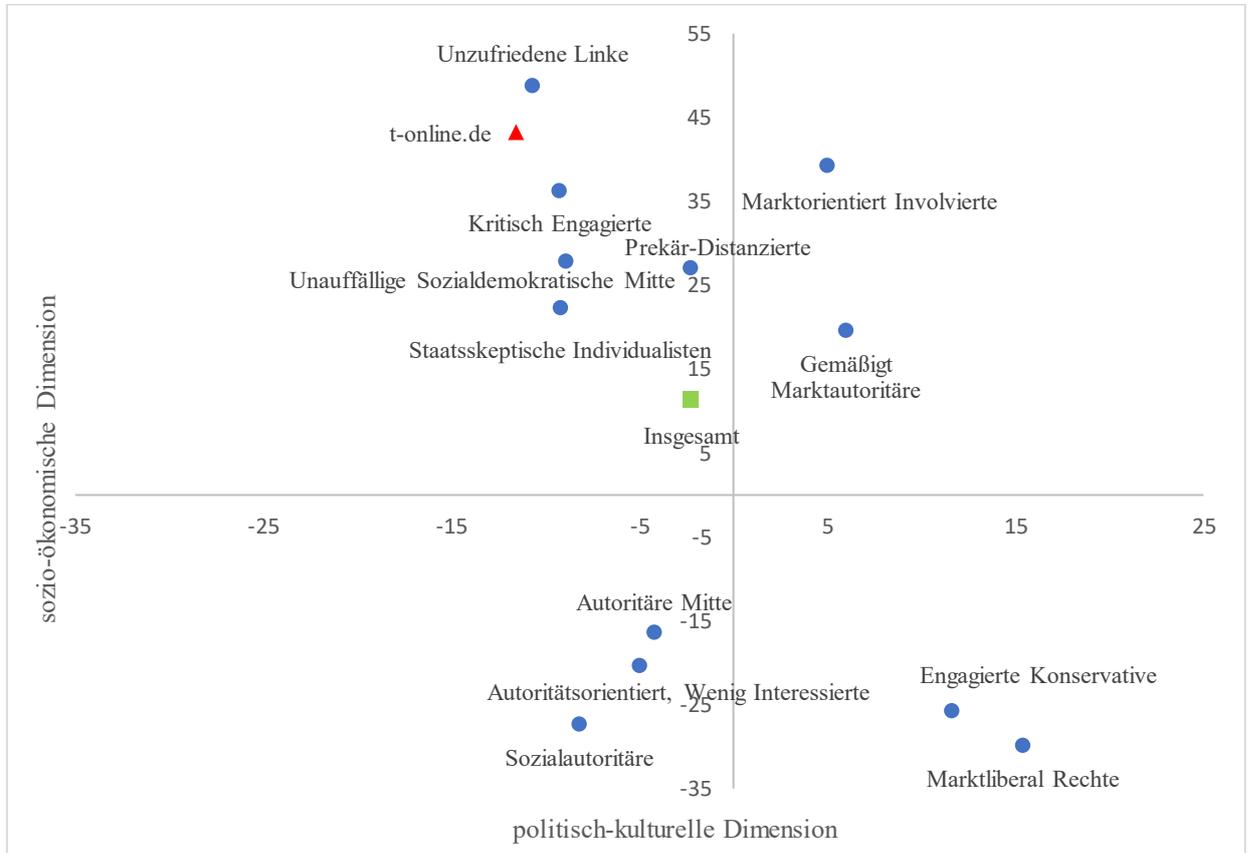


Abbildung 11: Vergleich von t-online.de mit den politisch-kommunikativen Milieus.

## Gesamtübersicht der Medien

Zusammenfassend wurde ergänzend eine Graphik erstellt, in der alle untersuchten Medien und politisch-kommunikativen Milieus im direkten Vergleich aufgeführt werden. So wird nicht nur deutlich, wie die Medien zu den politisch-kommunikativen Milieus, sondern auch wie die einzelnen Medien zueinander positioniert sind (Abbildung 11). Es zeigt sich, dass nach dieser Berechnung alle Medien auf der linken Seite des Koordinatensystems, also auf der Seite hin zu sozialstaatlichen Positionen (sozio-ökonomische Konfliktlinie), zu finden sind. Der Spiegel und die Junge Freiheit befinden sich hier mit Werten von 0,0 auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie genau auf der y-Achse und stellen den „rechten Rand“ der Medien da, sprich sie vertreten die marktliberalsten Positionen. Die meisten Medien sind zudem im oberen linken Quadranten verortet, was die liberalen Positionen (politisch-kulturelle Konfliktlinie) widerspiegelt. Einzig die Bild Zeitung ist im unteren linken Quadranten zu finden, was ihre autoritären Positionen aufzeigt. Sie ordnet sich hier bei dem Milieu der Autoritätsorientiert, wenig Interessierten ein.

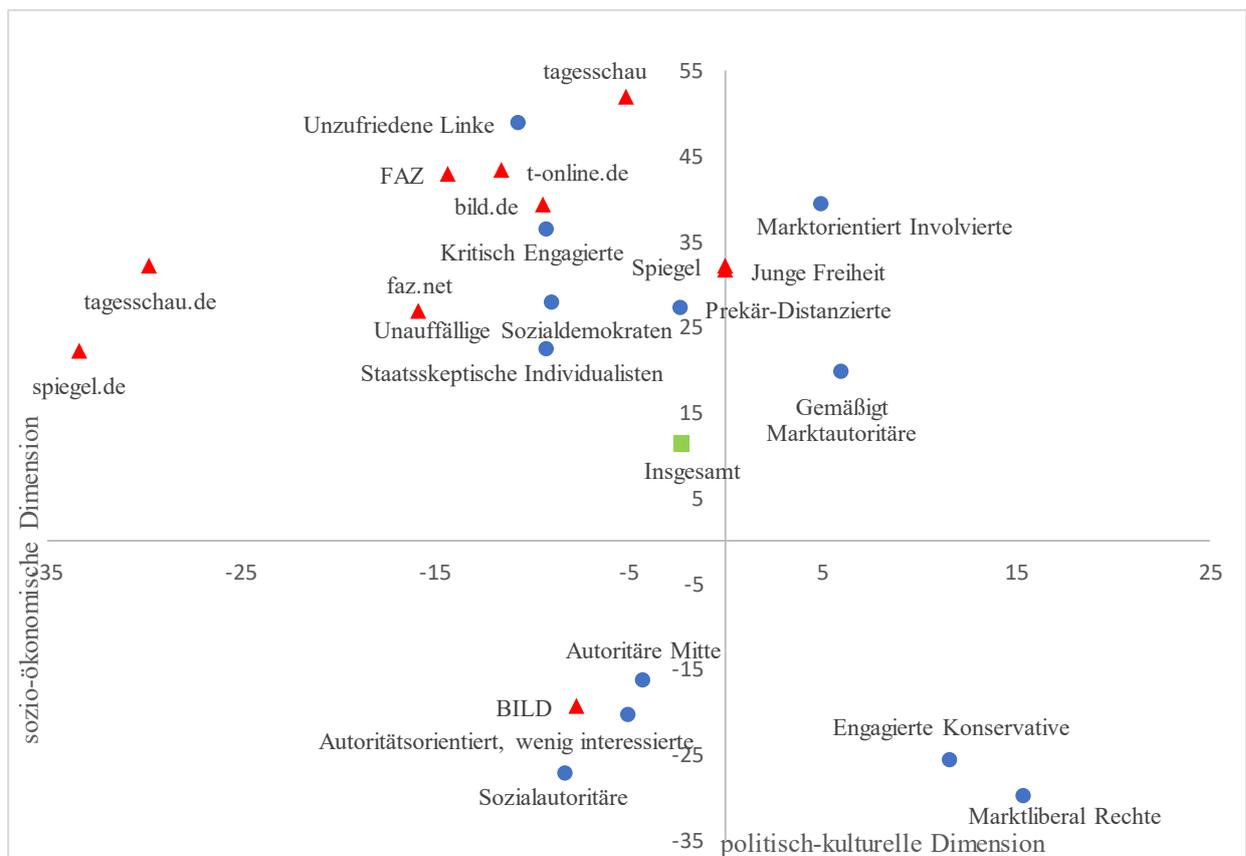


Abbildung 12: Übersicht aller Medien im Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus.

## 10. Schlussbetrachtung

Die Schlussbetrachtung setzt sich aus zwei Teilkapiteln zusammen. Zunächst werden in 10.1 zentrale Ergebnisse der empirischen Analyse präsentiert und im Kontext des Forschungsstandes auf die zu untersuchende Problemstellung beurteilt. Die Ergebnisse werden im Anschluss unter Rückgriff auf die forschungsleitenden Überlegungen eingeordnet und es werden Antworten auf die Forschungsfrage formuliert. In 10.2 folgt zuletzt eine Auseinandersetzung mit den methodisch-konzeptionellen Stärken und Schwächen sowie Limitationen der Analyse, von welchen Anregungen für zukünftige Untersuchungen abgeleitet werden.

### 10.1. Zusammenfassung und Einordnung der Ergebnisse

Es wird von einer Linksverzerrung der Medienlandschaft in Deutschland gesprochen, davon, dass deutsche Journalist\*innen zu links eingestellt seien und dies sich in ihrer Nachrichtenauswahl und in ihrer Berichterstattung niederschläge, wodurch einige Bürger\*innen sich und ihre Standpunkte nicht ausreichend in den Medien repräsentiert sehen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird bezichtigt, „links-grünversifft“ zu sein (Janisch, 2023). Eine „Linkslastigkeit“ (Fleischhauer, 2019) oder eine „linke Schlagseite“ (Janisch, 2023) sät Zweifel an der Informations- und Integrationsleistung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und führt zu Legitimationsproblemen. Dieser Vorwurf ist dabei weder neu noch beschränkt er sich nur auf die öffentlich-rechtlichen Medien. Gerade Politiker\*innen und Bürger\*innen aus dem konservativen Spektrum beklagen oftmals eine „linke Meinungsvorherrschaft“ in den deutschen Medien. Die Kommunikationswissenschaft kann bislang jedoch wenig zur Entkräftung oder Bekräftigung dieser Unterstellung beitragen, da die Angebote (1) zu wenig systematisch untersucht werden und (2) keine Vergleiche zwischen den verschiedenen Studien ermöglichendes Standardinstrument eingesetzt wird.

Die andauernde Relevanz des Themas liegt dabei nicht nur in der Widersprüchlichkeit der Befunde sowie den Wirkungen (Sichtbarkeitseffekt, Thematisierungseffekt; Eberl, 2020) und akteurseitigen Wirkungsvermutungen (Peter & Brosius, 2013) der Medienberichterstattung begründet, sondern auch in der zentralen Bedeutung des Themas in Hinblick auf den demokratischen Prozess der Willensbildung und der Legitimierung der Politik. Da die Bevölkerung nur durch die Auseinandersetzung mit verschiedenen

konkurrierenden Positionen in der Lage ist, sich ein konsistentes Urteil über politische Entscheidungen zu bilden. Gerade in einer zunehmend heterogenen Gesellschaft ist eine plurale und ausgewogene Berichterstattung die Grundvoraussetzung für eine demokratietheoretisch wünschenswerte, aufgeklärte Parteinahme und damit für die Legitimierung politischer Entscheidungen (Reckwitz, 2021).

Eine sich als öffentliche Wissenschaft (Trotha & Morcillo, 2017) verstehende Kommunikationswissenschaft kann mit der Bereitstellung empirischer Forschungsergebnisse einen Beitrag zu einer Versachlichung der Debatte um die Berichterstattung der Medien leisten. Wie bereits erwähnt, liegen jedoch bislang kaum kontinuierlich durchgeführte Analysen zur Qualität der Berichterstattung vor (Stark et al., 2021) und es existiert bislang auch noch kein Standardinstrument zur Messung der Qualität medialer Berichterstattung.

Ausgangspunkt dieser Arbeit war daher der Versuch der empirischen Prüfung des Vorwurfs einer linksverzerrten Berichterstattung der Medien in Deutschland. Ziel war es dabei die Forschungsfrage *„Liegt in der Medienberichterstattung in Deutschland eine Linksverzerrung vor?“* zu untersuchen und zu beantworten. Die Arbeit schickte sich dabei zuerst an, die Aufgaben und Funktionen von Medien und öffentlicher Kommunikation aufzuarbeiten. Öffentlichkeit lässt sich dabei als Plattform für öffentlichen Diskurs beschreiben. Zu ihren Hauptaufgaben gehört es, öffentliche Kommunikation und Berichterstattung in einer Art und Weise zu ermöglichen, dass die Standpunkte aller Bürger\*innen abgebildet werden und die gesamte Bevölkerung die Möglichkeit hat, Zugang zu der medialen Berichterstattung zu erlangen und sich allumfassend zu informieren. So soll gewährleistet werden, dass sich die Bürger\*innen eine eigene Meinung bilden können, auf Basis derer sie dann am politischen Diskurs teilnehmen können. Dabei soll sie einige Funktionen erfüllen, um den an sie gestellten Ansprüchen gerecht zu werden. Sind diese Funktionen nicht (mehr) erfüllt und kann die Öffentlichkeit die an sie gestellten Anforderungen und die Erwartungen nicht mehr erfüllen, können Zweifel in der Bevölkerung entstehen, welche zu einem Vertrauensverlust und sogar Misstrauen gegenüber der Öffentlichkeit als Plattform und der Medienberichterstattung, welche Teil dieser öffentlichen Kommunikation ist, führen können.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde das in der Politikwissenschaft und der politischen Soziologie etablierte Konzept der Value Frames herangezogen, um zu untersuchen, inwieweit sich die Medien auf den Polen der drei die deutsche Gesellschaft

prägenden Konfliktlinien positionieren. Die Anwendung dieses Konzepts unterstützt zudem die öffentlichkeitstheoretische Forderung nach einer Positionsvielfalt in der Darstellung politischer Sachverhalte (Porto, 2007). Es soll den Bürger\*innen ermöglicht werden, sich unter Abwägung aller im Diskurs vertretenen Meinungen ein konsistentes Urteil über die Lage in der Politik zu bilden und tatsächlich frei zu entscheiden (Donsbach, 2007). Es werden dabei hohe Anforderungen an die massenmediale Öffentlichkeit zur Orientierungsleistung für die Bürger\*innen gestellt. Ergänzt wurde die Untersuchung durch einen Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus. Das Konzept der Value Frames wurde dabei auf das Konstrukt der politisch-kommunikativen Milieus angewandt, um zu untersuchen, wie sich die Milieus auf den Polen der drei Konfliktlinien positionieren. Dies ermöglichte es, anschließend einen medienexternen Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus anzustellen. So konnte betrachtet werden, wie sich die Medien im Vergleich zu den Positionen der politisch-kommunikativen Milieus, welche die Gesellschaft in Deutschland widerspiegeln und repräsentieren, positionieren, um so feststellen zu können, ob die Berichterstattung in den untersuchten deutschen Medien in Relation zu den Positionen der politisch-kommunikativen Milieus linksverzerrt ist.

### *Tagesschau*

Als erstes Resultat kann hier festgehalten werden, dass die *Tagesschau* als Repräsentantin der öffentlich-rechtlichen Medien gemeinsam mit anderen Qualitätsmedien die Orientierungsfunktion am ehesten wahrnimmt, aber hier dennoch Verbesserungspotential besteht. In 44 % der Fälle können die Äußerungen von Akteuren auf den drei relevanten Konfliktdimensionen verortet werden. Damit zählt die Sendung gemeinsam mit dem Spiegel, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und tagesschau.de zu denjenigen untersuchten Angeboten, die die größte Orientierungsleistung für die Bevölkerung anbieten (Anhangstabelle 1). Gut ein Viertel der codierten Value-Frames entfielen auf die sozioökonomische (26%), knapp ein Fünftel (18%) auf die politisch-kulturelle und etwa die Hälfte (55%) auf die globalisierungsbezogene Konfliktlinie (Anhangstabelle 2).

Für die Untersuchung, ob in der Berichterstattung der *Tagesschau* ausgewogen berichtet wird oder ob eine (links-) verzerrte Berichterstattung vorliegt, wurde in einem zweiten Schritt die Präsenz verschiedener zu linken und rechten Werten zuordenbaren Polen auf den drei, die deutsche Gesellschaft prägenden Konfliktachsen in der Berichterstattung gesucht. Um die

deskriptiven Ergebnisse einordnen und kontextualisieren zu können, wurden zudem drei verschiedene Vergleichsmaßstäbe herausgearbeitet und an die Befunde angelegt. Pro Konfliktlinie und Maßstab wird hier bei einem Überhang von 20 oder mehr Prozentpunkten zu einem der beiden Pole von einer Verzerrung in Richtung des jeweiligen Pols gesprochen. Bei der Analyse zeigt sich, dass nur beim Maßstab einer unterstellten Gleichverteilung der Positionen für die politisch-kulturelle und die globalisierungsbezogene Konfliktlinie, sowie für den Maßstab der formalen Chancengleichheit und für den intermedialen Vergleichsmaßstab auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie von einer Linksverzerrung gesprochen werden kann. Für die anderen Vergleichsmaßstäbe bleibt festzuhalten, dass die Tagesschau relativ realitätsgetreu berichtet. In Teilen neigt sie sogar dazu die rechten Positionen stärker unterstützend zu berichten, was für eine leichte Tendenz zu rechten Positionen spricht (Tabelle 16).

Die Tagesschau wirkt aus Perspektive einiger Milieus also zu links und aus Perspektive anderer Milieus zu rechts. Die Tagesschau scheint damit eine ausgewogene Position zu vertreten, da sie weder Positionen des linken noch des rechten Pols betont. Insgesamt kann angenommen werden, dass man ein Medienangebot als ausgewogen erachten kann, wenn es aus der Perspektiver bestimmter Milieus ist es zu links, aus der Perspektive anderer zu rechts ist und sich entsprechend in der Mitte aller Milieus einordnet. Daraus lässt sich ableiten, dass die subjektive Bewertung und die objektive Messung der Inhalte im Widerspruch stehen können, da Milieus unterschiedliche Ankerpunkte haben.

*Tabelle 16: Ergebnisübersicht Tagesschau*

	Gleichverteilung	Intermedialer Vergleichsmaßstab	Medienexterne Vergleichsmaßstab
Sozioökonomisch	X	X	X
Politisch-kulturell	✓	✓	✓
Globalisierungsbezogen	✓	X	✓

✓ = Vorwurf der Linksverzerrung ist zutreffend, X Vorwurf ist nicht zutreffend.

Da für den medienexternen Maßstab, den Vergleich der Tagesschau mit den Milieus, auch eine Linksverzerrung festgestellt wurde, soll abschließend geklärt werden, aus der Perspektive welcher politisch-kommunikativer Milieus die Tagesschau linksverzerrt berichtet und die Werthaltungen, welcher politisch-kommunikativer Milieus repräsentiert

sind. Hierfür wird wiederum nach den drei Konfliktlinien differenziert. In dieser Arbeit werden jedoch, wie bereits in der Datenauswertung, nur beispielhaft vier der zwölf Milieus näher betrachtet, welche repräsentativ für die anderen Milieus stehen. Eine Auflistung und Auswertung aller Milieus finden sich in Kapitel 9 in Tabelle 6. Bei der politisch-kulturellen Konfliktlinie betonen die Kritisch-Engagierten (+36 PP), die Unauffällige Sozialdemokratische Mitte (+28 PP), die Autoritätsorientierte, Wenig Interessierten (-20 PP) und die Marktliberal Rechte (-30 PP) in Abstufungen autoritärere Positionen. Aus der Perspektive dieser Milieus berichtet die Tagesschau auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie (+52) linksverzerrt. Bei der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie sind die Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-1 PP) und die Marktliberal Rechten (+12 PP) rechts von der Berichterstattung der Tagesschau (-23 PP) platziert und vertreten nationalere Positionen. Auch aus Perspektive dieser Milieus berichtete die Tagesschau auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie linksverzerrt.

#### *tagesschau.de*

Um auch den Online-Auftritt der Tagesschau zu erfassen, wurde in einem nächsten Schritt die Plattform *tagesschau.de* anhand der eben erläuterten Vergleichsmaßstäbe und nach der gleichen Analyselogik untersucht. Es zeigt sich, dass *tagesschau.de* als Repräsentantin der öffentlich-rechtlichen Medien und als Online-Plattform der Tagesschau gemeinsam mit anderen Qualitätsmedien die Orientierungsfunktion am ehesten wahrnimmt. In 40 % der Fälle können die Äußerungen von Akteuren auf den drei relevanten Konfliktdimensionen verortet werden. Damit zählt die *tagesschau.de* genau wie die Tagesschau zu den untersuchten Angeboten, die die größte Orientierungsleistung für die Bevölkerung anbieten (Anhangstabelle 1). Knapp ein Fünftel der codierten Value-Frames entfielen auf die sozioökonomische (19%), knapp ein Viertel (23%) auf die politisch-kulturelle und mehr als die Hälfte (58%) auf die globalisierungsbezogene Konfliktlinie (Anhangstabelle 2).

Für die Analyse des Vorwurfs einer linksverzerrten Berichterstattung von *tagesschau.de* wurde auch hier die Präsenz verschiedener zu linken und rechten Werten zuordenbaren Pole auf den drei die deutsche Gesellschaft prägenden Konfliktachsen in der Berichterstattung gesucht. Um die deskriptiven Ergebnisse einordnen und kontextualisieren zu können, wurden auch hier die drei zuvor beschriebenen Vergleichsmaßstäbe herausgearbeitet und an die Befunde angelegt. Es zeigt sich, dass bei dem Maßstab der Gleichverteilung für alle drei

Konfliktlinien, sowie bei dem Maßstab des intermedialen Vergleichs und bei dem medienexternen Vergleich auf der sozio-ökonomischen und auf der Globalisierungsbezogenen Konfliktlinie von einer Linksverzerrung gesprochen werden kann (Tabelle 17).

*Tabelle 17: Ergebnisübersicht tagesschau.de*

	Gleichverteilung	Intermedialer Vergleichsmaßstab	Medienexterne Vergleichsmaßstab
Sozioökonomisch	✓	✓	✓
Politisch-kulturell	✓	X	X
Globalisierungsbezogen	✓	✓	✓

✓ = Vorwurf der Linksverzerrung ist zutreffend, X Vorwurf ist nicht zutreffend.

Abschließend soll geklärt werden, aus der Perspektive welcher politisch-kommunikativer Milieus die Plattform tagesschau.de bei diesen Maßstäben linksverzerrt berichtet. Auch hier werden nur beispielhaft vier der zwölf Milieus näher betrachtet, welche repräsentativ für die anderen Milieus stehen sollen. An dieser Stelle der Verweis auf die Tabelle 6 für eine Auflistung und Auswertung aller politisch-kommunikativer Milieus. Bei der sozioökonomischen Konfliktlinie betonen die Kritisch Engagierten (-9 PP), die Unauffällige Sozialdemokratische Mitte (-9 PP), die Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-5 PP) und die Marktliberal Rechten (15 PP) stärker marktliberale Positionen. Aus Sicht dieser politisch-kommunikativen Milieus wirkt die Berichterstattung von tagesschau.de linksverzerrt. Bei der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie positioniert sich tagesschau.de (-39 PP) links von allen politisch-kommunikativen Milieus, weswegen die Berichterstattung auf tagesschau.de aus Sicht aller Milieus linksverzerrt wirkt (Tabelle 3).

## *Bild Zeitung*

Im Vergleich dazu wurden anschließend die *Bild Zeitung* als Repräsentant für Boulevard Medien untersucht. Als erstes Resultat kann hier festgehalten werden, dass die Bild Zeitung als Repräsentantin der Boulevard Medien die Orientierungsfunktion im Vergleich zu den anderen Medien am geringsten wahrnimmt. In nur 28 % der Fälle können die Äußerungen von Akteuren auf den drei relevanten Konfliktdimensionen verortet werden. Damit zählt die Zeitung gemeinsam mit bild.de zu den Angeboten, welche die geringste Orientierungsleistung für die Bevölkerung bieten (Anhangstabelle 1). Etwa ein Fünftel der codierten Value-Frames entfielen auf die sozioökonomische (22%), knapp ein Viertel (26%) auf die politisch-kulturelle und gut die Hälfte (52%) auf die globalisierungsbezogene Konfliktlinie (Anhangstabelle 2).

Bei der Analyse der Bild Zeitung wurde ebenfalls die Präsenz verschiedener zu linken und rechten Werten zuordenbaren Pole auf den drei die deutsche Gesellschaft prägenden Konfliktachsen in der Berichterstattung gesucht. Zusammenfassend wird deutlich, dass bei der Bild Zeitung bei keinem der untersuchten Indikatoren eine Linksverzerrung vorliegt (Tabelle 9), dass im Gegenteil sogar zu Teilen auf der politisch-kulturellen und der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie von einer Rechtsverzerrung bzw. einer Überbetonung rechter Positionen gesprochen werden kann. (siehe Tabelle 18).

*Tabelle 18: Ergebnisübersicht Bild Zeitung*

	Gleichverteilung	Intermedialer Vergleichsmaßstab	Medienexterne Vergleichsmaßstab
Sozioökonomisch	X	X	X
Politisch-kulturell	X	X	X
Globalisierungsbezogen	X	X	X

✓ = Vorwurf der Linksverzerrung ist zutreffend, X Vorwurf ist nicht zutreffend.

*bild.de*

Zusätzlich wurde im nächsten Schritt die Plattform *bild.de* als Online-Auftritt der Bild Zeitung erfasst und anhand der eben erläuterten Vergleichsmaßstäbe und nach der gleichen Analyselogik untersucht. Gemeinsam mit der Bild Zeitung stellen die Plattform *bild.de* als Repräsentanten der Boulevard Medien diejenigen Angebote dar, welche die geringste Orientierungsleistung für die Bevölkerung bieten (Anhangstabelle 1). In 29 % der Fälle können die Äußerungen von Akteuren auf den drei relevanten Konfliktdimensionen verortet werden. Dabei entfielen etwa ein Sechstel der codierten Value-Frames auf die sozioökonomische (16%), mehr als ein Viertel (28%) auf die politisch-kulturelle und mehr als die Hälfte (56%) auf die globalisierungsbezogene Konfliktlinie (Anhangstabelle 2).

Es zeigt sich, dass *bild.de* sowohl auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie als auch auf globalisierungsbezogenen Konfliktlinie bei dem Indikator der Gleichverteilung und bei dem medienexternen Maßstab, dem Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus, eine Linksverzerrung aufweist (Tabelle 19).

*Tabelle 19: Ergebnisübersicht bild.de.*

	Gleichverteilung	Intermedialer Vergleichsmaßstab	Medienexterne Vergleichsmaßstab
Sozioökonomisch	X	X	X
Politisch-kulturell	✓	X	✓
Globalisierungsbezogen	✓	X	✓

✓ = Vorwurf der Linksverzerrung ist zutreffend, X Vorwurf ist nicht zutreffend.

Bei der Frage, aus der Perspektive welcher politisch-kommunikativer Milieus *bild.de* bei diesen Maßstäben linksverzerrt berichtet, zeigt sich, dass auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie alle Milieus außer der Unzufriedenen Linken (+49 PP) die Berichterstattung auf *bild.de* linksverzerrt wahrnehmen. Auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie nehmen alle Milieus außer die Kritisch Engagierten (-32 PP) die Berichterstattung auf *bild.de* linksverzerrt wahr.

### *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*

Bei der Betrachtung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* als Repräsentant für die Qualitätspresse kann festgehalten werden, dass die Zeitung gemeinsam mit anderen Qualitätsmedien die Orientierungsfunktion am ehesten wahrnimmt, wobei durchaus noch Verbesserungspotential besteht. In 40 % der Fälle können die Äußerungen von Akteuren auf den drei relevanten Konfliktdimensionen verortet werden. Damit zählt die Zeitung gemeinsam mit der Tagesschau, dem Spiegel und tagesschau.de zu den untersuchten Angeboten, die die größte Orientierungsleistung für die Bevölkerung bieten (Anhangstabelle 1). Etwa ein Drittel der codierten Value-Frames entfielen auf die sozioökonomische (31%), knapp ein Fünftel (20%) auf die politisch-kulturelle und knapp die Hälfte (49%) auf die globalisierungsbezogene Konfliktlinie (Anhangstabelle 2).

Weiter zeigt sich, dass bei der FAZ nur auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie sowohl bei dem Indikator der Gleichverteilung als auch für den intermedialen Vergleichsmaßstab keine Linksverzerrung vorliegt. Bei allen anderen Indikatoren konnte eine Linksverzerrung nachgewiesen werden. Entsprechend liegt auch beim medienexternen Vergleichsmaßstab, dem Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus, für alle drei Konfliktlinien eine Linksverzerrung vor (Tabelle 20).

*Tabelle 20: Ergebnisübersicht Frankfurter Allgemeine Zeitung.*

	Gleichverteilung	Intermedialer Vergleichsmaßstab	Medienexterne Vergleichsmaßstab
Sozioökonomisch	X	X	✓
Politisch-kulturell	✓	✓	✓
Globalisierungsbezogen	✓	✓	✓

✓ = Vorwurf der Linksverzerrung ist zutreffend, X Vorwurf ist nicht zutreffend.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Berichterstattung der FAZ aus Perspektive der Kritisch Engagierten (-9 PP bzw. +36 PP bzw. -32 PP), der Unauffällige Sozialdemokratische Mitte (-9 PP bzw. +28 PP bzw. -23 PP), der Autoritätsorientiert, wenig Interessierten (-5 PP bzw. -20 PP bzw. -1 PP) und der Marktliberal Rechten (+15 PP bzw. -30 PP bzw. +12 PP) auf allen drei Konfliktlinien linksverzerrt wirkt (Tabelle 6). Diese politisch-kommunikativen Milieus nehmen die Berichterstattung der FAZ entsprechend linksverzerrt wahr.

*faz.net*

Betrachtet man nun im Vergleich dazu die Online-Plattform der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zeigt sich, dass *faz.net* die Orientierungsfunktion etwas weniger wahrnimmt als die Frankfurter Allgemeine Zeitung selbst. In nur 35 % der Fälle können die Äußerungen von Akteuren auf den drei relevanten Konfliktdimensionen verortet werden. (Anhangstabelle 1). Dabei entfielen über ein Viertel der codierten Value-Frames auf die sozioökonomische (27%), knapp ein Viertel (23%) auf die politisch-kulturelle und die Hälfte (50%) auf die globalisierungsbezogene Konfliktlinie (Anhangstabelle 2).

Faz.net weist für den Indikator der Gleichverteilung auf der politisch-kulturellen und auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie eine Linksverzerrung auf. Für den intermediären Vergleichsmaßstab zeigt sich nur auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie eine Linksverzerrung, wohingegen für den medienexternen Vergleichsmaßstab sowohl auf der sozio-ökonomischen als auch auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie eine Linksverzerrung attestiert werden kann (Tabelle 21).

Tabelle 21: Ergebnisübersicht *faz.net*.

	Gleichverteilung	Intermediärer Vergleichsmaßstab	Medienexterne Vergleichsmaßstab
Sozioökonomisch	X	X	✓
Politisch-kulturell	✓	X	X
Globalisierungsbezogen	✓	✓	✓

✓ = Vorwurf der Linksverzerrung ist zutreffend, X Vorwurf ist nicht zutreffend.

Beim medienexternen Vergleich wirkt die Berichterstattung auf *faz.net* auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie aus Perspektive aller Milieus linksverzerrt, da die Plattform links aller Milieus platziert ist. Auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie nehmen alle Milieus außer die Kritisch Engagierten (-32 PP) die *faz.net* links bis linksverzerrt wahr (Tabelle 6).

## Spiegel

Als nächstes wurde der *Spiegel* als Repräsentant für die politische Wochenpresse untersucht. Als erstes Resultat kann hier festgehalten werden, dass der Spiegel gemeinsam mit anderen Qualitätsmedien die Orientierungsfunktion am ehesten wahrnimmt. In 42 % der Fälle können die Äußerungen von Akteuren auf den drei relevanten Konfliktdimensionen verortet werden. Damit zählt die Zeitung gemeinsam mit der Tageschau, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und tagesschau.de zu denjenigen untersuchten Angeboten, die die größte Orientierungsleistung für die Bevölkerung anbieten (Anhangstabelle 1). Etwa ein Drittel der codierten Value-Frames entfielen auf die sozioökonomische (35%), ein Viertel (24%) auf die politisch-kulturelle und etwas weniger als die Hälfte (41%) auf die globalisierungsbezogene Konfliktlinie (Anhangstabelle 2).

Für den Indikator der Gleichverteilung zeigt sich beim Spiegel sowohl auf der politisch-kulturellen und als auch auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie eine Linksverzerrung. Zudem zeigt sich bei dem medienexternen Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie eine Linksverzerrung (Tabelle 22).

Tabelle 22: Ergebnisübersicht Spiegel.

	Gleichverteilung	Intermedialer Vergleichsmaßstab	Medienexterne Vergleichsmaßstab
Sozioökonomisch	X	X	X
Politisch-kulturell	✓	X	X
Globalisierungsbezogen	✓	X	✓

✓ = Vorwurf der Linksverzerrung ist zutreffend, X Vorwurf ist nicht zutreffend.

Bei dem Indikator des medienexternen Vergleichs mit den politisch-kommunikativen Milieus wirkt die Berichterstattung des Spiegels aus Perspektive aller Milieus, außer dem Milieu der Kritisch Engagierten (-32 PP), links bis linksverzerrt (Tabelle 6).

*spiegel.de*

Im Vergleich dazu kann für die Online-Plattform des Spiegels, *spiegel.de*, festgehalten werden, dass die Plattform die Orientierungsfunktion weniger wahrnimmt als der Spiegel. In 35% der Fälle können die Äußerungen von Akteuren auf den drei relevanten Konfliktdimensionen verortet werden (Anhangstabelle 1). Dabei entfielen etwa ein Sechstel der codierten Value-Frames auf die sozioökonomische (15%), ein Viertel (26%) auf die politisch-kulturelle und mehr als die Hälfte (59%) auf die globalisierungsbezogene Konfliktlinie (Anhangstabelle 2).

Zudem wird deutlich, dass die Plattform beim Indikator der Gleichverteilung auf allen drei Konfliktlinien eine Linksverzerrung aufweist (Tabelle 23). Zudem weist die Plattform im intermedialen Vergleich auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie eine Linksverzerrung auf und zeigt beim Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus sowohl auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie als auch auf globalisierungsbezogenen Konfliktlinie ebenfalls eine Linksverzerrung (Tabelle 23).

Tabelle 23: Ergebnisübersicht *spiegel.de*

	Gleichverteilung	Intermedialer Vergleichsmaßstab	Medienexterne Vergleichsmaßstab
Sozioökonomisch	✓	✓	✓
Politisch-kulturell	✓	X	X
Globalisierungsbezogen	✓	X	✓

✓ = Vorwurf der Linksverzerrung ist zutreffend, X Vorwurf ist nicht zutreffend.

Beim medienexternen Vergleich mit den politisch-kommunikativen Milieus wirkt die Berichterstattung auf *spiegel.de* auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie für alle Milieus linksverzerrt, da die Plattform weit links aller Milieus platziert ist. Auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie nehmen alle Milieus außer die Kritisch Engagierten (-32 PP) die Berichterstattung von *spiegel.de* links bis linksverzerrt wahr.

## *Junge Freiheit*

Als nächstes wurde die *Junge Freiheit* als Repräsentant für die „Gesinnungspresse“ untersucht. Es zeigt sich, dass die *Junge Freiheit* mit ähnlichen Werten wie die *Bild Zeitung* und *bild.de* zu den Angeboten zählt, welche die geringste Orientierungsleistung für die Bevölkerung bieten (Anhangstabelle 1). In 30 % der Fälle können die Äußerungen von Akteuren auf den drei relevanten Konfliktdimensionen verortet werden. Dabei entfielen gut ein Zwanzigstel der codierten Value-Frames auf die sozioökonomische (5%), ein Viertel (25%) auf die politisch-kulturelle und 70% auf die globalisierungsbezogene Konfliktlinie (Anhangstabelle 2).

Es kann weiter festgehalten werden, dass die *Junge Freiheit* nur bei dem Indikator der Gleichverteilung auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie eine Linksverzerrung aufweist (Tabelle 24). Bei allen anderen Indikatoren berichtet die *Junge Freiheit* maßstabsgetreu oder zu Teilen sogar die rechten Positionen stärker betonend (siehe Kapitel 9).

*Tabelle 24: Ergebnisübersicht Junge Freiheit.*

	Gleichverteilung	Intermedialer Vergleichsmaßstab	Medienexterne Vergleichsmaßstab
Sozioökonomisch	X	X	X
Politisch-kulturell	✓	X	X
Globalisierungsbezogen	X	X	X

✓ = Vorwurf der Linksverzerrung ist zutreffend, X Vorwurf ist nicht zutreffend.

*t-online.de*

Betrachtet man abschließend im Vergleich die Online Plattform *t-online.de* als Repräsentant für Nachrichten-Aggregatoren wird ersichtlich, dass der Nachrichten-Aggregator die Orientierungsfunktion etwas weniger wahrnimmt als die Qualitätsmedien, wie die Tagesschau, Spiegel und tagesschau.de, aber in ähnlichem Maße wie die Online-Plattformen spiegel.de und faz.net. In 35% der Fälle können die Äußerungen von Akteuren auf den drei relevanten Konfliktdimensionen verortet werden (Anhangstabelle 1). Etwa ein Sechstel der codierten Value-Frames entfielen auf die sozioökonomische (16%), knapp ein Viertel (23%) auf die politisch-kulturelle und deutlich mehr als die Hälfte (61%) auf die globalisierungsbezogene Konfliktlinie (Anhangstabelle 2).

Weiter zeigt sich, dass die Plattform auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie beim intermedialen Vergleich eine Linksverzerrung aufweist und auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie bei allen drei untersuchten Indikatoren eine Linksverzerrung attestiert werden kann (Tabelle 26).

Tabelle 25: Ergebnisübersicht *t-online.de*.

	Gleichverteilung	Intermedialer Vergleichsmaßstab	Medienexterne Vergleichsmaßstab
Sozioökonomisch	X	X	✓
Politisch-kulturell	✓	✓	✓
Globalisierungsbezogen	X	X	X

✓ = Vorwurf der Linksverzerrung ist zutreffend, X Vorwurf ist nicht zutreffend.

Mit Blick auf den medienexternen Vergleichsmaßstab wird deutlich, dass *t-online.de* auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie aus Perspektive aller Milieus links bis linksverzerrt wahrgenommen wird, da der Nachrichten-Aggregator links aller Milieus platziert ist. Auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie nehmen alle Milieus außer die Unzufriedene Linke (+49 PP) die Berichterstattung von *t-online.de* linksverzerrt wahr (Tabelle 6).

## 10.2. Interpretation der Ergebnisse

Nachfolgend werden die Ergebnisse nun vor dem Hintergrund der forschungsleitenden Frage interpretiert.

Betrachtet man die Ergebnisse einzeln für jede Konfliktlinie kann für die sozio-ökonomische Konfliktlinie festgehalten werden, dass keines der untersuchten Medien eine Linksverzerrung aufweist, sondern einige sogar eine stärkere Betonung der marktliberalen Perspektive zeigen.

Für die politisch-kulturelle Konfliktlinie zeigt sich, dass die meisten Medien den liberalen Pol überrepräsentieren, was auf eine Linksverzerrung hindeutet. Die Bild Zeitung stellt hier die einzige Ausnahme dar, da sie den autoritären Pol überdurchschnittlich betont.

Auf der globalisierungsbezogenen Konfliktlinie zeigen die Ergebnisse, dass die meisten Medien die internationalen Positionen überbetonen, was ebenfalls für eine Linksverzerrung spricht. Nur die Bild Zeitung und die Junge Freiheit verfolgen eine nationalere Perspektive.

Es ist festzuhalten, dass einige Medien mehr und andere Medien weniger zu einer Linkstendenz neigen. Einige Medien weisen sogar auf einer oder mehreren Konfliktlinien für einen oder mehrere Indikatoren eine Linksverzerrung auf. Kein Medium jedoch weist auf allen drei Konfliktlinien über alle Indikatoren Linksverzerrungen auf. Einige Medien weisen in manchen Bereichen sogar eine Tendenz auf, rechte Positionen zu betonen, wie zum Beispiel die Bild Zeitung und die Junge Freiheit. Es lässt sich Medien übergreifend also nicht von einer Linksverzerrung sprechen, sondern viel mehr von einer Tendenz mancher Medien auf bestimmten Konfliktlinien, auf bestimmten Indikatoren linke Positionen zu betonen. Die Forschungsfrage kann also nicht pauschal beantwortet werden. Medienübergreifend zeichnet sich für die Beantwortung der Forschungsfrage ein Nein ab, da in der Gesamtbetrachtung der Medien in Deutschland keine Linksverzerrung in der Berichterstattung vorzuliegen scheint. Es kann jedoch durchaus von einer Tendenz mancher Medien zu linken Positionen gesprochen werden. Daher muss der Sachverhalt differenziert betrachtet werden, nicht in der Gesamtheit der Medien, sondern einzeln für die jeweiligen Medien. Gerade der Indikator des medienexternen Vergleichsmaßstabes ist hierfür geeignet. Dieser zeigt auf, wie sich die Medien innerhalb der Gesellschaft positionieren. Es fällt auf, dass sich einige Medien deutlich linker positionieren als Teile der Milieus. Für diese Milieus wirkt die Berichterstattung dieser Medien dann linker als die eigene Position und entsprechend linksverzerrt. Milieus, die sich nahe eines gewissen Mediums positionieren,

nehmen die Position dieses Mediums hingegen als der eigenen Position entsprechend wahr. Für sie wirkt die Berichterstattung nicht verzerrt. Gleiches gilt entsprechend für die Berichterstattung von Medien, die sich rechter positionieren als gewisse Milieus. Deren Berichterstattung wirkt aus Sicht der weiter links positionierten Milieus rechtsverzerrt, für andere Milieus entspricht die Berichterstattung allerdings der eigenen Position. Zusammenfassend zeigt sich also, dass es klar auf die Perspektive ankommt, aus derer heraus die Berichterstattung eines Mediums betrachtet wird. Eine Berichterstattung der Tagesschau mag für Milieus wie die Marktliberal Rechten linksverzerrt wirken, für Milieus wie die Unzufriedene Linke aber gerade mal deren Position entsprechen oder sogar aus deren Sicht eine Tendenz zu rechten Positionen darstellen. Es scheint insofern vielmehr auf die Perspektive anzukommen, aus welchem Milieu heraus das jeweilige Medium betrachtet wird. Die wahrgenommene Verzerrung beruht also auf der Milieu-Perspektive, aus derer ein Medium betrachtet wird. Repräsentiert ein Medium wie etwa die Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Werthaltungen eines rechten Milieus wie der Marktliberal Rechten nicht, wirkt deren Berichterstattung verzerrt. In diesem Fall linksverzerrt. Repräsentiert ein Medium wie etwa die Frankfurter Allgemeine Zeitung jedoch die Werthaltungen eines Milieus, wie etwa bei der Unzufriedenen Linken, wird die Berichterstattung als ausgewogen und angemessen wahrgenommen.

Zwar kann die Forschungsfrage also weder konkret bejaht noch konkret verneint werden, vielmehr zeigt sich aber, dass sich eine andere Haupteinsicht aus den Ergebnissen ableiten lässt. Die Untersuchung der Linksverzerrung der Berichterstattung anhand politisch-kommunikativer Milieus zeigt, dass es neben den Inhalten der Medienberichterstattung und einer dahingehenden verzerrten Darstellung, vor allem auf einen weiteren Faktor ankommt, nämlich die Perspektive der Betrachtenden. Es wird deutlich, dass die verschiedenen Milieus die Medienberichterstattung unterschiedlich wahrnehmen und interpretieren. Medien, die aus Sicht des einen Milieus linksverzerrt wirken, stellen für andere Milieus den neutralen Status Quo dar oder fallen sogar in die Kategorie einer latenten Rechtsverzerrung. Daraus lässt sich ableiten, dass es sich vielmehr um eine subjektive Wahrnehmung zu handeln scheint und dass es auf die Perspektive ankommt, aus derer man die Medienlandschaft betrachtet. Es handelt sich insofern um eine Frage der Perspektive und der Verortung der Betrachtenden, ob ein Medium linksverzerrt wahrgenommen wird oder nicht. Dieser Umstand lässt sich auf zwei grundlegende Theorien der Kommunikationswissenschaft zurückführen und anhand derer erläutern:

1) Auf die Lasswell Formel, welche lautet „Wer sagt was zu wem über welchen Kanal mit welcher Wirkung?“ (Arens, 2008) und 2) auf das Kommunikationsquadrat Modell nach von Thun (1999).

Der Kommunikationswissenschaftler Harold Dwight Lasswell beschrieb bereits 1948 das grundlegende Konzept von Massenkommunikation, welches sich nun auch in dieser Untersuchung in Bezug auf die Wahrnehmung der Medienberichterstattung durch die verschiedenen politisch-kommunikativen Milieus bestätigen lässt. Lasswell beschreibt, dass Kommunikation sich in mehrere Einzelteile zerlegen lässt und dass es bei der Untersuchung von Kommunikation essenziell ist, alle Bestandteile zu berücksichtigen. Dies lässt sich auch auf die vorliegende Arbeit im Bereich öffentlicher Massenkommunikation anwenden. Wer (die Medien) sagte was (Medienberichterstattung) über welchen Kanal (print, TV, Online etc.) zu wem (die politisch-kommunikativen Milieus) mit welcher Wirkung (verzerrte Wahrnehmung).

Grundlegende Idee der Untersuchung war es, den Modell-Bestandteil „sagte was“, also die Medienberichterstattung, genauer zu analysieren, wobei bei der Aufarbeitung im Theorieteil deutlich wurde, dass die Vermutung nahe liegt, dass eine potenzielle Verzerrung vorwiegend dem Bestandteil „Wer“, also den Medien“, geschuldet sein könnte. Die vorliegende Arbeit zeigt nun aber, dass es ebenfalls auf die Perspektive ankommt, aus derer heraus die Medienberichterstattung betrachtet wird. Das „zu wem“, in diesem Fall die politisch-kommunikativen Milieus als Empfangende, spielt also eine sehr große Rolle, da es einen direkten Effekt auf das „mit welchem Effekt“, also auf die verzerrte Wahrnehmung der Inhalte, haben kann. Jedes der zwölf Milieus hat, wie im Kapitel zu den politisch-kommunikativen Milieus ausführlich beschrieben, durch seine Positionierung auf der horizontalen Ebene, welche die richtungspolitische Verortung beinhaltet, und auf der vertikalen Ebene, also der Nähe bzw. Distanz zur Politik, eine eigene Perspektive. Jedes Milieu nimmt die Medienberichterstattung sozusagen durch eine eigene „gefärbte Brille“ wahr und interpretiert die Informationen im Rahmen und im Kontext dieser Brille. Man kann sagen, die Medienberichterstattung wird von der Gesellschaft durch ein Kaleidoskop der politisch-kommunikativen Milieus betrachtet: Je nach dem aus welcher Perspektive, welchen Milieus die Inhalte der Medien betrachtet werden, dreht sich das Kaleidoskop und legt andere Betrachtungskriterien an.

Nach Friedemann Schulz von Thun (1999) können verschiedene Empfangende Nachrichten unterschiedlich auffassen und die Nachrichten können dabei auf vier verschiedenen Ebenen interpretiert werden. Das Kommunikationsquadrat zeigt, dass jede Äußerung vier verschiedene Ebenen enthält: den Sachinhalt, die Selbstkundgabe, den Beziehungshinweis und den Appell. Wenn also beispielsweise zwei Personen kommunizieren, sind sie sich dieser vier Ebenen zwar nicht unbedingt aktiv bewusst, dennoch sie sind automatisch Bestandteil jeder Äußerung. Sendende und Empfangende können die vier Ebenen allerdings unterschiedlich interpretieren, was zu Missverständnissen führen kann. Dieses grundlegende Konzept der Kommunikation wird nun auch hier in den Ergebnissen in Bezug auf die verschiedenen Milieus sichtbar. Auf der Ebene des Sachinhalts geben die Massenmedien an, worüber in ihrer Berichterstattung informiert werden soll. Auf der Ebene der Selbstoffenbarung geben die Medien gegebenenfalls eigene Überzeugungen, Gefühle, Werte und Ansichten wieder. Ist diese Ebene zu sehr ausgeprägt, kann man von einer nicht neutralen Berichterstattung sprechen, welche etwa auch links bzw. rechts gefärbt sein kann. Auf der Beziehungs-Ebene wird deutlich in welchem Verhältnis die Medien zu den Empfangenden stehen. Dies kann gegebenenfalls auch zu einer Beeinflussung der Empfangenden und dadurch zu einer verzerrten Wahrnehmung führen. Die letzte Ebene, der Appell, macht deutlich, was mit der Nachricht erreicht werden will – will das Medium informieren, bitten, anweisen oder gar auffordern? Reißerische Medien etwa könnten diese Ebene nutzen, um die Bevölkerung aufzuwiegeln und für ihre Zwecke zu beeinflussen. Das Modell von Schulz von Thun, welches auch Vier Ohren Modell genannt wird, zeigt, wie Kommunikationsprobleme und Missverständnisse entstehen können, wenn Sender\*innen und Empfänger\*innen die vier Ebenen unterschiedlich gewichten oder die Botschaften unterschiedlich deuten.

Die beiden beschriebenen grundlegenden Konzepte der Kommunikation werden nun auch in den Ergebnissen dieser Arbeit in Bezug auf die verschiedenen Milieus sichtbar. Abgeleitet von der Lasswell-Formel lassen sich zwei Faktoren identifizieren, welche eine verzerrte Medienberichterstattung auf zwei Ebenen befeuern können: Einerseits auf inhaltlicher Ebene die Berichterstattung („sagt was“) der Medien („Wer“). Erfüllt diese die Anforderungen an Öffentlichkeit und öffentliche Kommunikation nicht und fällt sie entsprechend unausgewogen und nicht vielfältig aus, kann dies zu einer tatsächlich verzerrten Berichterstattung führen. Andererseits spielt aber auch die Milieu-Perspektivenbetrachtung eine große Rolle. Abgeleitet von der Lasswell-Formel also das „zu

wem“. Diese beiden Faktoren für sich genommen können bereits zu einer verzerrten Berichterstattung führen, zusammen können sie diesen Effekt allerdings noch verstärken. Verschiedene politisch-kommunikative Milieus werden eine verzerrte Berichterstattung noch verzerrter wahrnehmen, wodurch sich dieser Effekt multiplizieren wird. Dieser Umstand der zweifachen, sich gegenseitig verstärkenden Effekte für eine verzerrte Berichterstattung, einmal tatsächlich inhaltlich nachweisbar und einmal in der Wahrnehmung, führt zu einem Dilemma der öffentlichen Kommunikation.

Wie lassen sich diese Ergebnisse nun interpretieren und welche Implikationen lassen sich daraus ableiten? Bei der Untersuchung der (Links-)Verzerrung der Medienberichterstattung stellen offensichtlich nicht nur der Journalismus und die Medien einen Faktor für potenzielle Verzerrung dar, vielmehr stellt die Bevölkerung selbst ebenfalls einen großen Faktor hierfür dar, da sich die Wahrnehmung grundsätzlich je Milieu und je nach dessen Perspektive auf die Medienberichterstattung unterscheidet. Es scheint insofern ein grundsätzlicher Bias vorzuliegen. Selbst wenn die Berichterstattung in einem hypothetischen, nur in der Theorie umsetzbaren Wunsch-Soll-Zustand vollkommen neutral ausfallen würde, würden die Milieus sie unterschiedlich wahrnehmen und je nach Ausrichtung, in die eine oder andere Richtung eine Verzerrung attestieren.

Aus dieser Erkenntnis lassen sich drei wesentliche Implikationen für zukünftige Forschung und für die Gesellschaft ableiten:

- 1) Für die öffentliche Kommunikation und insbesondere für die Medien lässt sich ableiten, dass es essenziell ist, die an sie gestellten Anforderungen bestmöglich zu erfüllen. Da durch die verschiedenen Perspektiven der einzelnen politisch-kommunikativen Milieus ohnehin immer eine je nach Milieu leicht verzerrte Wahrnehmung der Berichterstattung vorliegen wird, ist es wichtig, die Berichterstattung selbst so ausgewogen und neutral wie möglich zu halten, um diesen Effekt nicht zu verstärken, sondern ihm entgegenzuwirken. Durch die Perspektivenbetrachtung der Milieus wird es nahezu unmöglich sein, einen Zustand vollkommen ausgewogener Berichterstattung zu erreichen, da einige Milieus diese immer als in die eine oder andere Richtung verzerrt wahrnehmen werden. Jedoch kann man sich einem solchen Zustand ausgeglichener Wahrnehmung aller Milieus womöglich durch besondere Achtsamkeit der Medien auf Neutralität annähern, indem die Medien zumindest ihren Teil beitragen, indem sie bestmöglich neutral berichten.

- 2) Für die Wissenschaft und für zukünftige Forschung lässt sich ableiten, dass es besonders wichtig ist, ein Standardinstrument zur kontinuierlichen Analyse und Überwachung der ausgewogenen Medienberichterstattung einzuführen. Das Konzept der Value Frames in Kombination mit den politisch-kommunikativen Milieus hat sich an dieser Stelle als grundlegender Bestandteil für ein solches Instrument bewährt.

Zudem ist es wichtig bei weiterer Forschung in diesem Bereich die Mehr-Perspektivenbetrachtung zu berücksichtigen. Es kann nicht weiter von „der Bevölkerung“ ausgegangen werden, da diese Untersuchung klar zeigt, dass sich die Gesellschaft bereits heterogenisiert hat und sich Teilpublika gebildet haben, welche sich anhand der politisch-kommunikativen Milieus sehr gut erfassen und abbilden lassen. Diese Teilpublika scheinen verschiedene Perspektiven und Sichtweisen auf die Gesellschaft, die Medien und im Zusammenhang damit den politischen Diskurs zu haben. Bei Befragung zur Mediennutzung und zur Medienwahrnehmung wäre es ratsam, in Zukunft auch zu erfassen, welchem politisch-kommunikativen Milieu die Befragten zugeordnet werden können. Aussagen zu einer potenziellen Linksverzerrung etwa wiegen von einer Person aus dem Milieu der Unzufriedenen Linken anders als von einer Person aus dem Milieu der Marktliberal Rechten. Diese Aussagen gilt es unterschiedlich zu gewichten, um ein realitätsgetreues Bild der Mediennutzung und der Medienwahrnehmung der Gesellschaft zu erlangen.

Ein weiterer Ansatzpunkt könnte sein, die Milieu-Perspektiven genauer zu erforschen, um die Sicht der einzelnen Milieus besser zu verstehen. Durch Studien zu beispielsweise dem Verständnis politischer Aussagen könnte identifiziert werden, wie die Milieus mediale und politische Inhalte wahrnehmen und einschätzen. Dies könnte hilfreich bei der Vermittlung solcher Inhalte sowohl in den Medien als beispielsweise auch in politischen Agenden der Parteien sein, um zu verstehen, wie man die verschiedenen Milieus erreichen und ihnen Inhalte vermitteln kann.

- 3) Zuletzt gilt es auch einen Blick auf die Gesellschaft zu werfen. Wie bereits erläutert reicht es nicht aus, nur bei den Medien anzusetzen, um einer verzerrten Berichterstattung entgegenzuwirken. Zwar tragen die Medien durch die Lieferung der Inhalte zu einer Verzerrung auf inhaltlicher Ebene bei, dennoch konnte gezeigt werden, dass ganz klar die Perspektive der Betrachtenden, also der Gesellschaft, eine große Rolle spielt. Jedes

Milieu nimmt je nach ihrer Verortung auf der horizontalen und der vertikalen Ebene eine andere Perspektive ein. Diese hängen entsprechend mit der richtungspolitischen Verortung der Milieus und deren Nähe bzw. Distanz zur Politik zusammen. Von der Politik distanzierte, gesellschaftlich abgehängte Milieus nutzen, wie im Kapitel zu den politisch-kommunikativen Milieus erläutert, Medien anders bzw. andere Medien als engagierte, politiknahe Milieus. Ein Ansatzpunkt wäre es, an dieser Stelle anzusetzen und zu versuchen, die Diskrepanzen der Milieus in Bezug auf ihre Mediennutzungskompetenz zu verringern, indem man vermehrt in Förder- und Bildungsprogramme zur Mediennutzung und zur Interpretation von Medieninhalten investiert.

Gerade zu Zeiten der Digitalisierung und des Medienwandels, in der Social Media und Fake News große Themen sind und KI generierte Inhalte neben ihren vielen Vorteilen auch Gefahren in Form von beispielsweise gefälschten medialen Inhalten bergen können, ist es wichtig die Menschen im Umgang mit den Medien zu schulen. Es sollte schon in der Schule angefangen werden, Kindern die Nutzung und auch die potenziellen Gefahren von Medien näher zu bringen, um sie einerseits für die mediale Welt zu wappnen und ihnen andererseits die Kompetenz der Mediennutzung beizubringen, um sie so für die politische Teilhabe zu qualifizieren. Nur durch die Möglichkeit sich allumfassend und vielfältig zu informieren und sich auf Basis dieser Informationen eine Meinung zu bilden, sind die Menschen befähigt am politischen Diskurs teilzunehmen. Einen Teil tragen dazu, wie bereits ausführlich erläutert, die Medien bei, da sie die Verantwortung zur Bereitstellung ebensolcher Inhalte zur Information innehaben. Jedoch muss die Bevölkerung auch befähigt sein, mit diesen Inhalten umzugehen, da die Untersuchung zeigt, dass eine verzerrt wahrgenommene Berichterstattung nicht nur den Sendenden geschuldet ist, sondern auch die Empfangenden als Faktor der Verzerrung adressiert werden müssen.

Die Ergebnisse der Arbeit machen nicht nur eine Diskrepanz bei der Wahrnehmung der Inhalte sichtbar, sondern weisen auch auf eine Diskrepanz der Befähigung zum Umgang mit Medien, sowohl der Nutzung als auch der Interpretation dieser, hin. Um die Unterschiede bei der Wahrnehmung der Medienberichterstattung durch die verschiedenen Perspektiven der Milieus auf einen neutralen Punkt hin anzunähern, muss versucht werden, die Ausgangslage der einzelnen Milieus anzunähern. Die sich unterscheidenden Perspektiven der Milieus werden bleiben, da es schwer sein wird, die Heterogenisierung in Teilpublika

rückgängig zu machen, jedoch könnten sich der Bias und somit die Unterschiede zwischen den Milieus durch ähnlichere Voraussetzungen des Medienkonsums, welcher auch ähnlichere Voraussetzungen für eine Teilhabe an der Politik mit sich bringen, verringern. Bei der Betrachtung der medialen Berichterstattung muss in Zukunft daher der Fokus vermehrt auf die Empfangenden gelegt werden. Ein Model, welches sich nur mit den Sendenden, also den Medien beschäftigt, ist zu Zeiten der Heterogenisierung und der Aufspaltung der Gesellschaft in Teilpublika nicht zeitgemäß und kann die Anforderungen nicht erfüllen. Es ist essenziell, die Betrachtung der verschiedenen Milieus einzubeziehen und daran zu arbeiten, deren Sichtweisen besser zu verstehen, um dann in auf diese eingehen zu können.

### 10.3. Beurteilung des methodisch-konzeptionellen Vorgehens und Ausblick

Abschließend sollen nun etwaige Limitation der Arbeit betrachtet und aufgearbeitet werden, um daraus mögliche Verbesserungen und Vorschläge für zukünftige Forschung zum Thema abzuleiten. Für den theoretischen Teil muss betont werden, dass die Value Frames nur eine Möglichkeit sind, die Vielfalt der Berichterstattung zu erfassen. Die Studie macht jedoch keine Aussagen zu der bereits in anderen Kontexten und auf andere Art als positiv evaluierten Akteurs- und Themenvielfalt in den untersuchten Medien, wie etwa in der Studie von Stark et al. (2021) zur Tagesschau.

Ein weiterer theoretischer Kritikpunkt ist, dass die Value Frames einzeln betrachtet werden. Ob eine alternative, im Sinne der Einbettungsthese (Kriesi et al., 2006) integrierte, Betrachtung der drei Konfliktlinien zu denselben Befunden führt, ist eine empirische Frage, die es in zukünftiger Forschung zu untersuchen gilt. Aus empirischer Perspektive muss angeführt werden, dass das Potential von Value Frames anhand von Daten für das Jahr 2018 illustriert wurde. Die Datengrundlage ist entsprechend nicht aktuell und erlaubt daher keine Aussagen zur aktuellen Situation. Für die Ergebnisse der Arbeit ist die Aktualität der Daten in diesem Fall allerdings zweitrangig, da die Funde der Perspektivenbetrachtung der politisch-kommunikativen Milieus und die sich daraus ergebenden Implikationen zeitunabhängig sind und in erster Linie grundsätzlich gelten. Für die Beantwortung der Forschungsfrage und für die Erfassung der aktuellen Situation wäre eine Studie mit aktuelleren Daten dennoch wünschenswert. Zudem ist anzumerken, dass der Zeitpunkt der Feldzeit und der Codierung die Besonderheit aufweisen, dass diese Zeit stark durch die Migrationskrise geprägt war. Das könnte die Daten in gewissem Maße beeinflusst haben.

Gerade Menschen, die dieses Thema besonders bewegt, sei es nun durch besondere Relevanz und Engagement dahingehend oder durch besondere Ablehnung der Thematik, könnten dadurch beeinflusst worden sein. Es gilt dies bei der Interpretation der Ergebnisse im Kopf zu behalten, da dies als Limitation der Arbeit betrachtet werden kann. In zukünftiger Forschung wäre es interessant zu sehen, inwieweit sich Erhebungen außerhalb eines solchen Krisenzeitraums von den hier verwendeten Daten unterscheiden.

Weitere Studien zur langfristigen und kontinuierlichen Erfassung der Qualität der Berichterstattung öffentlich-rechtlicher Sendungen, wie sie jüngst die Forschergruppe um Mauer (2024) vorgelegt hat sind ebenso von großer Wichtigkeit, wie eine in Vergleichsmaßstäbe einordnende Interpretation der Ergebnisse. Es handelt sich zudem um eine Sekundärdatenanalyse. Die Daten wurden nicht gezielt für diese Fragestellung erhoben, weswegen nur das ausgewertet werden konnte, was mit Hilfe der bestehenden Daten zu berechnen war. Eine gezielte Erforschung mit einer eigens dafür angelegten Datenerhebung zum Thema wäre wünschenswert.

Zudem wurde die Positionierung der Medien über alle Themen hinweg untersucht. Inwieweit es themenspezifische Unterschiede zwischen der Darstellung von Themen aus dem Bereich der Wirtschaft, der Finanzen oder der Gesellschaft gibt, kann an dieser Stelle aufgrund einer geringen Fallzahl nicht empirisch unterlegt werden. Möglich wären themenspezifische Verzerrungen bei Themen wie Migration, Wirtschaft oder Umwelt/Klima. Die Codierung der politischen Grundhaltungen auf Akteursebene hat sich bewährt. Bei der Codierung wurden jedoch nur die drei wichtigsten Akteure erfasst. Bei Beiträgen, die mehr als drei Akteure aufweisen, wurden deren Positionierungen nicht mitberücksichtigt, was ein gewisses Potential für Unschärfe birgt. Zudem wurde die journalistische Kommentierung der Value Frames als weiterer Konstruktionsmechanismus für einen Bias nicht erfasst. Die das vorgestellte Instrument einsetzende aktuelle Studie von Maurer et al. aus dem Jahr 2024 zeigte erfolgreich, dass die Value Frames für die Analyse öffentlich-rechtlicher Angebote eingesetzt werden können. Aufbauend auf den Erkenntnissen dieser Studie wurde das Verfahren in dieser Arbeit auf Medien verschiedener Mediengattungen (Boulevard, Qualitätspresse etc.) ausgeweitet. Ergänzend wurde versucht, Offline- und Online-Angebote zu erfassen, um etwaige Unterschiede abbilden zu können, dennoch wäre es interessant, in einer breiter-angelegten Studie noch mehr unterschiedliche Medien sowie auch Social Media Angebote, vor allem aktuell relevanter Plattformen wie etwa Instagram und TikTok, welche Parteien wie die AfD vermehrt nutzen, zu integrieren.

Insgesamt demonstriert die Studie die Leistungsfähigkeit der Erfassung von Value Frames zur Ermittlung der Positionsvielfalt in der Berichterstattung und bietet damit ein öffentlichkeitstheoretisch fundiertes, an Arbeiten der politischen Soziologie und Politikwissenschaft anschlussfähiges Messinstrument, welches wiederum in ein Standardinstrument zur Erfassung der journalistischen Qualität integriert werden sollte. Über die Diskussion verschiedener Vergleichsmaßstäbe gibt die Studie weiterhin Anhaltspunkte, wie deskriptive Befunde in der Medienqualitätsforschung kontextualisiert werden können und aus welchen Milieu-spezifischen Perspektiven potenziell Vorwürfe gegenüber einer einseitigen Berichterstattung laut werden. Ultimatives Ziel sollte es sein, ähnlich wie dies in der Schweiz für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bereits geschieht (fög, 2022), in einer kontinuierlichen Beobachtung der Leistung der Medien in Deutschland belastbare Aussagen über deren gesellschaftliche Orientierungsleistungen zu treffen und diese Ergebnisse in die öffentliche Debatte zu der Leistungsfähigkeit der Medien einzubringen.

Die auf Basis der Untersuchung gefundenen Belege für die Milieu-Perspektivenbetrachtung der Medienberichterstattung sollte in zukünftiger Forschung berücksichtigt werden, um die Aussagen über den Medienkonsum sowie die Wahrnehmung der Medienberichterstattung richtig gewichten und in den Kontext der Verortung der befragten Menschen einordnen zu können. Neben der Einbeziehung der Milieu-Perspektiven bei der Untersuchung öffentlicher Kommunikation und der Medienberichterstattung, wäre es zusätzlich sinnvoll, auch die verschiedenen Milieu-Perspektiven weiter zu erforschen. Studien im Bereich der politisch-kommunikativen Milieus, um die verschiedenen Teilpublika und ihre Unterschiede besser zu verstehen, könnten von großem Nutzen sein. Dies könnte bei der Vermittlung medialer Inhalte und politischer Agenden hilfreich sein, um die verschiedenen Milieus anzusprechen und ihnen die Inhalte näher zu bringen. Weiter wäre es in Bezug auf die Gesellschaft wünschenswert, wenn die in dieser Arbeit angestoßenen Vorschläge zur (Weiter-) Bildung der Bevölkerung im Bereich der Mediennutzung und damit im weiteren Sinne für die politische Teilhabe aufgegriffen und umgesetzt würden.

Gerade zu Zeiten des digitalen Wandels, mit dem Aufkommen von KI generierten Medieninhalten und der damit verbundenen Schwierigkeit, Fake News zu identifizieren, ist es sehr wichtig, bereits bei der Schulbildung anzusetzen, um die Generation der Digital Natives für die Zukunft zu rüsten. Mediale Bildung in den Schulen sollte bereits seit Jahren ein größeres Thema sein, doch es wäre begrüßenswert, wenn die Erkenntnisse dieser Arbeit

dazu beitragen können, einen Anstoß für mediale Bildung und Weiterbildung in der Gesellschaft zu geben, um den bereits vorhandenen Klüften in der Gesellschaft, welche sich anhand der politisch-kommunikativen Milieus zeigen, entgegenzuwirken und diese nach Möglichkeit nicht noch größer werden zu lassen.

## Literaturverzeichnis

- Aalberg, Toril, van Aelst, Peter and Curran, James. (2010). "Media Systems and the Political Information Environment: A Cross-National Comparison." *The International Journal of Press/Politics*, 15(3), 255–71. doi:10.1177/1940161210367422.
- Alemann, Ulrich von, Erbenraut, Phillip und Walther, Jens (Hrsg.). (2018). *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-21159-2>
- Althaus, Scott (2012). What's good and bad in political communication research? Normative standards for evaluating media and citizen performance. In Holli Semetko und Margaret Scammell (Hrsg.). *The SAGE handbook of political communication*, S. 97–112. Sage Publications.
- Arceneaux, Kevin, Martin Johnson, und Chad Murphy (2012). Polarized political communication, oppositional media hostility, and selective exposure. *The Journal of Politics*, 74(1), 174–186. <https://doi.org/10.1017/S002238161100123X>.
- Ardévol-Abreu, Alberto and Zuniga, Homero Gil de. (2017). Effects of editorial media bias perception and media trust on the use of traditional, citizen, and social media news. *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 94(3), 703–724.
- Arnim, Hans-Herbert von (1984). Der strenge und der formale Gleichheitssatz. *Die Öffentliche Verwaltung*, 37, 85–92.
- Arnold, Klaus (2016). Qualität des Journalismus. In Martin Löffelholz und Liane Rothenberger (Hrsg.) *Handbuch Journalismustheorien*, 551–563. Wiesbaden: Springer VS.
- Arpan, Laura. M., & Raney, Arthur. A. (2003). An Experimental Investigation of News Source and the Hostile Media Effect. *Journalism and Mass Communication Quarterly*, 80, 265 – 281.
- Arens, Markus. (2008). Lasswell-Formel. In Uwe Sander, Frederike von Gross, Kai-Uwe Hugger (Hrsg.) *Handbuch Medienpädagogik*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Arzheimer, Kai und Rudi, Tatjana (2007). Wertorientierungen und ideologische Einstellungen. In Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel & Jürgen W. Falter (Hrsg.). *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. S. 167-187. Baden-Baden: Nomos.

- Arzheimer, Kai und Berning, Carl C. (2019). How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017. *Electoral Studies*, 60, 102040. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.04.004>
- Asp, Kent (2006). Rättvisa nyhetsmedier – Partiskheten under 2006 års medievalsörelse. *JMG Arbetsrapport nr 42*. Göteborg: Göteborgs Universitet.
- Atkinson, Mary Layton, Lovett, John & Baumgartner, Frank R. (2014). Measuring the Media Agenda, *Political Communication*, 31(2), S. 355-380. DOI: 10.1080/10584609.2013.828139.
- Baden, Christian und Springer, Nina (2017). Conceptualizing Viewpoint Diversity in News Discourse. *Journalism*, 18(2), 176–194.
- Bachmann, Philipp, Eisenegger, Mark, & Inghoff, Diana. (2022). Defining and measuring news media quality: Comparing the content perspective and the audience perspective. *The International Journal of Press/Politics*, 27(1), 9-37.
- Baron, David P. (2006). Persistent media bias. *Journal of Public Economics*, 90(1–2), 1–36
- Barwise, Patrick and York, Peter (2020). *The war against the BBC: How an unprecedented combination of hostile forces is destroying Britain's greatest cultural institution ... and why you should care*. Penguin culture. Penguin UK.
- Beattie, Peter and Milojevich, Joven. (2017). “A Test of the ‘News Diversity’ standard: Single Frames, Multiple Frames, and Values Regarding the Ukraine Conflict.” *The International Journal of Press/Politics*, 22 (1). 3–22. doi:10.1177/1940161216673194.
- Beaufort, Maren (2020). *Medien in der Demokratie – Demokratie in den Medien. Ein demokratietheoretisch fundierter Ansatz zur Erforschung der demokratischen Qualität von Medienrepertoires unterschiedlicher Nutzungsklassen, dargelegt am Beispiel einer zeitvergleichenden Analyse des politischen Informationsangebots in den österreichischen Medien*. Dissertationsschrift an der Universität Hamburg.
- Beaufort, Maren und Seethaler, Josef (2018). *Media Quality and Democracy: Claims and Reality*. A Cross-media Study, Paper presented at the 2018 AEJMC Annual Conference, Washington, DC.
- Beck, Klaus, Reineck, Dennis & Schubert, Christiane (2010). Journalistische Qualität in der Wirtschaftskrise: Eine Studie im Auftrag des Deutschen Fachjournalistenverbandes. *DFJV*. [http://www.dfjv.de:8181/documents/10180/178294/DFJV\\_Studie\\_Journalistische\\_Qualitaet\\_03\\_2010.pdf](http://www.dfjv.de:8181/documents/10180/178294/DFJV_Studie_Journalistische_Qualitaet_03_2010.pdf) [02.07.2020].

- Beckers, Kathleen und van Aelst, Peter (2019). Look who's talking. *Journalism Studies*, 20(6), 872–890. <https://doi.org/10.1080/1461670X.2018.1463169>
- Begenat, Matthias (2016). *Öffentlichkeit - für alle? Themen und Informationsrepertoires in politischen Milieus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Begenat, Matthias (2017). Im Horizont aller? In Olaf Jandura, Manuel Wendelin, Marian Adolf & Jeffrey Wimmer (Hrsg.). *Zwischen Integration und Diversifikation: Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt im digitalen Zeitalter*. S. 189-206. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Bennett, W. Lance, und Entman, Robert M. (Eds.). (2000). *Mediated politics: Communication in the future of democracy*. Cambridge University Press.
- Bennett, Lance W. und Shanto Iyengar (2008). A New Era of Minimal Effects?: The Changing Foundations of Political Communication. *Journal of Communication*, 58(4), 707–731.
- Bennett, W. Lance und Pfetsch, Barbara (2018). Rethinking Political Communication in a Time of Disrupted Public Spheres, *Journal of Communication*, 68(2), S. 243-253. DOI:10.1093/joc/jqx017.
- Bentele, Günter, Brosius, Hans-Bernd, & Jarren, Otfried (2013). *Öffentliche Kommunikation: Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft*. Springer-Verlag.
- Bergsdorf, Wolfgang (1982). *Sprache und Politik*. Wien.
- Besova, Asya. A. & Cooley, Skye C. (2009). Foreign News and Public Opinion: Attribute Agenda-Setting Theory Revisited. *Ecquid Novi: African Journalism Studies*, 30(2), 219–242. <https://doi.org/10.3368/ajs.30.2.219>
- Best, Stefanie (2000). Der Intra-Extra-Media-Vergleich — ein wenig genutztes Analyseinstrument und seine methodischen Anforderungen. *Publizistik*, 45(1), 51–69. <https://doi.org/10.1007/s11616-000-0050-6>
- Blum, Roger (2014). *Lautsprecher und Widersprecher: Ein Ansatz zum Vergleich der Mediensysteme*, Köln: von Halem.
- Bonfadelli, Heinz (2008). Einleitung: Medien zwischen Seismographie- und Frühwarnfunktion. In Heinz Bonfadelli, Kurt Imhof, Roger Blum & Otfried Jarren (Hrsg.). *Seismographische Funktion von öffentlicher Kommunikation im Wandel*. Wiesbaden: VS, S. 7-14.
- Boomgaarden, Hajo G. und Semetko, Holli (2012). Nachrichten-Bias: Medieninhalte, Bevölkerungswahrnehmungen und Wahlentscheidungen bei der Bundestagswahl

2009. In Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.), *Wählen in Deutschland*, Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 45, S. 442–464. Nomos.
- Brandenburg, Heinz (2006). Party strategy and media bias: A quantitative analysis of the 2005 UK election campaign. *Journal of elections, public opinion and parties*, 16(2), 157–178.
- Brettschneider, Frank, Niedermayer, Oskar, & Weißels, Bernhard (2007). *Die Bundestagswahl 2005: Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*, S. 9-18. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brettschneider, Frank & Wagner, Bettina (2008). „And the winner should be...“. Explizite und implizite Wahlempfehlungen in der Bild-Zeitung und der Sun. In Barbara Pfetsch & Silke Adam (Hrsg.), *Massenmedien als politische Akteure: Konzepte und Analysen*. S. 225–244. VS Verlag für Sozialwissenschaften. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-90843-4\\_10](https://doi.org/10.1007/978-3-531-90843-4_10)
- Brosius, Hans-Bernd und Engel, Dirk (1997). ‚Die Medien beeinflussen vielleicht die anderen, aber mich doch nicht‘: Zu den Ursachen des Third-Person-Effekts. *Publizistik*, 42, 325 – 345.
- Bucher, Hans-Jürgen und Altmeppen, Klaus-Dieter (Hrsg.) (2003). *Qualität im Journalismus: Grundlagen – Dimensionen – Praxismodelle*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bucy, Eric P., D’Angelo Paul and Bauer, Nicole M. (2014). “Crisis, Credibility, and the Press: A Priming Model of News Evaluation.” *The International Journal of Press/Politics* 19 (4), 453–75. doi:10.1177/1940161214541682.
- Bundeswahlleiter (2021). *Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen*. Abgerufen unter [https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/cbceef6c-19ec-437b-a894-3611be8ae886/btw21\\_heft3.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/cbceef6c-19ec-437b-a894-3611be8ae886/btw21_heft3.pdf)
- Çarkoğlu, Ali, Baruh, Lemi und Yıldırım. Kerem (2014). Press-party parallelism and polarization of news media during an election campaign: The case of the 2011 Turkish elections. *The International Journal of Press/Politics* 19(3), 295–317.
- Carr, D. Jasun, Barnidge, Matthew, Lee, Byung Gu and Jean Tsang, Stephanie (2014). “Cynics and Skeptics: Evaluating the Credibility of Mainstream and Citizen Journalism.” *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 91(3), 452–70. doi: 10.1177/1077699014538828.

- Carpentier, Nico, Schröder, Kim Christian und Hallett, Lawrie (2014). *Audience Transformations. Shifting Audience Positions in Late Modernity*, New York: Routledge.
- Chinn, Sedona, P. Sol Hart, und Stuart Soroka. (2020). Politicization and polarization in climate change news content, 1985–2017. *Science Communication* 42(1), 112–129. <https://doi.org/10.1177/1075547019900290>.
- Cohen, Jeremy, Mutz, Diana C., Price, Vincent, & Gunther, Albert C. (1988). Perceived Impact of Defamation. An Experiment on Third Person Effects. *Public Opinion Quarterly*, 52, 161 – 173.
- Curran, James, Shanto Iyengar, Anker Brink Lund, and Inka Salovaara-Moring. (2009). “Media System, Public Knowledge and Democracy: A Comparative study.” *European Journal of Communication*, 24 (1), 5–26. doi:10.1177/0267323108098943.
- D’Alessio, Dave und Allen, Mike (2000). Media bias in presidential elections: A meta-analysis. *Journal of Communication*, 50(4), 133–156.
- Daschmann, Gregor (2009). Qualität von Fernsehnachrichten: Dimensionen und Befunde. *Media Perspektiven*, 5(2009), 257-266.
- Decker, Frank (2018). Jenseits von links und rechts: Lassen sich Parteien noch klassifizieren? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 68(46-47), 21–26.
- Decker, Frank (2022). Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. Bundeszentrale für politische Bildung. *Bpb.de*. [www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/](http://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/)
- De Vreese, Claes und Boomgaarden, Hajo (2003). Valenced news frames and public support for the EU. *Communications*, 28(4), 361–381.
- De Vreese, Claes, Esser, Frank and Hopmann, David Niclas. (2017a). *Comparing Political Journalism*. New York: Routledge.
- De Vreese, Claes, Esser, Frank and Hopmann, David Nicolas, Aalberg, Toril, and VanAelst, Peter (2017b). Comparing News Performance. In Claes de Vreese, Frank Esser and David Nicolas Hopman (Hrsg.), *Comparing Political Journalism*, S. 1–9. New York: Routledge.
- Dobrindt, Alexander (4. Januar 2018). Wir brauchen eine bürgerlich-konservative Wende. *welt.de*. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus172133774/Warum-wir-nach-den-68ern-eine-buergerlich-konservative-Wende-brauchen.html>

- Dohle, Marco und Hartmann, Tilo (2008). Alles eine Frage hoher Reichweite? Eine experimentelle Untersuchung zur Ursache der Entstehung von Hostile-Media-Effekten. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 56, 21 – 41.
- Donsbach, Wolfgang (1990). Objektivitätsmaße in der Publizistikwissenschaft, *Publizistik*, 35(1), 18-29.
- Donsbach, Wolfgang (1991). *Medienwirkung trotz Selektion. Einflussfaktoren auf die Zuwendung zu Zeitungsinhalten*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau.
- Donsbach, Wolfgang (2007). Journalistische Kompetenz für eine pluralistische Demokratie. In W. J. Patzelt (Hrsg.), *Res publica semper reformanda: Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls ; Festschrift für Heinrich Oberreuter zum 65. Geburtstag* (1. Aufl., S. 193–208). VS Verl. für Sozialwiss.
- Donsbach, Wolfgang und Patterson, Thomas E. (2004). Political News Journalists: Partisanship, Professionalism, and Political Roles in Five Countries, In: Esser, Frank / Pfetsch, Barbara (Hrsg.), *Comparing Political Communication. Theories, Cases, and Challenges*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 251-270.
- Donsbach, Wolfgang und Büttner, Katrin (2005). Boulevardisierungstrend in deutschen Fernsehnachrichten. *Publizistik*, 50(1), 21–38. <https://doi.org/10.1007/s11616-005-0116-6>.
- Donsbach, Wolfgang und Rentsch, Mathias (2011). Methodische Designs zur Messung subjektiver Einflüsse auf die Nachrichtenentscheidungen von Journalisten. In Olaf Jandura, Thorsten Quandt und Jens Vogelgesang (Hrsg.), *Methoden der Journalismusforschung*, 1. Aufl., S. 155–170). VS Verl. für Sozialwiss.
- Druckman, James N., und Parkin, Michael (2005). The impact of media bias: How editorial slant affects voters. *The Journal of Politics*, 67(4), 1030–1049.
- Dvir-Gvirsman, Shira. (2017). Media audience homophily: Partisan websites, audience identity and polarization processes. *New Media & Society*, 19(7), 1072–1091. <https://doi.org/10.1177/1461444815625945>.
- Eberl, Jakob-Moritz (2019). Lying press: Three levels of perceived media bias and their relationship with political preferences. *Communications*, 44(1), 5–32.
- Eberl, Jakob-Moritz (2022). Medienbias. In Thomas Zerback, Stefan Marschall, Katharina Kleinen-von Königslöw und Isabelle Borucki (Hrsg.) *Handbuch Politische Kommunikation*, S. 397 - 410. Springer Fachmedien Wiesbaden.

- Eberl, Jakob-Moritz, Boomgaarden, Hajo und Wagner, Markus. (2017a). One bias fits all? Three types of media bias and their effects on party preferences. *Communication Research*, 44(8), 1125–1148.
- Eberl, Jakob-Moritz, Wagner, Markus und Boomgaarden, Hajo (2017b). Are perceptions of candidate traits shaped by the media? The effects of three types of media bias. *The International Journal of Press/Politics*, 22(1), 111–132.
- Eberl, Jakob-Moritz und Plescia, Carolina (2018). Coalitions in the news: How saliency and tone in news coverage influence voters' preferences and expectations about coalitions. *Electoral Studies*, 55, 30–39.
- Eberl, Jakob-Moritz (2020). Medienbias. In Isabelle Borucki, Katharina Kleinen-von Königslöw, Stefan Marschall und Thomas Zerback (Hrsg.), *Springer eBook Collection. Handbuch Politische Kommunikation* (S. 1–14). Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-26242-6\\_32-1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-26242-6_32-1)
- Egelhofer, Jana Laura, und Lecheler, Sophie. (2019). Fake news as a two-dimensional phenomenon: A framework and research agenda. *Annals of the International Communication Association*, 43(2), 97–116.
- Eilders, Christiane. (2006). Politische Kommunikation. In Hans-Bredow-Institut (Hrsg.), *Medien von A bis Z*, S. 283–286. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Engesser, Sven. (2013). *Die Qualität des Partizipativen Journalismus im Web: Bausteine für ein integratives theoretisches Konzept und eine explanative empirische Analyse*. Springer.
- Entman, Robert M. (1993). Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51–58.
- Eisenegger, Mark und Schneider, Jörg (2016). *Wie Mediennutzer in die Welt schauen:: Die Newsrepertoires der Schweizerinnen und Schweizer und ihre Themenagenden*. Schwabe Verlag (Basel).
- Esaiasson, Peter, Kölln, Ann-Kristin und Turper, Sedef. (2015). External Efficacy and Perceived Responsiveness Similar but Distinct Concepts. *International Journal of Public Opinion Research*, 27(3), 432 - 445. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edv003>
- Esser, Hartmut. (2000). *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Esser, Frank, de Vreese, Claes H., Strömbäck, Jesper, van Aelst, Peter, Aalberg, Toril, Stanyer, James und Reinemann, Carsten. (2012). “Political Information Opportunities in Europe: A Longitudinal and Comparative Study of Thirteen

- Television Systems.” *The International Journal of Press/Politics*, 17(3), 247–274. doi:10.1177/1940161212442956.
- Esser, Frank und Umbricht, Andrea (2014). “The Evolution of Objective and Interpretative Journalism in the Western Press: Comparing Six News Systems Since the 1960s.” *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 91(2), 229–49. doi:10.1177/1077699014527459.
- European Commission. (2018). *A multi-dimensional approach to disinformation: Report of the independent high-level group on fake news and online disinformation*. Luxembourg: Publications. Office of the European Union.
- Fawzi, Nayla. (2019). Untrustworthy news and the media as „enemy of the people?“ How a populist worldview shapes recipients’ attitudes toward the media. *The International Journal of Press & Politics*, 24(2), 146–164.
- Fahr, Andreas. (2001). *Katastrophale Nachrichten? Eine Analyse der Qualität von Fernsehnachrichten*. R. Fischer.
- Ferree, Myra Marx, Gamson, William A., Gerhards, Jürgen und Rucht, Dieter. (2002). Four models of the public sphere in modern democracies. *Theory and Society*, 31(3), 289–324. <https://doi.org/10.1023/A:1016284431021>.
- Festinger, Leon. (1957). *A theory of cognitive dissonance*, Bd. 2. Stanford: Stanford University Press.
- Fleischhauer, Jan (18. April 2013). Warum sind so viele Journalisten links? *Spiegel.de*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/s-p-o-n-der-schwarze-kanal-warum-sind-so-viele-journalisten-links-a-895095.html>
- Fleischhauer, Jan (10. September 2019). Öffentlich-grün-roter Rundfunk: ARD und ZDF ignorieren Rauschen des Unmutes: Die Focus Kolumne von Jan Fleischhauer. *Focus, München*. [http://www.focus.de/politik/deutschland/schwarz-kanal/der-schwarze-kanal-oeffentlich-gruen-roter-rundfunk\\_id\\_11113640.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/schwarz-kanal/der-schwarze-kanal-oeffentlich-gruen-roter-rundfunk_id_11113640.html)
- Fletcher, Richard. (2022). *Have news audiences become more polarised over time*. Reuters Institute digital news report, 38-41.
- Fletcher, Richard und Nielsen, Rasmus Kleis (2017). Are News Audiences Increasingly Fragmented? A Cross-National Comparative Analysis of Cross-Platform News Audience Fragmentation and Duplication, *Journal of Communication*, 67(4), S. 476-498. DOI:10.1111/jcom.12315.
- fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich (Hrsg.) (2012). *Qualität der Medien: Schweiz – Suisse – Svizzera*. Jahrbuch 2012, Basel: Schwabe.

- fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich (Hrsg.) (2015). *Qualität der Medien: Schweiz – Suisse – Svizzera*. Jahrbuch 2015, Basel: Schwabe.
- fög - Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich (Hrsg.). (2022). *Jahrbuch Qualität der Medien 2022*. Schwabe Verlagsgruppe AG Schwabe Verlag.
- fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich (Hrsg.) (2023). *Qualität der Medien: Schweiz – Suisse – Svizzera*. Jahrbuch 2023, Basel Berlin: Schwabe.
- Früh, Werner (2017). *Inhaltsanalyse*, 9. Aufl. Konstanz: UVK.
- Galtung, Johan, & Ruge, Mari H. (1965). The structure of foreign news: The presentation of the Congo, Cuba and Cyprus crises in four Norwegian newspapers. *Journal of peace research*, 2(1), 64-90.
- Garrett, R. Kelly, Dvir Gvirsman, Shira, Johnson, Benjamin, Tsfaty, Yariv, Neo, Rachel und Dal, Aysenur. (2014). Implications of pro- and counterattitudinal information exposure for affective polarization: Partisan media exposure and affective polarization. *Human Communication Research*, 40(3): 309–332. <https://doi.org/10.1111/hcre.12028>.
- Gaziano, Cecilie and McGrath, Kristin. (1986). “Measuring the Concept of Credibility.” *Journalism Quarterly*, 45(3), 451–62. doi:10.1177/107769908606300301.
- Geers, Sabine und Bos, Linda. (2017). Priming issues, party visibility, and party evaluations: The impact on vote switching. *Political Communication*, 34(3), 344–366.
- Geiß, Stefan und Schäfer, Svenja. (2017). Any publicity or good publicity? A competitive test of visibility-and tonality-based media effects on voting behavior. *Political Communication*, 34(3), 444–467.
- Gerhards, Jürgen (1998). Öffentlichkeit. S. 268-274. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gerhards, Jürgen, und Neidhardt, Friedhelm (1991). Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze. In Müller-Doohm, Stefan & Neumann-Braun, Klaus (Hrsg.) *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation: Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie*, S. 31–89. Oldenburg: BIS.
- Gerhards, Jürgen und Neidhardt, Friedhelm. (1993). Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. In: Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.), *Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse*. Wien: Braumüller, S. 52-88.

- Gerhards, Jürgen und Schäfer, Mike S. (2007). Demokratische Internet-Öffentlichkeit? Ein Vergleich der öffentlichen Kommunikation im Internet und in den Printmedien am Beispiel der Humangenomforschung, *Publizistik*, 52(2), S. 210-228
- Gerhards, Jürgen, und Schäfer, Mike S. (2010). Is the internet a better public sphere? Comparing old and new media in the USA and Germany. *New Media & Society*, 12(1), 143–160. <https://doi.org/10.1177/1461444809341444>.
- Golan, Guy and Day, Anita. (2008). The First-Person Effect and its Behavioral Consequences: A New Trend in the Twenty-Five Year History of Third-Person Effect Research. *Mass Communication and Society*, 11, 539 – 556
- Gunther, Albert C. (1992). Bias Press or Biased Public? Attitudes Toward Media Coverage of Social Groups. *Public Opinion Quarterly*, 56, 147 – 167.
- Gunther, Albert C., & Chia, Stella C. (2001). Predicting Pluralistic Ignorance: The Hostile Media Perception and its Consequences. *Journalism and Mass Communication Quarterly*, 78, 688 – 701.
- Gunther, Albert C., Christen, Cindy T., Liebhart, Janice und Chia, Stella C. (2001). Congenial public, contrary press, and biased estimates of the climate of opinion. *Public Opinion Quarterly*, 65(3), 295–320.
- Gunther, Albert C., und Christen, Cindy T. (2002). Projection or Persuasive Press? Contrary Effects of Personal Opinion and Perceived News Coverage on Estimates of Public Opinion. *Journal of Communication*, 52, 177 – 195.
- Gunther, Albert C. und Storey, J. Douglas. (2003). The Influence of Presumed Influence. *Journal of Communication*, 53, 199 – 215.
- Gunther, Albert C., & Liebhart, Janice L. (2006). Broad Reach or Biased Source? Decomposing the Hostile Media Effect. *Journal of Communication*, 56, 449 – 466.
- Guenther, Lars und Marzinkowski, Hanna. (2018). Evidenz und (falsche) Ausgewogenheit in der Berichterstattung über Medizin und Gesundheit: Eine Inhaltsanalyse von Print- und Online-Medien. In Peter Stehr, Dorothee Heinemeier und Constanze Rossmann (Hrsg.), *Evidenzbasierte / Evidenzinformierte Gesundheitskommunikation*. S. 191–202. Baden-Baden: Nomos.
- Habermas, Jürgen (1981). *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1990), *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Habermas, Jürgen (1992). *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats* (1. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2015). *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft* (14. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Habermas, Jürgen. (2022). *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*. Berlin: Suhrkamp.
- Hagen, Lutz. (1992). Die opportunen Zeugen: Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion. *Publizistik*, 37(4), 444 - 460.
- Haller, Michael. (2017). *Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information*. Frankfurt: Otto-Brenner-Stiftung.
- Hallin, Daniel C. und Mancini, Paolo (2004). *Comparing Media Systems: Three Models of Media and Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Hanitzsch, Thomas, Anikina, Maria, Berganza, Rosa, Cangoz, Incilay, Coman, Mihai, Hamada, Bayouni, Mwesige, Peter et al. (2010). Modeling perceived influences on journalism: Evidence from a cross-national survey of journalists. *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 87(1), 5–22.
- Hanitzsch, Thomas, Hanusch, Folker, Mellado, Claudi, Anikina, Maria, Berganza, Rosa, Cangoz, Incilay, Coman, Mihai et al. (2011). Mapping Journalism Cultures Across Nations. *Journalism Studies*, 12(3), 273–93. doi:10.1080/1461670X.2010.512502.
- Hanitzsch, Thomas, Van Dalen, Arjen and Steindl, Nina. (2018). Caught in the Nexus: A Comparative and Longitudinal Analysis of Public Trust in the Press. *The International Journal of Press/Politics*, 23(1), 3–23. doi:10.1177/1940161217740695.
- Hansen, Glenn J. und Kim, Hyunjung. (2011). Is the Media Biased Against Me? A Meta-Analysis of the Hostile-Media-Effect Research. *Communication Research Reports* 28, 169 – 179.
- Haschke, Josef F. (2016). *Politische Vertrauenskrise? Die kommunikative Konstruktion von Politikervertrauen im lebensweltlichen Kontext*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hasebrink, Uwe (2011). Giving the Audience a Voice: The Role of Research in Making Media Regulation More Responsive to the Needs of the Audience, *Journal of Information Policy* 1, S. 321-336.

- Hasebrink, Uwe, Beaufort, Maren und Oehmer-Pedrazzi, Frankzsika. (2021). Qualität von Nachrichtenmedien im Dreiländervergleich. Zusammenhänge nutzungs- und angebotsbezogener Kriterien. *Media Perspektiven*, 2021(9), 450-460.
- Hasebrink, Uwe und Hölig, Sascha (2017). Deconstructing Audiences in Convergent Media Environments, In Sergio Sparviero, Corinna Peil, Gabriele Balbi (Hrsg.), *Media Convergence and Deconvergence*, Cham: Palgrave Macmillan, S. 113-133.
- Hasebrink, Uwe und Popp, Jutta (2006). Media Repertoires as a Result of Selective Media Use: A Conceptual Approach to the Analysis of Patterns of Exposure, *Communications*, 31 (2), S. 369-387.
- Hasebrink, Uwe und Schmidt, Jan-Hinrik (2013). Medienübergreifende Informationsrepertoires. Zur Rolle der Mediengattungen und einzelner Angebote für Information und Meinungsbildung, *Media Perspektiven* 2013(1), S. 2-12.
- Hasebrink, Uwe, Beaufort, Maren. und Oehmer-Pedrazzi, Frankzsika. (2021). Qualität von Nachrichtenmedien im Dreiländervergleich. Zusammenhänge nutzungs- und angebotsbezogener Kriterien. *Media Perspektiven*, 2021(9), 450-460.
- Haubrich, Rainer (2020, 03. November). Ausgewogene Berichterstattung? 92 Prozent der ARD-Voluntäre wählen grün-rot-rot. *Welt.de*.  
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus219289186/Oeffentlich-Rechtliche-Ausgewogene-Berichterstattung-92-Prozent-der-ARD-Volontaere-waehlen-gruen-rot-rot.html>
- Hoeglinger, Dominic, Wüest, Bruno und Helbling, Marc (2012). Culture versus economy: the framing of public debates over issues related to globalization. In Hans-Peter Kriesi, Edgar Grande, Martin Dolezal, Marc Helbling, Dominic Höglinger, Swen Hutter & Bruno Wüest (Hrsg.), *Political Conflict in Western Europe*, S. 229–253. Cambridge University Press.
- Holtz-Bacha, Christina (2000). Entertainisierung der Politik. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 156-166.
- Hopmann, David. N., Elmelundpræstekær, Christian, Albæk, Erik und de Vreese, Claes. (2009). The public or parties in the media? A study of public, party and media issue agendas in five Danish election campaigns. *Javnost-The Public*, 16(3), 71–84.
- Hopmann, David. N., Van Aelst, Peter und Legnante, Guido. (2012a). Political balance in the news: A review of concepts, operationalizations and key findings. *Journalism*, 13(2), 240–257.

- Hopmann, David. N., Elmelundpræstekær, Christian, Albæk, Erik, Vliegenthart, Rens und de Vreese, Claes. (2012b). Party media agenda-setting: How parties influence election news coverage. *Party Politics*, 18(2), 173–191.
- Hradil, Stefan. (1985). Die „neuen“ sozialen Ungleichheiten Was man von der Industriegesellschaft erwartete und was sie gebracht hat. *Sozialstruktur im Umbruch: Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag*, S. 51-66.
- Hradil, Stefan. (2006). Soziale Milieus - eine praxisorientierte Forschungsperspektive. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44/45, 3-9.
- Hradil, Stefan. (2006b). Soziale Milieus - eine praxisorientierte Forschungsperspektive. Bundeszentrale für politische Bildung. *Bpb.de* <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29429/soziale-milieus-eine-praxisorientierte-forschungsperspektive/> [Zugriff am 19.03.2023].
- Huck, Inga. (2009). *Wahrnehmungen und Wahrnehmungsphänomene im Agenda-Setting-Prozess*. Baden-Baden: Nomos.
- Huck, Inga und Brosius, Hans-Bernd. (2007). Der Third-Person-Effekt – Über den vermuteten Einfluss der Massenmedien. *Publizistik*, 52, 355 – 374.
- Humprecht, Edda and Büchel, Florin. (2013). More of the Same or Marketplace of Opinions? A Cross-National Comparison of Diversity in Online News Reporting. *The International Journal of Press/Politics*, 18(4), 436–61. doi:10.1177/1940161213497595.
- Hyun, Ki Deuk and Soo Jung, Moon. (2016). Agenda setting in the Partisan TV news context: Attribute agenda setting and polarized evaluation of presidential candidates among viewers of NBC, CNN, and Fox News. *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 93(3), 509–529. <https://doi.org/10.1177/1077699016628820>.
- Ingold, Albert. (2017). Digitalisierung demokratischer Öffentlichkeiten. *Der Staat*, 56(4), 491–533. <https://doi.org/10.3790/staa.56.4.491>
- Imhof, Kurt. (2003). Öffentlichkeitstheorien. In: Bentele, G.; Brosius, H.-B. & Jarren, O. (Hrsg.). *Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 193-209
- Imhof, Kurt. (2011). *Die Krise der Öffentlichkeit. Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Imhof, Kurt (2012) Ungleichheit und Öffentlichkeit. In Stegbauer, C. (Hrsg.). *Ungleichheit und Öffentlichkeit. Medien und kommunikationssoziologische Perspektiven*. S. 21-36. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Imhof, Kurt, Blum, Roger, Bonfadelli, Heinz und Jarren, Otfried. (Hrsg.). (2013). *Mediengesellschaft: Strukturen, Merkmale, Entwicklungsdynamiken* (Vol. 8). Springer-Verlag.
- Iyengar, Shanto and Kyu S, Hahn. (2009). Red media, blue media: Evidence of ideological selectivity in media use. *Journal of Communication*, 59(1), 19–39. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.2008.01402.x>.
- Iyengar, Shanto, Sood, Gaurav und Lelkes, Yphtach. (2012). Affect, not ideology. *Public Opinion Quarterly*, 76(3), 405–431. <https://doi.org/10.1093/poq/nfs038>.
- Jacobsson, Adam und Jacobsson, Eva-Maria (2008). Quality of the News, in: Donsbach, Wolfgang (Hrsg.), *The International Encyclopedia of Communication*, Oxford: Wiley-Blackwell.
- Jandura, Olaf (2011). Publizistische Chancengleichheit in der Wahlkampfberichterstattung?. *Publizistik*, 2(56), 181-197.
- Jandura, Olaf. (2020). Spagat zwischen Kritisch-Engagierten und Sozialautoritären. Die gesellschaftliche Heterogenität als Herausforderung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. *Informationsdeprivation & News-Avoiding: Eine Herausforderung für Demokratie und öffentlich-rechtliche Medien*, 48-66.
- Jandura, Olaf und Friedrich, Katja. (2014). The quality of political media coverage. In Carsten Reinemann (Hrsg.) *Political communication*, S. 351–374. Walter de Gruyter.
- Jandura, Olaf. und Kösters, Raphael. (2018). Mediale Repräsentationslücken. In: Meißelbach, C., Lempp, J. & Dreischer, S. (Hrsg.). *Politikwissenschaft als Beruf: Perspektiven aus Wissenschaft und Gesellschaft*. S. 111-118. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Jandura, Olaf, Kösters, Raphael, und Wilms, Lena. (2018). Mediales Repräsentationsgefühl in der Bevölkerung: Analyse nach politisch-kommunikativen Milieus. *Media Perspektiven*, 3, 118-127.
- Jandura, Olaf, Guix, Ricardo P., und Mahrt, Merja. (2022). Orientierungsleistungen von Medien in einer pluralistischen Welt: Mediale Repräsentation von Parteien in Deutschland, Österreich und der Schweiz. *Studies in Communication Sciences*, 22(1), 251-269. <https://doi.org/10.24434/j.scoms.2022.01.3084>
- Jandura, Olaf und Spatz, Julia. (2023). Heterogenisierung der Gesellschaft als Herausforderung für die Klimakommunikation. *NEU*, 8, 39.
- Janisch, W. (8. August 2023). Vielfalt im Öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Linksgrün-versifft, zu viele Krimis? *Süddeutsche Zeitung*. Aufgerufen von:

- <https://www.sueddeutsche.de/medien/bundesverfassungsgericht-oeffentlich-rechtlicher-rundfunk-grundgesetz-themenvielfalt-1.6108241?reduced=true>
- Jamieson, Kathleen H. und Cappella, Joseph N. (2008). *Echo chamber: Rush Limbaugh and the conservative media establishment*. Oxford University Press.
- Jarren, Otfried. (2006). *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung* (2. überarbeitete Auflage). VS Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Jarren, Otfried und Donges, Pateick. (2011). *Strukturen der Öffentlichkeit. Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung*, 95-117.
- Kant, Immanuel (1912). Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In Kant, Immanuel (Hrsg.). *Akademie-Ausgabe*. Bd. 8. Berlin.
- Karidi, Maria. (2018). Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in der Schusslinie Eine Differenzierung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 68(40-41). <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/276555/oeffentlich-rechtlicher-rundfunk-in-der-schusslinie/>
- Kenney, Keith and Simpson, Chris. (1993). Was coverage of the 1988 presidential race by Washington's two major dailies biased? *Journalism Quarterly*, 70(2), 345–355.
- Kepplinger, Hans Mathias (1995). Medienzugang, Medienmonopol, Medienkonzentration. Lässt sich mit rechtlichen Mitteln Meinungs- und Programmvielfalt sichern? In *Bitburger Gespräche: Jahrbuch 1995/II*, Hrsg. Stiftung Gesellschaft für Rechtspolitik, Trier und Institut für Rechtspolitik e.V. an der Universität Trier, 1–82. München: Beck.
- Kepplinger, Hans Mathias (1989). Voluntaristische Grundlagen der Politikberichterstattung. Medienmacht und Politik. *Mediatisierte Politik und politischer Wertewandel*, 59-83.
- Kepplinger, Hans Mathias (2009). *Politikvermittlung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kepplinger, Hans Mathias, Maurer, Marcus. und Roessing, Thomas. (1999). Deutschland vor der Wahl. Eine Frame-Analyse der Fernsehnachrichten. In Elisabeth Noelle-Neumann, Hans Mathias Kepplinger und Wolfgang Donsbach (Hrsg.), *Alber-Reihe Kommunikation: Bd. 25. Kampa: Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998* (S. 78–107). Alber.
- Kepplinger, Hans Mathias und Roessing, Thomas. (2005). Präsenzen und Tendenzen. Politische Rolle und Position als Ursache der Berichterstattung. In Elisabeth Noelle-Neumann, Wolfgang Donsbach & Hans Mathias Kepplinger (Hrsg.), *Alber-Reihe*

- Kommunikation: Bd. 29. Wählerstimmungen in der Mediendemokratie: Analysen auf der Basis des Bundestagswahlkampfes 2002* Orig.-Ausg, S. 91–103. Alber.
- Kiousis, Spiro und McCombs, Max. (2004). Agenda-setting effects and attitude strength: Political figures during the 1996 presidential election. *Communication Research*, 31(1), 36–57.
- Kitschelt, Herbert. (1994). *The transformation of European social democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Klapper, Joeseeph. (1960). *Effects of Mass Communication*. Toronto: Free Press.
- Knobloch-Westerwick, Silvia. (2015). *Choice and preference in media use: Advances in selective exposure theory and research*. New York/London: Routledge.
- Knoche, Manfred und Lindgens, Monika. (1990). Fünf-Prozent-Hürde und Medienbarriere. Die Grünen im Bundestagswahlkampf 1987: Neue Politik, Medienpräsenz und Resonanz in der Wählerschaft. In Max Kaase & Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Schriften des Otto-Stammer-Zentrums Im Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin Ser. Wahlen und Wähler: Analysen Aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*. S. 569–618. VS Verlag für Sozialwissenschaften GmbH.
- Koopmans, Ruud und Zürn, Michael. (2019). *Cosmopolitanism and communitarianism—How globalization is reshaping politics in the twenty-first century*. In *The struggle over borders. Cosmopolitanism and communitarianism* (pp. 1-34). New York, NY: Cambridge University Press.
- Köster, Jens und Wolling, Jens (2006). Nachrichtenqualität im internationalen Vergleich. Operationalisierungen und empirische Ergebnisse. In Siegfried Weischenberg, Wiebke Loosen und Michael Beuthner (Hrsg.), *Medien-Qualitäten: Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung*, S. 75–94. Konstanz: UVK.
- Kösters, Raphael. (2020). *Medien als Mittler im Konflikt? Der Streit um die Migration im Spiegel der Berichterstattung* (Dissertation). Düsseldorf: Universitäts- und Landesbibliothek der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.
- Kösters, Raphael und Jandura, Olaf. (2018a). Integration, Abschottung, Abkopplung? Identifikation von politisch-kommunikativen Milieus und Bedingungen ihrer Vernetzung. In: Eilders, C. et al. (Hrsg.). *Vernetzung: Stabilität und Wandel gesellschaftlicher Kommunikation*. S. 108-124. Köln: Nomos.

- Kösters, Raphael und Jandura, Olaf. (2018b). Politische Kommunikation in heterogenen Lebenswelten. Kommunikationspraxis in politischen Milieus und Bedingungen ihrer Integration. *Studies in Communication and Media*, 7(2), 129-185.
- Kösters, Raphael, Obert, Peter, Begenat, Matthias und Jandura, Olaf. (2019). In der Krise vereint? Milieuspezifische Perspektiven auf die Flüchtlingskrise. *Studies in Communication Sciences*, 19(1), 105-129.
- Kranenpohl, Uwe. (1999). *Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994*. Studien zur Sozialwissenschaft: Bd. 205. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-10697-5>
- Kriesi, Hans-Peter, Grande, Edgar, Lachat, Romain, Dolezal, Martin, Bornschie, Simon und Frey, Timotheos. (2006). Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared. *European Journal of Political Research*, 45(6), 921–956. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2006.00644.x>
- Kroh, Martin. (2007). Measuring Left-Right Political Orientation: The Choice of Response Format. *Public Opinion Quarterly*, 71(2), 204–220. <https://doi.org/10.1093/poq/nfm009>
- Kubicki, Wolfgang und Schäffler, Frank. (27. Oktober 2022). Gastbeitrag: ARD und ZDF gehören größtenteils privatisiert. *Welt*. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article241813935/Oeffentlich-Rechtliche-ARD-und-ZDF-gehoeeren-groesstenteils-privatisiert.html>
- Lazarsfeld, Paul F., Berelson, Bernhard und Gaudet, Hazel. (1944). *The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign*. New York: Duell, Sloan and Pearce.
- Lee, Nam.-Jin, McLeod, Douglas M., und Shah, Dhavan. V. (2008). Framing policy debates. Issue dualism, journalistic frames, and opinions on controversial policy issues. *Communication Research*, 35(5), 695–718.
- Lee, Tien-Tsung. (2018). Virtual Theme Collection: 'Trust and Credibility in News Media'. *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 95(1), 23–27. doi:10.1177/1077699017749244.
- Leggatt, Timothy. (1996). Quality in television: The views of professionals. In Sakae Ishikawa (Hrsg.), *Quality assessment of television*, S. 145–167. Luton: John Libbey Media.

- Levendusky, Matthew and Malhotra, Neil. (2016). Does media coverage of partisan polarization affect political attitudes? *Political Communication*, 33(2), 283–301. <https://doi.org/10.1080/10584609.2015.1038455>.
- Lievrouw, Leah A. und Livingstone, Sonia (Hrsg.) (2002). *Handbook of New Media: Social Shaping and Social Consequences – Fully Revised Student Edition*, London: SAGE Publications.
- Loecherbach, Felicia, Moeller, Judith, Trilling, Damian und van Atteveldt, Wouter. (2020). The Unified Framework of Media Diversity: A Systematic Literature Review. *Digital Journalism*, 8(5), 605–642. <https://doi.org/10.1080/21670811.2020.1764374>
- López-escobar, Estaban und Sádaba, Teresa. (2017). Agenda-Setting: Second-Level Perspective and Cognitive Versus Persuasive Effects. In P. Rössler, C. A. Hoffner & L. van Zoonen (Hrsg.), *The Wiley Blackwell-ICA international encyclopedias of communication. The international encyclopedia of media effects*, S. 1–9. John Wiley & Sons Inc. <https://doi.org/10.1002/9781118783764.wbieme0032>
- Lünenborg, Margreth und Berghofer, Simon. (2010). *Politikjournalismus im Wandel: Merkmale, Einstellungen & Perspektiven deutscher Politikjournalisten angesichts aktueller Entwicklungen im Berufsfeld*.
- Mahrt, Merja und Begenat, Matthias. (2013). Von Lebenswelten und ihren Horizonten: Mediennutzung und Themenwahrnehmung in politischen Milieus. *Medien und Kommunikationswissenschaft*, 61(1), 21–37.
- McQuail, Denis. (1992). *Media performance. Mass communication and the public interest*. London/Newbury Park: Sage Publications.
- McQuail, Denis und Van Cuilenburg, Jan J. (1983). Diversity as a Media Policy Goal: a Strategy for Evaluative Research and a Netherlands Case Study. *Gazette (Leiden, Netherlands)*, 31(3), 145-162. <https://doi.org/10.1177/001654928303100301>
- Mancini, Henry. (2013). Media Fragmentation, Party System, and Democracy, *The International Journal of Press/Politics*, 18(1), S. 43-60.
- Marschall, S., & Weiß, R. (2011). Politikvermittlung in der repräsentativen Demokratie. *Politische Bildung*, 44(2), 9-25.
- Martinsen, Renate. (2009). Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien. In Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch (Hrsg.), *Politik in der Mediendemokratie*, S. 37–69. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Matthes, Jörg. (2014). *Framing. Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft*, Bd. 10. Baden-Baden: Nomos.
- Maurer, Torsten. (2017). Quality. In Patrick Rössler, Cynthia A. Hoffner, and Liesbet van Zoonen (Hrsg.), *The International Encyclopedia of Media Effects*, S. 1–8. Malden, MA: Wiley Blackwell. doi:10.1002/9781118783764.wbieme0189.
- Maurer, Marcus, Jost, Pablo, Haßler, Jörg und Kruschinski, Simon. (2019). Auf den Spuren der Lügenpresse. Zur Richtigkeit und Ausgewogenheit der Medienberichterstattung in der Flüchtlingskrise. *Publizistik*, 64(1), 15–35. <https://doi.org/10.1007/s11616-018-00466-y>
- Maurer, Marcus, Reinemann, Carsten und Kruschinski, Simon (2021). *Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie*. Rudolf Augstein Stiftung.
- Maurer, Marcus, Jost, Pablo, Kruschinski, Simon und Haßler, Jörg. (2023). Inkonsistent einseitig. *Publizistik*, 68(1), 13-35.
- Maurer, Marcus, Kruschinski, Simon und Jost, Pablo. (2024). *Fehlt da was? Perspektivenvielfalt in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtenformaten*. Johannes Gutenberg Universität, Mainz.  
[https://www.polkom.ifp.unimainz.de/files/2024/01/pm\\_perspektivenvielfalt.pdf](https://www.polkom.ifp.unimainz.de/files/2024/01/pm_perspektivenvielfalt.pdf)
- MediaTenor. (2013). *2013 wie 1994: Berichte über Umfragen beeinflussen Wähler stärker als Inhalte, Deutscher Wahlkampf im Spiegel der Medien 11/2012 bis 09/2013*.
- Miller, Joanne. M. und Krosnick Jon. (2000). News media impact on the ingredients of presidential evaluations: Politically knowledgeable citizens are guided by a trusted source. *American Journal of Political Science*, 44(2), 301–315.
- Mmä/cd (2024, 27./28. April). Kein Wort zu Akw Files in den Hauptnachrichten *Süddeutsche Zeitung*, S. 2
- Mothes, Cornelia (2022). Gesellschaftliche Wertschätzung durch Gemeinwohlorientierung - Psychologische Herausforderungen und Ansatzpunkte im Journalismus. In ORF (Hrsg.). *Public Value. Jahresstudie 2021/22. Values and Trust*. S. 128-163. ORF.
- Müller, Hans-Peter. (2013). Werte, Milieus und Lebensstile - Zum Kulturwandel unserer Gesellschaft In: Hradil, S. et al. (Hrsg.). *Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde*. S. 185-208. Frankfurt/Main: Campus.
- Müller, Lisa. (2014). *Comparing Mass Media in Established Democracies. Patterns of Media Performance*. London: Palgrave Macmillan. doi:10.1057/9781137391384.

- Napoli, Philip M. (1999). Deconstructing the Diversity Principle, *Journal of Communication*, 49(4), S. 7-34.
- Neff, Benedict und Scheu, René (09. Februar 2019). Springer-CEO Mathias Döpfner: „Viele Journalisten verhalten sich zutiefst unjournalistisch“. *Neue Züricher Zeitung*. <https://www.nzz.ch/feuilleton/medien/springer-ceo-doeopfner-viele-verhalten-sich-unjournalistisch-ld.1457143>
- Neidhardt, Friedhelm. (1994). Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, S. 7–41. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neidhardt, Friedhelm. (2001). Öffentlichkeit. In: Bernhard Schäfers und Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. [https://doi.org/10.1007/978-3-322-94976-9\\_44](https://doi.org/10.1007/978-3-322-94976-9_44)
- Neidhardt, Friedhelm. (2010). Funktionen politischer Öffentlichkeit. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 23(3), 26-34.
- Neubaum, German. (2022). Polarisierung. In Zerback, T., Marschall, S., Kleinen-von Königslöw, K., & Borucki, I. (Hrsg.) *Handbuch Politische Kommunikation*, S. 411 - 426. Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Neuberger, Christoph (2011). *Definition und Messung publizistischer Qualität im Internet. Herausforderungen des Drei-Stufen-Tests*. Berlin: Vistas.
- Neuberger, Christoph und Lobigs, Frank. (2010). *Die Bedeutung des Internets im Rahmen der Vielfaltssicherung. Gutachten im Auftrag der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK)*. Berlin: Vistas.
- Niedermayer, Oskar (2009). Gesellschaftliche und parteipolitische Konfliktlinien. In Steffen Kühnel, Oskar Niedermayer, und Bettina Westle (Hrsg.). *Wähler in Deutschland*, 30–67. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Neugebauer, Gero. (2007). *Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz.
- Nielsen, Rasmus Kleis, Esser, Frank und Levy, David (2013). Comparative Perspectives on the Changing Business of Journalism and Its Implications for Democracy, *The International Journal of Press/Politics*, 18(4), S. 383-391. DOI: 10.1177/107646461213497130.
- Niemeier, Timo. (10. August 2018). AFD: Ohne den Rundfunkbeitrag wäre alles besser. *dwdl.de*. [http://www.dwdl.de/magazin/68116/afd\\_ohne\\_den\\_rundfunkbeitrag\\_waere\\_aller\\_besser/](http://www.dwdl.de/magazin/68116/afd_ohne_den_rundfunkbeitrag_waere_aller_besser/)

- Noelle-Neumann, Elisabeth. (1980). Das doppelte Meinungsklima. Der Einfluß des Fernsehens im Wahlkampf 1976. In E. Noelle-Neumann, *Wahlentscheidung in der Fernsehdemokratie*, S. 77 – 115. Freiburg, München: Alber.
- Norris, Pippa, Curtice, John, Sanders, David, Scammell, Margaret und Semetko, Holli. (1999). *On message: Communicating the campaign*. London: Sage.
- Ophoven, Christopher (30. Januar 2020). mehrfach missinterpretiert: Deutsche Medien nicht „links-grün“. *Deutschlandfunk.de*. <https://www.deutschlandfunk.de/studien-mehrfach-missinterpretiert-deutsche-medien-nicht-100.html>
- Oz, Mustafa, Pei Zheng, und Gina Masullo Chen. (2018). Twitter versus Facebook: Comparing incivility, impoliteness, and deliberative attributes. *New Media & Society*, 20(9), 3400–3419. <https://doi.org/10.1177/1461444817749516>.
- Parsons, Talcott (1969). Voting and the Equilibrium of the American Political System. Talcott Parsons (Hrsg.), *Politics and Social Structure*. S. 204-240. New York: The Free Press.
- Patterson, Thomas E. (1993). *Out of Order*. Vintage.
- Paul, Bryant, Salwen, Michael. B. und Dupagne, Michel. (2000). The Third-Person-Effect. A Meta-Analysis of the Perceptual Hypothesis. *Mass Communication and Society*, 3, 57 – 85.
- Peifer, Jason T. (2018). Perceived News Media Importance: Developing and Validating a Measure for Personal Valuations of Normative Journalistic Functions. *Communication Methods and Measures*, 12(1), 55–79. doi:10.1080/19312458.2017.1416342.
- Peter, Christina und Brosius, Hans-Bernd. (2013). Wahrnehmungsphänomene. In W. Schweiger & A. Fahr (Hrsg.), *Handbuch Medienwirkungsforschung* (S. 463–480). Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-18967-3\\_24](https://doi.org/10.1007/978-3-531-18967-3_24)
- Petrocik, John R. (1996). Issue ownership in presidential elections, with a 1980 case study. *American Journal of Political Science*, 40(3), 825–850.
- Planing, Patrick (o.J.). *z-Standardisierung*. *Statistik Grundlagen*. <https://statistikgrundlagen.de/ebook/chapter/z-standardisierung/>
- Polownikow, Alexandra (2017). *Transnationale Öffentlichkeit und ihre Qualitäten. Eine quantitative Inhaltsanalyse deutscher Medienberichterstattung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Popescu, Marina. (2011). *European media systems survey 2010. Results and documentation*. In: <http://www.mediasystemsineurope.org/>.

- Popescu, Marina, Toka, Gabor, Gosselin, Tania und Pereira, Jose Santana. (2011). European media systems survey 2010: Results and documentation. *Essex: European Media Systems Survey*.
- Porto, Mauro P. (2007). Frame Diversity and Citizen Competence: Towards a Critical Approach to News Quality. *Critical Studies in Media Communication*, 24(4), 303–321. <https://doi.org/10.1080/07393180701560864>
- Potthoff, Matthias (2012). *Medien-Frames und ihre Entstehung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Prior, Markus. (2013). Media and political polarization. *Annual Review of Political Science*, 16(1), 101–127. <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-100711-135242>.
- Prochazka, Fabian and Schweiger, Wolfgang (2019). How to Measure Generalized Trust in News Media? An Adaptation and Test of Scales. *Communication Methods and Measures*, 13(1), 26–42. doi:10.1080/19312458.2018.1506021.
- Rasch, Michael. (8. November 2018). Das Herz des deutschen Journalisten schlägt links. *Neue Zürcher Zeitung*. <https://www.nzz.ch/international/das-herz-des-deutschen-journalisten-schlaegt-links-ld.1434890>
- Reckwitz, Andreas. (2021). *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne* (5. Auflage, wissenschaftliche Sonderausgabe). Suhrkamp.
- Reinemann, Carsten, Stanyer, James, Scherr, Sebastian und Legnante, Guido (2012). Hard and Soft News: A Review of Concepts, Operationalizations and Key Findings, *Journalism*, 13(2), S. 221-239.
- Reinemann, Carsten und Baugut, Philip. (2014). Alter Streit unter neuen Bedingungen. Einflüsse politischer Einstellungen von Journalisten auf ihre Arbeit. *Zeitschrift für Politik*, 61(4), 480–505. <https://doi.org/10.5771/0044-3360-2014-4-480>.
- Riedl, Andreas. (2019). Which Journalists for which Democracy? Liberal-Representative, Deliberative and Participatory Roles Among Austrian Journalists. *Journalism Studies* 20(10), 1377–99. doi:10.1080/1461670X.2018.1519638.
- Roemheld, R. (1982). Minorisierung im Parteienwettbewerb am Beispiel der Grünen. *Sociologia internationalis*, 20(1), 135–157.
- Rössler, Patrick (2003). Themenvielfalt im Politikressort. Ein Vergleich der Berichtsansätze von 27 deutschen Tageszeitungen. In Wolfgang Donsbach und Olaf Jandura (Hrsg.), *Chancen und Gefahren der Mediendemokratie*, S. 174–187. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

- Rössler, Patrick (2007). Media Content Diversity: Conceptual issues and future directions for communication research, *Annals of the International Communication Association*, 31(1), S. 464-520.
- Rössler, Patrick (2017). *Inhaltsanalyse*, 3. Aufl. Konstanz: UVK.
- Rosengren, Karl Erik, Carlsson, Mats und Tågerud, Yael. (1996). Quality in programming: Views from the North. In Sakae Ishikawa (Hrsg.), *Quality assessment of television*, S. 3–48. Luton: John Libbey Media.
- Rowe, Ian. (2015). Deliberation 2.0: Comparing the deliberative quality of online news user comments across platforms. *Journal of Broadcasting & Electronic Media*, 59(4), 539–555. <https://doi.org/10.1080/08838151.2015.1093482>
- Rucht, Dieter. (1991). *Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung* (Nr. FS HI 91-107). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin.
- Rucht, Dieter. (2007, July). Das intermediäre System politischer Interessenvermittlung. In Jarren, Otfried; Lachenmeier, Dominik und Steiner, Andrian (rsg.), *Entgrenzte Demokratie?*, S. 17-33. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Rummens, Stefan. (2012). Staging Deliberation: The Role of Representative Institutions in the Deliberative Democratic Process. *Journal of Political Philosophy*, 20(1), 23–44. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9760.2010.00384.x>
- Russmann, Uta (2015). Die Qualität politischer Online-Diskussionen. In Kurt Imhof, Roger Blum, Heinz Bonfadelli, Otfried Jarren und Vinzenz Wyss (Hrsg.), *Demokratisierung durch Social Media?* S. 177–195. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.) (1998). *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Opladen/Wiesbaden/Bonn
- Sartori, Gioavanni. (1976). *Parties and party systems. A framework for analysis*. Cambridge University Press.
- Schatz, Heribert und Schulz, Winfried. (1992). Qualität von Fernsehprogrammen. Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Programmqualität im Dualen Fernsehsystem. *Media Perspektiven*, 11, 690–712.
- Schemer, Christian, Wirth, Werner und Matthes, Jörg. (2012). Value resonance and value framing effects on voting intentions in direct-democratic campaigns. *American Behavioral Scientist*, 56(3), 334–352. doi: 10.1177/0002764211426329

- Scheufele, Bertram, Kordes, Carina, Meyer, Henrike, Teutsch, Doris, Tretter, Katharina und Schieb, Carla. (2012). Garant oder Gefahr. Ein Medienwirkungsexperiment zur Instrumentalität des Value-Framing. *Medien und Kommunikationswissenschaft* 60(3), 432–451. doi: 10.5771/1615-634x-2012-3-432
- Scheufele, Bertram und Engelmann, Ines. (2013). Die publizistische Vermittlung von Wertehorizonten der Parteien. Normatives Modell und empirische Befunde zum Value-Framing und News Bias der Qualitäts- und Boulevardpresse bei vier Bundestagswahlen. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 61(4), 532–550. <https://doi.org/10.5771/1615-634x-2013-4-532>
- Scheufele, Bertram, Jost, Arietta und Spachmann, Klaus. (2023). *Krisendeutungen: Die aktuelle Mediendebatte um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (1. Auflage)*. *Krisen in Kommunikation, Medien und Öffentlichkeit*. Bd. 1. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-epflicht-3027893>
- Schiller, Frank und Klügel, Jasmin. (2021). Die TV-Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über die Energiewende. *Fh.westkueste.de*. [https://www.fh-westkueste.de/fileadmin/Dateien/Forschung/ITE/ite\\_sief\\_heft003.pdf](https://www.fh-westkueste.de/fileadmin/Dateien/Forschung/ITE/ite_sief_heft003.pdf)  
<https://doi.org/10.48591/c9h8-c612>
- Schmidt, Manfred. G. (2010). Strategie aus der Perspektive moderner empirischer Demokratietheorie. In Raschke, Joachim und Tils, Ralf (Hrsg.), *Strategie in der Politikwissenschaft: Konturen eines neuen Forschungsfelds*, S. 101-120. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmitt, Kathleen M., Gunther, Albert C. und Liebhart, Janica L. (2004). Why Partisans see Mass Media as Biased. *Communication Research*, 31, 623 – 641.
- Schneider, Wolfgang L. (2008). *Grundlagen der soziologischen Theorie: Band 1: Weber-Parsons-Mead-Schütz (Vol. 1)*. Springer-Verlag.
- Schönbach, Klaus. (1977). *Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines publizistischen Qualitätskriteriums*. Freiburg/München: Alber.
- Schudson, Michael (2001). The Objectivity Norm in American Journalism, *Journalism*, 2(2), 149-170.
- Schulz, Winfried. (1997). *Politische Kommunikation: Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik*. Westdeutscher Verl. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-95617-0>
- Schulz, Winfried. (2011). *Politische Kommunikation: Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung (3. überarbeitete Auflage)*. Wiesbaden: VS-Verlag.

- Schultz, Tanjev, Ziegele, Marc, Jakob, Nikolaus, Viehmann, Christina, Jakobs, Ilka, Fawzi, Nayla, Quiring, Olivier, Schemer, Christian und Stegmann, Daniel. (2023). Medienvertrauen nach Pandemie und „Zeitenwende“. *Media Perspektiven*, 8, 1-17.
- Seethaler, Josef (2015a). Medienqualität: Anspruch und Wirklichkeit - die österreichische Situation, In Berka, Walter; Grabenwarter, Christoph und Holoubek, Michael (Hrsg.), *Qualitätssicherung im Rundfunk und in den Online-Medien*, Wien: Manz, S. 21- 40.
- Seethaler, Josef (2015b). *Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in den österreichischen Medien. Eine crossmediale Untersuchung*, Wien: RTR.
- Seethaler, Josef und Beaufort, Maren (2015). *Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in den österreichischen Medien – Codebuch, CMC-Forschungsberichte*, Wien: ÖAW.
- Seethaler, Josef und Melischek, Gabriele (2014). Phases of Mediatization: Empirical Evidence from Austrian Election Campaigns since 1970, *Journalism Practice*, 8(3), 258-278. DOI:10.1080/17512786.2014.889443.
- Sehl, Annika. (2020). Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk - Überholt oder wichtiger denn je? In Stephan Ruß-Mohl (Hrsg.), *Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses: Bd. 3. Streitlust und Streitkunst: Diskurs als Essenz der Demokratie*. S. 303–317. Herbert von Halem Verlag; UTB GmbH. Literaturverzeichnis
- Sinus-Institut (2024). Sinus Milieus. *Sinus-Institut*. <https://www.sinus-institut.de/sinus-milieus/sinus-milieus-deutschland>
- Sjøvaag, Helle und Pedersen, Truls André. (2018). The effect of direct press support on the diversity of news content in Norway. *Journal of Media Business Studies*, 15(4), 300–316. <https://doi.org/10.1080/16522354.2018.1546089>.
- Stark, Birgit (2019). Messung von Medienqualität. Das länderübergreifende Projekt „Media Performance and Democracy“ als Fallbeispiel. In: Die Medienanstalten (Hrsg.). *Vielfaltsbericht der Medienanstalten*. Berlin, S. 74-81.
- Stark, Birgit (Oktober 2023). Fragmentierung Revisited: eine theoretische und methodische Evaluation im Internetzeitalter. In Seufert, Wolfgang und Sattelberger, Felix (Hrsg.), *Langfristiger Wandel von Medienstrukturen*, S. 199-22. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Stark, Birgit, Melanie Magin, und Pascal Jürgens. (2018). Politische Meinungsbildung im Netz: Die Rolle der Informationsintermediäre. *UFITA*, 82(1), 103–130. <https://doi.org/10.5771/2568-9185-2018-1-103>.

- Stark, Birgit, Riedl, Andreas, Eisenegger, Mark, Schneider, Jörg, Udris, Linards und Jandura, Olaf. (2021). Qualität des politischen Nachrichtenangebots in Deutschland: empirische Kernbefunde aus dem Projekt "Media Performance and Democracy". *Media Perspektiven*, (9), 430-449. <https://doi.org/10.5167/uzh-207954>
- Steiner, Jürg, Bächtiger, André, Spörndli, Markus und Steenbergen, Marco (2004). *Deliberative politics in Action: Analysing Parliamentary Discourse*. Cambridge University Press.
- Stroud, Natalie Jomini. (2010). Polarization and Partisan selective exposure. *Journal of Communication*, 60(3), 556–576. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.2010.01497.x>.
- Strömbäck, Jesper. (2005). In search of a standard: Four models of democracy and their normative implications for journalism. *Journalism Studies*, 6(3), 331–345. <https://doi.org/10.1080/14616700500131950>.
- Strömbäck, Jesper. (2008). Four phases of mediatization: An analysis of the mediatization of politics. *The International Journal of Press/Politics*, 13(3), 228–246.
- Sun, Ye, Shen, Lijiang und Pan, Zhongdang. (2008). On the Behavioral Component of the Third-Person-Effect. *Communication Research*, 35, 257 – 278.
- Sunstein, Cass. R. (2004). Democracy and filtering. *Commun. ACM* 47(12), 57-59.
- Sunstein, Cass R. (2017). *#Republic: Divided democracy in the age of social media*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Taber, Charles S. and Lodge, Milton. (2006). Motivated skepticism in the evaluation of political beliefs. *American Journal of Political Science*, 50(3), 755–769. <https://www.jstor.org/stable/3694247>
- Thomas, William I., und Thomas, Dorothy S. (1928). *The Child in America. Behavior Problems and Programs*. New York: Knopf.
- Thurich, Eckart. (2011). Massenmedien. In Eckart Thurich (Hrsg.), *pocket politik. Demokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Trilling, Damian, van Klingeren, Marijn und Tsfati Yariv. (2016). Selective exposure, political polarization, and possible mediators: Evidence from the Netherlands. *International Journal of Public Opinion Research*, 29(2), 189–213. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edw003>.
- Trotha, Caroline Y. R. & Morcillo, Jesús Muñoz (2017). Öffentliche Wissenschaft. In Stefan Selke & Annette Treibel (Hrsg.), *Öffentliche Wissenschaft und gesellschaftlicher Wandel. Öffentliche Gesellschaftswissenschaften: Grundlagen*,

- Anwendungsfelder und neue Perspektiven* (S. 43–60). Springer VS.  
[https://doi.org/10.1007/978-3-658-16710-3\\_3](https://doi.org/10.1007/978-3-658-16710-3_3)
- Tsfati, Yariv and Chotiner, Adi. (2016). Testing the selective exposure – polarization hypothesis in Israel using three indicators of ideological news exposure and testing for mediating mechanisms. *International Journal of Public Opinion Research*, 28(1), 1–24. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edv001>.
- Udris, Linards, Eisenegger, Mark, Vogler, Daniel, Schneider, Jörg and Häuptli, Andrea (2020). Mapping and Explaining Media Quality: Insights from Switzerland’s Multilingual Media System. *Media and Communication*, 8(3), 258–269.
- Urban, Juliane and Schweiger, Wolfgang (2014). News Quality from the Recipients’ Perspective. *Journalism Studies*, 15(6), 821–40. doi:10.1080/1461670X.2013.856670.
- Vallone, Robert P., Ross, Lee und Lepper, Mark R. (1985). The Hostile Media Phenomenon: Bias Perception and Perceptions of Media Bias in Coverage of the Beirut Massacre. *Journal of Personality and Social Psychology*, 49, 577 – 585.
- Van Aelst, Peter, Strömbäck, Jesper, Aalberg, Toril, Esser, Frank, De Vreese, Claes, Matthes, Jörg, Hopmann, David und Stanyer, James. (2017). Political communication in a high-choice media environment: a challenge for democracy?. *Annals of the International Communication Association*, 41(1), 3-27.
- van der Wurff, Richard and Schoenbach, Klaus. (2014a). Audience Expectations of Media Accountability in the Netherlands. *Journalism Studies*, 15(2), 121–37. doi:10.1080/1461670X.2013.801679.
- van der Wurff, Richard and Schoenbach, Klaus (2014b). Civic and Citizen Demands of News Media and Journalists: What does the Audience Expect from Good Journalism? *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 91(3), 433–51. doi:10.1177/1077699014538974
- Van Klingeren, MarijnHajo G. Boomgaarden, Hajo G. und de Vreese, Claes H. (2017). Will conflict tear us apart? The effects of conflict and valenced media messages on polarizing attitudes toward EU immigration and border control. *Public Opinion Quarterly*, 81(2), 543–563. <https://doi.org/10.1093/poq/nfw051>.
- Vlašić, Andreas (2004). *Die Integrationsfunktion der Massenmedien. Begriffsgeschichte, Modelle, Operationalisierung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Vlašić, Andreas (2010). Über Geschmack lässt sich nicht streiten – über Qualität schon? Zum Problem der Definition von Maßstäben für publizistische Qualität, in: Beck,

- Klaus, Schweiger, Wolfgang und Wirth, Werner (Hrsg.), *Gute Seiten – schlechte Seiten: Qualität in der Online-Kommunikation*, München: R. Fischer, S. 15-32.
- Vogel, Ines. C., Stengel, Karin und Rahnke, Marion. (2014). Qualität der Fernsehberichterstattung über internationale Krisen und Konflikte. Ein Vergleich zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Nachrichtenanbietern. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 62(1), 42–63. <https://doi.org/10.5771/1615-634x-2014-1-42>
- Voltmer, Katrin (1999). *Medienqualität und Demokratie. Eine empirische Analyse publizistischer Informations- und Orientierungsleistungen in der Wahlkampfkommunikation*. Baden-Baden: Nomos.
- Von Thun, Friedemann Schulz. (1999). *Störungen und Klärungen*. Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Vowe, Gerhard (2020). Digitalisierung als grundlegender Veränderungsprozess der politischen Kommunikation. *Handbuch Politische Kommunikation*, 1-15.
- Wachs, Carl-Victor (31. Juli 2023). Berichten ARD und FDF zu links oder zu rechts?. *Bild Zeitung*. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/umfrage-berichten-ard-und-zdf-zu-links-oder-zu-rechts-84872754.bild.html>
- Weaver, David H. und Wilhoit, G. Cleveland. (1996). *The American journalist in the 1990s: US news people at the end of an era*. Mahwah: Erlbaum.
- Webster, James G., und Ksiazek, Thomas B. (2012). The dynamics of audience fragmentation: Public attention in an age of digital media. *Journal of communication*, 62(1), 39-56.
- Weeks, Brian E., Ksiazek, Thomas B. und Holbert, R. Lance (2016). Partisan enclaves or shared media experiences? A network approach to understanding citizens' political news environments. *Journal of Broadcasting & Electronic Media* 60(2), 248–268. <https://doi.org/10.1080/08838151.2016.1164170>.
- Weischenberg, Siegfried (2003). Leistung und journalistisches Bewusstsein: Zur subjektiven Dimension der Qualitätsdebatte, In: Bucher, Hans-Jürgen und Altmeyden, Klaus-Dieter (Hrsg.), *Qualität im Journalismus: Grundlagen – Dimensionen – Praxismodelle*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 163-178.
- Weischenberg, Siegfried (2005) Selbstbewusste Realitätsferne. *Message* 4, 10-13
- Weischenberg, Siegfried (2006). Medienqualitäten: Zur Einführung in den kommunikationswissenschaftlichen Diskurs über Maßstäbe und Methoden zur Bewertung öffentlicher Kommunikation, In: Siegfried Weischenberg, Wiebke,

- Loosen und Michael Beuthner (Hrsg.), *Medien-Qualitäten: Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung*, Konstanz: UVK, S. 9-34.
- Weischenberg, Siegfried (2018). *Medienkrise und Medienkrieg*. Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Weiß, Ralph (2009). Politisch-kommunikative Milieus. *Medien und Kommunikationswissenschaft*, 57(1), 3–22.
- Weiß, Ralph. (2013) Segmentierung politischer Kommunikation in Milieus. In Imhof, K. et al. (Hrsg.). *Stratifizierte und segmentierte Öffentlichkeit*. S. 205-217. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Weiß, Ralph, Magin, Melanie, Hasebrink, Uwe, Jandura, Olaf, Seethaler, Josef und Stark, Birgit. (2016). Publizistische Qualität im medialen Wandel – eine normativ begründete Standortbestimmung. In Petra Werner, Lars Rinsdorf, Thomas Pleil und Klaus-Dieter. Altmeppen (Hrsg.), *Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft: v.43. Verantwortung - Gerechtigkeit – Öffentlichkeit, Normative Perspektiven auf Kommunikation*. 1. Aufl., S. 27-50. UVK Verlagsgesellschaft GmbH.
- Weiß, Ralph und Jandura, Olaf. (2017). Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Welche Leistungen öffentlicher Kommunikation braucht eine demokratische Gesellschaft? In: Olaf Jandura, Manuel Wendelin, Marian Adolf und Jeffrey Wimmer (Hrsg.). *Zwischen Integration und Diversifikation. Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt im digitalen Zeitalter*. S. 11-32. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Weiß, Ralph, Jandura, Olaf und Kösters, Raphael. (2019). Aufklärung neben Barbarei. In: Mark Eisenegger, Linards Udris, und Patrick Ettinger (Hrsg.). *Wandel der Öffentlichkeit und der Gesellschaft: Gedenkschrift für Kurt Imhof*. S. 301-325. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Weiß, Ralph, Kösters, Raphael und Mahrt, Merja (2020). Democratic Theory and the Potential of Value Frames in Assessing Media Performance. *Media and Communication*, 8(3), 281–292. <https://doi.org/10.17645/mac.v8i3.3058>
- Wessler, Hartmut und Rinke, Eike Mark (2014). Deliberative Performance of Television News in Three Types of Democracy: Insights from the United States, Germany, and Russia. *Journal of Communication*, 64(5), 827–51. doi:10.1111/jcom.12115.

- Wessler, Hartmut. (2008). Deliberativeness in political communication. The international encyclopedia of communication.
- Wessler, Hartmut, Freudenthaler, Rainer, Jakob, Julia, und Haffner, Hans Peter. (2020). *Öffentlichkeitstheorien. Handbuch Politische Kommunikation*, 1-16.
- Wessler, Hartmut, Freudenthaler, Rainer, Jakob, Julia und Haffner, Hans Patrick (2022). Öffentlichkeitstheorien. In Isabelle Borucki, Katharina Klein-von Könislöw, Stefan Marschall und Thomas Zerback. (Hrsg.). *Handbuch Politische Kommunikation*. Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 79-93.
- Wilhelm, Ulrich (29. Dezember 2017). Neuer ARD-Vorsitzender hält Talkshows für zu dominant. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/neuer-ard-vorsitzender-ulrich-wilhelm-haelttalkshows-fuer-zu-dominant-15364694.html>; abgerufen am 27.2.2018).
- Wilde, Pieter de, Koopmans, Ruud, Merkel, Wolfgang, Strijbis, Oliver und Zürn, Michael. (Hrsg.) (2019). *The struggle over borders: Cosmopolitanism and communitarianism*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781108652698>
- Wojcieszak, Magdalena und Garrett, R. Kelly. (2018). Social identity, selective exposure, and affective polarization: How priming national identity shapes attitudes toward immigrants via news selection. *Human Communication Research* 44(3), 247–273. <https://doi.org/10.1093/hcr/hqx010>.
- Wolling, Jens. (2005). Normalzeit vs. Spezialzeit.: Besondere Ereignisse als Problem der Stichprobenziehung bei Inhaltsanalysen von Medienangeboten. In Volker Gehrau, Benjamin Fretwurst, Birgit Krause und Gregor Daschmann (Hrsg.), *Auswahlverfahren in der Kommunikationswissenschaft*, S. 138–157. Herbert von Halem Verlag.
- Wyss, Vinzenz. (2002). *Redaktionelles Qualitätsmanagement: Ziele, Normen, Ressourcen*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Wilke, Jürgen (2003). Zur Geschichte der journalistischen Qualität. In Hans-Jürgen Bucher und Klaus-Dieter Altmeyden (Hrsg.), *Qualität im Journalismus: Grundlagen, Dimensionen, Praxismodelle*, S. 35–54. Wiesbaden: Westdeutscher.
- Zaslove, Andrej. (2004). Closing the door? The ideology and impact of radical right populism on immigration policy in Austria and Italy. *Journal of Political Ideologies*, 9(1), 99–118. <https://doi.org/10.1080/1356931032000167490>
- Zerback, Thomas. (2013). *Publizistische Vielfalt. Demokratischer Nutzen und Einflussfaktoren*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

- Zerback, Thomas. (2022). Qualität politischer Kommunikation. In Thomas Zerback, Stefan Marschall, Katharina Kleinen-von KönigsLöw, und Isabelle Borucki (Hrsg.) *Handbuch Politische Kommunikation*, S. 383 -396. Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Zhou, Xiang, Chan, Yuen-Ying und Peng, Zhen-Mei (2008). Deliberativeness of political online discussion: A content analysis of the Guangzhou Daily website. *Journalism Studies*, 9(5), 759–770. <https://doi.org/10.1080/14616700802207771>.
- Zillmann, Dolf and Bryant, Jennings (1985). Selective exposure phenomena. In Dolf Zillmann und Jennings Bryant (Hrsg.), *Selective exposure to communication*, S. 1–10. Hillsdale: Lawrence Erlbaum.

## Anhang

**Anhangstabelle 1: Anteil codierter Grundkonflikte nach Medienangeboten**

<b>Medium</b>	<b>Prozent</b>
Tagesschau	44
Spiegel	42
FAZ	40
tagesschau.de	40
t-online.de	35
spiegel.de	35
faz.net	35
bild.de	29
BILD	28
Junge Freiheit	30

**Anhangstabelle 2: Anteil der codierten Value Frames auf den drei verschiedenen Konfliktlinien**

	Sozioökonomische Konfliktlinie	politisch-kulturelle Konfliktlinie	Globalisierungsbezogene Konfliktlinie
	%	%	%
Tagesschau	26	18	55
tagesschau.de	19	23	58
FAZ	31	20	49
faz.net	27	23	50
BILD	22	26	52
bild.de	16	28	56
Spiegel	35	24	41
spiegel.de	15	26	59
t-online.de	16	23	61
Junge Freiheit	5	25	70
Deutschland gesamt	24	24	53

### **Anhang 3: Elektronischer Anhang**

Der beiliegende USB-Stick enthält entsprechend der Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 16.10.2017 §9 (4) eine elektronische Fassung der Dissertation. Darüber hinaus finden sich auf dem USB-Stick ergänzende Tabellen sowie Excel-Dateien zur Datenauswertung, sowie der unveröffentlichte Beitrag „Ist die Tagesschau links verzerrt“, welcher im Juni 2024 in der UFITA erschienen wird (Anhang 4).

#### **Anhang 4: Unveröffentlichte / Veröffentlichte Manuskripte, an denen die Doktorand\*in mitgewirkt hat**

Der elektronische Anhang beinhaltet den unveröffentlichten Beitrag „Ist die Tagesschau links verzerrt“ von Olaf Jandura und Julia Spatz, welcher im Juni 2024 in der UFITA erschienen wird. Das Manuskript wird in Teilen der Dissertationsschrift in leicht veränderter Form verwendet. Gemäß der Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 16.10.2017 §8 (4) dürfen unveröffentlichte oder bereits veröffentlichte Manuskripte, bei denen die Doktorand\*in Autor\*in ist und / oder zu denen sie erhebliche Teile beigetragen hat, unverändert oder angepasst in die Dissertation übernommen werden, auch wenn die Manuskripte noch weitere Autor\*innen haben.

In der Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 16.10.2017 §8 (4) wird daraufhin gewiesen, dass das jeweilige Manuskript im Anhang vollständig inklusive aller Autor\*innen referenziert werden und der inhaltliche Anteil der Doktorand\*in am Manuskript erläutert werden soll:

Das Manuskript „Ist die Tagesschau links verzerrt“ in der UFITA erscheint voraussichtlich Mitte bis Ende Juni 2024, also nach Einreichung dieser Dissertation. Der Beitrag wurde von Julia Spatz in Zusammenarbeit mit Olaf Jandura erstellt und bearbeitet, sowie in einer Co-Autorenschaft eingereicht bzw. publiziert. Für den Beitrag wurde das Untersuchungsdesign von den beiden Autor\*innen des Beitrages gemeinsam entwickelt und auch die Datenanalyse in Kooperation durchgeführt. Das Manuskript wurde anschließend in Zusammenarbeit zwischen den Autor\*innen verfasst, sowie von Julia Spatz final lektoriert.

## **Anhang 5: Lebenslauf (Kurzfassung)**

Entfällt aus datenschutzrechtlichen Gründen.

## **Anhang 6: Eidesstaatliche Erklärung**

Ich versichere an Eides Statt, dass die Dissertation von mir selbständig und ohne unzulässige fremde Hilfe unter Beachtung der ‚Ordnung über die Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis an der Heinrich-Heine-Universität‘ erstellt worden ist.

Holzkirchen, 11.06.2024

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Spatz'. The signature is written in a cursive style with a large initial 'J'.